



Theorie- und politisches Organ der
Guerillaorganisation der Volksfedayin
Irans

Der Volkskrieg



Neue Serie Nr. 1

Tir 1359 (Juli 1980)

I_N_H_A_L_T

	Seite
Vorbemerkung	1
Vorwort	3
<u>ERSTES KAPITEL</u>	7
Die Wirtschaftskrise	9
Die Fortdauer der Wirtschaftskrise nach dem Aufstand	26
Die politische Entwicklung bis zum Aufstand und die Formierung des "Kompromißorgans"	33
<u>ZWEITES KAPITEL</u>	72
Die Zusammensetzung des "Kompromißorgans" und seine internen Widersprüche	73
Die Wirtschaftspolitik des "Kompromißorgans"	87
(Das politische Regime und die Landreform	97
Die Restauration des abhängigen kapitalistischen Systems	106
Die internen Widersprüche der Herrschaftsmacht	111
<u>DRITTES KAPITEL</u>	130
Die Botschaftsfrage	131
Die Analyse der Verfassung	149
<u>ANHANG</u>	
Kurzes Studium des geistigen Entwicklungsprozesses von BANISADR und seine Klassenzugehörigkeit	170

Vorbemerkung

Die Abweichungen und die politisch-ideologische Polarisierung, die in unserer Bewegung entstanden sind, sind ein Produkt der Entwicklung des Klassenkampfes und eine der bemerkenswerten Besonderheiten des sich weiterentwickelnden Prozesses nach dem Aufstand.

Diese Entwicklung, die ihre Nebewirkung in Form einer Spaltung in unserer Organisation zeigte, stiftete auch unter manchen revolutionären Kräften (besonders unter Intellektuellen) eine geistige Verwirrung. Wenn wir nun dieses Phänomen als ein gesellschaftliches Phänomen betrachten und seine Wurzel in der Klassengesellschaft suchen, dann müssen wir im Kampf für Demokratie, für Freiheit und Sozialismus außer zwei Formen des Kampfes (wie es Engels betont), nämlich den politischen und wirtschaftlichen, auch den ideologischen Kampf und seine Bedeutung beachten.

Wir wissen, daß unsere Organisation nach dem Aufstand bis zur Veröffentlichung von Kar Nr. 61 die Ausweitung und Intensivierung eines konsequenten und dauerhaften ideologischen Kampfes nicht begriffen hatte, eine Tatsache, die auf die opportunistischen Tendenzen des "Zentralkomitees" zurückzuführen war. Das "Zentralkomitee" ist auf Grund der Interessen seiner Führungselite dem beschränkten ideologischen Kampf mit seinem autoritären Vorverhalten und organisatorischen Hebeln begegnet. Es berücksichtigte niemals die konstruktiven Vorschläge und die Kritik der Massen in der Organisation sowie der anderen Kräfte der Bewegung. Es schränkte das ideologische Leben der Organisation ein. Diese Situation konnte sich nicht halten. Wir haben gesehen, wie diese Schranken niedergedrückt wurden und die nicht kommunistischen Tendenzen von dem revolutionären Willen einer Kraft bezogen wurden, die den Ausweg der kommunistischen Bewegung aus der jetzigen Krise in einem öffentlichen ideologischen Kampf sieht und an Kritik und Selbstkritik glaubt. So hielten wir nach dieser Entwicklung die Veröffentlichung von "Nabarde Khalgh" als theoretischem und politischem Organ der Organisation für nötig. Die Frage der "Herrschaftsmacht" gilt als das Hauptglied einer Kette von Problemen in der kommunistischen Bewegung. Durch Veröffentlichung unserer Ansichten in dieser Beziehung

versuchen wir, einen Schritt für die Einheit der kommunistischen Bewegung und für die Bloßstellung der Kompromißler und Reformisten zu tun. So widmen wir diese Ausgabe von "Nabarde Khalgh" unserer Analyse der "jetzigen Herrschaftsmacht".

Es ist zu erwähnen, daß einige Monate vergangen sind, seit wir diese Analyse vollendet haben. So ist es zu erklären, daß manche Daten und Namen nicht mehr aktuell sind. Doch da wir der Meinung sind, daß die schnelle Veröffentlichung dieser Ausgabe von großer Bedeutung ist, verzichten wir auf Korrekturen.

Wir sind der Meinung, daß kritische Bemerkungen unserer Genossen helfen können, eine allseitige Analyse, die auf dem Marxismus-Leninismus basiert, vorzunehmen, eine Analyse, die die Bewegung vor Verwirrung und Zersplitterung bewahrt. Wir sind der Meinung, im Gegensatz zum "Zentralkomitee", daß die Autorität der Organisation in der Richtigkeit ihrer Ideologie und konsequenten kommunistischen Politik liegt. Wir sind der Meinung, daß wir in der jetzigen Situation ohne eine aktive Teilnahme aller wahren Kommunisten am ideologischen Kampf und ohne eine allseitige Arbeit, die keine engstirnigen Interessen dieser oder jener Gruppe beinhaltet, nicht in der Lage sein werden, die jetzige Krise zu lösen, obwohl unsere Organisation in den letzten zwei Jahren des Kampfes eine wichtige und entscheidende Rolle übernommen hat.

Noch die Fahne des ideologischen Kampfes für die Einheit der kommunistischen Bewegung!

Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans

"Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen."
(W.I. Lenin: Über die Doppelherrschaft. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979. Band II, S. 45)

Vorwort

Es ist ein Jahr vergangen, seit das diktatorische Schahregime gestürzt wurde und die jetzigen Machthaber die Macht an sich gerissen haben. Aber wir haben es versäumt, deutlich und konkret zur Macht im Staat Stellung zu nehmen und eine Analyse der jetzigen Situation und der zukünftigen Entwicklung des Klassenkampfes vorzulegen, die auch ein Mindestprogramm für unsere Strategie in der jetzigen Phase beinhaltet. Die Fortdauer dieser Situation würde ohne Zweifel der kommunistischen und der Arbeiterbewegung sowie der Bewegung der iranischen Völker einen schweren Schlag versetzen. Die herrschende wirtschaftliche und politische Krise in unserer Gesellschaft und die Nichterfüllung wahrer Forderungen der Massen führt dazu, daß sie immer mehr den Herrschenden den Rücken kehren und sich der revolutionären Bewegung anschließen. Die Massen merken immer mehr durch ihre objektiven Erfahrungen, daß die jetzige Herrschaftsmacht ihre Forderungen nicht erfüllt. In einer Situation, in der die Polarisierung der Klassen in der Bewegung konkret und rasch fortschreitet und die verfeindeten gesellschaftlichen Kräfte sogar zu offenen lokalen Kämpfen gegeneinander antreten, in einer Situation, in der der Klassenkampf mit all seinen Kompliziertheiten neue Probleme und Fragen aufwirft, können wir, ohne eine endgültige Antwort auf die Frage der Macht im Staat und auf die Erörterung der Aufgaben des Proletariats zu geben, unseren revolutionären Pflichten nicht nachkommen.

Vergessen wir nicht die Worte Lenins, der immer wieder betonte: "Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate."¹⁾ Warum? Weil "ohne Klärung dieser Frage ... von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein kann, von einer Führung derselben

1) W.I. Lenin: Über die Doppelherrschaft. a.a.O. S. 45.

tion bedeutet die Mobilisierung der Kräfte in bezug auf eine bestimmte und einheitliche Richtung, deren Ziel die Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat ist. Nur in einem dialektischen Zusammenhang mit diesem strategischen Ziel finden die Aktivitäten und Taktiken der Kommunisten ihre wahre Bedeutung. Unsere Taktiken müssen uns mit jedem Schritt dem strategischen Ziel näherbringen und den Weg für die Sicherung der proletarischen Hegemonie in der Volksbewegung ebnen. Nur mit einem Plan und einer selbständigen proletarischen Politik entwickelt sich die Arbeiterklasse zu einer organisierten und unabhängigen Kraft, die die rote Fahne der proletarischen Bewegung in den vordersten Reihen der Volksbewegung hochhält. Das zentrale Ziel der Kommunisten ist die Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, um diese Macht zu erhalten und zu festigen. Jede Abkehr von diesem Grundsatz ist Verrat am Proletariat. Die Kommunisten müssen ihre Aktivitäten und Taktiken im Zusammenhang mit diesem zentralen Ziel bestimmen und somit zeigen, wie sie für die Erreichung dieses Ziels arbeiten und inwieweit ihre Aktivitäten in Zusammenhang mit dieser Strategie stehen. Die wissenschaftliche und strategische Einsicht der Kommunisten muß bei jeder Taktik ersichtlich sein. Begreift man diese Frage nicht, so heißt das, daß man auch das Alphabet der Dialektik der revolutionären Führung nicht begriffen hat. Lenin schreibt:

"Wir haben stets die Taktiken der Leute verurteilt, die lediglich von einem Tag zum anderen leben; alle Marxisten müssen diese Taktiken verurteilen. Der momentane Sieg genügt uns nicht. Pläne, die nur für eine Minute oder einen Tag gelten, genügen uns überhaupt nicht. Wir müssen uns durch das Studium der Kette politischer Ereignisse in ihrer Allgemeingültigkeit, ihren ursächlichen Zusammenhängen und Ergebnis beständig prüfen."

(W.I. Lenin: Die Fehler der Partei. September 1917)

Aber konnten wir eigentlich während des vergangenen Jahres diesen Lehren Lenins treubleiben und sie in die Tat umsetzen? Die objektiven Erfahrungen, Links- und Rechtsabweichungen, Unklarheit der Analysen und eine unklare Haltung gegenüber der wichtigsten und grundsätzlichen Frage, nämlich der Frage

1) W.I. Lenin: Über die Doppelherrschaft. a.a.O. S. 45.

der Macht im Staat, zeigt, daß dies nicht der Fall war. Noch gibt es bei den Genossen viele Unklarheiten über die Zusammensetzung und über den Charakter der jetzigen Herrschaftsmacht. Diese Unklarheiten beziehen sich auf die formale und die wirkliche Macht im Staat und genau diese Unklarheit ist es, von der Lenin sagt, daß ihre Entstehung unter den Kommunisten sehr wahrscheinlich ist.

"Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht, sagten wir. Man muß hinzufügen: Gerade die Revolutionen zeigen uns auf Schritt und Tritt, wie verschleiert wird, WER die wirkliche Macht hat, zeigen uns, wie die formale und die reale Macht auseinandergehen." (W.I. Lenin: Zu den Losungen. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979. Band II, S. 220)

Diese Unklarheiten sind nicht nur bei den Genossen, sondern auch in verschiedenen Analysen und Bewegungslinien der Organisation deutlich festzustellen. Eklektizismus und Subjektivismus fressen die Zellen unserer Organisation wie die Ameisen auf. Die Methode metaphysischer Analyse ersetzt die schöpferische Dialektik. Die Haupttendenz der jetzigen Herrschaftsmacht wird nicht erkannt und der Klassencharakter der wirklichen Staatsmacht wird durch nebensächliche Praktiken der Herrschaftsmacht verschleiert. Das Wort ersetzt die Tat; die nebensächlichen Tendenzen werden mit den Haupttendenzen verwechselt und die formale Macht mit der wirklichen Macht und das auch nur undeutlich.

In der jetzigen Krisenzeit scheint es natürlich zu sein, daß Millionen von Menschen sich in Träumen der Kleinbourgeoisie wiegen, aber dies paßt nicht zu der marxistischen Avantgarde. Die Fortdauer dieser Situation wird der revolutionären Bewegung schwere, nicht wiedergutzumachende Schläge versetzen.

Diese Analyse, die nach einer gemeinschaftlichen Arbeit der Minderheit in der Organisation vorgelegt wird, ist ein Versuch, die Grundfrage, nämlich die Frage der Macht im Staat in unserem Land zu beantworten. In dieser Studie versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, durch eine Analyse der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung und durch eine Analyse des objektiven Prozesses des Klassenkampfes folgendes zu zeigen: Die jetzige Herrschaftsmacht ist auf Grund ihres Charakters weder willens noch in der Lage, die wahren Forderungen und Bedürfnisse der Volksmassen zu erfüllen. Diese Herrschaftsmacht hat den Weg der Entwicklung und Ausweitung der Revolution eingedämmt. Die wirkliche Macht im

Staat ist in der Hand der mittleren abhängigen Bourgeoisie und die Strategie des Proletariats gegenüber dieser Herrschaftsmacht ist ihr Sturz.

Wir sagen, die Strategie des Proletariats muß den Sturz dieser Herrschaftsmacht beinhalten. Das bedeutet aber nicht, daß das Proletariat und seine Verbündeten in der jetzigen Situation dies erreichen können, oder auch nur die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Doch ohne Klärung dieser Strategie können das Proletariat und seine Verbündeten nicht in der Lage sein, deutliche und konsequente Politik und Taktiken zu betreiben. Wir sind der Meinung, daß nur die Konkretisierung dieser Ansicht die Erfüllung unserer Pflicht bei der richtigen Organisation der Massen und ihrer Kämpfe und nicht zuletzt die Sicherung der Hegemonie des Proletariats in der revolutionären Bewegung ermöglichen kann.

Wir fordern alle Genossen auf, sich an den Diskussionen über die Frage der Macht im Staat aktiv zu beteiligen und mit ihren offenen und konkreten Stellungnahmen den ideologischen Kampf für die Erlangung einheitlicher, konkreter, revolutionärer und konsequenter Positionen gegenüber der jetzigen Herrschaftsmacht voranzutreiben und der Bestimmung des Weges des Proletariats zu dienen. So können wir unsere Grenzen zu allen abweichlerischen rechts- und linksopportunistischen Tendenzen deutlich machen. So können wir auch diese Grenzen zu labilen und vertrauensunwürdigen Elementen aufzeigen und somit in der Richtung der revolutionären Führung und Errichtung der proletarischen Hegemonie in der Bewegung entscheidende Schritte tun.

ERSTES KAPITEL

Die Analyse der Herrschaftsmacht beginnen wir mit der Wirtschaftskrise, die Mitte der fünfziger Jahre die ganze Gesellschaft heimsuchte und heute, ein Jahr nach dem Aufstand, noch in ihrem ganzen zerstörerischen Ausmaß andauert. Die Erkenntnis dieses Ausmaßes und die Rolle dieser Krise, die auf die Struktur der abhängigen Gesellschaft und die allseitige und chronische Krise des Weltkapitalismus zurückzuführen ist, hilft uns, die Ereignisse vor dem Aufstand richtig zu analysieren und außerdem die jetzige Situation und den Entwicklungsprozess und unsere zukünftigen Aufgaben besser zu begreifen. Bevor wir aber damit beginnen, betrachten wir zunächst einmal allgemein die Wirtschaftskrisen des kapitalistischen Systems und die Auswirkungen dieser Krisen in der jetzigen Situation.

Die Wirtschaftskrise ist die Erklärung einer bestimmten Beziehung zwischen Produktion und Reproduktion. Die Krise ist die Erklärung einer Unterbrechung eines fortlaufenden Zusammenhanges. Der Zusammenhang zwischen Produktion und Reproduktion. Mit einem Wort, die Wirtschaftskrise ist die Unterbrechung des natürlichen Prozesses der Reproduktion. Obwohl die Krise die Unterbrechung des natürlichen Prozesses der Reproduktion ist, ist sie selbst ein Produkt der Produktionsweise.

Die Eigenschaften der Krise kann man aus den Eigenschaften der Produktionsmethode und Reproduktionsmethode ablesen. Marx schreibt in seiner Analyse der Wirtschaftskrisen des kapitalistischen Systems:

"Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen."

(K. Marx: Das Kapital. Band III. Berlin 1974. S. 259)

Diese Aussage von Marx macht die widersprüchliche Natur des Kapitalismus sehr deutlich. Die kapitalistische Wirtschaft, die auf einer Ausweitung der Reproduktion basiert, verliert ihren Daseinswert, wenn sie die Vermehrung des Kapitals und seine Akkumulation nicht im Auge hat. Aber da die kapitalistische Ordnung widersprüchlicher Natur ist, kann die Vermehrung des Kapitals und die Ausweitung der Reproduktion nicht ohne wirtschaftliche Krisen entstehen. Auf Grund dieser Widersprüche entstehen Schranken vor der Vermehrung des Kapitals und der

Ausweitung der Reproduktion, die den Zirkulationsprozeß der Produktion stoppen und die Reproduktion erschweren. Diese Schranken treten letztendlich in Form von Wirtschaftskrisen in Erscheinung.

Die Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Ordnung, die auf die Natur dieses Systems und seine Hauptwidersprüche und inneren Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen sind, sind unvermeidbar; im Gegenteil, die Schranken, die der Vermehrung des Kapitals entgegenstehen, werden nur durch diese Krisen, die immer wieder auftreten, behoben. So sind diese Krisen nicht nur eine Erklärung für die Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems und nicht nur die Erklärung der Schranken, die die Entwicklung der Produktivkräfte erschweren, sondern sie sind zugleich die vorübergehenden Lösungswege der anstehenden Widersprüche. Aber da die Krisen den Hauptwiderspruch des Systems, (d.h. die Hauptursache der Krisen) nicht lösen können, sondern nur eine vorübergehende Lösung und einen vorübergehenden Ausgleich in der Wirtschaft schaffen, öffnen sie auch den Weg für die Vertiefung und Ausweitung der kommenden Krise und die Verschärfung der anstehenden Widersprüche. So ist der kapitalistische Produktionsablauf immer wieder von Krisen begleitet und entwickelt sich deshalb auch in Zyklen. Marx schreibt:

"Die kapitalistische Produktion stößt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken auf neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen. Die WAHRE SCHRANKE der kapitalistischen Produktion ist DAS KAPITAL SELBST, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das KAPITAL ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die GESELLSCHAFT der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern."

(K. Marx: Das Kapital. Band III. Berlin 1974. S. 260)

So sind diese Wirtschaftskrisen auf das Wesen des Kapitals, auf den Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und des Privateigentums im Kapitalismus zurückzuführen.

Diese Krisen nehmen ständig größere Ausmaße an, und wenn sich keine vorübergehenden Lösungen für den Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Rahmen des bestehenden Systems bieten und wenn die subjektiven Voraussetzungen vorhanden sind, löst die gesellschaftliche Revolution den Hauptwiderspruch des Systems und behebt somit die Krisen endgültig.

Mit der Internationalisierung der kapitalistischen Beziehungen und mit der immer engeren wirtschaftlichen Verflechtung der kapitalistischen Länder überschreiten die Krisen die nationalen Grenzen und nehmen einen internationalen Charakter an. Diese Internationalisierung der Krisen wurde verstärkt, nachdem sich der Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt hatte und in einem internationalen imperialistischen Wirtschaftssystem die Ausweitung der Beziehungen und Handelsverflechtungen, die Ausweitung der Finanz- und Kreditbeziehungen, der Kapital- und Warenexport als Übertragungsfaktoren der Krisen fungierten. So werden die Krisen, die entstehen, auf die anderen Länder des internationalen kapitalistischen Systems übertragen. Aber auf Grund der inhomogenen wirtschaftlichen Entwicklung und der unterschiedlichen Stärke der Widersprüche ist die Intensität der Krisen in verschiedenen Ländern unterschiedlich.

Was Marx über die zerstörerischen Folgen der Krisen erklärte, erreichte mit Eintritt des Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus einen Höhepunkt. Je mehr sich das Kapital konzentriert und akkumuliert, desto tiefer werden die Krisen, und je mehr das Produktionsvolumen gesteigert und somit das Kapital stärker konzentriert wird, desto schärfer wird der Hauptwiderspruch des Systems. So sind die Widersprüche des Systems im Stadium des Imperialismus schärfer und die Wirtschaftskrisen nehmen auf Grund allgemeiner Krisen des kapitalistischen Systems ungeheure Ausmaße an. Wir können jetzt beobachten, daß die Wirtschaft der imperialistischen Länder von solchen chronischen Krisen begleitet ist, daß eine ständige Stagnation, die Verkürzung der Zyklen und manchmal sogar das Ausbleiben der Hochkonjunktur, die steigende Arbeitslosigkeit und die unkontrollierbare Inflation die erkennbaren Besonderheiten der Wirtschaft sind. Obwohl eine Gesamtanalyse der Wirtschaftskrise in den imperialistischen Ländern, die seit Anfang der sechziger Jahre das ganze System erfaßt hat, in die-

sem Artikel nicht möglich ist, ist es auf Grund des Zusammenhangs zwischen dieser Krise und der Krise unserer Gesellschaft notwendig, einige Daten über Inflation, Arbeitslosigkeit und herrschende Stagnation in der Wirtschaft des imperialistischen Lagers anzuführen.

Diese Krise, die seit 1974 besonders offensichtlich wurde, erfaßte alle imperialistischen Länder. Die Produktion ging zurück, der Handel stagnierte, die Zahl der Arbeitslosen stieg enorm und das Ganze wurde von einer Finanz- und Handelskrise begleitet. Im Jahre 1975 ging die Industrieproduktion im Vergleich zum Jahr 1974 um 8,4 % und das Wachstum der Bruttosozialprodukte der sechs wichtigsten imperialistischen Länder laut Quellen der Bourgeoisie in den Jahren 1974 und 1975 wie folgt zurück:

	1974	1975
USA	- 2,1	- 1,8
Japan	- 1,8	2,1
Frankreich	3,9	- 1,2
BRD	0,4	- 3,2
Italien	3,2	- 3,7
England	<u>0,1</u>	<u>- 1,8</u>
Ø	0,1	- 1,2

Das Wachstum des Handelsvolumens, das im Jahre 1973 13 % betrug, ging im Jahr 1974 auf 5 % zurück, und im Jahre 1975 ging das internationale Handelsvolumen um ca. 6 % zurück. Dies zeigt die herrschende Stagnation und Produktionskrise in der Wirtschaft. Im Jahre 1974 stieg die Zahl der Arbeitslosen in den USA, England, Frankreich, der BRD und Japan um 5,5 Millionen, und die Gesamtzahl der Arbeitslosen in diesen Ländern betrug 11,5 Millionen. Im Jahre 1975 gab es 15 Millionen Arbeitslose in den genannten imperialistischen Ländern. Aber obwohl die Wirtschaft stagnierte, stiegen die Preise weiter. Der Preisanstieg erreichte in den Jahren 1974 und 1975 einen Mittelwert von 13,3 %. Die Geldkrise, die auch als Reflex der Produktionskrise, des Produktionsüberschusses und der wirtschaftlichen Stagnation der imperialistischen Länder gilt, wurde in der Senkung des Dollarkurses erkennbar. Im Dezember 1971 ging der Dollarkurs im Vergleich zu den anderen Davisen um 12 % zurück. Er ging im Februar 1973 noch einmal um 10 % zurück, und allein in der Zeit von Januar bis Mai 1974 um

6,4 %. Die Senkung des Dollarkurses wirkte besonders auf die Wirtschaft der abhängigen Länder. Von Ende 1975 bis April 1976 gab es eine leichte Konjunkturbelebung in den imperialistischen Ländern. Diese erreichte nie den Zustand einer Hochkonjunktur; sie dauerte auch nicht lange an. So ging die herrschende Wirtschaftskrise in den imperialistischen Ländern weiter. Das Wirtschaftswachstum in den USA, das im Jahre 1976 5 % betrug, ging im Jahre 1979 auf 1 % zurück und die Zahl der Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern Europas stieg von 4,6 Millionen auf 6,1 Millionen im Jahre 1979. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Stagnation eine chronische Form angenommen hat und die Wirtschaftskrise immer tiefer wird.

Obwohl die genannten Daten über die Wirtschaftslage der imperialistischen Länder den Quellen der Bourgeoisie¹⁾ entnommen wurden und daher kein Spiegelbild der Realität sind, können sie uns dennoch in etwa die Stagnation und die Tiefe der Krise in der Wirtschaft dieser Länder aufzeigen. Diese chronische Krise zeigt die Schärfe der Widersprüche und die Funktionsunfähigkeit eines Systems, das kurz vor dem Untergang steht. Durch die Analyse der internationalen Krise des Kapitalismus wollen wir deutlich machen, daß diese Krise ihren zerstörerischen Einfluß auf die Wirtschaft der vom Imperialismus beherrschten und abhängigen Länder ausübt. Denn die Hauptlast der Krise mit ihrem ganzen Ausmaß tragen die abhängigen Länder, die von den Imperialisten ausgebeutet und ausgeplündert werden. Ihre ohnehin miserable Wirtschaftslage verschlechtert sich immer mehr. Diese Wirtschaftskrisen werden auf Grund der engen Verflechtung und Abhängigkeit der Wirtschaft der vom internationalen Kapital abhängigen Länder, durch Kapital- und Warenexport, durch den Walthandel, durch finanzielle Abhängigkeiten und durch Technologieexport usw. rasch auf diese Länder übertragen. Daher können wir beobachten, wie parallel zu den chronischen Stagnationen in den imperialistischen Ländern seit Mitte der siebziger Jahre auch in den abhängigen Ländern tiefe Wirtschaftskrisen herrschen. Auch können wir beobachten, wie der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus Höhepunkte erreichte und zur Befreiung mancher dieser Länder vom internationalen kapitalistischen System führte.

In dieser Studie ist die Wirtschaftskrise einer abhängigen Wirtschaft wie der des Iran unser eigentliches Diskussions-thema. Obwohl die Krisen in einer abhängigen Wirtschaft genauso wie im gesamten kapitalistischen System unvermeidbar sind und in der Natur des Systems liegen, sind diese Krisen viel tiefer; sie nehmen größere Ausmaße an, die auf die Abhängigkeit der Wirtschaft zurückzuführen sind. Ihre Besonderheiten stehen im Zusammenhang mit den Zyklen und internationalen Krisen des Kapitalismus. Die Wirtschaft der abhängigen Länder formiert sich in enger Beziehung und organischer Verflechtung mit der Wirtschaft der imperialistischen Länder und ist in hohem Maße von ihr abhängig. Sie sind auch sehr stark den Zyklen der imperialistischen Länder unterworfen und werden von ihren Krisen beeinflusst. Dies wird deutlicher, wenn wir die Struktur der abhängigen kapitalistischen Wirtschaft und ihre Praktiken im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Welt-system näher betrachten und erläutern. Um die jetzige Wirtschaftskrise unserer Gesellschaft zu erklären, müssen wir also zunächst einen kurzen Blick auf die Struktur der abhängigen kapitalistischen Wirtschaft und ihre Praktiken werfen: Eine der Besonderheiten der Struktur des abhängigen Kapitalismus liegt in seiner organischen und engen Verflechtung mit der Wirtschaft der imperialistischen Länder. Er arbeitet hauptsächlich für die Erfüllung der Bedürfnisse der imperialistischen Länder. So bedeutete die Herrschaft der kapitalistischen Verhältnisse und ihre Entwicklung in unserer Gesellschaft die immer engere Verflechtung und stärkere Abhängigkeit der Wirtschaft unserer Gesellschaft von der Wirtschaft der imperialistischen Länder. In einer solchen Wirtschaft, deren Aktivitäten grundsätzlich in Bahnen des kapitalistischen Weltsystems erfolgen, dessen organischer Bestandteil sie ist, ist die Wirtschaft der Gesellschaft auf Grund finanzieller, kommerzieller, technischer und technologischer Abhängigkeiten, in ihren Aktivitäten eingeschränkt. Die Abhängigkeit des wirtschaftlichen Systems und die Verpflichtungen, denen diese Wirtschaft in Bezug auf internationale Arbeitsteilung nachkommen muß, sind Grundlagen der Entstehung einer Struktur, die sich in manchen Bereichen wie ein Krebsgeschwür ausbreitet, die sich inhomogen entwickelt, in der die Proportionalität fehlt, in der das Ungleichgewicht und Fehlen der organischen Bindung verschiedener Bereiche der Wirtschaft in deutlicher

1) Die Daten stammen aus den Berichten der Zentralbank, Time vom 10.3.1980 und Newsweek vom 3.3.1980.

Form festzustellen sind.

Zwar stimmt es, daß in den imperialistischen Ländern eine inhomogene Entwicklung und wirtschaftliches Ungleichgewicht herrschen, aber diese Eigenschaften nehmen in den abhängigen Ländern unvergleichbar höhere Ausmaße an. Im Zusammenhang mit der Struktur des abhängigen Kapitalismus muß besonders betont werden, daß in dieser Wirtschaft zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren und -bereichen keine organische Bindung besteht. In den klassischen kapitalistischen Ländern haben verschiedene Wirtschaftssektoren eine organische Verbindung untereinander, wobei in der Volkswirtschaft zwei Sektoren existieren, nämlich ein Sektor, der Produktionsgüter und ein Sektor, der Konsumgüter produziert. Diese beiden Sektoren bilden eine Einheit, da die Bindung zwischen diesen Sektoren eine Notwendigkeit darstellt. Zwischen diesen Sektoren und Bestandteilen jedes Sektors gibt es eine organische Beziehung. Sie wirken gegenseitig aufeinander. Alle Sektoren und Bestandteile stützen sich aufeinander. So wirkt jede Fehlentwicklung in einem Sektor oder in einem Bestandteil rasch auf den anderen Sektor und die anderen Bestandteile. Umgekehrt wirkt auch jeder Aufschwung.

In einer solchen Wirtschaft stehen alle Faktoren von den Produktionsmitteln bis hin zu den Konsumgütern in einem einheitlichen und in sich verflochtenen Produktionsprozeß. In der Wirtschaft unserer Gesellschaft jedoch ist eine Art Trennung zwischen diesen Sektoren in der Binnenvirtschaft festzustellen. Zwischen ihnen gibt es die innere Einheit und Verflechtung nicht. In einer solchen Wirtschaft begegnen wir bis auf einige spezielle Fälle keinem Sektor, der Produktionsgüter produziert. (insbesondere gibt es keine Schlüsselindustrie, die Produktionsgüter und Maschinen produzieren könnte), der auch mit dem Produktionssektor der Konsumgüter in einem organischen Zusammenhang steht. In dieser Wirtschaft wächst die Konsumgüterindustrie, ohne daß der Sektor der Produktionsgüterindustrie mit diesem Wachstum Schritt hält. In der abhängigen Wirtschaft unserer Gesellschaft existiert die Beziehung zwischen diesen beiden Sektoren nur auf der Ebene des gesamten kapitalistischen Weltsystems. Die imperialistischen Länder beherrschen den Sektor, der Produktionsgüter herstellt. Sie beherrschen besonders die Schlüsselindustrie, die Produktionsmittel, Maschinen und Ausrüstungen

dem Sektor der Produktionsgüterindustrie liefert, und dies ist eine der Formen des Kapitalexports und somit der Abhängigkeit der Wirtschaft unserer Gesellschaft. Wenn es auch in der Wirtschaft unserer Gesellschaft einen Sektor gibt, der Produktionsgüter herstellt, steht dieser Sektor entweder in keinem organischen Zusammenhang mit dem Sektor der Konsumgüterindustrie - wie z.B. Eisenhüttenindustrie - oder er steht in engerer organischer Beziehung zur Industrie der imperialistischen Länder als zur Konsumgüterindustrie oder anderen Bestandteilen des Sektors 2. Außerdem ist sogar auf der Ebene der Konsumgüterindustrie keine organische und harmonische Beziehung zwischen einzelnen Bestandteilen dieses Sektors festzustellen. Dies ist ein Ergebnis der Abhängigkeit der Wirtschaft. Das unvermeidbare Ergebnis einer solchen wirtschaftlichen Struktur sind die einseitige Entwicklung des Sektors der Konsumgüterindustrie, das krebserartige Wachstum des Dienstleistungsbereichs, die entscheidende Rolle eines einzigen Produkts wie des Erdöls in der gesamten Wirtschaft, die Zerstörung der Landwirtschaft, kurzum eine inhomogene und ungleichmäßige Wirtschaft.

Wir haben bereits erklärt, daß in einer kapitalistischen Ordnung eine inhomogene Entwicklung und ein wirtschaftliches Ungleichgewicht auf Grund der herrschenden Anarchie in der Wirtschaft eine unvermeidbare Sache ist. Nur durch eine Krise ist ein vorübergehendes Gleichgewicht möglich, mit anderen Worten, die inhomogene Entwicklung der Produktionsbereiche muß einen Grad erreichen, der eine Eindämmung nur durch eine Krise ermöglicht. In der Wirtschaft unserer Gesellschaft entstand von Anfang an eine solche inhomogene, unproportionale und ungleichmäßige Entwicklung, daß man ihresgleichen in keinem anderen Land finden kann, das eine normale kapitalistische Entwicklung durchgemacht hat. Um dies besser zu verdeutlichen, genügt ein Blick auf die Zusammensetzung verschiedener Wirtschaftsbereiche und den Anteil der Landwirtschaft, der Industrie und Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt. Die Jahresberichte der Zentralbank zeigen diese Anteile zwischen den Jahren 1353 - 1356 (1974 - 1977).¹⁾

1) Die Daten entsprechen dem iranischen Kalender. Wo die Umrechnung in den europäischen Kalender nicht schon angegeben ist, müssen jeweils 621 Jahre zu der iranischen Jahreszahl dazugerechnet werden. (Anmerkung der Übersetzer)

	1353 (1974)	1354 (1975)	1355 (1976)	1356 (1977)
Anteil der Landwirtschaft am BIP	9,4	9,6	9,4	9,4
Anteil des Erdöls am BIP	50,6	39,6	38	35,8
Anteil der Industrie am BIP	14,4	17,6	20,5	19,1
Anteil der Dienstleistungen am BIP	25,6	33	32,1	35,7

Diese Daten zeigen, daß es zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen nicht die nötige Proportionalität gibt, z.B. während noch die Hälfte der Bevölkerung auf dem Land lebt und Landwirtschaft betreibt, beträgt der Anteil der Landwirtschaft am gesamten BIP nur 9,4 %. Dies ist in Bezug auf die Daten über andere Wirtschaftsbereiche, besonders in Bezug auf den geringen Anteil der Industrieprodukte ein Zeichen der Rückständigkeit und des Zusammenbruchs des landwirtschaftlichen Systems und außerdem ein Zeichen für das Fehlen der nötigen Proportionalität zwischen diesem und anderen Bereichen. Die Landwirtschaft ist einer der wirtschaftlichen Bereiche, der nach den "Reformen" den größten Schaden erlitten hat. Die ersten zerstörerischen Ergebnisse einer abhängigen Wirtschaft entstanden in der Landwirtschaft. Da das Ziel der Landreform hauptsächlich darin bestand, abhängige kapitalistische Verhältnisse einzuführen und damit ländliche Arbeitskräfte freizusetzen, wurde auf Grund der niedrigen Profitrate die Landwirtschaft vernachlässigt. Gleich nach der "Reform" und Zerstückelung der Ländereien wurde das vorhandene landwirtschaftliche System einer miserablen Lage ausgesetzt, da die "Reformen" keine Mechanisierung der Landwirtschaft und planvolle materielle Unterstützung der Bauern beinhalteten. Die unzähligen finanziellen Belastungen der Bauern, der Bankrott vieler Bauern, die Landflucht, planlose Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die ein unvermeidbares Ergebnis der abhängigen Wirtschaft und volksfeindlichen Politik des Regimes war, die volksfeindliche Politik bezüglich der Weidegebiete, die die traditionelle Viehwirtschaft vernichtete, das Fehlen technischer und finanzieller Faktoren, das Fehlen geeigneten Saatguts, das Fehlen von Maschinen, Experten, Düngemitteln, kurzum das Fehlen jeglicher finanzieller und technischer Möglichkeiten führte zu einem ständigen Rückgang der landwirtschaft-

lichen Produktion. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP erreichte den tiefsten Stand, und schließlich entstand eine chronische Krise in der Landwirtschaft. Betrachten wir die Daten über den Anteil der Landwirtschaft am BIP nach den "Reformen", so stellen wir fest, daß dieser Anteil ständig abgenommen und im Jahre 1356 (1977) nur 9,4 % betragen hat.

In der Industrie ist auch die Unproportionalität und Inhomogenität in deutlichster Form festzustellen. Während das Erdöl nahezu die Hälfte des BIP stellt und von 17,3 % im Jahre 1346 (1967) auf 51,9 % im Jahre 1351 (1972) gestiegen ist, erreichte der Anteil der restlichen Industrie am BIP im Jahre 1354 (1975) die Zahl 17,3 %.

Vor den "Reformen" war die Wirtschaft unserer Gesellschaft nicht in dem Ausmaß vom Erdöl und seinen Einnahmen abhängig wie nach den "Reformen". Damals galt unsere Gesellschaft in Bezug auf die internationale Arbeitsteilung ausschließlich als Produzent von Rohstoffen wie Erdöl. Da damals noch feudalistische Verhältnisse herrschten, war das Erdöl jedoch weder ein untrennbarer Bestandteil der Struktur, noch hatte es die gesamte Wirtschaft von sich abhängig gemacht. Außerdem war noch nicht das gesamtwirtschaftliche System unserer Gesellschaft in das kapitalistische Weltssystem integriert. Die Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg und die neue internationale Arbeitsteilung bewirkten parallel zu den Reformen und der Herrschaft der kapitalistischen Verhältnisse einerseits die Entstehung und Entwicklung der Konsumgüter- und Montageindustrie in Abhängigkeit vom Kapital und der Industrie der imperialistischen Länder. Andererseits übernahm die Erdölwirtschaft innerhalb der gesamten Wirtschaft eine solche entscheidende Rolle, daß sie die anderen Bereiche von sich abhängig machte. Je stärker diese Rolle wurde, je mehr die Einnahmen durch das Erdöl stiegen, desto mehr gerieten die Proportionen zwischen verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und ihren Anteilen am BIP in Unordnung. Die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere im Bereich von Konsumgüterindustrie und Dienstleistungen wurde von der Erdölindustrie abhängig. Wie wir bereits deutlich machten, wurde die Rolle des Erdöls in der Wirtschaft so groß, daß sein Anteil am BIP im Jahre 1346 (1967) 17,3 % betrug. Dieser Anteil stieg aber bis zum Jahre 1351 (1972) auf 51,9 %. Die Erdöleinnahmen, die im Jahre 1352 (1973) 8,23 Milliarden Dollar betrugen, stiegen im Jahre

1353 (1974) auf 20,982 Milliarden Dollar. Da dieser Anstieg der Erdöleinnahmen eine Quelle der Versorgung und Entwicklung der Konsumgüterindustrie sowie der Dienstleistungen war und die Kapitalisten, gestützt auf die Erdöleinnahmen, in diesen Bereichen höhere Profitraten erzielen konnten, beherrschte das Erdöl die ganze Wirtschaft. Wir betonen diese Rolle des Erdöls, weil wir später sehen werden, daß mit der Senkung der Erdöleinnahmen die gesamte Wirtschaft verfällt. Auf jeden Fall bedeutete die Anlehnung der wirtschaftlichen Struktur an das Erdöl nie die Entwicklung und Stärkung des Produktionssektors, der Produktionsgüter herstellte. Sie diente ausschließlich der Entwicklung und Erweiterung des Sektors der Konsumgüter, weil dies auch von der neuen internationalen Arbeitsteilung gefordert wurde. Die Rolle des Erdöls, die Einnahme über diese Quellen, ebnete den Weg für den Umlauf von imperialistischem Kapital und Gütern, was zugleich höhere Profite für die internationalen Monopole und die abhängige Bourgeoisie bedeutete. Diese Entwicklung machte die Wirtschaft mehr denn je von der kapitalistischen Weltwirtschaft und vom Weltmarkt und seinen Schwankungen abhängig. Die Erhöhung der Erdöleinnahmen insbesondere seit den fünfziger (sechziger) Jahren bewirkte weitgehende Investitionen seitens des Staates und des privaten Sektors. Obwohl diese Erdöleinnahmen auf verschiedene Weise in unproduktiven Bereichen und im Sinne der imperialistischen Interessen und der abhängigen Kapitalisten investiert wurden oder durch große Kredite und Anleihen an abhängige Kapitalisten, d.h. einer kleinen Schicht gewährt wurden, stieg jedoch parallel dazu der Grad der Beschäftigung und damit Kaufkraft und Nachfrage nach Konsumgütern an. Dadurch entstand ein vorübergehender Aufschwung in der Wirtschaft. Je wichtiger die Rolle des Erdöls und damit je stärker die Ausplünderung der Wirtschaft durch die Imperialisten wurde, desto mehr stieg auch der Export imperialistischen Kapitals in unsere Gesellschaft. Allein in den Jahren 43 - 55 (64 - 76) wurden über einen Unterstützungsfonds für ausländisches Kapital die ausländischen Investitionen im Iran um das 23fache erhöht.

Die Daten über die Anteile verschiedener Bereiche am BIP zeigen, daß außer dem Anteil des Erdöls der Anteil der restlichen Industriebereiche am gesamten BIP im Jahre 54 (75) 17,8 % erreichte, und deren hatten Konsumgüter- und Montageindustrie

den größten Anteil. Diese Industriebereiche formieren sich aber durch und in Abhängigkeit von den Monopolen der imperialistischen Länder. In den abhängigen Ländern entwickeln sich Montage- und Konsumgüterindustrie auf Grund billiger Arbeitskräfte und Rohstoffe sowie auf Grund des vorhandenen Marktes enorm. Doch die Entwicklung dieser Industrie in unserem Land ist einerseits von Kapital- und Industrieexport imperialistischer Länder und andererseits von der Erdölwirtschaft abhängig. Doch das Erdöl selbst ist eine der Hauptadern der Abhängigkeit der Wirtschaft unserer Gesellschaft.

An dem, was wir bis jetzt erlüttert haben, sehen wir, daß in unserer Gesellschaft die Restauration grundsätzlich im Sektor der Konsumgüterindustrie erfolgt. Die Voraussetzung für diese Restauration ist, daß die imperialistischen Länder die Kapitalexporthure insbesondere für das fixe Kapital des Sektors 2 sind. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Lösung der Krise von Bedeutung.

Eine andere Besonderheit der Struktur des abhängigen Kapitalismus, nämlich die krebsartige Ausbreitung des Dienstleistungsbereichs, wird ebenfalls hier ersichtlich. Der Anteil dieses unproduktiven Bereichs am gesamten BIP stieg im Jahre 1356 (1977) auf 35,7 %. Der Dienstleistungssektor, der einer der Hauptkanäle der Verteilung des Mehrwerts aus dem Erdölgeschäft auf die internationalen Monopole und abhängige Bourgeoisie (insbesondere ihrer bürokratischen Schicht) war, weitete sich in den Jahren nach den "Reformen" enorm aus. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der krebsartigen Ausweitung dieses Sektors und der Konsumwirtschaft einerseits und der Rolle der Erhöhung der Erdöleinnahmen in der Wirtschaft andererseits. Dieser Sektor ermöglicht hohe Profite für die Kapitalisten, und über diesen Sektor wird der Mehrwert aus dem Erdölgeschäft auf die Kapitalisten verteilt. In den Jahren nach den "Reformen" und mit der Steigerung der Rolle des Erdöls in der Wirtschaft erweiterte sich ein System von Banken, Finanzen und Krediten, das der Bourgeoisie höhere Profite ermöglichte. Außerdem wurden in diesen Jahren hohe Investitionen im Bereich des Baus von Straßen, Flughäfen und Hafenanlagen getätigt, die hohe Profite erzielen konnten. Allein die Investition im Bereich des Baus, die nach den Statistiken der Zentralbank bis zum Jahr 1351 (1972) insgesamt 174,5 Milliarden Rial umfaßte, stieg nach der Erhöhung der

Erdöleinnahmen im Jahre 1355 (1976) auf 890,8 Milliarden Rial.

Eine andere Besonderheit der abhängigen Wirtschaft ist, daß auf Grund beschränkter Möglichkeiten des Inlandsmarktes und der Monopolherrschaft ein Großteil des Kapitals für spekulativen An- und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden verwendet wird. Jedenfalls hat der Dienstleistungssektor eine solche Wichtigkeit und ein solches Gewicht in der Wirtschaft gewonnen, daß mehr als 2 Millionen Menschen, d.h. ca. ein Drittel der beschäftigten Arbeitskräfte in diesem Bereich tätig sind. Ein Drittel Anteil am BIP durch diesen Sektor macht die Unproportionalität der wirtschaftlichen Bereiche und den unproduktiven parasitären Charakter des abhängigen kapitalistischen Systems deutlich. So sehen wir, daß die offensichtlichen Eigenschaften der abhängigen Wirtschaft in unserer Gesellschaft sich in der inhomogenen Entwicklung mancher Bereiche, dem Ungleichgewicht zwischen verschiedenen Bereichen, der Ausweitung der Konsumgüterindustrie, der totalen Abhängigkeit vom imperialistischen Kapital und der Anlehnung der gesamten Wirtschaft an ein einziges Produkt ausdrückt. In einer solchen Wirtschaftsstruktur mit einer solchen unproduktiven Konsumwirtschaft steigt die Gütereinfuhr ständig. Während z.B. der Wert des Einfuhrzolls im Jahre 1351 (1972) 2 570,4 Millionen Dollar betrug, stieg diese Zahl im Jahre 1356 (1977) auf 15 Milliarden Dollar. Dies führte nicht nur zur wirtschaftlichen Abhängigkeit, sondern auch zur Arbeitslosigkeit der Bauern und Kleinbetriebe des Inlands. In der abhängigen unproduktiven Wirtschaftsstruktur des Iran entwickelte sich der Produktionssektor nicht parallel mit der Steigerung der Erdöleinnahmen und des Volumens des im Umlauf befindlichen Geldes. Auf Grund der Monopolherrschaft auf dem Markt und des Krisenexports der imperialistischen Länder stiegen die Preise bis an die Grenze des Unerträglichen an. Nach Statistiken der Zentralbank, die sicherlich nicht die ganze Realität wiedergeben, war die Inflationsrate im Jahre 53 (74) 28 %, im Jahre 55 (76) im Vergleich zum Jahr 54 (75) 27,3 % und im Jahr 56 (77) 30 %. In kurzer Zeit stiegen die Mieten auf das Dreifache, und allein im Jahr 56 (77) betrug die Inflationrate der Mieten 37,8 %.

Während ein relativer wirtschaftlicher Aufschwung den Kapitalisten hohe Profite ermöglichte, trieb er die Menschenmassen

zu Elend und Obdachlosigkeit. Die soziale Ungleichheit wuchs; Großgrundbesitzer und Kapitalisten wurden reicher und Arbeiter, Bauern und städtische Kleinbourgeoisie ärmer. Nach den Daten des statistischen Jahrbuchs betrug das gesamte Volumen der Löhne und Gehälter im Jahr 46 (67) 155 750 Millionen Rial. Im Jahre 52 (73) erreichte es die Zahl 374 911 Millionen Rial, während die Profite und Zinsen sowie Mieteinnahmen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer von 316 325 Millionen Rial im Jahre 46 (67) auf 1 407 984 Millionen Rial im Jahre 1352 (1973) anstiegen. Diese Daten zeigen, wie der Anteil der Werktätigen am Volkseinkommen sank, während es bei den Kapitalisten stets umgekehrt war. Sicherlich ist diese Kluft nach Steigerung der Erdöleinnahmen und ihrer Verteilung auf die Kapitalisten, insbesondere auf die bürokratische Bourgeoisie, tiefer geworden. In den Jahren nach den "Reformen" haben sich die Lebensbedingungen der Arbeiter, dieser eigentlichen Produzierenden in der Gesellschaft, stets verschlechtert. Sie standen mehr als alle anderen unter Druck und Ausbeutung. Auch ein Großteil der städtischen Kleinbourgeoisie verlor unter dem Druck des Großkapitals seine Existenzgrundlage. Dies gilt auch für viele Bauern. In einer Situation, in der die Massen einer ständigen Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt waren, verdienten die internationalen Monopole und die abhängigen einheimischen Kapitalisten. Die bürokratische Bourgeoisie hatte daran den größten Anteil. Das volksfeindliche Schahregime gab Milliarden Dollar für die Rüstung aus; Hofmitglieder und Handlanger schluckten Milliarden von Dollar. Das Regime half der untergehenden Wirtschaft der imperialistischen Länder (dazu gehörten Ankäufe von Aktien von vom Konkurs bedrohten Firmen) und es unterstützte volksfeindliche und Söldnerregime wirtschaftlich und militärisch. Die Wirtschaft erreichte ein Stadium der Funktionsunfähigkeit. Die Verschärfung der Widersprüche trieb die Wirtschaft zu einer explosiven Krise. Ende des Jahres 54 (75) wurde die Entstehung einer tiefen Krise im produktiven Bereich erkennbar. Seit Anfang der fünfziger Jahre begann die Wirtschaft auf Grund der Verschärfung der Widersprüche, der Funktionsunfähigkeit des vorhandenen Wirtschaftssystems, der Senkung der Profitrate in manchen Bereichen zu stagnieren. Aber genau in dieser Situation führten die höheren Erdöleinnahmen zu hohen Investitionen in der Wirtschaft, insbesondere im Dienstleistungssektor,

der der Bourgeoisie große Profite einbrachte. Dies bedeutete auch einen vorübergehenden wirtschaftlichen Aufschwung. Aber da sich dieser Aufschwung hauptsächlich auf die Erhöhung der Erdöleinnahmen stützte, wurde die Abhängigkeit verschiedener wirtschaftlicher Bereiche vom Erdöl und vom kapitalistischen Weltssystem stärker. Diese Situation ebnete den Weg für eine noch zerstörerischere Tätigkeit und breitere Übertragung der Wirtschaftskrise der imperialistischen Länder.

Die Wirtschaft der imperialistischen Länder, die auf Grund der Verschärfung der Widersprüche und Untauglichkeit der Wirtschaftsordnung von einer chronischen Flaute heimgesucht wurde, wirkte sehr rasch auf die Wirtschaft unserer Gesellschaft, die Ende 1354 (1975) nach Verschärfung der inneren Widersprüche des Wirtschaftssystems einer Krise entgegenging. Nicht nur durch das Erdöl und durch die Übertragung der Krisen über die Kanäle der Abhängigkeit im Handels- und Devisenbereich, sondern auch durch die gesamten Bindungen der abhängigen Wirtschaft an das kapitalistische Weltssystem wurde diese Krise auf unsere Gesellschaft übertragen. Hier stand die Krise in direktem Zusammenhang mit der Krise des internationalen kapitalistischen Zyklus. Die Last der internationalen Krise wurde in breitem Maße auf die Wirtschaft unserer Gesellschaft übertragen, und da in dieser Wirtschaft ein enormes Ungleichgewicht und eine außerordentliche Verschärfung der Widersprüche herrschte, nahm diese Krise größte Ausmaße an.

Mit der Senkung der Einnahmen aus dem Erdöl wurden viele Projekte und Investitionen des staatlichen und privaten Sektors gestoppt. Der Staat strich seine Ausgaben und Kredite. Die Profitrate sank in vielen Bereichen, und die Senkung der Erdöleinnahmen führte zu einer Kettenreaktion im gesamten wirtschaftlichen System. Es herrschte eine Wirtschaftsflaute in allen möglichen Bereichen. Mit der Senkung des Dollarkurses sank auch der reale Ölpreis. Damit verringerten sich kontinuierlich die Erdöleinnahmen und die Weltinflation bewirkte durch unüberlegte Importe eine noch schwierigere Wirtschaftslage. Seit 1356 (1977) sank der Erdöllexport enorm und die Zuwachsrate dieses Bereichs ging um 7,2 % zurück. Die Zuwachsrate des BIP überschritt nicht 1,7 %, obwohl sie im Vorjahr ca. 12,1 % betragen hatte (Jahrbuch des iranischen Bankwesens 1356). Der Staat verzichtete auf die Durchführung vieler ge-

planter Projekte. Er ließ die Durchführung halbfertiggestellter Projekte stoppen. Die Senkung der Ausgaben und staatlichen Investitionen und zum Teil die Senkung der staatlichen Kredite bewirkten eine Krise in wichtigeren Bereichen der Industrie. Die Krise umfaßte alle Bereiche der Wirtschaft. Die Reinvestition geriet ins Stocken. Der Umlauf von Geld und Gütern wurde beeinträchtigt. Die Wachstumsrate der Produktion der großen Industriebetriebe, die im Jahr 55 (76) 17 % betrug, sank im Jahr 56 (77) auf 11 %. Die Zuwachsrate in der Landwirtschaft, in der Erdölindustrie und bei den Dienstleistungen, die im Jahr 55 (76) 5,5 %, 9,5 %, 10,4 % und 14 % betragen hatten, sanken im Jahr 56 (77) auf 0,6 %, 7,2 %, 8,6 % und 9,2 %.

Das Wachstum der privaten Investitionen für die Herstellung von Maschinen, das im Jahr 54 (75) 10,6 % betragen hatte, sank im Jahr 56 (77) auf 6,8 %. Die Aktivitäten des Dienstleistungssektors gingen in großem Maße zurück. Die Grundstücksgeschäfte gingen zurück, der Aktienmarkt stagnierte. Während das gesamte Volumen der Börsengeschäfte im Jahr 56 (77) die Zahl 44 417,3 Millionen Rial erreichte, ging es im Jahr 57 (78) auf 34 205,3 Millionen Rial zurück. Das Kreditssystem wurde total zerstört. Parallel zur Produktionskrise erfaßte auch die Handels- und Finanzkrise die Wirtschaft. Das unvermeidbare Ergebnis dieser Krise war die zunehmende Verelendung der Massen und die zunehmende Arbeitslosigkeit der Werktätigen. Die Arbeiter, die während der Jahre des relativen Wirtschaftsaufschwungs insbesondere mit der Steigerung der Erdöleinnahmen und breiter Investitionen in der Konsumgüterindustrie und im Dienstleistungssektor beschäftigt waren, verloren rasch ihre Arbeit. Dies führte zu einer Senkung der Kaufkraft der Menschen und zugleich zur Verschärfung der Krise. Während die Arbeiter arbeitslos wurden und die städtische Kleinbourgeoisie schwerem finanziellen Druck ausgesetzt war, stiegen die Preise der Verbrauchsgüter ständig. Um die Stagnation und Inflation zu überwinden, verschärfte das Regime seine volksfeindliche und Unterdrückungspolitik. Um die Senkung der staatlichen Einnahmen auszugleichen, wurden die Steuern erhöht, die Strafmaßnahmen gegen Händler und Kleinbetriebe verschärft. Dies war der sogenannte Kampf des Regimes gegen die Inflation und für die Eindämmung der Preissteigerung. Die Bauern, die auf Grund volksfeindlicher Politik

des Regimes schon seit langem am Rande des Existenzminimums standen, mußten jetzt ihre Produkte billig verkaufen, zugleich aber für nötige Verbrauchsgüter teure Preise bezahlen. Unter diesem finanziellen Druck verloren sie endgültig ihre Existenzgrundlage.

Die Wirtschaftskrise verschärfte die Klassenwidersprüche bis an die Grenze einer Explosion. Das ganze Volk zog in einen offenen Kampf gegen das Schahregime. Die Krise wurde immer tiefer. Die Einstellung des Erdölexports durch die Kämpfenden Arbeiter der Erdölindustrie versetzte dem Schahregime den entscheidenden Schlag. Die Kapitalflucht in der politischen Krisensituation legte die Wirtschaft völlig lahm.

Die politische und wirtschaftliche Krise nahm ein solches Ausmaß an, daß sie am Ende mit dem Februar-Aufstand zum Sturz des Schahregimes führte, aber auch dann fort dauerte. Aber auch heute dauert die Wirtschaftskrise noch an. Es steht kein wirtschaftlicher Aufschwung in Aussicht, ganz im Gegenteil, die Krise geht in größerem Maß weiter. Deshalb ist es notwendig, wenn auch kurz, die Fortdauer der Krise nach dem Aufstand zu analysieren.

Die Fortdauer der Wirtschaftskrise nach dem Aufstand

Ein Jahr nach dem Aufstand herrscht eine noch größere Wirtschaftskrise in unserer Gesellschaft, eine Krise, die größere Ausmaße hat als die vor dem Aufstand, eine lähmende Wirtschaftsflaute in allen Bereichen. Die Industrie, der Handel und das ganze Finanz- und Kreditsystem befinden sich weiterhin in einem tiefen Krisenzustand. Millionen von Menschen leben in dieser Krise unter schlechtesten Bedingungen. Die Arbeitslosenzahl wächst, die Inflation steigt mit einer unglaublichen Geschwindigkeit und die Produktion hat den tiefstmöglichen Stand erreicht. Unter diesen Bedingungen gibt es auch kein Anzeichen dafür, daß sich die wirtschaftliche Lage verbessern könnte. Wir haben im letzten Abschnitt gezeigt, daß die Stärke und Tiefe der jetzigen Wirtschaftskrise auf den abhängigen Charakter der Wirtschaft und die permanente Krise der kapitalistischen Welt zurückzuführen ist. Während die inneren Mechanismen einer klassischen Wirtschaft vorübergehende Lösungswege für eine Krise finden können, gilt das für die abhängige und inhomogene Wirtschaft unserer Gesellschaft nicht. In einer Wirtschaft, deren Sektoren keine Homogenität und organische Bindungen aufweisen, können die inneren Mechanismen nicht dazu beitragen, Lösungswege zu finden, um die Wirtschaftskrise überwinden zu können. Außerdem haben die Wirtschaftskrise und die Verschärfung der Widersprüche in den imperialistischen Ländern ein solches Ausmaß angenommen, daß sogar diese Länder von einer chronischen Flaute heimgesucht worden sind. Deshalb kann man von einer abhängigen Wirtschaft wie der unseres Landes, deren Zyklus von dem kapitalistischen Wirtschaftszyklus völlig abhängig ist, nicht erwarten, daß sie diese Krise eigenständig überwindet. In diesem Abschnitt wollen wir versuchen, auf Grund vorhandener Daten, Statistiken und Fakten die wirtschaftliche Situation nach dem Aufstand und die Tiefe ihrer Krise darzustellen.

Während des Aufstandes, durch den konsequenten Kampf der Massen, erlitten die abhängige Finanzoligarchie, die über den Iran herrschte, die abhängigen inländischen Monopole, an der Spitze die Bürokraten und der Hof, schwere Rückschläge. Da die konservativen und kompromißbereiten Elemente sich an die Spitze der Bewegung setzen konnten und das Pro-

letariat seine Führung nicht sichern konnte, blieben die abhängigen kapitalistischen Verhältnisse erhalten. Nach dem Aufstand unternahm die Bourgeoisie alle möglichen Versuche, die von der Krise und Zerschlagung heimgesuchte Wirtschaft wiederzubeleben, um die kapitalistischen Verhältnisse völlig wiederaufbauen zu können. Dies ist ihr bis jetzt aus bestimmten Gründen, u.a. wegen des Charakters der Abhängigkeit, wegen der Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus, der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der Gegensätze innerhalb der herrschenden Clique, nicht gelungen. Die obengenannten Gründe hatten zur Folge, daß die Krise noch tiefgreifender geworden ist. Die Investitionen in verschiedenen Wirtschaftssektoren haben ihren tiefstmöglichen Stand erreicht. Der Bericht der Organisation für Planung und Budget über die Wirtschaftslage des Landes zeigt, daß die fixen Investitionen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1358 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 74 % und die Investitionen im Industrie- und Bergbausektor im selben Zeitraum um ca. 60 % zurückgegangen sind. Der Rückgang der Investitionen in verschiedenen Wirtschaftssektoren im Vergleich zum Vorjahr (dem Höhepunkt der revolutionären Phase) ist ein Beweis für die herrschende Wirtschaftskrise in unserem Lande. Der Rückgang der Produktion ist ein anderer Beweis für diese Tatsache. Die Stichproben der Zentralbank bezüglich des Rückgangs verschiedener Industrieproduktionen in den ersten drei Monaten des Jahres 58 im Vergleich mit demselben Zeitraum des Vorjahres zeigen in etwa die herrschende Situation in der Industrie, obwohl die Angaben der Zentralbank nicht immer genau und präzise sind. Diese Daten weisen in den ersten drei Monaten des Jahres 58 einen Produktionsrückgang in der Lebensmittelindustrie um 8 %, in der Maschinenindustrie und in der Metallverarbeitung um 40 %, im Bausektor um 28 %, in der Textilindustrie um 28 %, in der Pharmaindustrie um 11 % und in der Leder-, Papier- und Papierverarbeitungsindustrie um 42 % auf. Wenn wir nun von der Tatsache ausgehen, daß der durchschnittliche Lagerbestand an Anfangsmaterial in diesen Sektoren nur für drei Monate reichte, und die Abhängigkeit dieser Industriesektoren vom Import des Anfangsmaterials (in der gleichen Reihenfolge wie oben) beläuft sich auf 70, 80, 59, 71, 75 und 60 %, kann man ver-

muten, wie enorm die Produktion in den darauffolgenden Monaten abgenommen hat und daß manche Betriebe stillgelegt worden sind. Die Konsumindustrie ist auf Grund ihrer völligen und organischen Abhängigkeit von der Industrie der imperialistischen Länder auf Kapital, Kredite, Rohstoffe, vorgefertigte Teile, Ersatzteile usw. angewiesen. Wenn manche Betriebe, gestützt auf vorhandene Lagerbestände, noch einige Monate nach dem Aufstand in der Lage waren, ihre Produktion einigermaßen fortzusetzen, so ist diese mehr denn je Schwierigkeiten und Hindernissen ausgesetzt. Sogar in den Fällen, in denen die Verträge mit den Imperialisten verlängert worden sind, ist der Rückgang in Industrie und Produktion offensichtlich. Wie wir wissen, ist die Fortdauer der Aktivitäten der abhängigen Industrie vom Kapitalexport und der Sicherung ausbeuterischer Aktivitäten der internationalen Monopole und ihrer Milliardenprofite abhängig. Aber in der Situation der herrschenden politischen Krise in unserer Gesellschaft, der Massenkämpfe, der internen Widersprüche der Herrschaftsclique und der herrschenden Wirtschaftskrise sind diese nicht möglich. Die Erdölproduktion, die bis jetzt einen Großteil des Bruttoinlandproduktes bildete und eine der Hauptquellen der staatlichen Einnahmen, der Investition, der Kreditbeschaffung, der Warenimporte usw. gewesen war, ist in den ersten sechs Monaten des Jahres 58 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 36,6 % zurückgegangen. Auch für diesen Produktionsrückgang sind die herrschenden Wirtschaftskrisen in den imperialistischen Ländern, Widersprüche in der Herrschaftsclique, Massenkämpfe, Druck der Ölkartelle auf die Lösung der internen Widersprüche der Herrschaftsclique zu ihren Gunsten und schließlich technische Faktoren verantwortlich. In den ersten sechs Monaten des Jahres 58 gingen die iranischen Erdölexporte, die eine Schlüsselrolle in der abhängigen kapitalistischen Wirtschaft des Iran spielen und als eine der Haupteinnahmequellen der Bourgeoisie gelten, um 37 % zurück. Und die Gesamteinnahmen aus Erdöl- und -gasexporten sind im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 34 % zurückgegangen.¹⁾ Diese Daten sind in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres (58) auf Grund des verstärkten Kampfes der Massen und der Verschärfung der internen Widersprüche der Herrschafts-

¹⁾ Wirtschaftsbericht - Nr. 17, Aban 1358 - Organisation für Haushalt und Planung.

clique und des imperialistischen Drucks noch weiter zurückgegangen. Dieser Rückgang bedeutet zugleich den Rückgang der Einnahmen der Bourgeoisie aus diesen Quellen, ein Wegfall der Einnahmen, die für den Erhalt und das Fortleben der abhängigen Bourgeoisie eine entscheidende Rolle spielen.

Im Bereich der Dienstleistungen haben die Investitionen und somit der Grad der Beschäftigung ebenfalls ihren Tiefstand erreicht. Dieser Sektor war früher einer der rentabelsten Aktivitätsbereiche der Bourgeoisie. Er war einer der wichtigsten Faktoren der abhängigen Wirtschaft, in dem es ca. 1 200 000 Beschäftigte gab. Dieser Sektor ist heute völlig lahmgelegt, und der Überwiegende Teil der beschäftigten Arbeiter ist jetzt arbeitslos. Die Aktivität in diesem Sektor nach dem Aufstand beschränkte sich nur auf einige Monate.

In der herrschenden Krisensituation ist auch der Handel praktisch lahmgelegt. Das Banken- und Kreditsystem spielt im Prozess des Kapital- und Warenkreislaufs keine aktive Rolle. Im Banken- und Kreditsystem herrscht trotz der Versuche des Regimes, es vor einem Bankrott zu retten, was zu seiner Verstaatlichung und zu einem Kostenpunkt von 400 Millionen Dollar führte, weiter eine Krise. Das Banken- und Kreditsystem konnte keinen Schritt dafür tun, das Wirtschaftssystem in Bewegung zu setzen. Es beschränkt sich auf die Gewährung von kleinen und kurzfristigen Krediten, die keineswegs in der Lage sind, die Industrie wiederzubeleben.

Die Börsengeschäfte, die eines der wichtigsten Merkmale der kapitalistischen Länder darstellen, sind ebenfalls lahmgelegt. Nach dem Bericht der Organisation der Börse und Wertpapiere in Teheran sind die Börsengeschäfte in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um ca. 90 % zurückgegangen. Während das gesamte Volumen der Börsengeschäfte in den ersten sechs Monaten des Jahres 57 (76) 29 334,7 Millionen Rial betrug, ging diese Zahl in den ersten sechs Monaten des Jahres 58 (79) auf 3 079,18 Millionen Rial zurück. In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres wurden die Börsengeschäfte völlig stillgelegt.

Unter diesen Umständen werden keine nennenswerten Investitionen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen getätigt. Ganz

im Gegenteil herrscht eine ständige Kapitalflucht. Laut Aussagen des stellvertretenden Ministerpräsidenten im Kabinett Bazargan wurden in kurzer Zeit während des Aufstandes umgerechnet 20 Milliarden Dollar ins Ausland transferiert, und trotz der Versuche der Regierung, diese Kapitalflucht zu stoppen, laufen diese Kapitaltransaktionen ins Ausland in verschiedenen Formen weiter.

Im Bereich der Landwirtschaft herrscht die chronische Krise. Obwohl einige Reformen des Regimes und z.T. die materielle Unterstützung der Bauern durch das Regime die landwirtschaftliche Produktion steigern können, wird kein kapitalistischer Staat in der Lage sein, diese chronische Landwirtschaftskrise im Iran zu lösen.

Aus diesen Beobachtungen der wirtschaftlichen Lage im Iran folgt, daß die Wirtschaftskrise in den Bereichen der Industrie, Landwirtschaft, von Kredit, Handel usw. nicht gemindert wurde, sondern sich im Vergleich zu der Zeit vor dem Aufstand verschärft hat. Unter diesen Bedingungen können wir die zunehmende Arbeitslosigkeit der Arbeiter, Elend und Not des Proletariats, Verschärfung der Klassengegensätze, Knappheit der lebenswichtigen Güter, ständige Preissteigerungen und Verschärfung der Kämpfe der proletarischen Volksmassen beobachten. Während die Zahl der arbeitslosen Arbeiter ständig zunimmt, gehen die Preise in unglaublicher Weise in die Höhe. Die offiziellen Daten zeigen eine Preissteigerungsrate von 13,5 % für Konsumgüter und Dienstleistungen in den ersten sechs Monaten des Jahres 58 (79) im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres. Die Preissteigerungsrate für Nahrungsmittel beträgt 22,2 %. Diese Zahlen können aber die Wirklichkeit nicht widerspiegeln. In diesem Zeitraum konnten wir beobachten, wie sich die Preise für manche Güter verdoppelt haben. Neulich sprach Banisadr von einer Preissteigerung von 50 % für Konsumgüter. Das jetzige Regime, das auch nicht in der Lage ist, die Preissteigerungen einzudämmen, bedient sich wie das gestürzte Regime der Politik der Unterdrückung zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Diese Unterdrückungspolitik, Auspeitschen und Bestrafen der Zwischenhändler und Kleinproduzenten, führt zu einer Steigerung der Unzufriedenheit der Kleinbourgeoisie. Kurzgefaßt brachte die Verschärfung der Krise die Zunahme des Elends und der Arbeitslosigkeit in den Volksmassen mit sich. Die Arbeiterkämpfe

weiten sich aus. Die Zunahme der Arbeiterstreiks und anderer Formen von Arbeiterkämpfen ist ein Zeichen dafür. Auch die Kleinbourgeoisie leidet unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Auch unter den Bauern wachsen die Kämpfe. Das Resultat dieser Situation ist die Tatsache, daß sich mehr Massen Tag für Tag von den Herrschenden trennen. Ein Jahr nach dem Aufstand zeigen sich hier und da die Funken der Unzufriedenheit in Form von Massenrebellionen. Dieser Trennungsprozeß wächst Tag für Tag.

Es sind also im Gegensatz zu absurden Vorstellungen und opportunistischen Tendenzen mancher Leute nicht Aktivitäten subversiver Elemente der Reaktion und des Imperialismus, die die Rebellion der Massen gegen das jetzige Regime inszenieren, sondern es sind die Widersprüche, Not und Elend der Massen, die sie zum Regime in Opposition bringen. Es ist aber klar, daß, wenn die revolutionären Kräfte die Situation der Massen und ihrer Bewegung nicht richtig einschätzen, wenn sie keine treffende Analyse der Massenkämpfe und der Situation des Regimes darlegen können, die reaktionären Elemente verschiedener Schattierungen die Führung dieser Rebellion übernehmen könnten. Die Tatsachen zeigen also, daß das jetzige politische Regime nicht in der Lage ist, die Wirtschaftskrise zu beseitigen, im Gegenteil, diese Krise hat unter dem jetzigen Regime zugenommen. Noch einmal fassen wir die Faktoren, die eine Lösung der Krise unmöglich machen, zusammen:

1. Während in einer klassischen Wirtschaft die inneren Mechanismen vorübergehende Lösungen der Krise ermöglichen, gilt dies für die abhängige Wirtschaft unserer Gesellschaft nicht.

2. Die kapitalistische Weltwirtschaft ist einer vielfältigen Krise ausgesetzt. Deflation und Inflation begleiten sie chronisch. Die Wirtschaft unserer Gesellschaft kann sich als ein Teil dieser Gesamtheit und auf Grund ihrer tiefgreifenden und organischen Abhängigkeit nicht selbständig aus dieser Krise befreien. Diese zwei Faktoren sind die Hauptfaktoren der Fortdauer der laufenden Wirtschaftskrise.

Aber es gibt andere Faktoren, die auch in dieser Richtung eine Rolle spielen, u.a.:

die Ausweitung und Verschärfung des Klassenkampfes, die internen Widersprüche des Regimes, die volksfeindliche Politik des

Regimes in bezug auf die Unterdrückung der Massen, die hohen Ausgaben für die Reorganisation der Armee, der Kauf von Rüstungsmaterial, regionale Auseinandersetzungen und die Zunahme der Parasitenkräfte der Unterdrückung, ihr Anschluß an die anderen parasitären Streitkräfte, die Zunahme der Bürokratie usw.

Die Perspektive für die Lösung der herrschenden Wirtschaftskrise sieht also sehr trübe aus. Wir werden in Zukunft die Verschärfung der Krise und der Klassenkämpfe beobachten können. In den abhängigen Ländern wie in unserem Land hat natürlich der Staat eine entscheidende Rolle im Prozeß der Reorganisation der Produktion. Insbesondere weil nach dem Aufstand ein Teil der Firmen und Finanzbetriebe verstaatlicht worden sind. Im Falle der Beseitigung der internen Widersprüche des Regimes und der allseitigen Unterstützung des Imperialismus könnte eine kurzfristige Minderung oder Lösung der Krise möglich sein. Andernfalls ist nicht einmal eine kurzfristige Abschaffung der Krise vorstellbar.

Die politische Entwicklung bis zum Aufstand und die Formierung des KomaromiBorgans

Die Wirtschaftskrise, die wir im letzten Abschnitt behandelt haben, hatte politische und gesellschaftliche Auswirkungen. Der Schah und der Hof, d.h. die Bürokratenschicht, setzten sich an die Spitze der Staatsmacht. Sie kontrollierten die wirtschaftlichen Machthebel, sicherten die Profite für die imperialistischen Monopole und die abhängige Bourgeoisie. Die bürokratische Bourgeoisie war am meisten an der Ausbeutung der werktätigen Massen und an der Ausplünderung der nationalen Reichtümer beteiligt. Das Schahregime war wegen seiner hohen Ausgaben für die Rüstung, den Kauf von modernsten Waffen, Atomkraftwerken, Concorde-Flugzeugen usw., den Kauf von Aktien der von Konkurs bedrohten Firmen und der Hilfeleistung an die kranke Wirtschaft der imperialistischen Länder und wirtschaftliche und militärische Hilfeleistung an die volksfeindlichen Marionettenregime nicht in der Lage, die Wirtschaftskrise zu mildern. Ganz im Gegenteil. Die wirtschaftlichen und politischen Pläne waren von Unterschlagungen und unheilbarer Korruption im bürokratischen System und in der Armee begleitet. Diese Faktoren führten zu einer verstärkten Krise und zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Flügeln der abhängigen Bourgeoisie.

Der Schah hat durch die Gründung der Rastakhiz-Partei und durch die Stärkung des SAVAK und die Anwendung faschistischer Methoden nicht nur die Volksmassen unterdrückt, sondern auch die anderen Flügel der Bourgeoisie mundtot gemacht. Während man in der Zeit des mäßigen wirtschaftlichen Aufschwungs nach den Reformen von 1342 die internen Gegensätze in der abhängigen Bourgeoisie eindämmen konnte, war dies in einer Situation, in der sich die Wirtschaftskrise immer mehr vertiefte, nicht möglich.

In einer Situation, in der die Krise die abhängige Bourgeoisie erlückte, Wirtschaftsflaute über die Gesellschaft herrschte und mangelnde Devisenkredite usw. eine Unzahl von wirtschaftlichen Problemen bereiteten, in einer Zeit, in der die Krise die gesamte Gesellschaft allmählich erfaßte, war die Verschärfung der internen Gegensätze in der abhängigen Bourgeoisie unvermeidbar.

Die nichtherrschenden Flügel der abhängigen Bourgeoisie, ins-

besondere die mittlere Bourgeoisie, waren mit der Politik der Regierung nicht einverstanden. Sie waren gegen die Privilegien, die sich die bürokratische Bourgeoisie verschafft hatte. Sie wollten eine aktivere Rolle in der Politik und in der Regierung spielen, um ihre Interessen zu sichern, um mehr Anteil an der Ausbeutung der werktätigen Massen und an der Ausplünderung der nationalen Reichtümer zu haben.

Diese Widersprüche spiegelten sich in der politischen Szene in Form von sogenannten "konstruktiven" und progressiven Fraktionen innerhalb der Rastakhiz-Partei wider. Die Scheinopposition der reaktionären Flügel unter Leuten wie Amini, Darakhschesch, mancher "Parlamentsabgeordneter", verschiedene Gruppierungen unter dem Deckmantel der "Verteidigung der Menschenrechte", die Korrespondenz sogenannter liberaler Elemente, Aktivitäten der Reste der nationalen Front usw. ... standen auch in diesem Zusammenhang. Der wirtschaftliche Inhalt dieser Opposition unter dem Deckmantel des Protestes gegen die unkontrollierbare Diktatur des Schah und des Hofes war die Milderung der Wirtschaftskrise und die Erlangung von mehr Zusagen bei der Ausbeutung der Volksmassen und nicht zuletzt die Festigung des abhängigen kapitalistischen Systems. Die Interessen der herrschenden Monopole und der Bürokratenschicht der Bourgeoisie waren im Vergleich zu den anderen Flügeln der Bourgeoisie gesicherter. Deshalb waren diese Flügel gegen die absolute Macht des Schah und des Hofes und der bürokratischen Schicht.

Der Widerspruch zwischen den internationalen und multinationalen Monopolen wirkte sich auch auf die iranische Gesellschaft aus, und somit wurde unser Land zu einem der Brennpunkte der Krise. Die politischen und religiösen Kräfte, die den nichtherrschenden Flügeln der Bourgeoisie angehörten, wurden aktiver. Sie wollten einerseits ihre eigenen Forderungen dem Regime aufzwingen, andererseits wollten sie die Massenbewegung, die im Gang war, ablenken und sie auf die "liberalen" Forderungen und Parolen beschränken. Sie sprechen von Grundgesetz und Menschenrechten. "Der Schah soll nur die Monarchie repräsentieren und nicht regieren." Das war die höchste Parole der reaktionären Flügel der bürgerlichen Opposition. Die Korrespondenz der "liberalen" Elemente nahm zu. Amini, Dani Ahmad und ... gaben sich als Verteidiger der Freiheit aus. Die Führer der nationalen Front, die jahrelang die Poli-

tik des Abwartens betrieben und sich in ihren Häusern verkrochen hatten, erschienen wieder auf der politischen Szene. Bakhtiar, Sadighi, Forouhar, Sandjabi und ..., die sich als Anhänger Mossadeghs bezeichneten, wollten das Ansehen und den Namen Mossadeghs für die Interessen der mittleren Bourgeoisie ausnutzen. Sie waren keine Anhänger Mossadeghs, sondern nur deren Karrikatur. Diese Elemente haben auf Grund ihres Klassencharakters nie gegen den Imperialismus Stellung bezogen. Ganz im Gegenteil. Sie bedienten sich gegenüber der Schah-Diktatur der Hinhaltetaktik. Am 22.3.1356 haben Karim Sandjabi, Schahpour Bakhtiar und Dariush Forouhar in einem gemeinsamen Brief an "Seine Majestät" geschrieben: "Und am schlimmsten ist die Mißachtung der Menschenrechte und der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheiten und die Mißachtung der Verfassung, begleitet von Polizeiwillkür. ... Diese Unerträglichkeiten in unserem nationalen Leben sollte man auf die Art, wie das Land regiert wird, zurückführen. Eine Art, die im Gegensatz zur Verfassung und zur Charta der Menschenrechte in unserem kaiserlichen System einen despotischen Charakter gefunden hat." "... Und somit ist der einzige Weg zur Rückkehr zum Glauben und zur Persönlichkeit und zur nationalen Freiheit und Befreiung von Engpässen und Schwierigkeiten, die die Zukunft des Irans bedrohen, ein Schlußstrich unter der Despotie, die Achtung der Grundsätze der Konstitution, die Wiederbelebung der Rechte der Nation, die wirkliche Achtung der Verfassung und der Charta der Menschenrechte, die Abschaffung der Einheitspartei, Presse- und Versammlungsfreiheit, Freiheit für die politischen Gefangenen, Rückkehr der politisch Verbannten und die Errichtung einer Regierung, die sich auf die Mehrheit der vom Volk gewählten Vertreter stützen kann und die Geschicke des Landes in voller Verantwortung übernimmt." Die Forderung dieser Leute hieß also Geltung der Verfassung und der Grundsätze der Konstitution. Obwohl die Stellungnahmen der Vertreter der großen und mittleren Bourgeoisie in der Art der Verbesserungsvorschläge unterschiedlich waren, hatten sie aber in der Verteidigung der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse und der Aufrechterhaltung des Systems und der Sicherung der Interessen des Imperialismus keine Differenzen. Die Stellungnahmen einiger Flügel der Geistlichkeit und hohen religiösen Führer wie Shariat Madari,

Ghomi, Schirazi, Rouhani und ... gehörten auch zu diesem Spektrum. Alle diese Flügel einigten sich auf eine zentrale Parole, die ihren Klassencharakter und ihre Klassenforderungen klarmachte. Diese Parole lautete: "Der Schah soll die konstitutionelle Monarchie repräsentieren und nicht regieren." Aber der Schah wollte eben regieren und nicht repräsentieren. Was diese Kräfte hingstlich machte, war die Entwicklung der Bewegung und ihre Radikalisierung. Die wirtschaftliche Krise verschärfte einerseits die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, andererseits wirkte sie auf das Leben der Volksmassen. Die Inflation, die Teuerung, die Arbeitslosigkeit, die Mietpreiserhöhungen, Wohnungsnot und die Steigerung der Lebenshaltungskosten, Diskriminierung in allen Bereichen und und die diktatorische Unterdrückung bewegten Tag für Tag mehr Massen. Den Volksmassen ging es immer schlechter. Not und Elend verbreiteten sich täglich mehr. Überall herrschte Unzufriedenheit. Die Protest- und Kampfaktionen der Massen breiteten sich aus, und die Kluft zwischen verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie vertiefte sich immer mehr. Dies ermöglichte stärkere Protestbewegungen der Massen. Nach der "Landreform" und der Beschleunigung des Entwicklungsprozesses des abhängigen Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie stieg die Zahl der Arbeiter rapide an. Sie betrug ca. 3,5 Millionen in verschiedenen Bereichen der Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft. Wenn wir die Zahl der arbeitslosen Arbeiter dazuzählen, ergibt sich eine Zahl von 4,5 Millionen Arbeitern, die die Hauptkraft der iranischen volksdemokratischen Revolution bilden. Die Arbeiter wurden auf brutalste Weise durch das abhängige Kapital ausgebeutet. Ihre grundlegendsten politischen und gesellschaftlichen Rechte wurden mißachtet. Obwohl die Arbeiter die größte Last der Produktion tragen mußten, hatten sie einen geringen Anteil an den gesellschaftlichen Produkten. Das Regime unterdrückte ihre kleinste Protestbewegung blutig. Die iranische Arbeiterklasse war noch jung; d.h. viele Arbeiter waren infolge des Prozesses des Klassenzerfalls der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie in die Arbeiterklasse getrieben worden; sie hatten keine Erfahrung und lange Tradition von Arbeiterkämpfen und kein Klassenbewußtsein; sie hatten keine Möglichkeit, ihre Organisationen wie Gewerkschaften frei und öffentlich zu gestalten - trotz alle-

dem trieben sie die schlechten Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Kampf. Wirtschaftsflaute und Inflation wirkten rasch und unmittelbar auf das Leben der Arbeiter. Die Wirtschaftsflaute bewirkte eine zunehmende Arbeitslosigkeit, und die Inflation hatte Preissteigerungen und somit die Senkung der Kaufkraft der Arbeiter zur Folge. In einer Situation, in der die Inflationsrate ca. 35 % betrug, lautete die Formel des Arbeitsministeriums für die Lohnerhöhung für Arbeiter: $1,13 \times \text{Lohn} + 10 \text{ Rial}$, d.h., daß die Inflationsrate weit höher lag als die Zuwachsrate der Arbeiterlöhne. Jahr für Jahr sank die Kaufkraft der Arbeiter, ihre Lebensbedingungen wurden immer unerträglicher. Die Arbeiter waren außer der wirtschaftlichen auch anderen Arten der Unterdrückung wie politischer und kultureller usw. ausgesetzt. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise wurde die Situation der Arbeiter immer unerträglicher. Tag für Tag wandten sich mehr Arbeiter dem Kampf zu. Es entstanden immer mehr spontane Arbeitskämpfe. Das Fehlen starker und erfahrener proletarischer Organisationen und das unzureichende Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse führten jedoch dazu, daß trotz der Teilnahme größerer Arbeitermassen an der Bewegung die politische Rolle der Arbeiterklasse nicht an Bedeutung gewinnen konnte und die Arbeiterkämpfe hauptsächlich unter dem Einfluß der Führung der Kleinbourgeoisie standen. Die Arbeiterklasse konnte nicht ihre historische Aufgabe bei der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung erfüllen und damit die Führung der Massenkämpfe übernehmen. So übernahmen die nichtproletarischen Kräfte die Führung.

Die Teilnahme der Arbeiter an der Bewegung erfolgte nicht in einer organisierten Form und in geschlossenen Reihen, sondern es waren hauptsächlich Arbeitermassen, die sich unorganisiert an der Bewegung beteiligten und in den Wellen der kleinbürgerlichen Bewegung untergingen. Trotzdem nahmen die Arbeitermassen aktiv an der Bewegung teil. Sie schlossen sich den Demonstrationen und Streiks an und haben damit dem Regime die größte Angst eingejagt. Das Industrieproletariat war der aktivste und organisierteste Teil des Proletariats und versetzte durch Streiks dem Regime einen verheerenden Schlag.¹⁾

1) Die Streiks der Arbeiter der Erdölindustrie, der Elektrizitätswerke, der Eisenbahn und Maschinenfabriken.

Einer der wichtigsten dieser Streiks war der Streik der Arbeiter der Erdölgesellschaft, der zu einer scharfen Krise des Regimes führte.

Die Landwirtschaft im Iran war nach der "Landreform" stets von einer Krise begleitet. Auf Grund der niedrigen Profitrate im Bereich der Landwirtschaft wurde das abhängige Kapital in diesem Bereich nicht in breitem Maße investiert und deshalb verzeichnet die großkapitalistische Produktion auf dem Lande keine nennenswerte Entwicklung.¹⁾ Viele Bauern, denen die Mittel und Möglichkeiten zur Bewirtschaftung des Landes fehlten, haben ihr Hab und Gut verloren und zogen nach dem Verkauf oder Zurücklassen ihrer Felder in die Städte, um dort eine Arbeit zu finden. Die meisten gehörten zur Reservearmee der Arbeit. Viele von ihnen mußten am Rande der Städte in Slums und unter schlimmsten Bedingungen leben und leisteten gegenüber den Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsbeamten tapferen Widerstand.

Nach der Durchführung der "Landreform" entstanden einige Veränderungen in der Struktur der iranischen Dörfer. Die Herr-Knecht-Beziehung wurde - außer in manchen Gebieten - abgeschafft. Die Bauernschaft spaltete sich in verschiedene Schichten. Mit der Landverteilung und dem Verkauf von Feldern stieg die Zahl der Kleinbauern. Von Anfang an bekamen nur die Bauern ein Stück Land, die als nasagh-Inhaber²⁾ galten. Der Rest wurde von der Landverteilung ausgeschlossen. Selbst die nasagh-Inhaber standen bald unter dem finanziellen Druck und der Ausbeutung der abhängigen Bourgeoisie. Viele landbesitzende Bauern verloren allmählich ihr Land. Der finanzielle Druck, der mit den Ratenzahlungen im Zusammenhang stand, die Kredite, die landwirtschaftlichen Kooperativen, die Banken, die Gründung landwirtschaftlicher Aktiengesellschaften, die mechanisierten landwirtschaftlichen Betriebe, Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus dem

1) Auf Grund der schlechten Lage der Landwirtschaft wurde ein Großteil landwirtschaftlicher Produkte wie Weizen, Reis usw. aus dem Ausland importiert. Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion betrug zwischen 1342 und 1345 ca. 1,5 %. Das zeigt die katastrophale Lage der Landwirtschaft in aller Deutlichkeit.

2) Anmerkung der Übersetzer: nasagh-Inhaber sind Bauern, denen es traditionell gestattet war, ein Stück Land zu bebauen.

Ausland, obwohl die gleichen Produkte im Inland erzeugt wurden, das Fehlen der Unterstützung der inländischen Landwirtschaftsprodukte, all diese Faktoren führten zu einer immer größeren Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bauern. Diese Situation führte zu einer Unzufriedenheit der Bauern, die anfänglich froh waren, ein Stück Land zu bekommen. Der Staat trieb durch eine bedingungslose Inschutznahme des imperialistischen und des abhängigen Kapitals die Bauern zum Bankrott. Jeder Protest der Bauern wurde durch Einsatz der Unterdrückungsorgane wie Gendarmerie und Armee niedergemetzelt. (die Bauern von Ilkhtsch, Amol, usw.). Dies führte zu einer immer stärker werdenden Unzufriedenheit der Bauern. Die Bauern zogen trotz ihrer schwierigen finanziellen und Lebensbedingungen, trotz ihres niedrigen Bewußtseins, trotz des eingeschränkten dörflichen Lebens und schließlich trotz des Fehlens einer politischen Strömung und einer Bauernbewegung auf dem Land in den Kampf. Zwar standen sie am Anfang den Massenkämpfen in den Städten und der kleinbürgerlichen Führung mißtrauisch gegenüber, beteiligten sich aber dennoch später massiv am Kampf. Das Fehlen einer revolutionären Führung, die die Forderungen der Bauern erfüllen würde und das Fehlen eines Programms für die Sicherung der Interessen des Proletariats seitens der Führung und die Propaganda des Regimes, die religiöse Führung verteidigte den Feudalismus und wendete sich gegen die Landverteilung, bewirkte das anfängliche Mißtrauen mit. Trotz alledem ließen sich die Bauern auf Grund ihrer Bindung zum städtischen Proletariat von den Kämpfen beeindrucken. Sie nahmen an der Bewegung teil. Ihr Klassenbewußtsein war im Vergleich mit anderen Kräften niedriger. Sie schlossen sich später dem Kampf an.

In der Zusammensetzung und Struktur der Kleinbourgeoisie vollzogen sich auch merkbare Änderungen. Einerseits bewirkte die Ausweitung der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse und der Überfall imperialistischen Kapitals auf unsere Gesellschaft die Schwächung der traditionellen Kleinbourgeoisie, andererseits entstand eine breite Schicht der modernen Kleinbourgeoisie, die im Bereich der Bedürfnisse des neuen Systems und hauptsächlich im Dienstleistungssektor beschäftigt war. Eine der Besonderheiten abhängiger Gesellschaften wie unserer ist die quantitative Größe der Kleinbourgeoisie. Diese gesellschaftliche Kraft kann politische Schwankungen beeinflussen.

Die Lage verschiedener kleinbürgerlicher Schichten und ihre Reaktion auf die bestehende Herrschaftsordnung und auf die Revolution war nie einheitlich. Diese Reaktion stand in direktem Zusammenhang mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage.

Die traditionelle städtische Kleinbourgeoisie, die hauptsächlich Handwerker und Händler umfaßte, stand unter ständigem Druck des Finanz-, Industrie- und Handelskapitals der abhängigen Bourgeoisie und der Wirtschaftspolitik des Regimes, der den Bankrott dieser Schicht bewirkte. Nach den "Reformen" wandte sich das Großkapital nach der Eroberung der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen den Vereinen zu, die früher den Aktivitätsbereich der traditionellen Kleinbourgeoisie darstellten. Die verschiedenen Einschränkungen der Aktivitäten der traditionellen Kleinbourgeoisie, der finanzielle und steuerliche Druck, die planlose und grenzenlose Einfuhr von Gütern, die auch im Inland von eben dieser traditionellen Kleinbourgeoisie hergestellt wurden, und die uneingeschränkte Unterstützung dieser Einfuhrmaßnahmen sowie die Ausweitung der Produktion dieser Güter in großen Produktionsbetrieben der abhängigen Kapitalisten durch den Staat (z.B. maschinell hergestellte Schuhe gegenüber handgefertigten Schuhen, maschinell gefertigte Teppiche gegenüber handgeknüpften Teppichen, Plastikwaren gegenüber Kupfer, usw.), all diese Maßnahmen führten zum Bankrott der kleinen Handwerks- und Produktionsbetriebe. In diesem Zusammenhang gerieten viele Zünfte in Vergessenheit und ihre Produkte verschwanden für immer aus der Marktkultur unseres Landes. In bezug auf das traditionelle Versorgungsnetz (kleine Geschäftsleute und Händler usw.) wurde mit der Gründung und Ausweitung von Ladenketten in den Groß- und später sogar in Kleinstädten, ein Teil der kleinen Geschäftsleute aus dem Geschäftsleben vertrieben.

Das Anwachsen des abhängigen Kapitals versetzte die traditionelle Kleinbourgeoisie in eine miserable und immer schwächer werdende Position. Das Regime trieb durch seine Unterstützung des abhängigen Kapitals immer mehr Menschen in diesem Land zum Bankrott; es schränkte immer mehr ihren Aktivitätsbereich ein, und außerdem wurde durch brutale Unterdrückungsmethoden, durch Errichtung der Zunftkammer und unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Fasistreiberei zusätzlich

zum wirtschaftlichen ein nichtwirtschaftlicher Druck auch auf diese Schicht ausgeübt. Die traditionelle Kleinbourgeoisie, die mit dem Anwachsen des Systems und völliger Herrschaft der abhängigen Bourgeoisie unter Druck stand und vom Bankrott bedroht war, war bereit, einen Kampf um Leben und Tod gegen das abhängige Kapital und das Regime, das es unterstützte, zu riskieren. Besonders weil sie auch die Tradition des jahrelangen Kampfes gegen das Regime mittrug und im Vergleich mit anderen Schichten und Klassen über ein Mindestmaß an Organisation und Protestmöglichkeiten verfügte. Auf dieser Grundlage und auf Grund des Einflusses der Religion auf die Massen konnten die von dieser Schicht abhängigen religiösen Kräfte sich an die Spitze der Bewegung setzen und ihre Führung übernehmen.

Der andere Teil der Kleinbourgeoisie, nämlich die moderne Kleinbourgeoisie, weitete sich mit der Herrschaft der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse aus. Dieser Teil entwickelt sich in den neokolonialen Ländern im allgemeinen enorm schnell. Auf Grund der Ausweitung des Dienstleistungssektors im Bereich des Handels, der Banken und Kredite, der Garantierung von gelernten Arbeitskräften, der Stärkung des bürokratischen und militärischen Systems sowohl im Bereich der Unterdrückung als auch im Bereich künstlicher Beschäftigungen, entwickelt sich der Dienstleistungssektor in einem neokolonialen Land unproportional zur gesamten wirtschaftlichen Entwicklung. Die moderne Kleinbourgeoisie entwickelt sich in einem solchen Land quantitativ sehr schnell. Im Iran stellen die im Dienstleistungssektor beschäftigten Kräfte 30 % der gesamten Beschäftigten des Landes, und allein die Zahl der Professoren, der Lehrer, der Beamten, der Ärzte und Beschäftigten in den Dienstbereichen beträgt 2 Millionen. Die oberen Schichten dieses Teils der Kleinbourgeoisie verfügen über einen angemessenen Wohlstand. Die mittleren und unteren Schichten sind verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Einschränkungen ausgesetzt. Auch dieser Teil wird von der abhängigen Bourgeoisie unterdrückt und schließt sich mit Vertiefung der Krise und wirtschaftlicher Stagnation, Inflation, Teuerung, Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskostensteigerung allmählich dem Kampf an.

Die Krise erfaßte die gesamte Gesellschaft und die gesellschaftlichen Verhältnisse. Das Regime war nicht in der Lage, die dringendsten Grundbedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Die Kluft zwischen verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie wurde immer tiefer und die Massen verloren ihre Geduld. Der tapfere Widerstand der Bevölkerung außerhalb der Stadtgrenze¹⁾ und ihr gemeinsames Vorgehen gegen die Willkürmaßnahmen von Beamten und Polizei waren die ersten Anzeichen dafür, daß die neue und tiefe Bewegung der Massen bald beginnen würde. Kurz darauf steckte die breite Bewegung der Menschen in Ghom am 19.10.1356 (9.1.1978) diese Stadt in Feuer und Flammen. 40 Tage danach, am 29.11.1356 (18.2.1978) erhob sich die Stadt Tebriz. Die Massen setzten die Banken in Brand; die Filialstellen der vom Schah gegründeten Rastakhiz-Partei sowie andere Zentren und Unterdrückungsbastionen des Regimes wurden angegriffen. Die Protestaktionen der Menschen nahmen große und bedrohliche Ausmaße an. Die Protestbewegungen, die abwechselnd in verschiedenen Städten zustande kamen, waren noch spontan und ohne Führung. Die Bazaris, Kleinhändler und Geschäftsleute, die Ärmsten der Städte, Schüler, Studenten und Intellektuelle bildeten am Anfang die Kraft dieser Bewegung. Anhänger Khomeinis, die in enger Beziehung mit der traditionellen Kleinbourgeoisie standen, verteidigten die Interessen der Bazaris und Händler. Gestützt auf die treibende Kraft dieser Schicht, ihre Aktivität und nicht zuletzt den Einfluß der Religion auf die unbewußten Massen, setzte sich diese Schicht allmählich an die Spitze der Bewegung und zwang anderen religiösen und politischen Flügeln ihre Führung und Autorität auf. Sie bediente sich der religiösen Taktiken (Benutzung von Moscheen, Passionszügen und der religiösen Gefühle der Massen usw.), um die Massenkämpfe unter ihre Kontrolle und Führung zu bringen. Die Benutzung religiöser Taktiken und die konservative Haltung der Führung verhinderten die Radikalisierung der Bewegung. Die Parolen dieser Führung hinkten immer hinter den Parolen und Forderungen der Massen hinterher.

Die Massenbewegungen erreichten Tag für Tag neue Höhepunkte, und die Tendenz der Gewaltanwendung breitete sich unter den

1) Anmerkung der Übersetzer: Die Bewohner außerhalb der Stadtgrenze erhielten keine Genehmigung für den Bau von Häusern; sie wurden nicht mit Wasser und Elektrizität versorgt und ihre Häuser wurden immer wieder abgerissen.

Massen aus. Die Armeo stellte sich gegen die Massen, und das Regime war nicht mehr in der Lage, die Wellen der Bewegung zu kontrollieren. Am 5.5.1357 (27.7.1978) wurde in Isfahan die Bewegung der Massen blutig niedergeschlagen, und daraufhin wurde in dieser Stadt der Ausnahmezustand verhängt. Das Parlament sprach sein Mißtrauen gegen die Regierung Amuzegar aus. Um einen Vorwand für die Unterdrückung des Volkes zu finden, steckte das Regime am 28.5.1357 (19.8.1978) das Rex-Kino in Abadan in Brand, aber dieses Verbrechen des Regimes entlarvte es einmal mehr.

Die Regierung Amuzegar stürzte und die Regierungsgeschäfte wurden Sharif Emami übertragen, der den Plan der "nationalen Versöhnung" vorlegte. Sharif Emami wollte durch eine Reihe von Wirtschafts- und Verwaltungsreformen und durch das Versprechen, er würde einige Freiheiten gewähren und durch die Gewährung einiger Vorteile für die Geistlichen und "Liberalen" die von der traditionellen Kleinbourgeoisie abhängige Geistlichkeit isolieren und die politische Krise lindern. Sharif Emami sprach den Menschen mit folgender Aussage zu: "Leute, erhebt euch im Licht des Korans, durch die Lehren des Islam und mit Hilfe der Verfassung wollen wir gemeinsam unser Land retten." Die Regierung Sharif Emami hatte nur ein politisches Manöver im Sinn, um damit die Massenkämpfe eindämmen zu können, und keine ernstesten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Der Schah und sein Hof beherrschten weiterhin die Hebel der politischen Macht. Die Maßnahmen der Regierung Sharif Emami waren:

- die Schließung der Casinos und Spielbanken,
 - Rückkehr zur ursprünglichen Zeitrechnung (von der kaiserlichen Zeitrechnung zum Sonnenjahr),
 - die Auflösung der Zukunftskammer,
 - die Gewährung von Krediten an Bauern,
 - die Suspendierung mancher Generäle, die als Ungläubige galten,
 - die Auflösung der Rastakhiz-Partei,
 - das Versprechen, die Folterknechte zur Rechenschaft zu ziehen und die politischen Gefangenen freizulassen.
- Die Bewegung bekam eine religiöse Führung. Sogar Sharif Emami bekannte sich zum Islam und zum Koran. Das Wesen des Programms Sharif Emamis war überdeutlich. Er bezog religiöse Positionen, um die Massen hinters Licht zu führen. Er gab an,

die Schuldigen zu bestrafen, eine "Abschwächung" der Diktatur sowie einige Reformen zugunsten der Interessen der städtischen Kleinbourgeoisie und der Bauern herbeizuführen (die Auflösung der Zukunftskammer und die Gewährung von Krediten an die Bauern).

Diese veralteten Komödien waren aber nicht mehr in der Lage, die Massen hinters Licht zu führen und ihre Kämpfe aufzuhalten. Tag für Tag schlossen sich breitere Massen dem Kampf an. Gewalttätige und gewaltsame Demonstrationen erfaßten ganz Iran. Die Arbeiter schlossen sich massenweise dem Kampf an. Massenstreiks weiteten sich enorm aus und die Arbeiter beteiligten sich immer mehr an den Straßendemonstrationen. Die Führung der Bewegung geriet völlig unter die Kontrolle der von der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie abhängigen Geistlichkeit. Die verschiedenen Flügel der Geistlichkeit handelten trotz ihrer politischen Widersprüche (die auf ihre unterschiedliche Klassenzugehörigkeit zurückzuführen war) die sich in den Stellungnahmen der höheren Geistlichkeit widerspiegelten¹⁾, nahezu einheitlich und bildeten gegen das Diktatur-Regime eine einheitliche Reihe. Diese Stellungnahmen vertraten ein breites Spektrum verschiedener Schichten der Kleinbourgeoisie (Taleghani, Khomeini usw.) bis hin zur mittleren und großen Bourgeoisie (Rohani, Ghomi, Schirazi, Shariat Madari usw.). Selbst diese Tatsache zeigte das Fehlen einer klaren Klassenabgrenzung. Reaktionäre und fortschrittliche Flügel kämpften mit dem "gleichen" Ziel (natürlich aus unterschiedlichen Klassenpositionen heraus) gemeinsam gegen die Diktatur, und die Grenze zwischen progressiven und reaktionären Kräften war noch fließend. Außer diesem "gleichen" Ziel der Kräfte verschiedener Klassen bildeten die Schichtinteressen der Geistlichkeit die Grundlage ihrer Solidarität und ihrer Zusammenarbeit und einheitlichen Bewegung.

Natürlich galt die Losung "Tod dem Schah" noch als eine kommunistische Parole, und die Rivalität zwischen der "nationalen Front", der "Freiheitsbewegung" und den religiösen Flügeln dauerte noch in einer schwächeren Form an.

1) siehe die Erklärungen von Rohani, Schirazi, Ghomi, Shariat Madari, Khomeini, Taleghani usw., die zu verschiedenen Anlässen herausgegeben wurden. In diesen Erklärungen sind unterschiedliche Positionen deutlich festzustellen.

Die "Nationale Front" rief am Sonntag, dem 12.6.1357 (3.9.1978) zu einer Demonstration auf. Dagegen wählte die Geistlichkeit Montag, den 13.6. (4.9.) für die Durchführung einer Demonstration. Die "Nationale Front" mußte sich der Autorität der Geistlichkeit beugen und nachgeben. So wurde das Gemeinschaftsgebet des Ramadan-Festes mit Dr. Mofattah als Vorbeter in Gheitarieh verrichtet. Anschließend wurde ein Marsch in Richtung Stadt durchgeführt. Auf diesem Marsch war die Losung "Tod dem Schah" untersagt, weil sie als kommunistisch galt. Nach den Auseinandersetzungen auf dem Märtyrerplatz am Donnerstag, den 16.6.1357 (7.9.1978), riefen einige Kräfte die Menschen auf, einen Marsch zu veranstalten. Bei diesem Marsch spielte auch das linke Spektrum eine Rolle. Ayatollah Nouri sprach sich strikt gegen den Marsch vom Donnerstag aus. Bevor die Geistlichkeit ihre Kontrolle durchsetzen konnte, wurden mehrere Losungen ausgegeben, die nicht in ihrem Sinn waren.

Die Führung versuchte, die Massenkämpfe zu kontrollieren und sie auf friedliche Formen zu beschränken. Sie propagierte die Parole "Die Armee ist unser Bruder" und zwang die Menschen, in die Gewehrläufe der Armeeingehörigen Blumen zu stecken. In dieser Situation lehnten die Führung und andere kompromißbereite Kräfte die Parole "Die volksfeindliche Armee muß vernichtet werden" ab. Diese Parole wurde durch marxistische und revolutionäre Kräfte verbreitet.

Am 15.6.1357 (6.9.1978) führte unsere Organisation einen Angriff auf die Zentrale der Polizeigarde durch. Diese Aktion fand ein großes Echo. Im Aufklärungsflugblatt stand in bezug auf kompromißlerische Kräfte u.a.: "Die Unterstützung der revolutionären Guerilla durch das Volk und die Unterstützung der Ziele des bewaffneten Kampfes wird den Kompromißlern keine Gelegenheit geben, mit dem Regime Vereinbarungen zu treffen und Kompromisse einzugehen."

Am 17.6.1357 (8.9.1978) (blutiger Freitag) schoß die Armee blind in die Menge, die sich auf dem Märtyrerplatz versammelte. Das Regime richtete ein Blutbad an. Ca. 4 000 Menschen wurden getötet und viele verwundet. Die Massen begriffen durch ihre praktische Erfahrung, daß die volksfeindliche Armee ihre "Blume" mit "Kugeln" beantwortete. Sie begriffen, daß die volksfeindliche Armee niemals ihr Bruder sein kann und die "Führer" sie betrogen.

Am selben Tag wurde in Teheran sowie in 11 anderen Städten der Ausnahmezustand verhängt. In dieser Situation wurde endgültig klar, daß das Regime nicht mehr in der Lage war, so weiter zu regieren wie bisher und auch die Massen nicht bereit waren, so zu leben wie bisher. Die revolutionäre Lage entwickelte sich und reifte heran.

Die Massenkämpfe waren so gewaltig, daß selbst ein Ausnahmezustand sie nicht eindämmen konnte. Die Streiks der Arbeiter und Angehörigen der Erdölindustrie führten praktisch zur Stilllegung der Raffinerie in Abadan. Die Ölknappheit wurde zum Tagethema. Es bildeten sich lange Schlangen vor den Petroleumverkaufsstellen. Die Menschen verhielten sich solidarisch zueinander. Lokalkomitees formierten sich. Für die Verwundeten und diejenigen, die von amerikanischen Gewehrschüssen der Söldnerarmee flüchteten, waren alle Häuser offen. Bei den Massen herrschte eine revolutionäre Atmosphäre. In jeder Ecke sah man die Opferbereitschaft und Tapferkeit der Massen. Die Massen vollbrachten in der Tat Heldentaten.

Die Losung "Tod dem Schah" wurde von fast allen oppositionellen Kräften akzeptiert. Diese scheinbare Übereinstimmung bedeutete keineswegs die Übereinstimmung der politischen und Klassenposition verschiedener Kräfte. Aber auf der Grundlage dieser Parole propagierte die Führung "die Einheit des Wortes", um eine klare Abgrenzung der Klassen in der Bewegung zu verhindern.

Im Mehr und Aban (Oktober und November), d.h. nach Beginn des Schuljahres, erfaßte eine neue Welle der Bewegung alle Städte. Am 3. Aban (25.10.) wurden zahlreiche politische Gefangene freigelassen. Die Universität verwandelte sich in einen Schauplatz politischer und ideologischer Kämpfe. Die revolutionären Kräfte verbreiteten überall die Parole "Bewaffneter Kampf, der einzige Weg zur Befreiung". Die Parole "Kein Kompromiß und kein Aufgeben, nur der bewaffnete Kampf" wurde von den Massen begeistert aufgenommen. Die revolutionären Kräfte propagierten die Gründung einer revolutionären Volksarmee. Unsere Organisation erklärte nach Durchführung einer bewaffneten Aktion, daß der bewaffnete Kampf und die Gründung der revolutionären Volksarmee der einzige Weg für den Sturz des Regimes sei. In der Erklärung hieß es u.a.: "Die Guerillabewegung der Volksfedayin Irans sieht als Avantgarde des bewaffneten Kampfes in diesem Kampf den einzigen Weg für den Sturz des

verräterischen Schahregimes. Der bewaffnete Kampf der Guerrillakämpfer der Volksfodayin und anderer bewaffneter Avantgarde des Volkes zeigen den Massen den Weg zur Befreiung. Der Sieg des Volkes steht in direktem Zusammenhang mit der Unterstützung dieses Kampfes und mit dem Anschluß an die revolutionären Guerrillakämpfer und der Gründung der revolutionären Volksarmee."¹⁾

Der revolutionäre Weg zur Übernahme der politischen Macht wurde immer mehr unter den Massen propagiert, wobei sie auch diesem Weg immer mehr zustimmten. Doch trotz der revolutionären Bereitschaft der Massen dachte die Führung an eine friedliche Machtübernahme und sandte den Armeeführern Grußbotschaften.

Am 8. Aban (30. 10.) eilte Dr. Sandjahi nach Paris, um sich mit dem Imam zu treffen. Das Ergebnis dieses Treffens war die Abkehr der "Nationalfront" von der Parole "Der Thron für den Schah, aber nicht die Regierungsmacht" und die Zustimmung zum Abgang des Schah. Das Anwachsen der Bewegung und die Stärkung des Khomeini-Flügels (der dem Schah gegenüber konsequenter Stellung bezog, trotz seiner Labilität dem Imperialismus gegenüber) zwang sie (die "Nationalfront"), dem Schah gegenüber klar Stellung zu beziehen und seinem Abgang zuzustimmen.

Das Anwachsen der Massenbewegung und die revolutionäre Entwicklung der Gesellschaft zwang die Führung "härtere" Parolen herauszugeben, denn sonst bestand für sie die Gefahr, die Zügel aus der Hand zu verlieren.

Das Programm der Regierung Sharif Emami mit folgenden Punkten: "Durchführung von Wahlen mit Beteiligung der erlaubten Parteien und aller Klassen, die Sicherung persönlicher und gesellschaftlicher Freiheiten, Änderung des Steuergesetzes zugunsten der einkommensschwachen Klasse und die Unabhängigkeit der Justiz" erlitt eine Niederlage. Am 13. Aban (4. 11.) reagierten die Menschenmassen sehr heftig auf das Blutbad in der Universität, und die Söldner des Regimes versuchten, dieses Ereignis auszunutzen, indem sie hier und da Feuer legten und Großbrände verursachten. Der Schah erschien mit einem von der Niederlage gezeichneten Gesicht im Fernsehen und sagte: "Ich habe die Stimme einer Revolution gehört." Das erinnert uns an

¹⁾ Das Aufklärungsflugblatt vom 9.7.1357 (1.10.1978)

die Worte Lenins: "Nun glaubten alle an die Revolution." Nach diesem Auftritt des Schah und nach der Übertragung der Regierungsgeschäfte an die Militärregierung Azhari wurde allen klar, daß er sich nicht mehr lange an der Macht halten konnte. Azhari versprach nur die Herstellung von Sicherheit und Ordnung und Voraussetzungen für die Durchführung von Wahlen zu schaffen. Er ließ einige korrupte Elemente des Regimes festnehmen, um dadurch dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Aber er war nicht in der Lage, den Massenkämpfen Einhalt zu gebieten. Die Krise vertiefte sich. Streiks weiteten sich aus. Das Regime wurde lahmgelegt und die Massaker gingen weiter. Azhari behauptete nach dem Massaker am 1. Moharram (schiiischer Passionsmonat) im Parlament, daß alle Gerüchte, die man hörte, Lügen seien, daß die Parolen, die man jede Nacht auf den Dächern rief, aus Kassetten kämen und daß das Blut, das man überall an Türen und Wänden, auf den Gassen und Straßen sah, rote Tinte sei. Das Volk beantwortete seine Behauptung auf seinem Marsch der Massen mit der Parole: "Azhari, du Uchse, du alter sechzigjähriger Hund, sag noch einmal, das sind Kassetten, Kassetten haben doch keine Beine." Die Bewegung nahm größere Ausmaße an. Die Forderungen wurden politisch. Die Auflösung des SAVAK, Freilassung politischer Gefangener, Rückkehr der Verbannten, Rede- und Versammlungsfreiheit wurden zur gemeinsamen Forderung der Millionenmassen. Diese Situation versetzte die Bourgeoisie und den Imperialismus in Angst. Zohedi begann seine diplomatischen Aktivitäten. Er reiste von Washington nach Teheran, von Teheran nach Paris und von Paris nach Washington und versuchte, eine Lösung zu finden. Der CIA-Chef Turner sagte: "Ich bin froh, daß sich die iranische Regierung bemüht, die Freiheiten auszuweiten." Amiri gab auch eine Erklärung ab und forderte eine Unterredung mit dem Imam. Er bat auch um einen Empfang, aber da es sich hinauszögerte, nutzte er die Gelegenheit und reiste nach Ghom, um dort mit Shariat Madari und anderen höheren Geistlichen zu sprechen.

Am Tassua (einem Passionstag im Monat Moharram) wurde der Marsch der Menschen durch die Geistlichen und "Liberalen" scharf kontrolliert. Während des ganzen langen Marsches wurde nicht ein einziges Mal die Parole "Tod dem Schah" ausgegeben. Die Parolen beschränkten sich auf "Gott ist groß", "Es gibt keinen anderen Gott außer Allah und Mohammad ist sein Prophet"

usw. Aber am Ashura (dem wichtigsten Passionstag der Schiiten) erschütterte dank Aktivitäten revolutionärer Kräfte und Bereitschaft der Massen die Parole "Tod dem Schah" die Stadt Teheran. Am Abend desselben Tages griffen Armee und Schlagerbanden in Isfahan und Nadjafabad die Menschen brutal an und richteten ein Blutbad an. Die Position Khomeinis festigte sich immer mehr. Im Monat Aban (Oktober) hatte er gesagt: "Wer sich mit dem Schah trifft und mit ihm spricht, wird von mir nicht empfangen und gehört nicht zu uns." So hatte er jeden Lösungsweg für die Krise, die das Weiterbestehen des Schahregimes beinhaltete, versperrt.

Die Imperialisten versuchten, unbedingt mit der Führung eine Übereinkunft zu treffen. Zahedi, Amini und andere Handlanger des Imperialismus einerseits, Bazargan, Sandjabi, Forouhar und andere Mitglieder der "Nationalfront" und der "Freiheitsbewegung" andererseits bemühten sich auch darum. AFP meldete: "Es scheint, daß das nahe Schicksal des Iran in diesen Tagen in Paris entschieden wird." Die Führer der "Nationalfront" versuchten, den Ayatollah für eine Zusammenarbeit und für die nicht völlige Zerstörung des Systems zu gewinnen. Es stand selbst in "Le Monde": "Die Führer der Nationalfront und anderer Oppositionsbewegungen bemühen sich darum, Ayatollah Khomeini zu überreden, zusammen mit ihnen den Zerfall und Sturz des Landes zu verhindern. Diese Gruppe setzt sich für eine Entwicklung ein, deren Verwirklichung die Machtkonzentration schwächen würde. So versuchen die Oppositionsführer, da sie wissen, daß es ohne Zustimmung des Ayatollah keinen erfolgversprechenden Lösungsweg geben wird, mit ihm eine gemeinsame Strategie auszuhandeln." Die Bourgeoisie und der Imperialismus versuchten, nachdem sie sahen, daß die brutale Unterdrückung der Bewegung keinen Einhalt gebieten konnte, den Einfluß Khomeinis in den Massen auszunutzen, um die gewaltige Massenbewegung, die die Existenz des Systems bedrohte, einzudämmen. Doch Khomeini war nicht bereit, Gespräche zu führen, die keine deutliche Aussage über den Schah und seine Entmachtung beinhalteten. Er verlangte die Bloßstellung all derjenigen, die mit der Schahregierung Gespräche führten.

Hier wurde den Imperialisten klar, daß eine Übereinkunft nicht möglich war, solange der Schah noch an der Macht war. So versuchten sie, ohne den Schah Kompromisse zu erzielen. Sie wollten so rasch wie möglich einen Lösungsweg finden, um zu ver-

hindern, daß sich die Massenbewegung zu einem bewaffneten Kampf und zu einer raschen Stärkung der revolutionären Organisationen entwickelte. In diesen Tagen gab unsere Organisation die Erklärung "Jeder Kompromiß mit dem Regime ist ein Verrat der Ziele der Massen" ab, in der die Armee und all diejenigen, die die volksfeindliche Armee in Schutz nahmen und das Regime durch "verfassungsmäßige" Wege ändern wollten, angegriffen wurden. In der Erklärung heißt es u.a.: "Besonders nach der Machtübernahme der Militärregierung wurde den Menschen klarer denn je, daß dieses bis an die Zähne bewaffnete Regime, das die Interessen der Imperialisten vertritt und schützt, nicht durch verfassungsmäßige, konservative, kompromißlerische und friedliche Taktiken und Methoden zerstört werden konnte."¹⁾

Die Menschen begriffen durch ihre eigene tagtägliche Erfahrung, daß die Antwort auf die konterrevolutionäre Gewalt nur die revolutionäre Gewalt sein konnte. Sie riefen "Wehe, wenn wir eines Tages bewaffnet werden!" Die Parole "Tod dem Schah" erfaßte das ganze Land.

Die Einmischung der Armee und die brutale Unterdrückung der Massen hatte nicht nur kein Schweigen oder Rückzug oder Eindämmung der Massenkämpfe zur Folge, sondern führte sogar zu einer tieferen Spaltung in der Armee. Die Desertion wurde zu einer alltäglichen und normalen Sache. Befehlsverweigerungen häuften sich. Manche Kommandeure, die das Eröffnen des Feuers befohlen hatten, wurden von Untergebenen erschossen. Es gab nicht wenige Kommandeure, die ihre volks- und menschenfeindlichen Befehle mit ihrem Leben bezahlten.

Nun wurde allen klar, daß die Zeit für das Schahregime abgelaufen war. Die Imperialisten beriefen die Konferenz von Gaudeloupe ein, um dort über eine gemeinsame Strategie und Lösung zu entscheiden.

Diese Konferenz ging nach drei Tagen mit völliger Übereinstimmung zu Ende. Der Schah mußte weg. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des abhängigen kapitalistischen Systems, die dem diktatorischen Schahregime zu so großer Macht verholpen hatte, war in der Situation, in der die Krise dieses Regime ins Wanken gebracht hatte, nicht mehr gegeben. Die neue Situation forderte eine andere Form der Herrschaft der Bour-

1) Die Erklärung vom Azar 1357 (Dezember 1978)

geoisie, um die abhängige Bourgeoisie weiter an der Macht zu halten.

Auch die internationalen Monopole kamen in diesem Punkt zu einer Übereinstimmung. Diese Veränderungen waren einerseits Versuche, die internen Widersprüche des bürgerlichen Lagers zu mildern und den unzufriedenen Flügel der Bourgeoisie mehr an den politischen Entscheidungen und somit an der Vorbereitung eines Kompromisses mit der Führung zu beteiligen, andererseits waren sie Versuche, das Feuer der Massenkämpfe zu löschen. Nach diesen Entscheidungen erklärte ein offizieller US-Sprecher: "Die Ausreise des Schah ist die einzige Hoffnung, Ruhe und Ordnung herstellen zu können." Drei Tage später (am 20. Dey 1357 (10.1.1979)) sagte der US-Außenminister Cyrus Vance: "Amerika fordert die Ausreise des Schah aus dem Iran." In derselben Zeit erklärte Khomeini in einem Interview in Paris, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen in vernünftigem Umfang weiterbestehen würden und die Kommunisten würden frei sein, vorausgesetzt, sie planten keine Verschwörung und noch wichtiger, daß außer manchen Kommandeuren der Armee, der Rest der Armee unser Bruder sei und nicht angegriffen werden dürfe.

Henry Brecht sagte in einem Fernsehinterview: "Ich bin zutiefst besorgt um die politische Entwicklung im Iran.... Wir hoffen, daß die Oppositionsführer anfangen, mit der Regierung zu verhandeln. Wir haben Anzeichen dafür, daß beide Seiten einen Mittelweg anstreben. Über Kompromisse sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich wird verhandelt." (Hervorhebung vom Herausgeber).

So wurde am 16. Dey (6.1.) Bakhtiar mit der Regierungsbildung beauftragt. Er erklärte, daß jegliche Veränderung nur durch ein Referendum zu beschließen sei. Er antwortete in einem Interview mit dem Spiegel-Magazin auf die Frage: "Wird der Schah eine solche Partei (sozialdemokratische) akzeptieren?" mit "Er ist nicht mehr in der Lage zu regieren. Er muß weg."

Um die Bewegung irrezuleiten, um die Krise zu mildern, kündigte Bakhtiar die Rüstungsaufträge auf, erklärte den Austritt Irans aus dem Cento-Pakt, versprach die Auflösung des SAVAK, ungehinderte Einreise Ayatollah Khomeinis in den Iran; er ließ die politischen Gefangenen frei und stellte den Erdöl-export nach Israel und Südafrika ein.

Am 23. Dey (13.1.) kündigte Khomeini die Gründung des ersten islamischen Revolutionsrates an. Dieser Rat hatte folgende Aufgaben: die Bildung einer Übergangsregierung, die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung und die Durchführung von Wahlen. Die Führung wünschte einen friedlichen und schrittweisen Übergang, und durch die Gründung des Revolutionsrats handelte die neue Regierung praktisch parallel zur Regierung Bakhtiar.

Die AFP meldete: "Nun bemüht sich General Huyser, seine Kollegen dazu zu überreden, die zivile Regierung Bakhtiar oder eine andere Regierung, die seine ersetzen würde, zu unterstützen oder zumindest nicht dagegen zu opponieren."

Der Schah flüchtete am 26. Dey (16.1.) aus dem Iran. Nach der Flucht des Schah verbreiteten die revolutionären Kräfte sehr rasch die Parole "Nach dem Schah die USA" unter den Massen. Ganz Iran war begeistert. Unmittelbar nach der Flucht des Schah gab unsere Organisation ein Flugblatt heraus, das mit folgenden Sätzen endete: "Heute, nach dem Sturz des Schah, werden die Grenzen zwischen Opportunisten und Kompromißlern und den wahren revolutionären Kräften deutlicher. Nur auf Grund der theoretischen und praktischen Stellungnahmen zu den antiimperialistischen Losungen und nur durch einen bedingungslosen Kampf für den Sturz der imperialistischen Herrschaft und seiner Handlanger kann man diese Grenzen ziehen. Unsere Grundlage ist die Kontinuität und Konsequenz im Kampf um die antiimperialistischen Losungen und die völlige Vernichtung des Abhängigkeitssystems, und wir betonen die Bewaffnung der Massen und die Bildung der revolutionären Volksarmee für den Schutz und die Aussetzung der errungenen Siege. Wir werden uns, gestützt auf die historischen und blutigen achtjährigen Erfahrungen unserer Organisation, bemühen, den konsequenten Kampf gegen alle Kompromißler, Opportunisten und halbherzige Mitläufer der Revolution fortzusetzen."

Nach der Flucht des Schah erklärte Khomeini, er würde bald in den Iran zurückkehren, doch die Parlamentsabgeordneten sollten zuerst zurücktreten und der kaiserliche Rat als verfassungswidrig erklärt werden. Die Armee sollte sich dem Volk anschließen. So kündigte er an, daß er die politische Machtübernahme anstrebte. Am 25. Dey (15.1.) erklärte General Gharabaghi: "Jeder Aufruhr in der Armee wird unterdrückt" und Khomeini erklärte am selben Tag, man sollte die Armee vor Aufrührern und Banditen schützen. Danach traten viele

Parlamentsabgeordnete zurück und so ebnete Bakhtiar praktisch den Weg für die Übernahme der Regierung durch Bazargan. Auf Anordnung Khomeinis versuchte Bazargan, die Probleme zu lösen. Er bereiste an der Spitze einer Delegation die Erdölgebiete, um für das Problem der Ölknaptheit eine Lösung zu finden. Er nahm Verhandlungen auf; die Produktion für die Deckung des Inlandsbedarfs wurde wieder aufgenommen. Die 'Time' schrieb: "Mahdi Bazargan, einer der engsten Berater Ayatollah Khomeinis, der auch als ein erfahrener Politiker gilt, teilte neulich amerikanischen Kreisen mit, daß die Herstellung der Beziehungen zu Washington durchaus möglich sei." Hodding Carter, der Sprecher des US-Außenministeriums, sagte es noch deutlicher: "Bazargan gilt für die USA als ein gemäßigter Politiker und die Amerikaner haben die Meinung noch nicht aufgegeben, daß im Iran eine pro-westliche Regierung an die Macht kommt und das Militär nicht auf eigenen Lösungswegen beharrt."

Am 13.11.1357 (31.1.1979) erklärte Seyed Djalal Tehrani, Vorsitzender des kaiserlichen Rates, dem Imam seinen Rücktritt. In Teheran liefen die Verhandlungen zwischen General Huyser mit den militärischen und politischen Kreisen beider Lager weiter. General Huyser traf sich in Teheran heimlich mit mehreren Personen, deren Namen noch nicht bekannt sind. Einige dieser Namen sind an die Öffentlichkeit gedrungen. General Rabii sagte vor dem Revolutionsgericht aus: "Huyser kam in den Iran. Er sagte in der Sitzung der Armeebefehlshaber, der Schah müßte gehen und die Armee müßte der neuen Regierung den Treueeid leisten. Er gab allen Armeebefehlshabern zwei Telefonnummern, an die sie sich im Notfall wenden sollten, um Befehle zu erhalten. Eine dieser Nummern war die von Bazargan und die andere war von Beheshti. Gharabaghi wurde mit der Kontrolle dieser Situation beauftragt." In dieser Situation versuchte man, auch die rechtsextremen Armeeangehörigen für diese Politik zu gewinnen. In dieser Situation forderte die Armee die Massen auf, Ruhe zu bewahren, doch die Massen riefen "Falls Khomeini zu spät kommt, holen wir die Maschinengewehre heraus" oder "Wehe, wenn wir bewaffnet werden" oder "Führer, bewaffnet uns!"

Bakhtiar behauptete, daß er keinen Unterdrückungsbefehl erteilt hätte. In dieser Situation traf Khomeini aus der Position der Stärke heraus in Teheran ein, wobei er von den Men-

schen begeistert empfangen wurde. Am 16. Bahman (5.2.) ernannte Khomeini während seiner historischen Pressekonferenz Bazargan zum ersten Ministerpräsidenten der "revolutionären" Regierung. Einen Tag darauf richtete Bazargan das Büro der "provisorischen Regierung" im Gebäude des Empfangskomitees ein.

Am 19. Bahman (8.2.) stimmten Millionen von Menschen im ganzen Land durch lange Märsche der vom Imam eingesetzten Regierung zu. Bazargan gab am 20. Bahman (9.2.) auf einer großen Versammlung in der Universität das Sechs-Punkte-Programm der provisorischen Regierung bekannt.

Gegen diese Maßnahmen protestierte Bakhtiar nur. Größte Teile der Armee erklärten Khomeini ihre Treue. Tage zuvor besuchten mehrere Offiziere der Luftwaffe den Imam. Parallel dazu wurde eine Gruppe von Luftwaffenkadetten verhaftet. Die Armee hatte noch nicht einheitlich die Politik der Imperialisten begriffen. Obwohl sich die meisten Befehlshaber der Armee dieser Politik beugten, aber auf Grund der Gegensätze zwischen verschiedenen Flügeln des Imperialismus und der Kompradoren-Bourgeoisie gab es auch in der Armee Differenzen. Einige der Armeebefehlshaber flüchteten während der Bakhtiar-Zeit und Khosroddad plante einen Militärputsch. Das Programm des Imam bestand darin, nach der Zusicherung der Armee, sich loyal zu verhalten, mit der Hilfe der Massen die Minister der Regierung Bazargan in die Ministerien zu schicken.

Wir sind jetzt am Zeitpunkt des Aufstands angelangt. Wir fassen die allgemeine Lage der Massenbewegung, der Führung und der Herrschaftsmacht wie folgt zusammen.

Zum Zeitpunkt des 20. Bahman (9.2.) war die revolutionäre Situation herangereift. Die breite Masse beteiligte sich am Kampf und die Tendenz zur Anwendung von Gewalt verstärkte sich bei ihr. Sie setzte sich auf den Straßen mit Armee und Polizei auseinander, obwohl die Führung sie aufforderte, Frieden und Ordnung zu bewahren. Die Unterdrückungskräfte der Armee und der Polizei waren nicht in der Lage, die Massenbewegung zurückzuschlagen. Organe wie z.B. verschiedene Räte und Komitees wurden gegründet, durch die die Massen direkte Gewalt ausüben konnten. Die Massen hatten durch ihre praktischen Erfahrungen den Unterdrückungs- und reaktionären Charakter der Armee begriffen. Deshalb waren sie bereit, durch einen Massenaufstand diese Unterdrückungskräfte zu zerschlagen

Die Regierung Bakhtiar wurde keineswegs von den Massen anerkannt und überall hörte man die Parole "Bakhtiar, der erbene Lakai". Die Führung Khomeinis und des Revolutionsrates wurde von der überwältigenden Mehrheit der Volksmassen anerkannt.

Während in einer solchen Situation die Massen radikalere Formen des Kampfes anstrebten, wurde die Führung, die immer den Massen hinterherhinkte, durch diese Radikalisierung der Bewegung und die Tendenz der Massen zur Anwendung von Gewalt verängstigt, denn sie fürchtete, daß ihr die Zügel der Bewegung aus der Hand glitten. Die Führung forderte ständig die Massen auf, den Kampf friedlich zu gestalten. Sie hatte ein total reformistisches Programm und versuchte, eine schrittweise und friedliche Übertragung der Macht zu ermöglichen. Sie bezog gegenüber dem Imperialismus keine deutliche und konsequente Position. Ihre Abhängigkeit von der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie und ihr religiöser und Schichtcharakter waren die Grundlagen ihrer Labilität, konservativen Haltung und Unentschlossenheit im Kampf gegen den Imperialismus. Diese waren auch die Grundlagen ihrer starken anti-kommunistischen und undemokratischen Tendenz. Genau auf Grund dieser Eigenschaften näherten sie sich den kompromißlerischen, reaktionären und von der Bourgeoisie abhängigen Kräften an, statt eine Einheit mit den proletarischen und demokratischen revolutionären Kräften anzustreben. In einer Situation, in der die Massen unmittelbar vor einem historischen Aufstand standen und die Parole "Führer, bewaffnet uns!" das ganze Land erfaßte, forderte die Führung die Menschenmassen auf, Ruhe zu bewahren. Sie ließ sich auf Verhandlungen mit der Regierung Bakhtiar ein und begnügte sich mit Drohungen und Angstmacherei gegen Elemente, die im Dienst des Imperialismus standen. Selbst in der Zeit, in der der Schah überall den Ausnahmezustand verhängte, erklärte Khomeini, daß er an eine friedliche Übertragung der Macht glaube. Er erklärte: "Wir empfehlen unseren Anhängern, weder taktisch noch strategisch mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten." Er zwang den Massen die Parole "Die Armee ist unser Bruder" auf. Er hat die Massen dazu bewogen, der Armee Blumen zu reichen, aber die Massen begriffen durch ihre praktische Erfahrung, daß die Antwort auf Blumen Kugeln waren. Khomeini sandte sogar den Armeebefehlshabern Grußbotschaften und bat sie um Unterstützung.

Natürlich ist es falsch, wenn wir diese konservativen, labilen und reformistischen Methoden nur auf seine Person zurückführen. Ein Fehler, der leider in den Analysen mancher Kräfte festzustellen ist, d.h. daß sie stets seine persönlichen und besonderen Eigenschaften betonen. Bevor wir aber diese Eigenschaften auf seine Person zurückführen, müssen wir sie als Eigenschaften der gesellschaftlichen Schicht, die er vertritt, sehen. Hier sind seine persönlichen Eigenschaften von nebensächlicher Bedeutung. Khomeini verkörpert die Eigenschaften der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie, die durch die fromme Geistlichkeit vertreten wurde. Diese Eigenschaften sind Konservatismus, Einzelgängertum, kleinbürgerliche Labilität, vermischt mit einer starken Frömmigkeit.

Als diese Kraft sich an der Spitze einer großen Massenbewegung fand, die eine historische Veränderung vollbringen würde, merkte sie, wie ohnmächtig sie war; vor Angst vor der revolutionären Bewegung der Massen wandte sie sich der Bourgeoisie zu. In einer Situation, in der jegliche radikalen Parolen unter dem Vorwand, sie seien kommunistisch, verboten wurden, in einer Situation, in der die Protestaktionen und Maßnahmen kommunistischer und wahrer revolutionärer Kräfte verhindert wurden, wurden der Ministerpräsident der "revolutionären" Regierung und die Mitglieder des "Revolutionsrats" aus den Reihen der Bourgeoisie gewählt. In einer Situation, in der jegliches Gespräch, jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten und anderen Revolutionären offiziell untersagt und diese Politik auf breiter Ebene propagiert wurde, haben Gespräche mit dem Befehlshaber der volksfeindlichen Söldnerarmee und Elementen des Imperialismus stattgefunden. Ob diese Kraft durch einen solchen Kompromiß mit der Bourgeoisie und mit dem Imperialismus ihre eigenen Zunft-Schicht-Interessen konsequent verteidigen und durchsetzen konnte, ist ein Thema, das wir im nächsten Kapitel behandeln werden. In der Tat ist es aber unwichtig, was sich diese Kraft bei einem solchen Kompromiß überlegt hatte und ob sie ihre eigenen Klasseninteressen sichern konnte oder nicht. Auch wenn sie aus "gutem Willen" gehandelt hätte, hätte sich im Grunde nichts geändert. "Der Weg zur Hölle ließe sich 'vielleicht' auch durch guten Willen ebnen." Eine Kraft, die dem Gespräch mit der Bourgeoisie und dem Kompromiß mit ihr

und mit den vom Imperialismus abhängigen Kräften gegenüber einer Union mit den revolutionären Kräften den Vorrang gibt, eine Kraft, die in der Tat die reale Staatsmacht der Bourgeoisie überträgt, eine Kraft, die die Zerschlagung der Unterdrückungsorgane der Bourgeoisie (Verwaltung und Militär) verhindert, eine solche Kraft, die sich erhebt, um die Massen daran zu hindern, sich zu erheben, eine solche Kraft stellt sich praktisch in den Dienst der Bourgeoisie. Ungeachtet dessen, warum sie diese Maßnahmen durchführt, auch wenn sie es unter der Parole "im Dienst der Unterdrückten" macht, solche Maßnahmen führen zur Aufrechterhaltung der Macht der Bourgeoisie, wobei der Einfluß dieser Kraft auf die Massen eine wichtige Rolle spielt. Nicht ohne Grund hatten der Imperialismus und die Bourgeoisie auf einen Kompromiß mit dieser Kraft.

Die Herrschaft des Imperialismus und der Bourgeoisie war in ernster Gefahr, die wirtschaftliche und politische Krise hatte das Regime lahmgelegt, die Millionenmassen waren im Begriff, sich zu erheben, sie waren so mächtig, durch ihren autonomen und historischen Schritt der Vorherrschaft der Bourgeoisie und dem verfaulten abhängigen kapitalistischen System ein Ende zu setzen. Vor dieser gewaltigen Massenbewegung waren die Unterdrückungsorgane des Regimes machtlos. Die Tiefe der Krise hatte dem Imperialismus und der Bourgeoisie jede Möglichkeit genommen, für die Aufrechterhaltung des monarchischen Regimes die Massen auszutricksen. Der Imperialismus und die Bourgeoisie hatten begriffen, daß die Anwendung alter Unterdrückungsmethoden ihre Herrschaft nicht mehr sichern könnte, so versuchten sie, den Einfluß und die Autorität der Führung zur Eindämmung der Massenbewegung auszunutzen. Die Eigenschaften der Führung ebneten den Weg für einen solchen Kompromiß. Der Imperialismus und die Bourgeoisie mußten natürlich in gewissen Punkten nachgeben, doch das System konnte dadurch gerettet und die Bewegung in schiefe Bahnen gebracht werden.

Am Vorabend des Aufstandes bekam die Bewegung eine religiöse Farbe, es fehlten deutliche Grenzen zwischen den Klassen, die revolutionären Reihen waren vom Lager der Reaktionen und Konterrevolutionäre schwer zu unterscheiden; auf Grund der politischen und organisatorischen Schwäche der proletarischen und revolutionären Kräfte und des Fehlens einer breiten Bin-

dung an das städtische und ländliche Proletariat kam es zu einer völligen Übernahme der Führung durch kompromißlerische Kräfte. Nur die Führung konnte die Ablenkung der Bewegung und somit die Aufrechterhaltung des Systems garantieren. Der Imperialismus und seine Verwalter versuchten, durch einen Kompromiß mit der Führung die Zerschlagung der Militär- und Verwaltungsorgane zu verhindern, so mußten sie einige Reformen, die die Führung im Sinn hatte, durchführen lassen. Sie mußten der Geistlichkeit Sonderrechte einräumen, der mittleren Bourgeoisie einen größeren politischen Spielraum geben und die Rolle der bürokratischen Bourgeoisie einschränken.

Teheran und andere Städte hatten am Vortag des Aufstandes ein glorreiches Gesicht. Die Massen brachten ihren Zorn und Haß zum Ausdruck, indem sie riefen: "Unsere geballten Fäuste verwandeln sich eines Tages in Maschinengewehre." Die Massen nahmen Parolen wie "Führer, bewaffnet uns" und "Aus ganz Iran machen wir ein Siakh" mit Begeisterung auf. In dieser Situation vertieften sich die Gegensätze in der Armee. Die Empfehlung der Führer, die Massen sollten den Feind nicht selbst zur Rechenschaft ziehen, fand kein Gehör.

Am Abend des 21. Bahman (Februar) griffen die Streitkräfte der kaiserlichen Garde die Kaserne der revolutionären Kadetten der Luftwaffe an, um einen Putsch zugunsten der Royalisten durchzuführen. Am nächsten Tag kamen die Massen, die Kräfte und Sympathisanten unserer Organisation und der Organisation der Volksmodjahedin den Luftwaffenkadetten zu Hilfe. Teile der Stadt wurden durch die revolutionären Kräfte erobert. Die Militärregierung kündigte an, daß die Zeit der Ausgangssperre auf 16.30 Uhr vorgezogen sei. Die Führung erklärte, daß sie noch nicht zum Djahad (heiligen Krieg) aufgerufen hätte. Es war 15.00 Uhr am 21. Bahman und man hörte noch kein Wort Khomeinis und seiner Gefolgsleute, sogar Ayatollah Taleghani sprach von einem Komplott.

Das Programm einer friedlichen und schrittweisen Machtübertragung wurde durch den spontanen Aufstand der Massen zunichte gemacht. Die Führung wurde von diesem Aufstand überrascht und beängstigt. Sie wünschte nur den "Regen", erntete aber eine "Überschwemmung". Während eines Interviews in Ghom deutete Ayatollah Schariat Madari auf seine gemeinsamen Positionen mit Khomeini in bezug auf bewaffneten Kampf hin,

Adresse von Gharabaghi und seinesgleichen gerichtet war; sie sollte sie an ihre Abmachungen erinnern. Am wichtigsten war es, daß der Imam letztlich zu keinem heiligen Krieg aufrief, und einen Tag später wurde die Armee als "islamisch" proklamiert und somit in Schutz genommen.¹⁾

Teile der Garnisonen und Unterdrückungszentren des Regimes wurden von den Massen erobert. Doch viele wichtige Machtzentren erklärten ihre Loyalität zum Islam und zur Führung, sie wurden dadurch in Schutz genommen. Die Führung hat alle möglichen Versuche unternommen, die Zerschlagung der Organe des Regimes zu verhindern und sie zu erhalten.

Während die Massen in den Straßen Barrikaden errichteten, während sie die Garnisonen, SAVAKzentren und Polizeiposten unter dem Kugelhagel der Söldner angriffen, rangen die bürgerlichen Elemente der Herrschaftsmacht wie Yazdi, Gharami, Amir Entezam, Ghotbzadeh, Nazieh, Tawakolli usw. um Ministerposten und andere wichtige Positionen im Staat. Sie besetzten die meisten der wichtigsten Positionen im Staat, und somit gewannen die Vertreter der mittleren Bourgeoisie die Oberhand in der Herrschaftsmacht.

Der Revolutionsrat setzte sich überwiegend aus Vertretern der mittleren Bourgeoisie zusammen. Dem Kabinett Bazargan, das vor seiner Auflösung im Revolutionsrat die Exekutive innehatte, gehörten hauptsächlich Vertreter der mittleren Bourgeoisie an. Die Regierung und der Revolutionsrat genossen die völlige Unterstützung und Zustimmung des Imam. Der Volksaufstand, der gegen den Willen und entgegen dem Programm der Führung entstand, bereitete der jetzigen Herrschaftsmacht eine Unzahl von Problemen. Die Führung wollte mittels Durchführung minimaler Reformen in den Organen des alten Regimes den Staatsapparat friedlich übernehmen und die Macht der Regierung Bazargan und dem Revolutionsrat übertragen. Der Massenaufstand versetzte den Organen des alten Regimes verheerende Schläge, dadurch kamen die Massen in den Besitz vieler Waffen, die Ordnung und Handlungsfähigkeit der Unterdrückungsorgane des alten Regimes (Armee, Polizei, Tribunale...) wurde in großem Maße zerstört. Durch diesen Aufstand entstanden besondere Organe wie verschiedene Räte der Arbeiter, der Bauern, der Beamten, des revolutionären

1) Nur um das kurdische Volk zu unterdrücken, rief der Imam zum heiligen Krieg auf.

Armeepersonals sowie verschiedener Komitees. Die Massen begriffen durch ihre Teilnahme an der revolutionären Praxis ihre schöpferische Kraft. Das Bewußtsein der Massen steigerte sich und somit auch ihre Erwartungen, so daß der Revolutionsankläger als Antwort auf die Proteste der "Liberalen" gegen die Hinrichtungen der Armeekommandeure und Angehörigen des alten Regimes sagte: "Wenn wir es nicht tun, werden die Menschen selbst auf den Märtyrerplätzen und auf den 'Beheschte Zahras'¹⁾ die Exekution der Söldner durchführen."

Auch wenn es den Aufstand nicht gegeben hätte, wäre die Übertragung der Macht auf die Regierung Bazargan und den Revolutionsrat eine sichere Sache, allerdings wären in so einem Fall die Organe des alten Regimes fast unangetastet erhalten geblieben, der bürokratischen Bourgeoisie wäre weniger Schaden zugefügt, die Großbourgeoisie würde mehr an der Staatsmacht teilhaben und die Vielzahl der Machtzentren, die nach dem Aufstand entstanden, würde sich verringern. Es ist also laut Bazargan statt Regen zu einer Überschwemmung gekommen.

Der Aufstand der Massen war ein Resultat des offenen Klassenkampfes, zugleich war er aber ohne eine wahre revolutionäre Führung sowie ohne ein politisches Programm. Der Aufstand brachte die Macht der Massen zum Ausdruck, eine Kraft, die die Geschichte gestaltet. Erschöpfte Legenden und unschätzbare Lehren für die Kommunisten Irans und der ganzen Welt. Lehren, die nie in Vergessenheit geraten und der zukünftigen Massenbewegung den Weg weisen. Dieser Aufstand machte noch einmal deutlich, daß allein das Vorhandensein der revolutionären Lage nicht für den Sieg der Revolution ausreicht, daß die subjektiven Voraussetzungen eine entscheidende Rolle für einen Sieg oder die Niederlage der Revolution spielen. Außerdem wurde die Notwendigkeit der Hegemonie des Proletariats für den Sieg der Revolution sowie die historische Rolle der Arbeiterklasse in der revolutionären Entwicklung offensichtlich.

Die Ergebnisse des Aufstandes zeigten einmal mehr, daß das Hauptanliegen jeder Revolution darin besteht, welche Kräfte und wie den neuen Überbau errichten. Sie zeigten, daß ein

1) In den größeren Städten Irans heißen die Zentralfriedhöfe Beheschte Zahra (Anmerkung der Übersetzer)

Massenaufstand allein wegen der Teilnahme der breiten Massen nicht notwendigerweise zur Herrschaft der Massen führt, sondern daß es in erster Linie auf die Rolle der führenden Kräfte, ihren Klassencharakter und ihre historische Kraft ankommt. Wenn manche Genossen heute behaupten, wer "die Vorherrschaft der Kleinbourgeoisie" in der Herrschaftsmacht nicht sieht und somit sie als Vertreter des Volkes leugnet, der hat den Aufstand nicht wahrgenommen, dann verwechseln sie zwei grundverschiedene Tatsachen miteinander, nämlich die Teilnahme der Massen am Aufstand einerseits und die Ergebnisse des Aufstandes, die auf die Rolle der führenden Kräfte zurückzuführen ist, andererseits. Lenin macht dies in der Analyse der Revolution von 1905 ganz deutlich. Darüber schreibt Lenin:

"Nimmt man als Beispiel die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, so wird man natürlich sowohl die portugiesische als auch die türkische Revolution als bürgerliche auffassen müssen. Aber weder die eine noch die andere ist eine "Volks"revolution, denn die Volksmasse, die ungeheure Mehrheit des Volkes, ist weder in der einen noch in der anderen Revolution aktiv, selbständig, mit ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen sichtbar hervorgetreten. Dagegen war die russische bürgerliche Revolution von 1905 bis 1907, obgleich ihr so "glänzende" Erfolge versagt blieben, wie sie zeitweilig der portugiesischen und der türkischen Revolution beschieden waren, zweifellos eine "wirkliche Volks"revolution, denn die Masse des Volkes, seine Mehrheit, die "untersten" Gesellschaftsschichten, zermüht durch Unterjochung und Ausbeutung, erhoben sich selbständig und drückten dem ganzen Verlauf der Revolution den Stempel IHRER Forderungen auf, IHRER Versuche; auf eigene Art eine neue Gesellschaft an Stelle der zu zerstörenden alten aufzubauen."

(W.I. Lenin: Staat und Revolution. Ausgewählte Werke in 3 Bd., Berlin 1979, Band II, S. 349/350).

Wie man sieht, beurteilt Lenin die Ergebnisse der portugiesischen und der türkischen Revolutionen, obwohl sie keine "Volks"revolutionen waren, als "glänzender" als die "wirkliche Volks"revolution in Rußland. Hier versucht er nicht, den Moskauer Aufstand zu übertreiben und ein manipulierendes Bild seiner Ergebnisse darzustellen.

Wenn wir die Entwicklung im Iran untersuchen, sollten wir auch die Lenin'sche Methode anwenden. Wir können nicht, nur weil die große Masse am spontanen Bahman (Februar-)Aufstand teilnahm, diesen als eine "demokratische Revolution unter der Führung der Kleinbourgeoisie, die mit der Bourgeoisie zur Niederlage und mit dem Proletariat zum Siege führt" be-

zeichnen.¹⁾

Die Genossen sind der Meinung, daß im Zeitalter des Imperialismus erstens in den Ländern, die vom abhängigen Kapitalismus beherrscht werden, die Kleinbourgeoisie eine demokratische Revolution führen kann, und zweitens kann diese demokratische "Revolution", die keineswegs die Hegemonie des Proletariats beinhaltet, zum Sieg führen, vorausgesetzt, daß die Imperialisten sich überhaupt nicht rühren, daß sie gegen die Kleinbourgeoisie kein Komplott planen und daß sie den neuen Machthabern wie ein Brautbegleiter gegenüberstehen (was sie mit Sicherheit taten und tun werden!!), und das Proletariat, nachdem der Staub des Wirbels der "demokratischen Revolution" nachläßt, zur Residenz der Staatsmacht eilt, um sich das "Verwahrungsobjekt", das nichts anderes ist als eine Herrschaftsmacht, in der "die Kleinbourgeoisie dominiert" (wahrscheinlich fehlt hier unbeabsichtigt die Nennung des Teiles, der nicht dominiert!!!), völlig friedlich und unter der Losung "die Einheit des Wortes" von der wohlthätigen Kleinbourgeoisie geben läßt und in aller Freude und Ruhe den Weg zum Sozialismus einschlägt! Mein Genossen, die demokratische Revolution ist ein bestimmter und eindeutiger Begriff, das bedeutet, daß in unserer Gesellschaft, in der die vom Imperialismus abhängige Bourgeoisie herrscht, die demokratisch-revolutionären Kräfte unter der Hegemonie des Proletariats die Bourgeoisie entmachten und selbst die Macht übernehmen, d.h. daß sie durch eine Revolution die 'politische Macht' (die wirkliche Macht im Staat) erobern und diese Macht gegen die abhängige Bourgeoisie und für eine demokratische, revolutionäre Entwicklung und für die Vernichtung des abhängigen kapitalistischen Systems anwenden. Mit anderen Worten soll die volksdemokratische Diktatur die Diktatur der abhängigen Bourgeoisie ersetzen. Nun sehen wir, daß selbst diese Genossen sagen, daß "die Kleinbourgeoisie gezwungen wird, den Apparat der Bürokratie und die Armee aufzugeben und sie hat sie aufgegeben."²⁾ In der Tat ist auch die herrschende Politik in den Organen der Staatsmacht eine bürgerliche Politik, d.h. daß die Staatsmacht von der Bourgeoisie kontrolliert wird. Daraus folgt, daß diese Genossen

1) Kritik des "Arbeiterwegs"

2) Kritik des "Arbeiterwegs", S. 18.

leider weder den marxistischen Inhalt des Staates und der Staatsmacht, noch die Revolution im allgemeinen und die demokratische Revolution im besonderen begriffen haben. Denn nach Lenin'scher Lehre ist die Grundfrage in jeder Revolution die Frage der Macht im Staat und genau diese Frage hat in der Analyse der Genossen keinen Platz. Die Macht im Staat wird praktisch der Bourgeoisie überlassen, dennoch wird die derzeitige Entwicklung als "eine demokratische Revolution unter der Führung der Kleinbourgeoisie" bewertet. So ist also die opportunistische Auffassung dieser Genossen von der Grundfrage der Revolution, d.h. von der Frage der politischen Macht. Bei der Antwort auf diese Grundfrage offenbart sich der Opportunismus im wahrsten Sinn des Wortes. Dieser Opportunismus tritt heute deutlich in Erscheinung.

Die Analyse des objektiven Entwicklungsprozesses zeigt uns deutlich, daß der Aufstand entgegen dem Willen und den Vorstellungen der Führung spontan anfang. Während des Aufstandes setzten sich die am stärksten unterdrückten Schichten der Gesellschaft, die Massen, in Bewegung. Sie eroberten Teile der Garnisonen, griffen die Unterdrückungszentren des monarchischen Regimes an und zerstörten sie in einem beachtenswerten Maß; sie errichteten Straßensperren, bildeten überall Räte, übernahmen die Kontrolle über manche Fabriken und verteilten das Land auf die Bauern. Die Massen bemühten sich selbst um die Verwirklichung der Demokratie, sie hinterließen auf ihre Art während des Revolutionsprozesses ihre Spuren, die den Willen um die Bemühung der Massen für die völlige Vernichtung der vom Imperialismus abhängigen Reaktion und für die Errichtung einer Demokratie beinhaltete. Doch welche Kräfte haben die politische Macht völlig monopolisiert, wie haben sie den neuen Überbau erstellt und welche Rolle spielte das Proletariat in der politischen Macht?

Die Herrschaftsmacht war ein Ergebnis des Kompromisses zwischen der obersten Schicht der traditionellen Kleinbourgeoisie mit den Vertretern der abhängigen Bourgeoisie (hauptsächlich der mittleren Bourgeoisie). Die wichtigsten Positionen und Zentren des Staatsapparates ergatterten die Vertreter der mittleren Bourgeoisie. Die Zusammensetzung des Revolutionsrats, der Regierung Bazargan und die Personen,

die an der Spitze des Innenministeriums, des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte stehen, sind deutliche Beweise dafür.

Die Politik und Praktiken dieser Herrschaftsmacht und die Methode, derer sie sich gegenüber den Volksmassen und der Revolution bediente und die Maßnahmen, die sie ergriffen hat, erklären deutlich das Wesen und den Klassencharakter der Politik des "Kompromißorgans". Diese Herrschaftsmacht versuchte seit ihrer Machtübernahme, den Aufstand zu stoppen und seine Ausweitung zu verhindern. Daß sie die völlige Zerstörung der Organe des alten Regimes verhinderte, die Falangen unterstützte⁴, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer vor Arbeitern und Bauern in Schutz nahm, Arbeiter, Bauern und andere Werktätige unterdrückte, das turkmenische und kurdische Volk sowie andere Völker massakrierte, die demokratischen Rechte und Freiheiten abschaffte, die Streiks verbot, die Zensur wiedereinführte und eine reaktionäre Verfassung durchsetzte, all diese Maßnahmen zeigen den bürgerlichen Charakter der Politik der jetzigen Herrschaftsmacht, die die Festigung der Herrschaft der abhängigen Bourgeoisie über die Gesellschaft anstrebt. Natürlich ist klar, daß die heterogene Zusammensetzung der jetzigen Herrschaftsmacht, die ihre Situation noch nicht festigen konnte und die Präsenz verschiedener Flügel der Bourgeoisie sowie die Tendenzen der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie in der Herrschaftsmacht, die zum Teil zerschlagenen Staatsorgane, die herrschende Krise über der Gesellschaft und nicht zuletzt der Druck der Massen, der jetzigen Herrschaftsmacht eine "Zickzack"Politik aufzwingen, aber was wir bei der Charakteranalyse der jetzigen Herrschaftsanalyse berücksichtigen müssen, ist, daß wir die formelle Macht von der wirklichen (praktischen) Macht unterscheiden können. Wir müssen in der Lage sein, die hauptsächlichsten Maßnahmen von den nebensächlichen Maßnahmen zu unterscheiden. Wir müssen in der Lage sein, von der Oberfläche eines Phänomens weg und in die Tiefe

⁴ Wegen der Anwendung faschistischer Methoden durch Schlägerbänden der Islamisch republikanischen Partei, Methoden, die uns an die Schlägertrupps der Falange-Partei von General Franco erinnern, werden diese Gruppen im Iran auch Falangen genannt, ebenso werden sie auch im Libanon genannt.
(Anmerkung der Übersetzer)

hineinschauen zu können. Weiterhin müssen wir in der Lage sein, die Linie, die die hauptsächlichsten Maßnahmen dieser Herrschaftsmacht miteinander verbindet und ihren Klassencharakter deutlich macht,¹⁾ erkennen zu können. Andernfalls werden wir wie manche Genossen in den Abgrund bürgerlicher Methoden der Analyse hineinfallen. Wir werden erstaunen und durch Sammeln widersprüchlicher Fakten und durch Nichttrennung von hauptsächlichsten und nebensächlichen Maßnahmen nicht in der Lage sein, den Klassencharakter der jetzigen Herrschaftsmacht zu erkennen. Die bürgerliche Methode der Analyse betrachtet verschiedene Ereignisse und Praktiken gewöhnlich nicht in einem Zusammenhang; sie stellt diese Ereignisse und Praktiken mechanisch nebeneinander, wobei sie sie gleich bewertet. Sie unterscheidet die hauptsächlichsten nicht von den nebensächlichen Maßnahmen und ist nicht in der Lage, durch die Analyse der Gesamtheit der Ereignisse und Praktiken oder Erscheinungen den Charakter des Phänomens zu erkennen sowie seinen Entwicklungsprozeß und das Wesen dieses Prozesses zu bestimmen. Ihre Klasseninteressen verlangen dies von ihr, und der Entwicklungsprozeß schreibt ihr Todesurteil.

Die marxistische Methode der Analyse hingegen untersucht die Ereignisse und Praktiken in einem dialektischen Zusammenhang. Sie unterscheidet die hauptsächlichsten von den nebensächlichen Faktoren und versucht, durch das Eindringen von der Oberfläche in die Tiefe den Charakter des Phänomens und seine Entwicklung zu bestimmen und ihm gegenüber eine konkrete Stellung zu beziehen. In der marxistischen Methode ist der Maßstab für die Erkennung der Wahrheit die Praxis, und die Gesellschaft (die objektiven Gegebenheiten) muß immer als eine Voraussetzung zur Erlangung der Erkenntnisse betrachtet werden.

Um das Problem zu verdeutlichen, nehmen wir ein Beispiel. Um den kleinbürgerlichen Charakter Khomeinis und das Zerbrechen seiner "Dogmen" zugunsten der Kleinbourgeoisie und des kleinbürgerlichen Demokratismus zu erklären, schreibt der Verfasser der Kritik des "Arbeiterwegs":

¹⁾ Hier wollen wir betonen, daß die Klassenrichtlinie dieses Organs die Erklärung dafür ist, daß dieses Organ letztendlich die Unterdrückung einer Klasse durch die andere darstellt.

"Der Imam hat gesagt, daß die Verfassung nicht nur mit der Demokratie nicht in Widerspruch steht..."¹⁾ Nun, wenn der Inhalt der Verfassung, der der Imam vollkommen zustimmt, völlig antidemokratisch wäre, so kümmerte dies den Verfasser gar nicht, denn er ist entschlossen, die "Dogmen" Khomeinis zugunsten eines kleinbürgerlichen Demokratismus zu zerbrechen. Für ihn ist ein Wort Khomeinis wichtiger und faktischer als die Realität und der praktische Inhalt der Verfassung. Auch um zu beweisen, daß Khomeini ein Verbündeter der Kommunisten und ein Feind der Imperialisten ist, schreibt er, der Imam hat gesagt: "Egal welcher Richtung ihr angehört, wendet eure Schreibfeder und Maschinengewehre gegen den größten Satan."²⁾ Aber Khomeini in der Tat und in Wirklichkeit die Massaker an den kurdischen, turkmenischen sowie anderen Völkern befiehlt, wenn er die Unterdrückung der Kommunisten und Revolutionäre, des revolutionären Personals der Armee, der Arbeiter und Bauern usw. anordnet (oder dem zumindest zustimmt), wenn er in einem Interview mit 'Le Monde' sogar vor seiner Rückkehr in den Iran sagt: "Niemals hat es zwischen moslemischen Menschen, die gegen den Schah kämpfen und den radikalen oder nichtradikalen Kommunisten eine Einheit gegeben" oder "Die Verschwörer gegen den Islam, der Zionismus, der Imperialismus und der Marxismus, haben durch eine unheilige Allianz gegen dieses Volk, das die Menschheit retten will, eine Einheitsfront gebildet." (Ghods, Sonderausgabe Ordybehescht 57 (April 1978)). Solche Aussagen haben wohl in den Augen des Verfassers der Kritik des "Arbeiterwegs" keinen Beachtungswert, und so war es genau diese Führung, die an den Vortagen des Aufstandes sagte: "den Kommunisten wird das Recht auf öffentliche Arbeit zugesprochen, vorausgesetzt, daß sie kein Komplott planen", die unmittelbar nach der Machtübernahme die Kommunisten als Satane bezeichnete und sagte: "die Satane stiften in den Fabriken und anderswo Unruhen an, sie verbrennen die Ernte." Später hat diese Führung die Massaker gegen das kurdische Volk angeordnet und zum heiligen Krieg gegen das kurdische Proletariat aufgerufen; dabei hat sie zugestimmt, daß sich die Vertreter der Bourgeoisie an die Spitze der Staatsmacht, des Revolutionsrats, der Regierung usw. setzten. All diese

1), 2) Kritik des "Arbeiterwegs", S. 26.

Fakten werden nicht beachtet, aber nur ein Satz Khomeinis wird so hoch gejubelt und als Zusammenbrechen seiner "Dogmen" zugunsten des kleinbürgerlichen Demokratismus dargestellt. Dies ist die bürgerliche Methode der Analyse. Ein bekanntes Sprichwort sagt: auch wenn die eindeutigen Gesetzmäßigkeiten der Geometrie die Interessen mancher Leute beeinträchtigen würden, würden sie sie kurzer Hand widerlegen; und leider ist das genauso bei manchen Leuten, die die jetzige Herrschaftsmacht analysieren wollen. Gerade aus diesem Grund hat Lenin in der Zeit zwischen den zwei Revolutionen, in der die marxistische Staatstheorie durch die Menschewiki verfälscht wurde, stets "die reale Macht"¹⁾, "die eigentliche wirkliche Hauptregierung"²⁾ betont und geschrieben:

"Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht, sagten wir. Man muß hinzufügen: Gerade die Revolutionen zeigen uns auf Schritt und Tritt, wie verschleiert wird, WER die wirkliche Macht hat, zeigen uns, wie die formale und die reale Macht auseinandergehen." (U.I. Lenin: Zu den Losungen. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979, Band 11, S. 220.)

Und so fordert er die Bolschewiki auf, statt sich auf die "Versprechen und Schönredereien" zu stützen, die objektiven Gegebenheiten und die Praxis in Betracht zu ziehen und ihre Analysen auf einer wissenschaftlichen Betrachtung des objektiven Prozesses aufzubauen.

Auch heute sollten wir statt "abstrakter" und unwissenschaftlicher Schlußfolgerungen, statt Versprechen und leerer Worte den objektiven Prozeß wissenschaftlich analysieren. Wir müssen die objektiven Gegebenheiten, die sich entwickeln, ernsthaft betrachten. Wir müssen statt Subjektivismus die Realitäten im Auge behalten. Marx schreibt in der Kritik der wissenschaftlichen Analyse:

"..., während die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. ... Auch bei der theoretischen Methode daher muß das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben." (Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1974., S. 22.)

1) U.I. Lenin: Zu den Losungen. a.a.O., S. 221.

2) U.I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (April-Thesen). Lenin Werke, Band 24. Berlin 1974. S. 44)

Die Genossen sollten, statt sich auf eigene Meinungen ("wir sind der Meinung, daß die Geistlichkeit, die der Linie des Imams folgt, in der Herrschaftsmacht dominiert"¹⁾) oder eigene Urteile und Aussagen ("wir haben im Anhang von Kar Nr. 35 gesagt: 'die utopischen Ideen der kleinbürgerlichen Denker werden sich letztendlich den wirklichen Interessen der Kleinbourgeoisie beugen müssen'²⁾) oder Emotionen ("wir haben das Gefühl, daß die Genossen, ohne den eigentlichen Inhalt unserer Auffassungen des Zickzackkurses und der Kompliziertheiten der Versuche der Geistlichkeit, mit den wirklichen Interessen der Kleinbourgeoisie übereinzustimmen, begriffen zu haben, ..." ³⁾) zu stützen, auf die Wirklichkeit und eine marxistische Analyse des objektiven Prozesses beziehen. Die Analyse des objektiven Entwicklungsprozesses zeigt, daß die jetzige Herrschaftsmacht, die nach einem Massenaufstand an die Macht kam, hauptsächlich das Produkt eines Klassenkompromisses ist, der zwischen Vertretern der nicht-bürokratischen⁴⁾ (mittleren) abhängigen Bourgeoisie und den Kräften, die der obersten Schicht der traditionellen Kleinbourgeoisie angehörten, zustandekam.

In einer solchen Zusammensetzung konnten die konsequenten antiimperialistischen, demokratischen und revolutionären Kräfte präsent sein. Sie waren auch dort präsent. Die Kräfte, die von der traditionellen Kleinbourgeoisie abhängig sind, bilden hauptsächlich einen Flügel der Geistlichkeit unter der Führung Khomeinis mit starken Schicht-, antikommunistischen und antidemokratischen Tendenzen. Eine Kraft, die schon vor dem Aufstand auf keinen Fall zur Zusammenarbeit oder zumindest zum Zusammengehen mit den Kommunisten bereit war.⁵⁾

1) Kritik des "Arbeiterwegs", S. 12.

2) " " " " , S. 17.

3) " " " " , S. 20.

4) Manche Armeeführer und Bürokraten wie Gharebaghie usw. waren auch an diesem Kompromiß beteiligt. Sie spielten jedoch im Kompromißorgan keine nennenswerte Rolle, d.h. die bürokratische Bourgeoisie wurde nach dem Aufstand sehr geschwächt.

5) Khomeini erklärte in einem Interview mit der Zeitung "Al-Ghomi-El-Arabi" am 20. Aban (Nov. 1975): "Frage 8: Warum lehnt Eure Exzellenz eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften im Kampf ab? z.B. den Kommunisten, die das selbe Ziel anstreben? Antwort 8: Nein, wir können die Kommunisten nicht akzeptieren, weil sie eine nicht mindere Gefahr als der Schah darstellen; deshalb können wir sie nicht akzeptieren."

Diese Eigenschaften ebneten den Weg eines Kompromisses zwischen dieser Kraft und der Bourgeoisie. Sie näherte sich immer mehr der Bourgeoisie an. Diese Kraft, die in der Vergangenheit hauptsächlich die Interessen der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie verteidigte, war nicht in der Lage, unter den neuen Voraussetzungen und im Kompromißorgan, in dem die wirkliche Macht im Staat hauptsächlich der mittleren Bourgeoisie übertragen wurde, auf Grund des Klassenkompromisses¹⁾, der zustandekam, die wirklichen Interessen der traditionellen Kleinbourgeoisie zu verteidigen. Denn ein solcher Kompromiß hat einen bürgerlichen Charakter und dient der Festigung und Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie über die Gesellschaft, während die Interessen der traditionellen Kleinbourgeoisie mit der Herrschaft des Imperialismus und der Monopole sowie mit der Fortdauer der Abhängigkeit vom Imperialismus und mit den abhängigen kapitalistischen Verhältnissen im Widerspruch stehen. Die Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse und die Fortdauer der Abhängigkeit vom Imperialismus bedeutet die Unterdrückung der Kleinbourgeoisie und die Mißachtung ihrer Interessen. Im Kompromißorgan übernahm die mittlere Bourgeoisie die Macht im Staat; der Revolutionsrat, die Regierung Bazargan, die Armeebefehlshaber usw. setzten sich hauptsächlich aus bürgerlichen Elementen zusammen. Die wirkliche Politik dieser Herrschaftsmacht diente hauptsächlich der Aufrechterhaltung der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse und der Bourgeoisie und ihrer Klasseninteressen. Die Kräfte, die von der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie abhängen, mögen glauben, neben der vom Imperialismus abhängigen Bourgeoisie ihre eigenen Interessen sichern zu können, doch in Wirklichkeit ist dies nicht zu realisieren. Es ist nichts anderes als eine Illusion. Ihre Bemühungen werden im Endeffekt den Rahmen einiger Reformen zugunsten der Kleinbourgeoisie nicht überschreiten. Die Kleinbourgeoisie ist verurteilt, im Rahmen abhängiger kapitalistischer Verhältnisse den politischen und wirtschaftlichen Druck zu ertragen. Nur die Vernichtung des abhängigen kapitalistischen Systems kann ihre Interessen

1) "...ich betone, daß ich nicht so sehr das formelle Abkommen als vielmehr die TATSÄCHLICHE Unterstützung, die stillschweigende Übereinkunft, das blind vertrauensselige Abtreten der Macht im Auge habe..."
(W.I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. (April-Thesen) a.a.O. S. 46)

sichern. Die Entwicklung des abhängigen kapitalistischen Systems führt zum allmählichen Bankrott der traditionellen Kleinbourgeoisie sowie zu ihrem Ableben. Sie kann nicht neben der abhängigen Bourgeoisie von der Unterdrückung befreit werden. Sie wird unter dem Zahnrad des Großkapitals zerhackt. So sind die Kräfte, die dieser Schicht angehören, in der Praxis des Kampfes einen Klassenkompromiß mit der Bourgeoisie eingegangen; sie beteiligten sich an einem "Kompromißorgan" mit einem bürgerlichen Charakter. Mit der Übertragung der wirklichen Macht im Staat auf die Bourgeoisie stimmten sie der hauptsächlich bürgerlichen Politik des "Kompromißorgans" zu. Da diese Kräfte nicht in der Lage sind, die wirklichen Interessen der Kleinbourgeoisie zu verteidigen, entfernen sie sich allmählich von ihrem Klassenursprung. Durch Zustimmung zur bürgerlichen Politik und Verteidigung der existierenden Verhältnisse treten sie die Interessen der Kleinbourgeoisie mit Füßen. Ihre kleinbürgerlichen Tendenzen lassen allmählich nach.

In einer solchen Herrschaftsmacht gibt es keine "Dominierung der Kleinbourgeoisie", sie ist in ihrem Wesen bürgerlich. Die Stellungnahme und die Politik dieses Organs im Klassenkampf macht diesen Charakter deutlich. Es wird offensichtlich, daß dieses Organ der Unterdrückung einer Klasse durch die andere dient und die Errichtung und Aufrechterhaltung der Voraussetzungen für Produktion und Reproduktion der Verhältnisse anstrebt.

ZWEITES KAPITEL

Die Zusammensetzung des "Kompromißorgans" und seine internen Widersprüche

Im vorhergegangenen Abschnitt haben wir die politische und wirtschaftliche Krise des diktatorischen Schahregimes, den Prozeß der Entwicklung des Klassenkampfes und den darauffolgenden Sturz des Schahregimes behandelt. Wir haben gezeigt, daß das "Kompromißorgan" ungeachtet seiner uneinheitlichen Zusammensetzung, d.h. verschiedene Flügel der abhängigen Bourgeoisie und Kräfte mit Tendenzen der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie, einen völlig bürgerlichen Charakter aufweist, wobei die hauptsächliche Staatsmacht von der mittleren abhängigen Bourgeoisie getragen wird.

In diesem Abschnitt versuchen wir, die Zusammensetzung des "Kompromißorgans" und seine internen Widersprüche ausführlicher zu behandeln und durch die Studie der Rollen verschiedener Flügel des "Kompromißorgans" seinen Klassen- und politischen Charakter deutlich zu machen.

Da sich die Rolle verschiedener religiöser Flügel im "Kompromißorgan" als das Hauptproblem verschiedener Diskussionen und Analysen etabliert hat, behandeln wir zunächst die religiösen Flügel und deren Rolle.

Die islamisch religiöse Institution im Iran hat sich nach der Invasion der Araber und ihrer Folgen formiert. In jener Zeit herrschten in unserer Gesellschaft feudale Verhältnisse und die Religion (die Geistlichen und die religiöse Institution) diente als ein Instrument der Machtausübung und Konsolidierung der Feudalherren. Die Mehrheit der Geistlichen und geistlichen Oberhäupter war vom Schah (König), vom Hof und von den Feudalherren abhängig. In der Situation der feudalen Herrschaft, in der die religiöse Institution über Pfründe verfügte, waren die Geistlichen direkt an der feudalen Ausbeutung beteiligt, und diese Tatsache war eine der Grundlagen ihrer Verbundenheit mit dem Feudalismus, mit anderen Worten: die Religion diente zur Rechtfertigung der feudalen Ausbeutung. In diesem Zusammenhang sind Ähnlichkeiten zwischen den religiösen Institutionen Irans und der Rolle der Kirche im Okzident festzustellen.

Engels schreibt über die Rolle der Kirche im Okzident:

"...Kirche, die in jedem Land als Besitzerin von etwa einem Drittel des Bodens eine gewaltige Machtstellung in der feudalen Organisation innehatte. Die Kirche mit ihrem feudalen Grundbesitz war das reale Band zwischen den verschiedenen Ländern, die feudale Organisation der Kirche gab der weltlich-feudalen Staatsordnung die religiöse Weihe."
(Friedrich Engels: Juristen-Sozialismus. MEW, Bd. 21, S. 491/492)

Die Geistlichen finanzierten ihren Lebensunterhalt über unehrliche Wege oder die zufällige Beteiligung an der Produktion hinaus durch Einnahmen aus ... Verwaltung der religiösen Stätten, Religionssteuereinnahmen, Predigt und Reden, Erledigung von geschäftlichen und Heiratsformalitäten usw. Ein großer Teil der religiösen Institutionen waren erreaktionär und Verbündete der Feudalherren und des königlichen Hofes und somit ein Teil des Staatsapparats. Aber ein anderer Teil der Geistlichen (besonders die untersten Schichten, arme Theologiestudenten und...) lebte unter und mit den Werktätigen, verteidigte deshalb auch deren Rechte und schloß sich auch stets den Protestbewegungen an. Bei den Massenbewegungen gegen das feudale Herrschaftssystem, die meistens von der Religion geprägt waren, spielten die fortschrittlichen Geistlichen stets eine aktive Rolle. So hatten die verschiedenen religiösen Flügel von Anfang an unterschiedliche Klassenpositionen. Ein Teil stand der Reaktion und ein anderer Teil dem Volk bei.

Die Geistlichkeit als eine Gesellschaftsschicht weist Besonderheiten auf, die wir näher betrachten sollten. Diese Schicht hat keine aktive Rolle im Produktionsprozeß und sichert ihren Lebensunterhalt durch die Leistungen der Werktätigen. Die Zugehörigkeit zur Geistlichkeit erfolgt nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen wie z.B.: Kenntnisse der arabischen Sprache, Kenntnisse der islamischen Lehre, Besuch der Lehrgänge in den Theologieschulen, Tragen der Mullahkleidung...

Die Geistlichkeit genießt eine besondere gesellschaftliche Position. Diese besondere gesellschaftliche Position und die Art, wie sich diese Schicht der gesellschaftlichen Produktion bediente, hat für diese Schicht besondere wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen entstehen lassen. Diese besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen stehen in einer direkten Beziehung zu

ihrer gesellschaftlichen Position. Aus diesem Grunde steht die Sicherung der Schichtinteressen der Geistlichen in direktem Zusammenhang mit der Sicherung ihrer rechtlich-politischen oder gesellschaftlichen Position. Diese Tatsache bewirkt, daß verschiedene Flügel der Geistlichkeit versuchen, über die Stellungnahmen in Vertretung verschiedener Schichten und Klassen der Gesellschaft hinaus, die Sicherung ihrer eigenen Zunft-Schichtinteressen im Auge zu behalten. Genosse Bijan schreibt in diesem Zusammenhang:

"Die religiöse Kaste hat über die Rolle, die sie als Vertreter verschiedener Schichten und Klassen der Gesellschaft hat, weshalb sie verschiedene Positionen einnimmt, hinaus, eigene Interessen. Die geistlichen Führer und die religiösen Institutionen hatten während der feudalistischen Herrschaft im Iran stets einen besonderen politischen und juristischen Stellenwert und waren in der Herrschaft Helfer des königlichen Hofes und der Fürsten. In der Vergangenheit waren Konflikte zwischen den obersten Schichten der religiösen Institution und dem Hof und den Fürsten über die Grenzen der Herrschaft über Ländereien keine Seltenheit." (Bijan Djazani: Einführung in die Soziologie.)

Die religiöse Institution im Iran (und in den meisten vom Imperialismus beherrschten Ländern) weist trotz Ähnlichkeiten mit der Rolle der Kirche im Okzident einige Besonderheiten auf, die der Einfluß der Ausbeuter auf diese Gesellschaften und deren Entwicklung bewirkt hat. Genosse Bijan schreibt:

"In der gegenwärtigen Situation, d.h. in der Situation des kulturellen und politischen Einflusses der Ausbeuter ist die Zukunft der religiösen Schicht Gefahren ausgesetzt. In einer Situation, in der der Feudalismus im Iran in der 'friedlichen' Einflußnahme der Ausbeuter, besonders wenn diese sich nicht direkt in die Angelegenheiten des Landes einmischten, keine Gefahren sah, waren die Geistlichen, deren Lage von der Stabilisierung der religiösen Kultur und der Stellung der Religion in der Gesellschaft abhing, gegen diese kontinuierliche Einflußnahme. Die Entwicklung der Bourgeoisie bewog einen Flügel der religiösen Schicht, sich auf diese sich entwickelnde Klasse zu stützen und als deren Vertreter gegenüber dem Hof und den Ausbeutern Widerstand zu leisten. Dieser Flügel der Geistlichkeit konnte nicht im veralteten und reaktionären Rahmen bleiben, er mußte fortschrittliche Neigungen zeigen. Die reaktionären Flügel, die dem Feudalismus verbunden waren, stellten sich gegen die fortschrittlichen Flügel, aber immer dann, wenn Interessen ihrer Schicht als einer Gesamtheit in Gefahr gerieten, d.h. wenn das Regime die religiöse Institution in beiden Richtungen zu unterdrücken versuchte, kam es, ungeachtet der politischen Gegensätze zur Solidarität innerhalb der religiösen Zunft, auch wenn es von kurzer Dauer war." (Bijan Djazani: Einführung in die Soziologie.)

Nach dem Kompromiß zwischen der Großbourgeoisie, dem Imperialismus und dem Feudalismus während der konstitutionellen Revolution, die die Teilung der Bourgeoisie in zwei Lager, nämlich in Kompradoren- und in Nationalbourgeoisie zur Folge hatte, stellten sich die Flügel der Geistlichkeit, die Verbündete des Feudalismus, der Kompradoren und des Imperialismus waren, gegen die Geistlichkeit, die die National- und Kleinbourgeoisie verteidigte, so daß man diese politischen und Klassengegensätze sowie die Konflikte zwischen diesen beiden religiösen Lagern in den letzten Jahrzehnten deutlich betrachten und verfolgen kann.

Durch die Entwicklung des Kapitalismus und den Einfluß der westlichen Kultur verlor die Religion allmählich an Bedeutung. Die Landreform und die Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft des Feudalismus im Iran bedeutete einen schweren Schlag gegen die Interessen der religiösen Schicht. Die Verteilung der Pfründe, die Entwicklung der Religiösen, die Abschaffung ihres Rechts, Pilgerfahrten zu organisieren und sie zu kontrollieren usw. und die Einführung der staatlichen Kontrolle über die religiösen Zentren, der Zerfall der veralteten Traditionen, der allmähliche Untergang der nationalen Bourgeoisie, die Schwächung der traditionellen Kleinbourgeoisie und die der politischen und wirtschaftlichen Rolle des Bazars, führten zu einer größeren Schwächung des religiösen Lagers. Ein großer Teil der höheren Geistlichkeit ließ sich von der brutalen und faschistischen Diktatur unterwerfen. Sie wurden zu Verteidigern des Systems, obwohl sie gelegentlich gegen die Politik des Regimes protestierten. Diese Proteste aber waren darin begründet, daß dieser Teil der Geistlichkeit wirtschaftlich mit dem nichtherrschenden Teil der Bourgeoisie verbunden war. Nur eine Minderheit der höheren Geistlichkeit wie z.B. Ayatollah Khomeiny und Ayatollah Taleghani und ... zeigten antiimperialistische Tendenzen, deren Ursache in ihrer Bindung an die traditionelle Kleinbourgeoisie lag, die zu ihrem Kampf gegen die Diktatur führte. Mit der Fortdauer der Entwicklung der abhängigen Bourgeoisie, der Entwicklung der Industrie und Produktion sowie des Warenaustauschs mußten sich die Rolle und das Ausmaß des

Einflusses der Religion dieser Entwicklung anpassen.

In dieser Entwicklungsphase wurde die Trennung von Religion und Politik aus der bürgerlichen Sicht zu einem Bedürfnis. Wir haben gesehen, daß diese Trennung in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogen wurde. Wir wissen, daß diese Trennung und die Ersetzung der religiösen durch weltliche Gesetze während der Entwicklung der Bourgeoisie auch im Westen und auch in anderen Gesellschaften stattgefunden hat.

Die calvinistische und protestantische Bewegung waren in Wirklichkeit ein Spiegelbild der Bourgeoisie in ihrem Versuch, die Religion von der Politik zu trennen und die feudalistische Religion zu einer bürgerlichen Religion zu entwickeln. Engels schreibt über die Trennung von Religion und Politik im Westen:

"Die religiöse Fahne flatterte zum letzten Mal in England im 17. Jahrhundert, und kaum fünfzig Jahre später trat in Frankreich die neue Weltanschauung ungeschminkt auf, die die klassische der Bourgeoisie werden sollte, die juristische Weltanschauung. Sie war eine Verweltlichung der theologischen. An die Stelle des Dogmas, des göttlichen Rechts trat das menschliche Recht, an die der Kirche der Staat. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die man sich früher, weil von der Kirche sanktioniert, als durch die Kirche und das Dogma geschaffen vorgestellt hatte, stellte man sich jetzt vor als auf das Recht begründet und durch den Staat geschaffen." (Friedrich Engels: Juristen-Sozialismus. MEW, Bd. 21, S. 491/492)

Natürlich ist der Prozess der Trennung zwischen Religion und Politik im Westen (die auch verwirklicht wurde) in einer anderen historischen Phase vollzogen worden. Auch die Art dieser Verwirklichung ist von der in einem vom Imperialismus beherrschten Land verschieden. Damals befand sich die Bourgeoisie in einer Phase des freien Wettbewerbs des Kapitalismus und somit wies sie nahezu revolutionäre Züge auf, die zu einer radikalen Trennung von Religion und Politik führten. In den vom Imperialismus beherrschten Gesellschaften war der Großteil der Bourgeoisie von den imperialistischen Monopolen abhängig, er besaß keinen revolutionären Charakter, er paktierte mit dem Feudalismus und deshalb war er nicht in der Lage, eine radikale Trennung zwischen Religion und Politik herbeizuführen. Die abhängige Bourgeoisie handelte in dieser Hinsicht genauso schrittweise, wie sie eine schrittweise Abschaf-

fung des Feudalismus betrieb.

Diese schrittweise Trennung führte zur Schwächung der gesellschaftlichen Position der religiösen Schicht, so daß die Flügel, die sich auf den Feudalismus stützten, ihre Überlebenschance in einem Bündnis mit der Bourgeoisie sahen und als ihre Verteidiger auftraten.

Die unterschiedlichen Flügel der Geistlichkeit versuchen - wie bereits erwähnt - über die Sicherung bestimmter Klasseninteressen hinaus auch ihre eigenen Schichtinteressen zu sichern. Natürlich können die Schichtinteressen der Geistlichkeit in bestimmten Fällen mit den Interessen bestimmter Klassen in Widersprüche und Konflikte geraten, z.B. dann, wenn der Entwicklungsprozeß des Systems eine Trennung zwischen Religion und Politik notwendig macht, die zu einer Schwächung des Klerus führt, wird diese Trennung den Klerus dazu bewegen, sich gegen die Bourgeoisie zu stellen, obwohl er z.T. selbst von der Bourgeoisie abhängig ist. Trotz dieser Proteste werden diese religiösen Flügel niemals die Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie aufgeben und sich für andere Klasseninteressen einsetzen. Ganz im Gegenteil werden sie sich Hand in Hand mit der Bourgeoisie gegen alle anderen Schichten und Klassen stellen, die mit der Bourgeoisie im Widerspruch stehen. Sie erklären den Privatbesitz im Sinne der Bourgeoisie für heilig. Sie halten die brutale Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie für eine von Gott erlaubte Handlungsweise. Daher soll man diese Widersprüche nicht als absolute und Hauptwidersprüche betrachten; während die Vertreter einer Klasse mit ihrer eigenen Klasse eine Einheit bilden, stehen sie auch in Widerspruch zu dieser Klasse. Eine Klasse ist von den Vertretern der Klasse zu unterscheiden.

Marx schreibt in der "Deutschen Ideologie":

"... drei Momente, die Produktionskraft, der gesellschaftliche Zustand und das Bewußtsein, können und müssen in Widerspruch untereinander geraten..., weil mit der Teilung der Arbeit die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ist, daß die geistige und materielle Tätigkeit - daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird. ... Die Teilung der Arbeit, die wir schon oben als eine der Hauptmächte der bisherigen Geschichte vorfanden, äußerte sich nun auch in der herrschenden Klasse als Teilung

der geistigen und materiellen Arbeit, so daß innerhalb dieser Klasse der eine Teil als die Denker dieser Klasse auftritt (die aktiven konzeptiven Ideologen derselben, welche die Ausbildung der Illusion dieser Klasse über sich selbst zu ihrem Hauptnahrungszweige machen), während die Andern sich zu diesen Gedanken und Illusionen mehr passiv und rezeptiv verhalten, weil sie in der Wirklichkeit die aktiven Mitglieder dieser Klasse sind und weniger Zeit dazu haben, sich Illusionen und Gedanken über sich selbst zu machen. Innerhalb dieser Klasse KANN DIESE SPALTUNG DERSELBEN SICH SOGAR ZU EINER GEWISSEN ENTGEGENSETZUNG UND FEINDSCHAFT BEIDER TEILE ENTWICKELN, die aber bei jeder praktischen Kollision, wo die Klasse selbst gefährdet ist, von selbst wegfällt, wo denn auch der Schein verschwindet, als wenn die herrschenden Gedanken nicht die Gedanken der herrschenden Klasse wären und eine von der Macht dieser Klasse unterschiedene Macht hätten." (Karl Marx: Deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S.32, 46-47. Hervorhebungen durch Großbuchstaben vom Herausgeber)

Diese Beziehung zwischen der Klasse und ihren Vertretern stellt eine allgemeine Beziehung dar. Wenn wir speziell die Geistlichkeit mit den Besonderheiten ihrer Schicht und Religiosität betrachten, wird uns die relative Unabhängigkeit zwischen der Klasse und ihrem Vertreter in bezug auf die Geistlichkeit deutlich.

Wenn wir also sagen, daß die unterschiedlichen Flügel der Geistlichkeit ihre eigenen Schichtinteressen zu verwirklichen und die Festigung ihrer gesellschaftlichen Position zu erreichen versuchen, bedeutet das nicht, daß diese Flügel nur ihre Schichtinteressen im Auge haben und keine bestimmten Klasseninteressen. Andererseits, wenn wir sagen, daß die unterschiedlichen Flügel der Geistlichkeit bestimmte Klasseninteressen der Gesellschaft vertreten, bedeutet das nicht, daß für sie Schichtinteressen gar keine Bedeutung haben.

Wir müssen aber unterscheiden, daß es die Klasseninteressen sind, die im Endeffekt eine entscheidende Rolle spielen, und der ganze Versuch, Zunft- und Schichtinteressen zu verwirklichen, erfolgt im Rahmen der Verteidigung bestimmter Klasseninteressen, d.h. daß wir aus dem Anschein der Religiosität des Regimes nicht schließen, die Religiosität verteidige nur ihre eigenen Schichtinteressen und Klasseninteressen, und im Gegensatz zu manchen Genossen sind wir auch nicht der Meinung, daß das Regime nur seine kleinbürgerlichen Interessen vertritt und zu verwirklichen sucht.

Wenn wir von einer solchen Analyse ausgehen, wäre uns nicht

klar, wie die Position von Leuten wie Chomi, Shirazi, Beheshti und ... zu verdeutlichen wäre, die öffentlich die Interessen der Bourgeoisie verteidigen, andererseits aber Anhänger der Herrschaft der Geistlichkeit und für die Sicherung der besonderen Stellung und Interessen der Geistlichkeit sind.

Leute wie Beheshti kämpfen für besondere Interessen der Geistlichkeit. Wegen dieser besonderen Zugeständnisse geraten sie mit Leuten wie Bazargan, die gegen diese Zugeständnisse sind, in "Konflikt". Aber trotz dieser "Konflikte" vertreten die beiden die mittlere Bourgeoisie, und somit verteidigen sie ~~und in~~ ⁱⁿ ~~Wend~~ ^{Wend} die Klasseninteressen der Bourgeoisie. ... Es hat bis jetzt keine Fälle gegeben, die diese Tatsache widerlegen könnten.

Auch ist die Herrschaft der Geistlichkeit im Gegensatz zu den Thesen mancher Genossen nicht ein Spiegelbild des rückständigen Idealismus der traditionellen Kleinbourgeoisie. Wenn das so gewesen wäre, würde die Bourgeoisie eine solche Herrschaft nicht verteidigen. Eine abstrakte Betrachtung der Herrschaft der Geistlichkeit ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedingungen und Realitäten würde vielleicht die Bedeutung bestimmter Klasseninteressen für die Geistlichkeit ausschließen. Diese Herrschaft der Geistlichkeit stellt sich je nach der Interpretation und den Leuten, die sie interpretieren, in den Dienst bestimmter Klassen und gesellschaftlichen Gruppen. Wird sie von Beheshti oder Chomi interpretiert und von Banisadr und Tschamran verwirklicht, steht sie hundertprozentig im Dienst der Bourgeoisie.

Die heutige Verfassung, die die willige Festigung des kapitalistischen Systems beibehaltet, wurde mit der Herrschaft der Geistlichkeit abgestimmt und verabschiedet. Natürlich gibt es in dieser Herrschaftsform besondere Zugeständnisse an die Geistlichkeit, die wiederum ein Zeichen des Versuchs der Geistlichen darstellen, ihre gesellschaftliche Position und besonderen Vorrechte beizubehalten und sie zu festigen.

Trotzdem zeigt diese Verfassung in der Praxis ihren wirklichen Charakter. Sie stimmt der Übertragung der Staatsmacht an die Bourgeoisie zu und ist ein Wegbereiter der

Beibehaltung und Restaurierung der bestehenden Klassengesellschaft.¹⁾ In einer Gesellschaft, in der die abhängige Bourgeoisie die Verhältnisse bestimmt, in einer Gesellschaft, in der die Staatsmacht von der Bourgeoisie getragen wird, kann die Entwicklung nicht anders aussehen. Aber warum und wie konnte in dieser historischen Phase die Geistlichkeit eine solche besondere Stellung genießen (wenn auch vorübergehend)? Um dies zu begreifen, müssen wir die tiefgreifende Krise der Gesellschaft sowie die tiefgreifende politische Krise, den Entwicklungsprozeß des Klassenkampfes, die Rolle der Geistlichkeit in der letzten Bewegung und nicht zuletzt das Zustandekommen des "Kompromißorgans" näher betrachten. Wie wir in den vorausgegangenen Abschnitten erwähnten, führte die Verschärfung der Kämpfe des Volkes ab dem Jahr 1356 (1977) zur Stärkung der Gegnerschaft verschiedener Flügel der Geistlichkeit zum Regime. Diese Gegnerschaft war jedoch nicht auf eine einheitliche Klassenposition zurückzuführen. Manche Flügel der Geistlichkeit schlossen sich der Opposition an, da sie auf Grund ihrer Verbundenheit mit dem nichtherrschenden Flügel der abhängigen Bourgeoisie sowie der Schwächung ihrer Stellung in der Gesellschaft ihre Schichtinteressen gefährdet sahen. Die Mehrheit der hohen Geistlichen wie Ghomi, Rohani, Mahallati, Schirazi, Schariat Madari, Beheshti usw. sind in diesen Flügel einzuordnen. Der andere Flügel der Geistlichkeit, der in der traditionellen Kleinbourgeoisie verwurzelt war, erhob sich gegen die Diktatur, um die mißachteten Interessen der traditionellen Kleinbourgeoisie sowie der Geistlichkeit zu verteidigen. Taleghani, Khomeini, Saidi, Montazeri usw. waren die herausragenden Figuren dieses Flügels. Genauso wie man in dem von der Bourgeoisie abhängigen Spektrum die Vertreter der großen Bourgeoisie von denen der mittleren Bourgeoisie unterscheiden konnte,²⁾ ließen sich auch innerhalb des Spektrums der Verteidiger der Kleinbourgeoisie verschiedene Gruppierungen der traditionellen Kleinbourgeoisie sowie ihre Stellungnahmen erkennen. Z.B. standen die Stellungnahmen Khomeinis der obersten Schicht

1) D.h., daß sie auf Grund ihres objektiven Klassencharakters die Festigung der Macht der abhängigen Bourgeoisie verwirklichen will.

2) Wir müssen darauf hinweisen, daß diese Unterschiede auf Grund der nicht vorhandenen Polarisierung der Klassen in der Bewegung in der Phase vor dem Aufstand nicht deutlich genug waren, doch heute werden diese Unterschiede wegen der Polarisierung der Klassen der Bewegung offensichtlich.

der traditionellen Kleinbourgeoisie und die Stellungnahmen Taleghanis ihrer mittleren Schicht nahe. Die Position Khomeinis war konservativer als die Taleghanis. Das konnte man sowohl aus den verschiedenen Stellungnahmen als auch aus den Kampfmethoden der beiden deutlich erkennen. Taleghani z.B. unterstützte die Volksmodjahedin Irans, während Khomeini sie nie akzeptierte. In ihren Auffassungen und Interpretationen des Korans sowie der islamischen Lehre waren auch beachtenswerte Unterschiede zwischen beiden festzustellen. Taleghani war gegen die These der Stellvertreterherrschaft der Geistlichkeit, er war nicht den Interessen seiner eigenen Schicht so verbunden wie Khomeini. Dies bedeutete, daß er die Interessen der Kleinbourgeoisie konsequenter verteidigen und die islamische Religion umso mehr in Zusammenhang mit den wahren Interessen der Kleinbourgeoisie und in Übereinstimmung mit ihrer Ideologie erneuern wollte.

Parallel zur Entwicklung der Massenkämpfe (die hauptsächlich spontan waren), der Abwesenheit von starken Organisationen und Parteien mit revolutionärer Erfahrung und der stärkeren Aktivität der Kleinbourgeoisie in der Bewegung gewann ein Flügel der Geistlichkeit, der eng an die traditionelle Kleinbourgeoisie gebunden war, gestützt auf die Bazaris und Geschäftsleute und durch den Einsatz ihrer Möglichkeiten für Protestaktionen gegen das Regime (z.B. die Moscheen, religiöse Feierlichkeiten usw.) und hauptsächlich durch Anwendung von religiösen Taktiken immer mehr an Autorität.

Die konsequente Haltung Khomeinis gegenüber dem Schah (trotz seiner labilen Haltung gegenüber dem Imperialismus), seine kämpferische Vergangenheit, seine Popularität unter den Bazaris und Geschäftsleuten und nicht zuletzt die stärkere Aktivität der traditionellen Kleinbourgeoisie im demokratischen Kampf sowie im Kampf gegen die Diktatur, erbrachten für ihn und seine Gefolgschaft, die sich auf diese Schicht stützte, ein großes politisches Kapital. Die "Parallelität" zwischen verschiedenen Kräften, die gegen die Diktatur kämpften wollten, schaffte die Voraussetzung für die Koordinierung ihres Kampfes. Die Geistlichkeit handelte auch, trotz verschiedener Flügelbindungen sowie politischer Differenzen, die auf die unterschiedliche Klassenzugehörigkeit zurückzuführen war, nahezu einheitlich. Dies war auch ein Zeichen dafür, daß

in diesem Zeitabschnitt keine Klassenpolarisierung innerhalb der Geistlichen genauso wie in der gesamten Bewegung vorhanden war. Die Entwicklung und Ausweitung der Massenkämpfe und die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Krise brachten die Herrschaft der Bourgeoisie in akute Gefahr. Die abhängige Bourgeoisie mit ihrer bestimmten historischen Komponente - die totale Abhängigkeit von den internationalen Monopolen, die Schwäche der am Produktionsprozeß beteiligten Schichten sowie die dominierende Rolle des Staates und der Bürokratschicht - sicherte ihre politische Herrschaft durch die monarcho-faschistische Schah-Diktatur; sie hatte keine eigenen Parteien gegründet. Die Bourgeoisie hielt die Monarchie für so unsterblich, daß sie nie daran glauben konnte, daß die Massen sie stürzen könnten. Die wenigen bürgerlichen Parteien wie die "Iranische-Partei", die "Volkspartei", die "Pan-iranische Partei" usw.¹⁾, die keinen Rückhalt unter den Massen genossen und in der politischen Szenerie praktisch keine Rolle spielten, wurden aufgelöst. Die vom Schah gegründete "All-Iranische-Partei" trat in Erscheinung. Trotz aller Versuche und Propaganda des Regimes konnte diese Partei nie einen geistigen und politischen Einfluß auf die Massen ausüben. Die Bourgeoisie versuchte, gestützt auf die faschistischen Unterdrückungsmethoden des Regimes sowie gestützt auf die Militär- und Polizei-Organen, ihre politischen und wirtschaftlichen, sowie die Interessen des Imperialismus zu verteidigen und ihre Herrschaft weiter auszubauen. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise sowie mit der Verschärfung der Gegensätze innerhalb des bürgerlichen Lagers wurden die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie für die Sicherung ihres eigenen Anteils und für die Lösung der Wirtschaftskrise immer größer. Die verschiedenen Flügel der Bourgeoisie merkten allmählich, daß den Sturz der Diktatur nichts mehr verhindern konnte. Sie versuchten, die Massenkämpfe auf schiefe Bahnen zu bringen, ihre Ausweitung zu verhindern, um damit das System vor der Krise retten zu können. Die Kreise, Gruppen, Parteien und die von der Bourgeoisie abhängigen

1) An dieser Stelle müssen wir darauf hinweisen, daß diese Parteien auf Grund der starken Kontrolle von oben nur Scheu-Parteien waren. Sie wurden nie zu starken bürgerlichen Parteien.

religiösen Flügel, die jahrelang durch das Verlassen der Kampfbühne den Weg für die brutale und faschistische Unterdrückung des Volkes durch das volksfeindliche und vom Imperialismus abhängige Regime geebnet hatten, setzten sich wieder in Bewegung; doch sie waren so verrufen, daß sie so leicht niemanden für sich gewinnen konnten. Unter diesen Umständen waren die Chancen der von der Bourgeoisie abhängigen religiösen Flügel größer als alle anderen, denn der religiöse Glaube war im Gedanken gut und in der Kultur der Massen tief verwurzelt und die Bewegung hatte einen religiösen Anstrich bekommen.

Die Bourgeoisie versuchte, gegenüber Khomeini andere hohe Geistliche zu stärken; ein markantes Beispiel solcher Versuche war die Propagandakampagne, die für Schariat Madari und seinesgleichen gestartet wurde. Obwohl die Bourgeoisie auf einen Kompromiß mit Khomeini hoffte, versuchte sie dennoch, die Elemente an die Spitze der Bewegung zu setzen, die völlig von ihr abhängig waren. Als sie dies nicht schaffen konnte, versuchte sie, durch Einkreisung des Führers, ihn für sich zu gewinnen. Bazargan erklärte seine Ergebnisse, Sandjabi akzeptierte, nachdem er einmal nach Paris gereist war, die Führungsrolle des Imam, die von der Bourgeoisie und vom Imperialismus abhängigen Elemente stellten sich neben den Imam. Die restlichen hohen Geistlichen wie Ayatollah Najafi, Schirazi, Ghomi, Mahallati, Golpayegani usw., die selbst gegenüber dem Regime der Schah-Diktatur versöhnlich waren, akzeptierten auch allmählich die Führung Khomeinis. Schariat Madari jedoch wollte sich trotz seiner leisen Zustimmung zu Khomeini nicht voll und ganz unterordnen lassen. Er behielt seine politischen Gegensätze zu Khomeini bei, und außerdem nahm er eine rivalisierende Haltung in der Frage der Zukunftvertretung ein. Khomeini wurde zum umstrittenen politischen und geistlichen Führer; er wurde zum Imam der Gläubigen, und auf dieser Grundlage fing man an, die "Einheit des Wortes" zu propagieren. Diese Führung, die stets hinter den Massen herhinkte, war nicht nur nicht in der Lage, die Energie der sich erhebenden Millionenmassen in Richtung auf die totale Zerstörung des Systems zu führen, sondern sie hatte selbst Angst vor einer Radikalisierung der Bewegung; sie versuchte, durch ihre Methoden und Taktiken die Vertiefung der Bewegung sowie eine Pola-

risierung der Klassen in der Bewegung zu verhindern. Trotz der konservativen Haltung der Führung schlossen sich auf Grund der herrschenden totalen politischen und gesellschaftlichen Krise immer breitere Massen dem Kampf an. In einer Situation, in der offene Unterdrückung und Terror gegen die Massenbewegung keine Wirkung hatte, wandte sich die Bourgeoisie neuen Methoden zu, um die Massenbewegung einzudämmen. Die Bourgeoisie versuchte, die Religion und die Geistlichkeit (die in der Bewegung einen ungeheuren Einfluß hatte) für sich zu gewinnen, um im Windschatten des Einflusses der Geistlichkeit sowie unter dem Banner der Religion und der religiösen Führung der Bewegung, gewaltsame Maßnahmen der Massen gegen die herrschenden Verhältnisse zu neutralisieren und die totale Vernichtung dieser Verhältnisse zu verhindern. Könnte die Bourgeoisie den Einfluß und die Autorität der religiösen Führer für sich gewinnen, so würde sie verhindern können, daß die Massen selbständig für die Zerstörung des verfaulten abhängigen kapitalistischen Systems die Initiative ergriffen.

Der Klassenkampf hatte solche Voraussetzungen geschaffen, daß die Geistlichkeit und die Religion für die Rettung des Systems vor einer totalen Zerstörung eine sehr aktive Rolle spielen mußte. Der beste Weg, die Bewegung, die jetzt einen religiösen Anstrich bekommen hatte, in schiefe Bahnen zu leiten, war, sich der Religion und der Geistlichkeit zu bedienen. In dieser Situation gewann die Religion an Bedeutung, und die religiösen Vertreter der Bourgeoisie nahmen aktive Rollen sowie besondere Stellungen ein. Auch die politischen Flügel der Bourgeoisie nahmen eine stärkere religiöse Farbe an; sie unternahmen jeden Versuch, um einen Kompromiß mit dem von der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie abhängigen religiösen Flügel, der die Führung der Bewegung hatte, zustande zu bringen. In einer Situation, in der die objektiven Bedingungen der Revolution dabei waren, das höchste Stadium der Reife zu erreichen, in einer Situation, in der die Massen unmittelbar vor einem historischen Schritt standen, wählten die Vertreter der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie durch die Zustimmung zum Revolutionsrat und zur Regierung Bazargan, die mehrheitlich aus Vertretern der abhängigen mittleren Bourgeoisie zusammengesetzt waren, mit anderen Worten durch die Übergabe der über-

wiegenden Macht im Staat an die Bourgeoisie, den Weg des Kompromisses mit der Bourgeoisie.¹⁾ In dieser Situation war es notwendig, daß die Geistlichkeit und die Religion eine besondere Stellung hatten und Sonderrechte genoß. Die von der Bourgeoisie abhängige Geistlichkeit versuchte, außer der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie auch ihre eigenen Interessen zu sichern, sowie die Sonderrechte, die sie sich erkämpft hatte, beizubehalten. Auch der von der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie abhängige religiöse Flügel, der mit der Bourgeoisie einen Kompromiß eingegangen war, versuchte einerseits, die Bourgeoisie zur Durchführung einiger Reformen zugunsten der wohlhabenden Schicht der Kleinbourgeoisie zu zwingen und andererseits die Sonderrechte der Geistlichkeit zu sichern. Dieser Versuch trat, wie wir bereits erklärt haben, in Form von Beharrlichkeit auf die Verknüpfung zwischen der stellvertretenden Herrschaft der Geistlichkeit und dem Überbau der herrschenden Verhältnisse in Erscheinung. Somit ist in der jetzigen Herrschaftsmacht trotz der Verdeckung durch die Religion und trotz der besonderen Stellung der Geistlichkeit die wirkliche Macht im Staat in den Händen der Bourgeoisie. Natürlich steht die stellvertretende Herrschaft der Geistlichkeit mit dem Überbau der abhängigen kapitalistischen Gesellschaft in manchen Widersprüchen, die wir in der Analyse der Verfassung näher erläutern werden.

1) Natürlich war der Weg für diesen Kompromiß schon vorher geebnet.

Die Wirtschaftspolitik des "Kompromißorgans"

Was kann das Ergebnis eines solchen Organs (Kompromiß zwischen der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie) sein?

Lenin beantwortet diese Frage wie folgt:

"Die kleinbürgerliche Demokratie, besonders ihre Führerschaft, strebt der Bourgeoisie nach. Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie vertrösten ihre Massen mit Versprechungen und Beteuerungen über die Möglichkeit einer Verständigung mit den Großkapitalisten; im besten Falle erreichen sie auf ganz kurze Zeit von den Kapitalisten gerüfungfähige Zugeständnisse für eine kleine Oberschicht der werktätigen Massen, aber in allem Entscheidenden, in allem Wichtigem war die kleinbürgerliche Demokratie stets im Schlepptau der Bourgeoisie, ihr ohnmächtiges Anhängsel, ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Finanzkönige.

(W.I. Lenin: Die Lehren der Revolution. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979. Band II, S. 240. Hervorhebungen vom Herausgeber)

Die Praktiken der jetzigen Herrschaftsmacht während des letzten Jahres zeigen nichts anderes als dies. Auch wenn die jetzige Herrschaftsmacht Maßnahmen für die Wiederbelebung der kleinen Produktionsbetriebe getroffen hat, so ist dies hauptsächlich unter dem Druck der Massen und auf Grund der Unfähigkeit des Regimes, diesem Druck zu widerstehen, geschehen.

In diesem Abschnitt werden wir die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der jetzigen Herrschaftsmacht untersuchen. Diese Entscheidungen beinhalten u.a.:

1. Durchführung einiger Reformen zugunsten der kleinen Produktionsbetriebe und Unterstützung der Kleinbourgeoisie.
2. Die Restaurierung des abhängigen kapitalistischen Systems.

1. Durchführung einiger Reformen zugunsten der kleinen Produktionsbetriebe und Unterstützung der Kleinbourgeoisie

Wenn wir von der Tatsache ausgehen, daß die aktivste Kraft während des Aufstandes die Kleinbourgeoisie, insbesondere die Händler sowie die städtischen Kleinproduzenten, bildeten, daß diese Schicht im Vergleich mit den anderen Schichten und Klassen sich am meisten ihrer Interessen bewußt war und deren Vertreter in der Herrschaftsmacht neben der Bourgeoisie aktiv präsent war, so wird uns klar, daß gleich nach der Machtübernahme des neuen Regimes Wiedergutmachung an Händler, Kleinproduzenten und Bazaris, die von Streiks, Geschäfts-

schließungen und anderen Schäden betroffen waren, auf der Tagesordnung stehen würde. Dieser Druck kam bei einem Fernseh-Interview Bazargans am 26.1.58 (April 1979) zum Ausdruck:

"Es gibt drei Arten von Produktionsbetrieben, staatliche Betriebe, private Klein- und Mittelbetriebe sowie private Großbetriebe. Die Besitzer der zuletzt genannten Betriebe, die auch über das Kapital verfügten, sind jetzt nicht mehr da und haben auch das Geld mitgenommen. Uns haben sie als Erbe nur Schulden und Ärger hinterlassen. Folgende Gesichtspunkte dürfen wir nicht außer Acht lassen: Die Industrie, der Handel und die Landwirtschaft unseres Landes sind von diesen privaten Großbetrieben abhängig. Wir können diese Betriebe, egal wie sie entstanden sind, nicht stilllegen, weil sie oben in unserem Land existieren. Das erste Problem war, daß wir für diese Betriebe neue Leiter finden mußten, die die Alten ersetzen sollten. Dies ist natürlich innerhalb eines Monats geschehen. Viele dieser Betriebe haben ihre Arbeit wiederaufgenommen. Iran-National produziert jetzt sogar Autos und auch das große Ahwas-Kombinat Rezai hat seine Produktion wiederaufgenommen. Aber der private Teil der Klein- und mittleren Industrie war in einem kläglichen Zustand, da erstens kein Markt vorhanden war und es keinen Absatz gab. Es gab keinen Markt, der Verbrauch hatte. Zweitens hatten viele von diesen (kleinen und mittleren Industriellen) kein Geld, um den Lohn der Arbeiter zu bezahlen. Durch einen relativ beträchtlichen Kredit mit sehr niedrigen Zinsen, durch Kontrolle und Beobachtung der Handelskammer, wurden in erster Linie Lohn und Gehalt der Arbeiter gezahlt; außerdem haben sie kein Rohmaterial, um ihre Güter zu produzieren..."

Die Regierung Bazargan unternahm jeden Versuch, durch "Versprechungen" in diesen Schichten Hoffnungen über die islamische Republik zu erwecken. Er sprach Monate nach der Machtübernahme noch von der "Erweckung eines neuen Lebens" bei den in Stillstand geratenen "Kleinhändlern und Kleinproduzenten". In einem Fernsehinterview am 3.6.58 (August 1979) über die "Durchgeführten Maßnahmen" der Regierung sagte Bazargan u.a.:

"Eine Reparationskasse wurde eingerichtet; die Bevölkerung hat sie finanziert, und über die Handelskammer wurden bis jetzt 75 Milliarden Rial an Krediten erteilt. Damit wird die stillgelegte Industrie wiederbelebt, damit sie sich Anfangsprodukte anschaffen und trotz aller Sabotage auf eigenen Füßen stehen kann. 3 Milliarden Rial wurden über die landwirtschaftlichen Banken, staatlichen Banken, den Bauern zur Verfügung gestellt. Gerade gestern beschloß der Wirtschaftsrat, den Pistazien-Plantagen-Besitzern, die von Kälte und Schädlingen betroffen waren, ca. 5 Milliarden oder 3 oder 4

Milliarden (ich weiß es nicht mehr) zur Verfügung zu stellen. Als Kredite für Kleinhändler, Kleinerzeuger, Bauern, Handwerker wie Schmiede, Schneider, Fischer usw. sind 50 Milliarden Rial vorgesehen, damit sie in der Lage sind, Initiativen zu ergreifen und ihre Geschäfte zu belassen." (Hervorhebungen vom Herausgeber)

Auch Beheshti versprach in einem Interview mit Reportern am 28.8.58:

"Ein Entwurf wird zur Zeit realisiert (!), nach dem denjenigen, die vorhaben, selbständig in Bereichen der Industrie und landwirtschaftlichen Produktion zu arbeiten, ein kleines Anfangskapital gegeben wird. Natürlich müssen sie die Bedürfnisse der Allgemeinheit berücksichtigen." (Hervorhebungen vom Herausgeber)

Schließlich wurde nach einem Jahr Herrschaft des Regimes der islamischen Republik der Erlaß über "Kleinkredite für Produktion und Dienstleistungen" bekanntgegeben, der im Revolutionsrat beschlossen worden war.

Dieser Erlaß macht "bestens" einige "Vergünstigungen für die zahlenmäßig kleine obere Schicht" der Kleinbourgeoisie deutlich. Betrachten wir diesen Erlaß im Detail:

Erstens: Dieser Erlaß hat das Ziel, die Kleinbourgeoisie zu unterstützen, indem er sich auf die Vollzeit- und direkte Arbeit stützt. So sind die Kreditnehmenden die, "die in der Lage sind, einen kleinen Produktionsbetrieb zu gründen, allein oder in Gruppen oder eine Gesellschaft bilden, vorausgesetzt, daß die Zahl der Gruppenmitglieder 5 nicht übersteigt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, direkt und die volle Zeit in dem gegründeten Betrieb zu arbeiten."

Zweitens: Das Netz, das diese Kredite gewährt, ist dasselbe Netz, das seit langem durch die Bazaris gegründet worden ist, d.h. "der Goodwill-Kredit-Fonds", der nach Empfehlung des Büros der "Aufbaubewegung" Kredite erteilt. Diese Fonds gewähren ihren Vertrauensleuten (natürlich in erster Linie den Bazari-Kollegen) zinslose Kredite.

Drittens: Der Höchstbetrag der Kredite beläuft sich auf dreihunderttausend Tuman (1 Tuman = 10 Rial = ung. DM 0,20 - Anmerkung der Übersetzer). Diese Zahl macht deutlich, daß es sich bei dem zu gründenden Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb um einen kleinen handelt.

Viertens: Eine kleine und einfache Rechenoperation macht deutlich, daß diese Reform eine "zahlenmäßig kleine" Schicht der Kleinproduzenten einschließt: Das gesamte Kreditvolumen

beträgt 30 Milliarden Rial. An Einzelpersonen werden 3 Millionen Rial Kredite gewährt (falls es überhaupt einzelne Personen gibt; denn als Gruppen erhalten sie sogar bis 18 Millionen Rial).

Anzahl der Kreditnehmenden:

$$30\,000\,000\,000 : 3\,000\,000 = 10\,000$$

Wie zu erkennen ist, umfaßt dieses beschlossene Kreditvolumen zehntausend Kreditnehmer, eine Zahl, die im Vergleich mit der Anzahl der in den letzten Jahren vom Bankrott betroffenen Kleinproduzenten "zu gering" ist. Zum Vergleich erwähnen wir, daß allein in Teheran mehr als 60 000 Klein-händler in den letzten Jahren bankrott gegangen sind. Es muß darauf hingewiesen werden, obwohl dieses Kreditvolumen im Vergleich mit dem Kreditvolumen, das für die Großindustrie in der damaligen Zeit beachtenswert war (3 Milliarden gegenüber 8 Milliarden Tuman) - später hat Bani-sadr das Kreditvolumen für die Großindustrie als unbegrenzt erklärt, worauf wir im nächsten Kapitel noch eingehen - hat die Praxis gezeigt, welche einen reformistischen Charakter diese Kreditgewährung trotz Versprechungen Bazargans besaß; denn vom Gesamtvolumen wurden nur 30 % für die Industrie und genauso viel für Dienstleistungen vorgesehen.

Obwohl dieser Erlaß in der Kleinbourgeoisie viele Hoffnungen erweckte, ist er immer noch nicht in die Tat umgesetzt. Mahdavi, Leiter der Kreditabteilung der Zentralbank, sagte am 2. Tag des Seminars für die Untersuchung der Probleme der Betriebsführung der staatlichen Betriebe am 8. Bahman (Januar): "Dreißig Milliarden Rial sind über die Exportbank für kleine landwirtschaftliche Betriebe sowie für kleine Dienstleistungsbetriebe vorgesehen. Wir sind aber noch im Anfangsstadium, und diese Kredite sind noch nicht gewährt worden."

Auf derselben Sitzung gab er bekannt, daß "80 Milliarden Rial über das Ministerium für Industrie und Bergbau für die staatlichen Betriebe vorgesehen sind, davon sind 40 Milliarden Rial bereits bezahlt und weitere 40 Milliarden Rial werden demnächst ausgezahlt."

Somit wird klar, daß ein Kompromiß zwischen den Führern der

So der Präsident der Sepah-Bank in einem Interview mit der Zeitung "die islamische Republik" am 19.1.1359 (April 1980): "Im übrigen haben Entwürfe, die von Gruppen vorgelegt werden, den Vorzug."

Kleinbourgeoisie und der Bourgeoisie (und das auch noch in einer Gesellschaft mit einer fortgeschrittenen abhängigen kapitalistischen Ordnung) bestenfalls einige Reformen zugunsten der obersten Schicht der Kleinbourgeoisie bewirken kann.

Nun wenden wir uns einer anderen Reform des "Kompromißorgans", und zwar der Verstaatlichung der Banken unter dem reformistischen Deckmantel der "Nationalisierung der Banken" und ihren Fusionen zu.

"Die Verstaatlichung und die Fusion der Banken, eine bürgerliche oder eine kleinbürgerliche Politik?"

Obwohl "die Kontrolle durch eine Bank, d.h. der Zusammenschluß aller Banken in einer einzigen, einen Schritt zum Sozialismus darstellt", obwohl Bazargan, Banisadr und mehrere Wirtschaftsexperten beharrlich solche "Nationalisierungen" sowie den Zusammenschluß aller Banken, mit anderen Worten, die Konzentration und Verstaatlichung der Banken verteidigten und diese Politik sogar unseren Genossen dazu verhelfen hat, ihre revisionistischen Tendenzen zu rechtfertigen und eine solche Politik kleinbürgerlich zu nennen (ohne ihren Charakter zu berücksichtigen), ist die Wahrheit doch, daß solche Schritte in jeder von der Krise heimgesuchten kapitalistischen Gesellschaft vom bürgerlichen Staat unternommen werden, um eben die Bourgeoisie selbst zu retten. Darüber schreibt Lenin: "Solche Schritte tun heute der Junker und der Bourgeois in Deutschland gegen das Volk." (W.I., Lenin: Briefe über die Taktik. Lenin Werke. Berlin 1974. Band 24, S. 36.)

Nach dieser Einführung wollen wir nun untersuchen, warum die Banken verstaatlicht wurden.

a) Die Probleme der Banken in der revolutionären Phase:

Die Massen, die die Ausplünderung der Gesellschaft durch das herrschende System fühlten, griffen von den ersten Tagen des Aufkommens des Klassenkampfes an, die Banken an. Dieser Kampf wurde in allen Formen, von gewaltsamen Methoden wie Brandanschlägen und Demolierungen bis zur Schließung der Konten und Nichteinzahlung der Raten durchgeführt. Die Streiks der Bankangestellten und Gerüchte über den Bankrott der Banken verbreiteten sich im April 57 (November 1970) überall im Land. Dies führte zu einer Verschärfung der Krise. Die Kontoschließungen nahmen zu. Obwohl die Zentralbank durch eine

Anordnung die Auszahlung der termingebundenen Geldanlagen für eine kurze Zeit und in geringem Maße stoppen konnte, führten doch all die Kontoaufgaben zur Bargeldknappheit der Banken. Da die Möglichkeit, aus anderen Quellen Geldanlagen zu verschaffen, nicht gegeben war, wurde diese Krise immer tiefer, so daß an den Vortagen des blutigen Aufstandes viele Banken am Rande des Bankrotts standen. Als Beispiel kann man die Abnahme der Geldanlagen bei 5 Banken (Saderat, Sanaie, Teheran, Kar und Shahriar) nennen. Die Geldanlagen bei der Saderat-Bank nahmen Ende Bahman 57 (März 1979) im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres um 68 Milliarden Rial ab; d.h. diese Bank hatte Ende 56 (1978) 378 Milliarden Rial an Geldanlagen zur Verfügung, und der normale Prozeß der Bankgeschäfte in den Jahren zuvor zeigte immer eine steigende Tendenz. Doch Ende Bahman 57 waren es 68 Milliarden Rial weniger. Diese 5 Banken verfügten Ende Esfand 56 (Februar 1978) insgesamt über 579 Milliarden Rial Geldanlagen, Ende Bahman 57 waren es 99,57 Milliarden weniger.

Nach dem Aufstand und der Bildung der provisorischen Regierung entschied Bazargan, das stillstehende Rad der Wirtschaft wieder in Bewegung zu bringen, ohne ein einziges Mal an die Nationalisierung der Banken zu denken. In seiner Ansprache am 26. Farvardin 58 (April 1979) sagte er: "Man kann nicht dieses Großkapital, das jetzt noch im Lande ist, egal auf welchem Wege es angeschafft worden ist, stilllegen. Das erste Problem war, daß wir Leiter dieser Institute finden und ihnen die Leitung dieser Institute übergeben mußten. Natürlich ist dies innerhalb eines Monats geschehen, und viele von ihnen haben die Arbeit wieder aufgenommen." Die Regierung Bazargan traf auf Grund ihrer Klassenzugehörigkeit (der Bourgeoisie) einige Maßnahmen: Um die "Industrieherrn" in die Lage zu versetzen, die Löhne der Arbeiter nachzuzahlen, gewährte ihnen die Regierung Kredite. Mit Hilfe der Banken des Landes (staatlichen und privaten) gewährte sie den Kapitalisten Kredite mit niedrigen Zinsen. Doch diese Maßnahmen führten auf Grund der Nichtbereitschaft der Privatbanken zur Zusammenarbeit sowie dem Mißbrauch von Krediten mit niedrigen Zinsen durch die Industrieherrn zum Mißerfolg. So wurde die Situation der Banken immer kritischer. Obwohl es die Regierung dementierte, dauerten Zurücknahmen

der Geldanlagen an, die im Mißtrauen der Geldanleger gegenüber den privaten Banken und in der Angst vor deren Bankrott begründet waren. In solchen Situationen neigen die Spar- und terminierten Geldanleger mehr dazu, ihr Geld bei den staatlichen Banken aufzubewahren, wodurch die privaten Banken mehr in die Enge getrieben werden. Auf der anderen Seite wurden auch die Tilgungen der Kredite durch zwei unterschiedliche Gruppen von Leuten verzögert.

Die erste Gruppe bildeten im allgemeinen die Schuldner, die für den Erwerb eines Gebäudes oder für die Ausweitung ihres Geschäftskredite aufnahmen. Der Zinssatz solcher Kredite war sehr hoch, und für die Nichtzurückzahlung dieser Kredite durch die Kreditnehmer kann man folgende Gründe nennen:

1. Das Fehlen des Geldes, was auf die Arbeitslosigkeit und auf die Geschäftsflaute zurückzuführen war,
2. Die Senkung des Hypothekenuertes und die Furchtlosigkeit vor Beschlagnahmen.
3. Die Vertiefung des Klassenkampfes und in diesem Zusammenhang die Begründung, wenn gegen die Kapitalisten eine Revolution durchgeführt worden ist, so ist es nicht mehr nötig, die Kredite zurückzuzahlen, und außerdem sollten die Banken nationalisiert werden.

Die zweite Gruppe, die die Zurückzahlung der Kredite verweigerte, bestand aus Kapitalisten und "Industrieherrn". Gründe für die Verweigerung dieser Gruppe, ihren Verpflichtungen nachzukommen, waren: Die Senkung des Hypothekenuertes (die Grundstücke und die Gebäude, die ihn ausmachten, hatten erheblich an Wert verloren. Außerdem sank das Geschäftsvolumen durch die Grundstücke, da von einer Nationalisierung der Grundstücke die Rede war.). Andere Gründe waren das Chaos die herrschende politische Krise in der Gesellschaft, die politische Instabilität und die fehlende Garantie für die Sicherheit des Kapitals, was zugleich die Fortdauer der Ausbeutung unmöglich machen konnte.

Die Banken selbst hatten zahlreiche Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Krediten. Die ausländischen Banken vertrauten den iranischen Privatbanken nicht. Sie erwarteten die Vorauszahlung der eingeräumten Kredite, was keine leichte Sache war. Unter diesen Umständen verzögerte sich die Einfuhr von Waren und Grundprodukten, die die Fabriken dringend nötig hatten, sowie die Einfuhr von Ersatzteilen. All dies erforder-

derte die Unterstützung und Garantie durch den Staat.

Auf der anderen Seite herrschte ein konfuse Verwaltungssystem in den Banken, das in den herrschenden Verhältnissen zwischen den Bankleitungen und den Bankangestellten begründet war. Nach dem siegreichen Volksaufstand blieben viele Kapitalisten zu Hause. Zahlreiche Manager und Bankiers trauten sich nicht, öffentlich in Erscheinung zu treten. Die Bankangestellten wollten sich nicht mehr der veralteten Ordnung beugen. Viele von ihnen gründeten Verwaltungsräte, die zum Teil mehr oder weniger die Geschäftsführung der Banken übernahmen. Die Zentralbank versuchte, auf die Räte und Gewerkschaften Druck auszuüben und dadurch die Position der Manager zu stärken, doch konnte sie dies nicht erreichen. In diesem Zusammenhang sind folgende Beispiele zu erwähnen:

1. Nach der Flucht des Führungsgremiums der Industriebank übernahmen die gewählten Vertreter der Angestellten die Geschäftsführung.
2. Der Generaldirektor der Pars-Bank wurde durch das Mitwirken der Gewerkschaft entlassen, die Gewerkschaft wählte einen neuen Generaldirektor, den das Führungsgremium akzeptieren mußte; doch vor dem Amtsantritt des neuen Generaldirektors wurden die Banken verstaatlicht.
3. In der Tcheran-Bank stand die Geschäftsführung auf Grund des Zusammenwirkens verschiedener Komitees und der Gewerkschaft praktisch unter dem Einfluß der Gewerkschaft. Diese Schwierigkeiten und insbesondere die "Bargeldstärke" der Banken (d.h. in der Lage zu sein, den Gläubigern ihr Guthaben zahlen zu können) wurden für die blutsaugenden Bankiers zum Ungeheuer. Der fehlende Kredit durch das Ausland und die anderen Schwierigkeiten banden diesen Henkern die Hände. Die einzigen, die ihnen unter die Arme greifen konnten, waren der Staat und die Zentralbank.

Es ist Unsinn, in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, ohne Banken einen einzigen Moment an die Fortdauer der kapitalistischen Verhältnisse zu glauben. So müssen diejenigen, die am bürgerlichen Besitztum festhalten, auch dessen Transformator, d.h. vorrangig die Banken, unterstützen. Die Regierung übertrug der Zentralbank diese Aufgabe. Unmittelbar nach dem Auftreten der Bankkrise hat sie angefangen, durch Kreditgewährung, durch den Wiedereinkauf der Staatsanleihen-

papiere (die Banken waren nach dem Gesetz verpflichtet, einen bestimmten Teil der Geldanlagen für den Ankauf der Staatsanleihenpapiere zu verwenden), die Wiederverzinsung, den Kontoüberzug bei der Zentralbank usw. den krankenden und funktionsunfähigen Banken Gelder zu geben. Durch diese Maßnahmen wurde das Volumen der gedruckten Geldscheine innerhalb einiger Monate mehr als verdoppelt. Einige Tage vor der Verstaatlichung der Banken waren sie in der folgenden Situation:

Eine ihrer hauptsächlichsten Besonderheiten war, daß sie sich unverhältnismäßig auf die staatlichen Kredite stützten. Die iranischen Banken verfügten in dem Wirtschaftsjahr zwischen Ordysbehescht 1356 (April 1977) bis Ordysbehescht 1357 (April 1978) über ca. 71 Milliarden Rial der Kredite der Zentralbank. Diese Zahl schließt den Wiederankauf der Staatsanleihenpapiere durch die Zentralbank, den Kontoüberzug usw. ein. Die fehlende Bargeldstärke und die Geldtransfers ins Ausland stellten zwei unlösbare Probleme dar. Die Senkung des Bankzinses um 2 % einerseits und die chaotische Situation der Wirtschaft andererseits vermehrten die Probleme der Banken. Ali Afghani, ein Bankdirektor (ernannt durch die Regierung nach der Verstaatlichung der Bank) sagte in einem Gespräch mit dem Vertreter der Pressagentur Pars: "Das Gesetz über die Nationalisierung der Banken war unvermeidbar, denn sonst wären die Privatbanken nicht mehr in der Lage, weiter zu arbeiten."

B) Die Verstaatlichung der Banken:

Um diese Krise zu beseitigen, mußte ein Weg gefunden werden. Der Bankrott der Banken konnte zum wirtschaftlichen Bankrott der neuen Machthaber führen. Deshalb hatten die Teilhaber an der politischen Macht (die Bourgeoisie und die wohlhabende traditionelle Kleinbourgeoisie) nur einen einzigen Lösungsweg vor sich, und dies war die Verstaatlichung der Banken.

Die Verstaatlichung oder die Übernahme der Kontrolle über einige Bereiche des Privatsektors durch den Staat ist nichts neues. Selbst in den imperialistischen Ländern übernimmt der Staat die Kontrolle über die Monopole, wenn sie in einer tiefen Krisensituation vom Bankrott bedroht sind, um sie zu unterstützen. Lenin nennt ein markantes Beispiel solcher Verstaatlichungen in seinem Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus":

Im Jahre 1907 waren die Erdölmonopole in Deutschland wegen der Konkurrenz mit anderen Monopolen durch die amerikanische "Standard-Oil-Company" in Bankrottgefahr geraten. Der deutsche Staat verstaatlichte diese Monopole, um sie in Schutz zu nehmen. Darüber schreibt Lenin:

"So war es beim Kalimonopol, so ist es beim Petroleummonopol, so wird es beim Strommonopol sein. Mügen doch unsere Staatssozialisten, die sich durch ein schönes Prinzip blenden lassen, endlich einsehen, daß in Deutschland Monopole nie den Zweck und den Erfolg gehabt haben, dem Konsum zu nützen oder auch nur dem Staat Anteil an dem Unternehmergewinn zu gewähren, sondern immer nur dazu gedient haben, vorfährene Privatindustrien mit Staatshilfe zu sanieren."

(U.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979. Band I, S. 824) (Hervorhebungen vom Herausgeber)

Engels schreibt über solche Verstaatlichungen sowie über Dismarck'sche Verstaatlichungen:

"Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etaplisements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln, ... Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. ... Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten."

(Friedrich Engels: Anti-Dühring. MEW, Berlin 1973. Band 20, S. 258, 259, 260. Hervorhebungen vom Herausgeber).

Das politische Regime und die Landreform

"Die Übergroße Mehrheit der Bauern hat laut und klar auf einer Vielzahl von Tagungen erklärt, daß sie das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden für eine Ungeerechtigkeit und für Raub hält. Die Regierung aber, die sich revolutionär und demokratisch nennt, fährt fort, die Bauern monatelang an der Nase herumzuführen, betrügt sie durch Versprechungen und Hinhalten. ... Die Regierung ist in ihrer Unverfrorenheit bei der Verteidigung der Gutsbesitzer so weit gegangen, daß sie anfähngt, die Bauern wegen "eigenmächtiger" Besitzergreifung vor Gericht zu stellen. Die Bauern werden an der Nase herumgeführt, indem man ihnen zuredet, bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten."

(U.I. Lenin: Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979. Band II, S. 228-229.) Hervorhebungen vom Herausgeber.

Die Agrarpolitik des jetzigen Regimes müssen wir in zwei Phasen betrachten.

1. Seit dem Aufstand bis zur Besetzung der Botschaft des US-Imperialismus (die Phase der Herrschaft des Revolutionsrates und der Regierung Bazargan)
2. Seit der Botschaftsbesetzung bis jetzt (die Phase der Herrschaft des Revolutionsrates)

Wir trennen diese zwei Phasen absichtlich, da in den Analysen der "Mehrheit" während der internen Diskussion die Botschaftsbesetzung als ein Wendepunkt bezeichnet wurde. Um die Absurdität dieser Analysen zu beweisen, betrachten wir eben auch diese zwei Phasen, um zu zeigen, daß in der Politik des Regimes in diesen Phasen keine grundlegenden Unterschiede festzustellen sind:

1. Die erste Phase

In der Phase, in der die provisorische Regierung Bazargan am Werk war, verfaßte sein Landwirtschaftsminister eine "Gesetzesvorlage über den Landbesitz", um grundlegende Änderungen in diesem Bereich herbeizuführen. Diese Vorlage wurde im Revolutionsrat angenommen. Diese Gesetzesvorlage und eine Studie der Praktiken der Regierung Bazargan zeigen uns den Charakter der Regierungspolitik im Bereich der Landwirtschaft. Es wird auch klar, in wessen Dienst diese Politik praktiziert wird und welche Klasseninteressen sie verfolgt.

Die "Gesetzesvorlage über den Landbesitz", vorgelegt vom Landwirtschaftsminister der Regierung Bazargan, die vorgab, die Verbesserung der iranischen Landwirtschaft und die Unter-

stützung der Bauern erreichen zu sollen, betraf nur unfruchtbares, brachliegendes Land und das auch nur in den Fällen, in denen dieses Land nicht auf bestimmte Namen registriert oder von jemandem gehalten wurde. Dieses Land durfte nicht vor der Verabschiedung dieses Gesetzes bewirtschaftet worden sein (Paragraph 1,2 und 3 über die Bestimmung für die Überschreibung der Ländereien, Tageszeitung Ettelaat v. 4. Aban); falls die obengenannten Fälle zutreffen, wird der unfruchtbare Boden an Antragsteller verteilt. Bei der Verteilung des Bodens wurden die Einheimischen oder diejenigen, die sich verpflichten, dort ansässig zu werden, bevorzugt. An zweiter Stelle kommen die Absolventen der landwirtschaftlichen Hochschule, dann Absolventen der tiermedizinischen Hochschule und an vierter Stelle die Beamten sowie pensionierte Beamte (Paragraph 4 über die Bestimmung für die Überschreibung der Ländereien, Ettelaat 4.8.58).

Dr. Izadi, Landwirtschaftsminister im Kabinett Bazargan, betonte einmal vor Leuten, die Anträge auf Zuteilung von Land gestellt hatten, Zweck des Gesetzes über den Landbesitz sei "die Verteilung des Bodens in erster Linie an Klein- oder besitzlose Bauern". Er fügte hinzu: "Wir haben bereits alle genauen Bestimmungen, die die Vergabe des Bodens regeln, ausgearbeitet und an die Provinzen weitergeleitet. Wir versuchen nun, diesen Entwurf zu finanzieren." (Ettelaat 9.7.58) Die Paragraphen 1,2 und 3 des Entwurfs über die Überschreibung des Bodens, der nichts anderes war als der "Gesetzesentwurf über den Landbesitz", legalisierte die Landbesetzung und die Unterdrückung der Rechte der Bauern durch die Großgrundbesitzer. Mit diesem Gesetz wird die jahrelange Unterdrückung der Bauern als rechtmäßig festgeschrieben. Außerdem war die Dreijahresfrist für die Bewirtschaftung des besetzten Landes durch die Großgrundbesitzer nichts anderes als die Unterstützung der Großgrundbesitzer und die Verhöhnung von Millionen kleiner oder besitzloser Bauern und ihrer gerechten Forderungen.

Paragraph 4 des Entwurfs über die Bestimmungen ... ersetzt den Begriff "Kleinbauer und besitzloser Bauer", den der Landwirtschaftsminister in seinem Interview vom 29.7.58 erwähnte, durch den Begriff "Einheimische", um die Einschränkungen für die einheimischen Großgrundbesitzer zu beseitigen.

Die zweite und vierte Priorität gaben auch den beschäftigten und pensionierten Bürokraten die Gelegenheit, sich im privaten Wirtschaftsbereich zu betätigen. Unter diesen Bedingungen und unter Berücksichtigung der Beziehung zwischen den Großgrundbesitzern und pensionierten Bürokraten oder Geschäftsträgern der Behörden und Institutionen, kann man sich leicht vorstellen, wem dieser "Entwurf" dienen sollte und welche Leute sich Klein- oder besitzlose Bauern nennen würden, um dadurch ihre Ländereien zu vergrößern. Dieser "Entwurf" zeigt auch, daß einheimischen Großgrundbesitzern mehr Möglichkeiten gewährt wurden als den Klein- oder besitzlosen Bauern.

Der Landwirtschaftsminister der Regierung Bazargan antwortete auf die Frage der Ettelaat-Korrespondenten nach den wiederholten Angriffen der Großgrundbesitzer auf die Bauern in Kurdistan, Ost-Aserbeidschan, usw. (dies bestätigt eine Studie der Moslem-Studenten der Technischen Hochschule Teheran): "Im Farwardin (April) dieses Jahres haben das Kabinett und der Revolutionsrat eine Verordnung erlassen, nach der jeder Hausfriedensbruch zu studieren ist, und für diesen Zweck wurde eine Kommission gebildet, die ausschließlich gewaltsame Besetzungen untersuchen wird." und auf die Frage: Was haben Sie im Kampf gegen den Feudalismus in Gebieten wie Kurdistan usw. unternommen? antwortete er: "Der Feudalismus ist in Iran abgeschafft worden." (Ettelaat 29.7.58); er fuhr fort: "Ich bin grundsätzlich gegen diesen Begriff. Im Iran hat es nie Feudalismus gegeben." Vielleicht ist er vorher auch kein Feudalherr gewesen!!! Die Antworten des Landwirtschaftsministers der provisorischen Regierung lassen keinen Zweifel daran, daß er die "Angreifer" oder die "gewalttätigen Besetzer" in den schwerarbeitenden und armen Bauern gesehen hat. Herr Izadi nennt die Enteignung der Großgrundbesitzer und der Bourgeois-Grundbesitzer "Aggression und gewaltsame Besetzung". Der Anti-Bauern-Charakter des Ministers wird noch deutlicher, wenn er sagt, der Feudalismus sei im Iran abgeschafft worden. Es steckt in der Natur dieses Charakters, daß er unter Bauern die Großgrundbesitzer und Bourgeois-Grundbesitzer versteht und deren Interessen auf jeden Fall verteidigen will. Nach dieser Anschauung wird der Feudalherr Izadi in den Dokumenten des Landwirtschaftsministers

als ein Bauer und Kenner der Bauernfrage dargestellt. Aber wem sind die Petitionen der armen Bauern nicht bekannt, die jahrelang durch Herrn Izadi und seinen Bruder ausgebeutet wurden? Die Zeitungen, die diese Petitionen gedruckt haben, liefern die Beweise dafür.

Es war klar, daß die Landwirtschaftspolitik der Regierung Bazargan nicht die Unterstützung der Klein- oder besitzlosen Bauern zum Ziel hatte. Der stellvertretende Landwirtschaftsminister (Maschanpour Tabatabai) sagte in einer Rede am 2. Aban (Oktober): "Durch die Verabschiedung des Entwurfs über die Übertragung der staatlichen landwirtschaftlichen Institutionen an den Privatsektor will die Regierung nicht mehr direkt die Produktion beeinflussen, und außerdem will sie diese Institutionen denjenigen übergeben, die weniger als 100 ha Land besitzen, damit die Position der Großgrundbesitzer nicht gestärkt wird." (Ettelaat) Daß diejenigen, die bis 100 ha Land besitzen, noch einmal die Möglichkeit bekommen, ihre Ländereien zu vergrößern und daß diese Ländereien gerade nicht den Millionen von Klein- und besitzlosen Bauern übertragen werden, sind Beweise dafür, daß die Politik der Regierung durch bedingungslose Unterstützung der Großgrundbesitzer (obwohl die Regierung das Gegenteil behauptet) gekennzeichnet ist.

Das gegen die Bauern gerichtete Programm der Regierung Bazargan wurde durch die Bewaffnung der Großgrundbesitzer - sprich: der Feudalherren - in Fars, Kurdistan, Aserbeidschan, Sistan und Belutschistan usw. und durch die Unterdrückung der Bauern in die Tat umgesetzt. Diese Politik der Unterstützung der Großgrundbesitzer schaffte die Grundlage für das Massaker in Gonbad und Kurdistan.

Der "Entwurf ..." ist so verfaßt worden, daß er für die Großgrundbesitzer kein Hindernis darstellte, das unfruchtbare Land in Besitz zu nehmen; ganz im Gegenteil war er ein Wegbereiter für dieses Vorhaben der Großgrundbesitzer. Die Gewährung von Umlaufkrediten (um die laufenden Kosten der Landwirtschaft zu finanzieren) an Kleinbauern mit einem Zinssatz von 4 % - und das auch nur in begrenztem Maße - war die einzige Unterstützung der Kleinbauern durch die Regierung.

Die Landwirtschaftspolitik der Regierung Bazargan diente trotz der angeblichen Unterstützung der Kleinbauern einzig

und allein der Stabilisierung und Unterstützung der Position der Großgrundbesitzer. Diese Politik wurde im Namen der Bauern, aber gegen die Bauern, vollstreckt.

2. Die zweite Phase

Es wurde bereits klar, daß die Politik der Regierung Bazargan die Interessen der Großgrundbesitzer voll und ganz sichern sollte. Dies führte zu Protest- und Kampfkaktionen der Bauern, die nach dem Aufstand (wenn auch zögernd) kontinuierlich stärker wurden. Viele von ihnen haben durch ihre tagtägliche Erfahrung mit der Landwirtschaftspolitik der provisorischen Regierung die Tatsache erkannt, daß die Regierung nicht ihre Interessen, sondern die Interessen ihrer Klassenfeinde (Feudalherren und Großgrundbesitzer) sichert. Aus diesem Grund haben sie selbst die Initiative ergriffen und die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung der Ländereien immer weiter vorangetrieben.

Die verheerende Niederlage der Politik der Unterdrückung des kurdischen Volkes, der verstärkte Kampf der Volksmassen, die Verschärfung des Klassenkampfes, die Entwicklung der antiimperialistischen Bewegung in der iranischen Gesellschaft ..., die Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Krise und die Verschärfung der Widersprüche innerhalb des Kompromißorgans zwangen das Regime zu einem Rückzug und zur Erfüllung einiger Forderungen der Massen. Wie bereits erwähnt, wurde unter diesen Bedingungen der Plan der Besetzung der amerikanischen Botschaft in die Tat umgesetzt, und die Regierung Bazargan wurde zur Zielscheibe der Kritik von Seiten verschiedener Flügelrichtungen. Die Kritik am Bazarganflügel führte zum Sturz seiner Regierung und zur Auflösung der Regierung im Revolutionsrat. In dieser Situation konnte Reza Esfahani, gestützt auf Forderungen und militantes Verhalten der Bauern (Druck von der Basis), seinen Plan zur Landreform im Revolutionsrat auf die Tagesordnung setzen und sie auch durchsetzen.

In bezug auf die Landreform sagte Herr Bahonar, Mitglied des Revolutionsrates, in einem Sonderinterview mit dem Korrespondenten von Ettelaat am 19. Aban: "Im Bereich der Landwirtschaft werden neue Gesetzentwürfe vorgelegt ... Im neuen Entwurf des Revolutionsrates heißt es, daß das Land den Bauern überlassen wird, die es bewirtschaften und daß das

Großbesitztum abgeschafft wird und daß die mechanisierten landwirtschaftlichen Einheiten einer Gruppe von Bauern überlassen werden, die in diesen Einheiten arbeiten."

"In bezug auf die Leitung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und für eine bessere Nutzung der Maschinen usw. ... können wir vielleicht Kooperativen gründen, damit die Besitzer kleinerer landwirtschaftlicher Einheiten in der Lage sind, größere Einheiten zu schaffen."

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß gerade in der Zeit, in der dieses Interview zustande kam, Bekanntmachungen des Generalstaatsanwalts der Revolution und der Armee der Pasdaran (Revolutionsgardisten) die Bauern vor Besetzungen der Ländereien warnten und den Landbesetzern im Falle von Waffengebrauch mit der Todesstrafe drohten. Mit anderen Worten: Sie trieben die Unterstützung der Großgrundbesitzer so weit, daß sie gegen die Bauern, die "eigenmächtig" das Land besetzten, die Todesstrafe verhängten.

Reza Esfahani, der neue stellvertretende Landwirtschaftsminister, hat auch angekündigt, daß "die Ländereien der Großgrundbesitzer enteignet werden, das Land gerecht an die Bauern verteilt wird, die Rückzahlung des Zinses für die landwirtschaftlichen Kredite binnen einer Woche abgeschafft wird. Die Ländereien werden zuerst in Gonbad und in Kurdistan verteilt." Er fügte hinzu, daß "unser Vorhaben ist ..., eine echte Landverteilung zu vollziehen." Auf die Frage: "Wird diese Landreform mit der Enteignung der großen Ländereien, die jetzt in der Hand der Großgrundbesitzer sind, beginnen?" antwortete er mit "ja" (Ettelaat, Montag, 10.9.58).

Diese Aussichten hat Reza Esfahani am Montag, den 17.9.58, noch einmal in Ettelaat unterstrichen. Sie hatten die massiven Proteste der Großgrundbesitzer gegen ihn zur Folge. Das Direktorium des Bauerrates von Teheran, der nichts anderes ist als der Club der Großgrundbesitzer, nannte diese Ausführungen eine "Anstiftung zur Anarchie in den Dörfern und landwirtschaftlichen Betrieben" und rief Ayatollah Khomeini zu Hilfe. Dr. Sheibani, der Landwirtschaftsminister, kündigte an, daß "die Landreformen echt und objektiv durchgeführt werden." Diese Worte zeigen seinen heimlichen Zweifel daran, daß diese Maßnahmen so, wie er sagt, durchgeführt werden. (Sonntag, 2.10.58).

Reza Esfahani kündigte wieder an, daß "alle Landarbeiter Land bekommen werden" (4.10.58). Diese Politik spiegelt sich in der "Gesetzesanlage über den Landbesitz" auch wieder (im Vergleich zum "Entwurf über ..." von Izadi, Landwirtschaftsminister des Kabinetts Bazargan), so daß dieses Mal statt von Einheimischen (§ 4, "Entwurf...") konkret von Klein- und besitzlosen Bauern gesprochen wird. (13.10.58. Ettelaat).

Daß Herr Reza Esfahani und andere Vertreter der Kleinbourgeoisie im Regime "guten Willen" haben und sich "caritativ" für die Bauern einsetzten und immer noch einsetzen, ist allen klar. Aber inwieweit er und seine Mitstreiter in diesem Zusammenhang Erfolge haben und sich wirkungsvoll werden zeigen können, formuliert Genosse Lenin treffend in "Die Lehren der Revolution". Abgesehen von der theoretisierten historischen Erfahrung ist es auch nicht schwer, diese Tatsache in unserer Zeit und in bezug auf die Gegebenheiten unserer Situation zu beweisen.

Wir führen hier nur einige wenige Argumente an, um die Genossen, die die Tatsachen des Klassenkampfes der Bauern ignorieren und sich stattdessen ständig die Propaganda des jetzigen Regimes einprägen, dazu zu bringen, über ihre "genialen" Analysen etwas nachzudenken.

a) Herr Reza Esfahani spricht in seinen Interviews von 200 000 ha verteilten Landes, für das die Besitzurkunden schon unterschrieben und ausgehändigt worden sind. Aber in welchem Verhältnis stehen diese 200 000 ha zum Großgrundbesitz? Wir weisen besonders darauf hin: Allein die Gesamtfläche der mechanisierten Ländereien, die größer sind als 100 ha, beträgt 2 452 906 ha (Agrarstatistik der 2. Phase der Volkszählung von 1353 (1974)); es ist also nur eine Fläche von 1/10 des Grundbesitzes verteilt worden.

b) Der "Befehl des Imam für die islamische Bodenreform im ganzen Land" - das war die Überschrift des Leitartikels in Ettelaat vom 12.10.58. Dieser Artikel beinhaltet die folgende Nachricht: "Ayatollah Meskini, Ayatollah Montazeri und Ayatollah Dr. Beheshti werden vom Imam beauftragt, den Entwurf für die islamische Bodenreform des Landwirtschaftsministeriums (sprich: den Entwurf von Reza Esfahani) zu studieren und zu beurteilen. Die Antwort des Ayatollah Meskini auf die Frage, ob der neue Entwurf die Landverteilung

an Klein- oder besitzlose Bauern beinhalte, lautete: "Land bekommen alle. Es gibt keine Bauern und Nichtbauern und jedem, der das Land bewirtschaften und reaktivieren kann (sprich: über genügend Kapital verfügt), sollen Land und Möglichkeiten gewährt werden, und dabei werden diejenigen, die mehr Bedarf an Land haben, bevorzugt." Und über eine Höchstgrenze des Landbesitzes befragt, fährt er fort: "Eine Höchstgrenze gibt es in diesem Entwurf nicht, und darüber entscheiden die Leute, die diesen Entwurf in die Tat umsetzen werden." Und diese Leute sind eine siebenköpfige Kommission, die aus zwei Vertretern des Landwirtschaftsministeriums, einem Vertreter des Innenministeriums oder der Provinzverwaltung, einem Vertreter der Bewegung des Aufbaus ("Jehade Sasandegi"), einem Vertreter des Justizministeriums oder des Revolutionsgerichts und einem Vertreter des Dorfrates besteht (d.h. fünf von sieben Mitgliedern dieser Kommission werden von einem Regime bestimmt, das den Kompromiß der Kleinbourgeoisie mit der Bourgeoisie verkörpert). "... aber in allem Entscheidenden, in allem Wichtigen war die kleinbürgerliche Demokratie stets im Schlepptau der Bourgeoisie, ihr ohnmächtiges Anhängsel, ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Finanzkönige." (W.I. Lenin: Die Lehren der Revolution. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979. Band II, S. 240).

c) Herr Präsident Banisadr sagt in einer "wichtigen Rede" vor einer Menschenansammlung in Mashhad: "Land gibt es im Iran genug, und jeder bekommt etwas davon, und es gibt keinen Grund zur Unruhe bei denjenigen, die große Ländereien besitzen (Achtung der großen Ländereien). Wenn sie wollen (sie wollen wahrscheinlich nicht), erhalten sie eine Entschädigung in bar, wenn sie Land wollen, so bekommen sie das auch vom Staat." (Keyhan, 13.12.58)

Und so versucht Herr Präsident (dieser Radikalsozialist) die kleinbürgerlichen Dogmen zu zerbrechen, dabei übertrifft er Khomeini und andere, um sich mehr als alle anderen auf den tatsächlichen Klassenkampf des Kleinbürgertums zu stützen. Die Unruhe der Großgrundbesitzer macht den Herrn Präsidenten auch unruhig, und so schreit er: "Es lebe das Großgrundbesitztum!"

d) Die Rede von Herrn Banisadr ist ein klarer Hinweis auf den Inhalt des "Entwurfs über die Bestimmungen ...", der am

25.6.58 vom Revolutionsrat angenommen und korrigiert wurde und in 'Keyhan' vom 11.12.58 abgedruckt worden ist. Im allgemeinen werden die Ländereien in drei Gruppen aufgeteilt. Über zwei Gruppen verfügt die islamische Regierung. Die dritte Gruppe umfaßt das brachliegende Land und das von Großgrundbesitzern in Besitz genommene und bewirtschaftete Land. Der Gesetzentwurf über die bewirtschafteten Ländereien lautet: "Diese Ländereien werden den Grundbesitzern in Anbetracht der gesellschaftlichen und klimatischen Bedingungen im Iran überlassen. Sie bekommen so viel Land, wie den einheimischen Kleinlandbesitzern gewährt wird (Wer ein Kleinlandbesitzer ist und wieviel Land er unter Berücksichtigung der globalen Gegebenheiten erhält, bestimmt die Kommission). Falls die Landwirtschaft von einem anderen, der die Bedingungen erfüllt, betrieben wird, so erhält er das Land. Solche Landbesetzer können, wenn sie wollen, das besetzt gehaltene Land gegen Ländereien in den anderen Gebieten tauschen (sprich: sie können weiterhin Großgrundbesitzer bleiben) oder sie erhalten eine Entschädigung (sprich der Großgrundbesitzer verwandelt sich in einen Großgrundkapitalisten).

Zum Schluß bleibt nur noch zu erwähnen, daß nicht einmal dieser vom Revolutionsrat korrigierte Entwurf in die Tat umgesetzt worden ist, und entgegen den "wohlätigen" Meinungen von Herrn Reza Esfahani, d.h. "Landverteilung in erster Linie in Gonbad und Kurdistan" wurde in diesen Gebieten den Bauern ein ungerechter Kampf aufgezwungen, wobei die Bauern von Gonbad unterdrückt wurden. Noch einmal rufen wir die kurzen und treffenden Worte des großen Lenin in Erinnerung, daß "die übergroße Mehrheit der Bauern ... laut und klar auf einer Vielzahl von Tagungen erklärt[hat], daß sie das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden für eine Ungerechtigkeit und für Raub hält." daß "die Regierung aber, die sich revolutionär und demokratisch nennt, ... [fortfährt], die Bauern monatelang an der Nase herumzuführen, ... sie durch Versprechungen und Hinhalten[betrügg]. (W.I. Lenin, a.a.O. S. 228-229).

Die Restauration des abhängigen kapitalistischen Systems

In ihrer "Analyse" der iranischen Gesellschaft benutzen manche Genossen einen einfachen Vergleich, ohne die Besonderheiten der sozioökonomischen Struktur unserer Gesellschaft und des Klassenkampfes zu berücksichtigen. So heißt es z.B. in Kar Nr. 48: "Es ist klar, daß im Iran der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Unterbau und dem politischen Überbau auf Grund der tiefgreifenden Entwicklung der abhängigen Bourgeoisie schneller behoben wird als in manchen Ländern wie in Ägypten ..." (Kar Nr. 48, Drei Taktiken der Kleinbourgeoisie).

Ein solcher Vergleich ist grundfalsch. Er berücksichtigt weder den qualitativen Unterschied zwischen zwei Phasen der sozioökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, d.h. einer Gesellschaft unter der Herrschaft einer Kompradorenbourgeoisie und einer Gesellschaft mit halbkolonialer, halbfeudaler Struktur, noch die Besonderheiten und Voraussetzungen des Klassenkampfes im Iran und die Tatsache, welche Klasse über die Staatsmacht verfügt. Da im Kopf mancher Genossen der Entwicklungsprozeß des Staatskapitalismus ein Spiegelbild der Entwicklung in manchen unterentwickelten Ländern darstellt und diese Genossen sich immer auf die algerischen Erfahrungen berufen, müssen wir folgendes klarstellen:

1. Die Gesellschaftsstruktur in Algerien während der Revolution war halbfeudal und halbkolonial. Aus diesem Grund war in Algerien die Möglichkeit einer Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse zugunsten der Kompradorenbourgeoisie mit der Form des Staatskapitalismus gegeben, während in unserer Gesellschaft die Ausübung der Macht bereits vollständig in der Hand der Kompradorenbourgeoisie liegt. Im Iran befanden sich sogar schon vor dem Aufstand über 50 % der Industriebetriebe unter der Kontrolle des vom Imperialismus abhängigen Staates.

2. Die rückständige Struktur der algerischen Gesellschaft war ein Grund dafür, daß sich die Kleinbourgeoisie nicht von dem schwachen Proletariat bedroht fühlte und ihre Reformen ungehindert durchführen konnte. In unserer Gesellschaft hingegen ist das Proletariat quantitativ außerordentlich stark. Es stellt eine potentielle Gefahr für die Herrschaft der Kleinbourgeoisie dar.

3. Die Führung der algerischen Revolution bestand aus einer radikalen Kleinbürgerschicht und war im Kampf gegen den französischen Imperialismus konsequenter, weil sie sich nach jahrelangem kompromißlosem bewaffnetem Kampf der Massen, besonders der Bauern, herausgebildet hatte. Im Iran aber war die Führung der sogenannten Revolution in den Händen einer Schicht der Geistlichen, die die wohlhabende und traditionelle Kleinbourgeoisie vertraten und mit der abhängigen Bourgeoisie einen Kompromiß eingegangen waren. Dies war ein Grund für die inkonsequente Haltung dieser Führung. Eine wirtschaftliche Blütezeit in einer Phase des sogenannten Staatskapitalismus wird es in unserem Land also nicht geben. Die Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitals (staatlich und privat) nach dem Aufstand waren lediglich quantitativer und nicht qualitativer Natur (Zur Zeit stehen über 70 % der Produktionsbetriebe und alle Banken unter staatlicher Kontrolle). Der Staat hat von Anfang an die Restaurierung der Ordnung der Kompradorenbourgeoisie auf die Tagesordnung gesetzt. So erklärte Herr Bazargan in einer Rede am 26.1.1358 (März 1979):

"Es gibt drei Arten von Produktionsbetrieben, staatliche Betriebe, private Klein- und Mittelbetriebe sowie private Großbetriebe. Die Besitzer der zuletzt genannten Betriebe, die auch über das Kapital verfügten, sind jetzt nicht mehr da und haben auch das Geld mitgenommen. Uns haben sie als Erbe nur Schulden und Ärger hinterlassen. Folgenden Gesichtspunkt dürfen wir nicht außer Acht lassen: Die Industrie, der Handel und die Landwirtschaft unseres Landes sind von diesen privaten Großbetrieben abhängig. Wir können diese Betriebe, egal wie sie entstanden sind, nicht stilllegen, weil sie eben in unserem Land existieren. Das erste Problem war, daß wir für diese Betriebe neue Leiter finden mußten, die die Alten ersetzen sollten. Dies ist natürlich innerhalb eines Monats geschehen. Viele dieser Betriebe haben ihre Arbeit wiederaufgenommen. Iran-National produziert jetzt sogar Autos und auch das große Ahwas-Kombinat Rezai hat seine Produktion wiederaufgenommen."

Die Praktiken der Regierung Bazargan im Zusammenhang mit dem Kapital sind so klar und deutlich, daß wir uns mit dem oben gesagten begnügen können. Wir wollen uns, soweit es möglich ist, der nächsten Phase zuwenden, d.h. der Machtübernahme des Revolutionsrats nach der Besetzung der US-Botschaft. Nach der Machtübernahme des Revolutionsrates verschoben sich die Machtpositionen im Herrschaftsapparat zum Teil zugunsten der obersten Schicht der Kleinbourgeoisie. Diese Position

konnte sie nur auf Grund der stattfindenden Massenkämpfe erreichen. Zwar hat dadurch der diplomatische Kampf gegen die USA neue Ausmaße angenommen, aber die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA blieb bestehen. Damit verfolgten sie aber dieselbe Wirtschaftspolitik wie zuvor die Regierung Bazargan (Selbst der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ging von den USA aus und nicht von der iranischen Regierung). In dieser Phase wurden sogar die Enteignungen amerikanischer oder anderer imperialistischer Betriebe durch die iranische Arbeiterklasse und andere Teile der lohnabhängigen Bevölkerung verurteilt. Als Beispiele kann man die Nationalisierung des amerikanischen Kapitals in folgenden Betrieben nennen: Sad-Co, Saw-Iran, Fluor-Werke GmbH, Starline und Co. usw. Diese Nationalisierungen sind bis heute nicht von der iranischen Regierung anerkannt worden. Obwohl Herr Banisadr - Minister für Wirtschaft und Finanzen, nach der Botschaftsbesetzung zum Staatspräsidenten gewählt - in seinen früheren Schriften für die kleinbürgerliche Utopie einer "Sozialisierung der Gesellschaft" ohne Klassenkampf eingetreten war, verfolgte er nun das Ziel der Wiederherstellung eines abhängigen kapitalistischen Systems im Iran (Diese Restaurationspolitik wird sowohl in der Industrie als auch im Staatsapparat (z.B. Armee, Polizei) verfolgt. Es ist dieselbe Politik wie früher (unter Bazargan), nur daß sie jetzt unter dem Motto "weder westlich noch östlich" und gestützt auf die reaktionäre "Drei Welten Theorie" durchgeführt wird, d.h. eine Zusammenarbeit mit den Ländern der "2. Welt", wie z.B. den imperialistischen Ländern Westeuropas und Japans, "... besonders weil die Japaner nie über unser Land geherrscht haben und dies auch nie als Ziel hatten." ¹⁾

In dieser Hinsicht übertrifft Banisadr selbst Herrn Bazargan. Am 2. Bahman 1358 (Februar 1980) wurde bekannt, daß der Revolutionsrat mit Unterstützung Banisadrs einen "Rahmenantrag"

1) aus einem Interview der japanischen Zeitung Assahi mit Banisadr, veröffentlicht in "Die islamische Revolution" am 25.12.1358 (März 1980). Weiter heißt es in diesem Interview: "Die Japaner müssen wissen, daß wir alle Asiaten sind, und wenn wir Asiaten uns von der Herrschaft der Supermächte befreien wollen, so ist die Zeit dafür jetzt gekommen. Wir verfügen über riesige natürliche Schätze und wenn wir eng zusammenarbeiten, können wir sowohl unsere Unabhängigkeit bewahren als auch eine rasche Entwicklung sichern." (Hervorhebungen vom Herausgeber).

angenommen hat, in dem das "Gesetz für finanzielle Begünstigungen der Produktionsbetriebe" verabschiedet wurde. Somit wurden den "Industriebetrieben, die der Organisation für Entwicklung und Sanierung der iranischen Industrie angehören, sowie allen anderen Betrieben, deren Betriebsführung oder Betriebsüberwachung durch die Regierung organisiert wird" jede Art von Begünstigung in bezug auf Einfuhr von Rohstoffen, Ersatzteilen usw. gewährt. Dies bedeutet die Wiederöffnung des iranischen Marktes für Güter aus den imperialistischen Ländern.

1. Die Firmen und Betriebe, die ihre jetzt oder bis Ende des Jahres fälligen finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber Staat oder Banken noch nicht zurückzahlen können, bekommen sie auf Grund der Empfehlung des Ministeriums für Industrie und Bergbau problemlos zu günstigen Bedingungen verlängert.
2. Um die laufenden Kosten dieser Betriebe zu decken, können die Banken auf Grund von Empfehlungen des Ministeriums für Industrie und Bergbau für die Dauer eines Jahres Kredite gegen Sicherheiten gewähren, und falls diese nicht vorhanden sind, sogar gegen einen einfachen Wechsel.
3. Um Produktionsschwierigkeiten der Betriebe zu beseitigen, sollen die Banken durch finanzielle Begünstigungen die Einfuhr von Anfangsprodukten, Ersatzteilen und sonstigem Bedarf der Industrie des Landes ermöglichen.

Damit wird der § 141 des Handelsgesetzes praktisch wirkungslos, denn nach diesem Paragraphen kann nicht die Zentralbank, sondern nur Kreditinstitute Kredite an private Unternehmen und Institutionen vergeben. Nach dem neuen Gesetz aber darf die Zentralbank nun im Falle der Zahlungsunfähigkeit anderer Banken direkt Kredite an Privatunternehmen verleihen. Damit "wird der Kreditrat durch das Ministerium für Industrie und Bergbau ersetzt." Dieses Ministerium hat also jetzt freie Hand, um die iranischen Märkte für den Imperialismus wieder zu öffnen.

Natürlich werden alle Mitarbeiter der Banken "verpflichtet, dieses Gesetz genauestens zu beachten und dafür zu sorgen, daß ein System der Produktion (mit anderen Worten, ein abhängiges kapitalistisches System) und nicht des Konsums entsteht", damit die Gegner dieser "nationalen" (und wahrscheinlich antiimperialistischen!!!) Politik diesen Herren keine Hindernisse in den Weg stellen können.

Es ist zu erwähnen, daß diese Politik längst praktiziert wird. Wie wir bei der "Wiederbelebung der kleinen Produktionsbetriebe" bemerkt haben, sind für solche Ausgaben 40 Milliarden Rial (von 80 Milliarden vorgesehener Kredite) bezahlt worden. Dazu kommt, daß am Tag der Verabschiedung dieses Gesetzes (2. Bahman) ein anderer Rahmenantrag verabschiedet wurde, der drei Milliarden Rial Kredit an Waschlappenfirmen zustimmt mit der Bemerkung, daß "diese Kredite ausschließlich für die Einfuhr von Grundsubstanzen verschiedener Waschlappenarten bestimmt sind!" Berücksichtigen wir, daß mit der Durchführung verschiedener Entwürfe der Innenpolitik der Handelsminister Herr Sadr beauftragt ist, der früher Generaldirektor der Firma Kissanz war (diese Firma ist die Importfirma der Industriegruppe Khosro-shahi, die hauptsächlich Reinigungsmittel herstellt), wird uns der Charakter dieser Maßnahmen deutlich, und es zeigt sich, wie die Herrschenden die Restauration des abhängigen kapitalistischen Systems vorantreiben.

Die internen Widersprüche der Herrschaftsmacht

Nach dem Sturz des Schahregimes präsentierten Ayatollah Khomeini, der "Revolutionerrat" und die "provisorische Regierung" Bazargan den Massen als höchstes entscheidendes Exekutivorgan. Wie wir im vorausgegangenen Teil schon gesagt haben, hat sich trotz verschiedener Änderungen in der Herrschaftsmacht ihre Klassenorientierung und deren politischer Inhalt und ihre bürgerliche Natur im letzten Jahr bestätigt.

Bevor wir jedoch unsere Meinung über ihre Natur und ihren Charakter erläutern, ist es nötig, zunächst einen Blick auf die Analyse Lenins über die Klassennatur der Machthaber der provisorischen Regierung in Rußland nach der Februar-Revolution zu werfen und Lenins Methoden und Maßstäbe zur Bestimmung von Charakter und Wesen der Regierung zu verstehen. Lenin schreibt in den Aprilthesen zur Analyse des Wesens der provisorischen Regierung:

"Die neue bürgerliche Regierung Lwow und Co. versuchte mit den Romanows Verhandlungen über die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland zu führen und hat solche Verhandlungen begonnen. Unter einem Schwall revolutionärer Phrasen besetzt diese Regierung im stillen die leitenden Stellen mit Anhängern des alten Regimes. Das Streben dieser Regierung ist darauf gerichtet, den ganzen Apparat der Staatsmaschine (Heer, Polizei, Beamtschaft), den sie in die Hände der Bourgeoisie gelegt hat, so wenig wie möglich zu reformieren. Die in den Massaktionen zum Ausdruck kommende revolutionäre Initiative, die Machtergreifung durch das Volk VON UNTEN HER - diese wichtige Bürgschaft für wirkliche Erfolge der Revolution - sucht die neue Regierung bereits jetzt in jeder Weise zu behindern.

Diese Regierung hat bis heute den Einberufungstermin der konstituierenden Versammlung noch nicht einmal festgesetzt. Den gutsherrlichen Grundbesitz, diese materielle Grundlage des feudalen Zarismus, testet sie nicht an. Diese Regierung denkt gar nicht daran, die Machenschaften der monopolistischen Finanzorganisationen, der Großbanken, der kapitalistischen Syndikate und Kartelle usw. zu untersuchen und zu publizieren, die Kontrolle über sie zu errichten.

Die wichtigsten, ausschlaggebenden Ministerposten in der neuen Regierung (das Ministerium des Innern, das Kriegsmuseum, d.h. die Befehlsgehalt über das Heer, die Polizei, die Beamtschaft, über den ganzen Apparat zur Unterdrückung der Massen) werden von notorischen Großmonarchisten und Parteigängern des gutsherrlichen Großgrundbesitzes bekleidet. Den Kadetten, diesen Republikanern seit gestern, diesen Republikanern wider Willen, sind zweitrangige Posten überlassen worden, die weder

zur BEFEHLSGEWALT über das Volk noch zum Apparat der Staatsmacht unmittelbare Beziehung haben. A. Korenski, der Vertreter der Trudowiki und "Auch-Sozialist", spielt überhaupt keine Rolle, er ist lediglich berufen, die Wachsamkeit und Aufmerksamkeit des Volkes mit tönenden Phrasen einzuschläfern.

Aus allen diesen Gründen verdient die neue bürgerliche Regierung selbst auf dem Gebiet der Innenpolitik nicht das geringste Vertrauen des Proletariats, und jede Unterstützung der neuen Regierung seitens des Proletariats ist unzulässig."

(W.I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (April-Thesen). Lenin-Werke, Band 24, Berlin 1974. S. 41, 42. Hervorhebungen durch Unterstreichung vom Herausgeber.)

Lenin zeigt hier in glänzender Form, wie man den Klassencharakter des Staates und der Klasse, die über den Staat herrscht, bestimmen muß. Die Werke, die Lenin binnen zweier russischer Revolutionen geschrieben hat, deuten darauf hin, daß er zur Bestimmung des Klassencharakters des Regimes, das das zaristische Regime ablöste, die Entwicklung des Klassenkampfes und die Art, wie das neue Regime den Bedürfnissen dieses Klassenkampfes begegnet, sowie die Art, wie die neue Macht im Staat sich dem veralteten Apparat des Staates gegenüberstellt, zur Grundlage seiner Analysen machte. Aber bevor wir dies erläutern, muß etwas zur Wichtigkeit der Bestimmung des Charakters der Regierung gesagt werden. Lenin hat in einem Aufsatz mit dem Titel "Zu den Losungen" darauf hingewiesen, daß

"Das Volk ... vor allem und in erster Linie die WAHRHEIT kennen muß, es muß wissen, in wessen Händen sich in Wirklichkeit die Staatsmacht befindet. Man muß dem Volke die ganze Wahrheit sagen."

(W.I. Lenin: Zu den Losungen. a.a.O. S. 221)

Aber wir sehen, daß heute Genossen von uns, obwohl sie schreiben: "Die Kleinbourgeoisie hat die Grundhebel der Macht an die liberale Bourgeoisie übergeben" behaupten, daß "die Kleinbourgeoisie in der Herrschaftsmacht dominiert." Und im allgemeinen sind sie bei der Beantwortung der Frage, "Welche Klasse die Macht im Staat hat", in Verwirrung geraten und nicht in der Lage, diese Grundfrage der Revolution zu beantworten. Interessant ist, daß diese Genossen in einigen Fällen den Kompromiß zwischen den Vertretern der Kleinbourgeoisie und der Bourgeoisie akzeptieren, die versöhnliche Haltung der Vertreter der Kleinbourgeoisie und die Übergabe der Staatsmacht an die mittlere Bourgeoisie aber als Unbe-

wußtsein und Unreife des Klassenbewußtseins¹⁾ bezeichnen, darin einige veraltete geistliche Dogmen der Imam-Linie sehen und auf diese Weise die Ausrichtung ihrer Politik rechtfertigen: sie verlangen von den Kommunisten, daß sie einsehen, wer in der Herrschaftsmacht dominiert und auf die Reifung des Klassenbewußtseins der Kleinbourgeoisie warten, d.h. genauer, die politischen Vertreter der Kleinbourgeoisie sollen dieses Bewußtsein erreichen. Lenin weist für diesen Fall in dem oben genannten Artikel auf einen bedeutsamen und sehr lehrreichen Tatbestand hin; er schreibt:

"Der Kern der Sache besteht darin, daß diese neuen Machthaber, die über die Staatsgewalt verfügen, nur von den revolutionären Volksmassen besiegt werden können, Voraussetzung für deren Bewegung ist aber nicht nur, daß sie vom Proletariat geführt werden, sondern auch, daß sie den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Sache der Revolution verraten haben, den Rücken kehren.

Wer in die Politik eine spießbürgerliche Moral hineinträgt, der urteilt so: Zugegeben, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben einen "Fehler" begangen, als sie die Cavaignac unterstützten, die das Proletariat und die revolutionären Regimenter entwaffnen; aber man muß ihnen die Möglichkeit geben, den Fehler zu "berichtigen", man darf ihnen die Berichtigung des "Fehlers" "nicht erschweren", man muß das Schwanken der Kleinbürgertum zur Seite der Arbeiter hin erleichtern. Eine derartige Überlegung wäre kindliche Naivität oder einfach Dummheit, wenn nicht gar ein neuer Betrug an den Arbeitern. Ein Schwanken der kleinbürgerlichen Massen zur Seite der Arbeiter hin bestünde doch nur darin, eben gerade darin, daß diese Massen sich von den Sozialrevolutionären und Menschewiki abwenden. Ihren "Fehler" berichtigen könnten die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki jetzt nur, wenn sie Zereteli und Tschernow, Dan und Rakitnikow für Helfershelfer der Henker erklärten. Für eine solche "Berichtigung" des "Fehlers" sind wir voll und ganz..."

(W.I. Lenin: Zu den Losungen. a.a.O., S. 220)

Hier zeigt Lenin deutlich, daß der Kompromiß der Vertreter der Kleinbourgeoisie mit der konterrevolutionären Bourgeoisie ungeachtet dessen, ob er bewußt oder unbewußt, mit guter oder schlechter Absicht zustandekommt, seinen Charakter behält. Aber die Verfasser von "Die neue Politik des Imperialismus und ..." und "Drei Taktiken im Verhalten gegenüber der Kleinbourgeoisie" betonen in ihren Analysen vor allem das Unbewußtsein der Vertreter der Kleinbourgeoisie im Kompromiß mit der Bourgeoisie. Auf diese Weise erklären sie, daß der überwiegende Teil der Machthaber kleinbürgerlich und revolutionär ist und beurteilen den Kompromiß falsch.

1) Wir verweisen hier auf den Artikel in Kar "Drei Taktiken des Verhaltens gegenüber der Kleinbourgeoisie".

Dies sind klare Beispiele dafür, wie "moralische Werte der Kleinbourgeoisie" in unsere Politik Einlaß finden.

Diejenigen, die statt einer objektiven Analyse von Charakter, Natur und Position aller Klassen der Gesellschaft die Basis ihrer "Argumentation" auf "Unwissenheit, Dummheit und Unsinn und veraltete Dogmen" der heutigen Machthaber gründen, sind meilenweit vom Marxismus und der Methode der materialistischen dialektischen und historischen Analyse entfernt.

An dieser Stelle müssen wir auf einen wichtigen Punkt hinweisen, und zwar, daß einige Zitate aus den Werken Lenins über die Zeit zwischen zwei Revolutionen in Rußland nicht den Eindruck erwecken sollen, daß der heutige Zustand unserer Bewegung eine Kopie des Entwicklungsstandes, der revolutionären Bewegung in Rußland zwischen zwei Revolutionen ist. Keineswegs! Wenn sich dort nach der demokratischen Februarrevolution und den Juliereignissen das Gleichgewicht und die Formierung der Klassenkräfte für eine sozialistische Revolution geändert hatten, so wurde hier auf Grund von objektiven Bedingungen, d.h. dem niedrigen und rückständigen Grad der Entwicklung der Produktivkräfte, den kapitalistischen Verhältnissen, die auf Abhängigkeit vom imperialistischen Lager zurückzuführen sind, und subjektiven Bedingungen, d.h. dem niedrigen Bewußtseinsstand und der mangelnden Organisation der Kräfte der revolutionären Klassen, die Entstehung einer demokratischen Volksrepublik und nicht einer sozialistischen Republik als Strategie des Proletariats in der ersten Phase der Entwicklung der Bewegung postuliert. Wir erwähnen diese Zitate, weil wir vom theoretischen Wert der Schriften Lenins zur Erklärung der Kompromisse zwischen Vertretern der Kleinbourgeoisie und der Bourgeoisie und der Entfernung der Kleinbourgeoisie von ihrer Klassenbasis überzeugt sind. Wir haben gesagt, daß die Methode Lenins zur Bestimmung des Klassencharakters des Regimes darin besteht, daß die Entwicklung und die Erfordernisse der Ausbreitung des Klassenkampfes und die Art, wie das neue Regime darauf antwortet und wie die neue Staatsmacht sich gegenüber dem veralteten Staatsapparat verhält, klargestellt wird.

Unter Berücksichtigung der obigen Erklärung und dem, was wir über den Charakter der Politik der Bourgeoisie und der Klas-

senorientierung der heutigen Machthaber gesagt haben, ergänzen wir, daß wir zuerst das Problem klar darstellen müssen, in wessen Hand die tatsächliche Regierungsmacht und die wichtigsten Organe der Staatsverwaltung, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, liegen. Beginnen wir mit dem Militärapparat des Staates: Banisadr, dieser kluge und bewußte Vertreter der Bourgeoisie, wurde auf Befehl Khomeinis zum Oberbefehlshaber aller Streitkräfte ernannt.¹⁾ Hinter Banisadr steht Tschamran als Verteidigungsminister an der Spitze der Streitkräfte, darauf folgt Schadmehr als Generalstabschef, Falahi als Kommandeur des Heeres, Bagheri als Kommandeur der Luftwaffe u.a. .

Die genannten Elemente sind Vertreter der vom Imperialismus abhängigen Bourgeoisie im Militärapparat des Staates. Daher ist die organisatorische Form und der herrschende politische Inhalt dieser Organe auf den Schutz und die Verteidigung der Interessen der abhängigen Bourgeoisie ausgerichtet und hat als Ergebnis des Gemetzels am Volk und die Zerschlagung der antiimperialistischen demokratischen Bewegung der iranischen Völker. So wird deutlich, daß die Bourgeoisie zur Bestimmung und Fortsetzung der grundsätzlichen Politik die Hegemonie in den militärischen Organen der Regierung, d.h. sowohl Armee als auch Pasdaran, hat. Die Imam-Komitees sind zwar Organe, die sich im Laufe des Aufstands gebildet und eine wichtige Rolle beim Sturz des Schahregimes und der Zerschlagung seiner Anhänger gespielt haben²⁾, sie haben sich jedoch heute auf Grund der Kompromisse der Kleinbourgeoisie in der Praxis zum größten Teil in Zerschlagungsorganen der gleichen Art wie die Staatspolizei verwandelt. Das gleiche gilt für die Revolutionsgarden. Wenn auch die Mehrheit dieser "Garde" aus der Masse der Bevölkerung stammt, so werden solche Organe bestimmt durch

1) Vor Banisadr war formal Khomeini Oberbefehlshaber, praktisch lag der Oberbefehl über die Streitkräfte in der Kontrolle von Vertretern der Bourgeoisie wie den Armeekommandeuren, Tschamran u.a. ...

2) Aus diesem Grund und auch auf Grund des Einflusses der Religion bei den Massen haben die Komitees und Pasdaran im Vergleich zur Armee mehr Unterstützung durch die Bevölkerung in vielen Gebieten Irans.

ihren Charakter und ihre Tätigkeiten, mit anderen Worten, bestimmend ist die Führung und die in solchen Organen herrschende Politik. Wenn die reine Addition der Elemente einer Kraft ihre Natur bestimmen würde, dann müßte die Labour-Party in England, in der Viele Arbeiter organisiert sind, eine proletarische Partei sein, oder die volksfeindliche Armee der islamischen Republik wiese keinen Unterschied zu einer Volksarmee auf; natürlich ist das nicht der Fall. Die Marxisten untersuchen bei ihrer Analyse der Phänomene, darunter auch gesellschaftlicher Phänomene, nicht Einzelteile getrennt von der Gesamtheit. Eine dialektische Auffassung der wechselseitigen und organischen Beziehungen zwischen den Einzelteilen und der Gesamtheit dient hier als Grundlage. Wenn wir also von der marxistischen Methodik der Analyse nicht abweichen wollen, so müssen wir sagen, daß auch die Komitees und Pasdaran unter der Führung und der Befehlsgewalt des Staatspräsidenten¹⁾, des Verteidigungsministers und des Revolutionsrats stehen, deren vorherrschende Politik und Ideologie volksfeindlich ist und überwiegend im Dienst der Bourgeoisie steht. Diese zerstörerische militärische Kraft wurde unter dem Deckmantel des Islam mit dem Ziel der Zerschlagung der Massenbewegung und der fortschrittlichen Kräfte gedrillt und organisiert. Diese Kräfte stehen nicht gegen, sondern größtenteils neben der volksfeindlichen Armee; daher können sie nicht militärische Organe einer herrschenden kleinbürgerlichen Klasse sein, sondern ganz im Gegenteil stehen sie im Dienst der Bourgeoisie und sind auf die Zerschlagung der Volkskräfte und der werktätigen Massen ausgerichtet und werden es auch bleiben. Daß dies tatsächlich so ist, haben die Politik und die Aktivitäten der genannten Organe im letzten Jahr deutlich gezeigt und bewiesen. Aber leider haben die Genossen ihre Augen vor diesen Tatsachen verschlossen und sind nicht in der Lage, sie zu verstehen. Sie propagieren und loben diese Organe und behaupten: "Der US-Imperialismus versucht, durch antikommunistische Propaganda, die Parole von der Roten Gefahr, das Unbewußtsein und die Rückständigkeit der Kleinbourgeoisie auszunutzen, um das Bündnis mit der Bourgeoisie zu festigen und um ihr Vertrauen zu gewinnen. Wenn wir die

1) Zum bürgerlichen und reformistischen Charakter Banisadr kommen wir später.

Liste der Kabinettsmitglieder Bazargans und den Zustand der Armee betrachten, so stellen wir fest, daß der "dritte Plan"¹⁾ von George Ball mit großem Erfolg durchgesetzt wurde. Andererseits aber hat die Revolution spontane Organe hervorgebracht, die im Grunde das Kabinett und den Staatsapparat nicht ernst nehmen. Die Arbeiterräte und die Angestellten der lokalen Komitees, die bewaffneten offiziellen Kräfte, die G 3, von denen Bazargan sagte, solange die Bevölkerung sie in der Hand halte, werde kein Stein auf dem anderen bleiben, ließen ihm keine Gelegenheit, den Eintopf, den Herr George Ball gekocht hat, den aufständischen Massen aufzuzwingen. Die USA haben sehr bedauert, die Lage unterschützt zu haben und dadurch das Schahregime nicht genügend geschützt zu haben, was den Schah unfähig machte, den Massenaufstand aufzuhalten. Dadurch haben die USA den überwiegenden Teil ihrer Macht aus dem offiziellen Apparat herauskatapultiert. Die Macht hatte jetzt völlig einen kleinbürgerlichen Charakter angenommen." (Die Politik des amerikanischen Imperialismus und die neue politische Herrschaftsmacht im letzten Jahr. Kar Nr. 47, S. 8).

Der Autor der oben geschriebenen Zeilen hat mit besonderer Findigkeit und mit einer nicht klassenbezogenen Analyse den Unterschied zwischen tatsächlichen "Arbeiter- und Angestelltenräten" als Organ der Massendemokratie einerseits und "lokalen Komitees und inoffiziellen bewaffneten Kräften", die als ein Teil der bewaffneten Macht neben der herkömmlichen bewaffneten Macht der Bourgeoisie stehen, andererseits vermischt. Außerdem vergleicht er die "lokalen Komitees und die inoffiziellen bewaffneten Kräfte" (die nach Meinung des Autors die Revolutionsgarden und die Komitees sind) mit der bewaffneten Volksmacht und den "G 3, von denen Bazargan sagte, solange die Bevölkerung sie in der Hand halte, werde kein Stein auf dem anderen bleiben." Unserer Überzeugung nach sind Genossen wie der Autor des obigen Artikels niemals fähig, den Charakter der vorhandenen Widersprüche in der Herrschaftsmacht zu verstehen, und aus diesem Grund verbreiten sie Illusionen über die Machthaber und Organe wie

1) Es ist nötig anzumerken, daß George Ball in seinem dritten Plan die Klassenzusammensetzung des heutigen "Kompromißorgans" ins Auge gefaßt hat.

die Pasdaran innerhalb der Massen. Die marxistische Staatstheorie lehrt uns und auch Lenin betont in "Staat und Revolution" besonders, daß im allgemeinen die Organe, die die Massen im Lauf des Aufstands zur Durchsetzung ihres Willens und eines unmittelbaren historischen Schritts unter sich organisiert haben, wenn sie Organe der Durchsetzung des Massenwillens bleiben wollen, sie unvermeidlich im Lauf der Geschichte verschiedenste Formen annehmen werden, ob die herrschende Ideologie und Politik die proletarische Demokratie oder die kleinbürgerliche Demokratie ist. Aber die gemeinsamen Besonderheiten der Organe der Gewaltanwendung der Massen treten trotz ihrer unterschiedlichen Formen stets und gezwungenermaßen in Form von bewaffneten und selbstverwalteten Massenorganen in Erscheinung. Diese Theorie wurde jedoch in der kommunistischen Bewegung Irans offensichtlich völlig verdreht. Wenn wir Organe wie die Komitees und die Pasdaran, die sich als besondere bewaffnete Gruppierungen im Entwicklungsprozeß nach dem Aufstand von den Massen gelöst haben, die "lokalen Komitees oder die nichtoffizielle bewaffnete Macht und dieselben G 3, von denen Bazargan sagt, solange die Bevölkerung sie in der Hand halte, werde kein Stein auf dem anderen bleiben"¹⁾ nennen, so haben wir entweder dem Marxismus völlig den Rücken gekehrt oder sind an einer kindischen Naivität erkrankt. Wenn manche Elemente der Komitees und Pasdaran hier und da fortschrittliche und revolutionäre Taten vollbringen, so geschieht dies nicht auf Grund des revolutionären Charakters der Komitees oder Pasdaran, sondern vielmehr auf Grund der nicht völligen Anpassung dieser Organe an die anderen Unterdrückungsorgane sowie auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung und des Vorhandenseins von Überresten mancher schwacher fortschrittlicher Tendenzen bei diesen Elementen. Die genannten Organe sind grundsätzlich nicht in der Lage, außerhalb des Rahmens der Unterdrückungsmittel der abhängigen Bourgeoisie weiter existieren, sich entwickeln und stabilisieren zu können. Der Widerspruch zu Armee, Gendarmerie und Polizei einerseits und den Komitees und Pasdaran andererseits stellt keinen Hauptwiderspruch zwischen dem konterrevolutionären und dem revolutionären Lager dar, sondern

1) Die Politik des amerikanischen Imperialismus und die neue politische Herrschaftsmacht ...

letztendlich einen nebensächlichen Widerspruch innerhalb des konterrevolutionären Lagers. Die Armee wurde in einem langwierigen Prozeß in bestmöglicher Form durch die Bourgeoisie organisiert, sie ist trotz vieler Schläge während des Aufstandes und trotz der revolutionären Protestwellen des Personals in der Lage, die Aufgaben, die ihr übertragen werden, koordiniert durchzuführen, wobei jedoch die Garde der Pasdaran auf Grund ihrer Situation und ihres besonderen Formierungsprozesses noch nicht in der Lage ist, systematisch und koordiniert zu handeln. Der große Fehler dieser Genossen liegt darin, daß sie glauben, daß die liberale Bourgeoisie mit der Existenz der Komitees und der Garde der Pasdaran grundsätzlich nicht einverstanden ist. Eine solche Beurteilung der Frage ist von Grund auf falsch. Die Erfahrung des letzten Jahres, die in der Beurteilung der vorhandenen Widersprüche innerhalb der Herrschaftsmacht ein entscheidender Faktor ist, zeigte die Richtigkeit der These, daß die "Liberalen" die Existenz der genannten Organe nicht grundsätzlich ablehnen, sondern nur mit der Verwaltungs- und Führungsmethode und dem konfusem Zustand dieser Organe nicht einverstanden sind. Sie fordern nicht nur ein starkes bürgerliches Machtzentrum¹⁾ für die genannten Organe, sondern darüberhinaus die rasche Organisation der staatlichen Machtorgane sowie die Streichung der besonderen religiösen Vorrechte innerhalb des Machtapparats und insbesondere innerhalb des Militärapparats des Staates. In der heutigen Situation hofft das Umfeld der liberalen Bourgeoisie trotz seiner Gegensätze zu den Anführern der islamisch-republikanischen Partei wie Beheshti, Khamenehi, Rafsanjani usw.²⁾, daß Banisadr durch die Übernahme der Befehlsgewalt über die Streitkräfte und durch die allseitige Unterstützung Khomeinis die Gegensätze zwischen verschiedenen Flügeln der Herrschaftsmacht in der jetzigen Krisensituation der Gesellschaft mindern kann, daß er in der Lage sein wird, verschiedenartige

1) Vor kurzem hat Banisadr dem Revolutionsrat einen Entwurf über den Zusammenschluß der Komitees mit der Polizei vorgelegt.

2) Lenin nennt den Widerspruch zwischen den bürgerlichen Fraktionen einen Widerspruch über "politische Prinzipien".

der Situation der internationalen Krise hat der Imperialismus eine Situation herbeigeführt, deren Abbild im politischen Überbau und in der Zusammensetzung des Staates die Existenz eines religiösen Staates ermöglicht.

Trotzdem ist der oben genannte Tatbestand eine Erklärung für die Inhomogenität und Zusammenhanglosigkeit des Unterbaus mit dem Überbau des heutigen abhängigen kapitalistischen Systems im Iran. Die Verschärfung dieses Widerspruchs wird zur Vertiefung der Krise im Machtapparat führen, ohne seinen Charakter wesentlich ändern zu können. Die Nichtberücksichtigung mancher "Dogmen" des vom Expertenrat verabschiedeten Gesetzes über die stellvertretende Herrschaft der Geistlichkeit durch Khomeini ist ein Zeichen für die Mäßigung des religiösen Staates im Regime der islamischen Republik. Die fehlende Fähigkeit der islamisch-republikanischen Partei, die Regierungsgeschäfte sowohl technisch als auch politisch zu führen, besonders in der jetzigen Krisensituation der Gesellschaft einerseits und die Notwendigkeit der Fortdauer der Autorität der Geistlichkeit und der Wirkung ihres religiösen Heiligenscheins, die Tag für Tag bei den Massen nachläßt, andererseits beschleunigt diesen Prozeß. Trotzdem bedeutet die Mäßigung des religiösen Staates keineswegs die Leugnung der staatlichen Religion sowie die Leugnung der staatlichen Stellung der schiitisch-islamischen Religion in der islamischen Republik Iran. Nun werden die Widersprüche und unlösbaren Probleme innerhalb der Herrschaftsmacht nur durch die Autorität Khomeinis und das auch nur vorübergehend beseitigt. Die Autorität und der Einfluß Khomeinis können wichtige Faktoren für die Lösung vieler Probleme bei der Reorganisation der staatlichen bewaffneten Kräfte zugunsten der Bourgeoisie sein. Trotzdem müssen wir betonen, daß die Widersprüche innerhalb der Geistlichkeit und ihr Abbild in den Militärorganen des Staates sich nicht auf Probleme der Organisation oder den bloßen religiösen Charakter dieser Widersprüche beschränken, sondern selbst diese Faktoren in den meisten Fällen auf die unterschiedlichen Klassenzugehörigkeiten und -positionen trotz des Kompromisses miteinander zurückzuführen sind.¹⁾

1) Mit "unterschiedlichen Klassenzugehörigkeiten und -positionen trotz des Kompromisses miteinander" meinen wir, daß die Führer der traditionellen Kleinbourgeoisie, an der Spitze Khomeini, trotz der Übertragung der Macht im Staat auf die politischen Vertreter der mittleren Bourgeoisie und trotz des Kompromisses mit ihr sowie der Zustimmung zu ihrer Politik immer noch bis zu einem gewissen Grad ihre kleinbürgerlichen Tendenzen beibehalten haben.

Die Bewertung sämtlicher Widersprüche innerhalb der Herrschaftsmacht sowie ihrer verschiedenen Untergruppen ist zwar notwendig, doch wir haben uns nicht mit der Analyse einzelner von ihnen beschäftigt. Die Betrachtung des wichtigsten Widerspruchs, d.h. des Widerspruchs zwischen 2 großen Fraktionen der Bourgeoisie, und zwar der "Liberalen" und der der islamisch-republikanischen Partei¹⁾ innerhalb des Regimes und die Rolle Khomeinis in Anbetracht dieses Widerspruchs war für uns von größerer Bedeutung. Die Politik des Revolutionsrats, der sich aus Führern der islamisch-republikanischen Partei, der Freiheitsbewegung und Elementen wie Danisadr, Ghotbzadeh usw. zusammensetzt sowie die Praktiken anderer Entscheidungs- und Exekutivzentren machen die dominierende Rolle der mittleren Bourgeoisie in der Staatsmacht deutlich.

Die Person Khomeinis, der scheinbar in einer Position über diesen Entscheidungszentren und -organen steht, hat als "Imam der Gläubigen" die Führung der Gesellschaft übernommen. Er ist nicht der Vertreter einer von diesen Organen unabhängigen Politik, sondern hauptsächlich der Befürworter und Förderer der Politik der provisorischen Regierung sowie des Revolutionsrats.²⁾

Trotzdem sind in manchen wirtschaftlichen und nebensächlichen und Problemen des Überbaus Unterschiede zwischen den Positionen des Imam und den genannten Organen festzustellen.

- 1) Die islamisch-republikanische Partei vertritt grundsätzlich die mittlere Bourgeoisie des Iran, obwohl sie eine inhomogene Klassenzusammensetzung sowie unterschiedliche Tendenzen in der Politik aufweist. Der Klasseninhalt der Politik des "Revolutionsrats", dem die Führer dieser Partei angehören und die Stellungnahmen der islamisch-republikanischen Partei zu wichtigen politischen und wirtschaftlichen Problemen bestätigen diese Ansicht. Darüber hinaus sind die religiöse Ideologie und der extrem antidemokratische Charakter Besonderheiten, die für diese Partei bezeichnend sind.
- 2) Auf einige Fragen aus der Religionsschule von Isfahan antwortete Khomeini folgendermaßen: Frage: "Ist der Vermögensbildung durch erlaubte Wege im Islam eine Grenze gesetzt?" Antwort: "Die einzige Grenze ist, daß dieses Vermögen auf ehrlichem Wege und mit Berücksichtigung von religiösen Pflichten in Bezug auf Reichtum zustande kommt." - Frage: "Wenn jemand ein Grundstück mit ehrlich erworbenen Mitteln kauft oder erbt in der Stadt oder außerhalb der Stadt, darf man ihm dieses Grundstück durch Zwang wegnehmen?" Antwort: "Nicht erlaubt."

Der Imam ist bis jetzt nicht bereit gewesen, der islamisch-republikanischen Partei oder anderen Parteien und Strömungen der Bourgeoisie seinen Segen zu geben. Diese Tatsache dient einerseits dem Fortbestand der Popularität und Autorität Khomeinis, der Wahrung seiner hohen Stellung in der Gesellschaft sowie der Ausnutzung seines Einflusses für die Entschärfung des Klassenkampfes, andererseits ist sie ein Zeichen seiner kleinbürgerlichen Tendenzen. Nach den Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus und in Anbetracht des Entwicklungsstandes des Klassenkampfes im Iran ist Khomeini nicht in der Lage, über der Gesellschaft und über dem sich entwickelnden Klassenkampf zu stehen.¹⁾ Die Entwicklung des Klassenkampfes und der Sturz des Schahregimes haben zwar in hohem Maße das Kräfteverhältnis zwischen den gegeneinander kämpfenden Revolutionären und Konterrevolutionären zugunsten des revolutionären Lagers verändert, doch keineswegs ein Gleichgewicht zwischen diesen Kräften bewirkt. Die Zusammensetzung des "Kompromißorgans" und die Vorherrschaft der mittleren Bourgeoisie zeigt in objektiver Weise, daß der Sturz des Schahregimes keineswegs ein Hindernis für den Aufstieg der mittleren Bourgeoisie in den Staatsapparat bedeutete. Die Politik der provisorischen Regierung und des Revolutionsrats ist eine konkrete Politik für die Aufrechterhaltung und Sicherung der Klasseninteressen der abhängigen Bourgeoisie gewesen. Diese Politik kann nicht "Bonapartismus" genannt werden. Die beharrliche Haltung Khomeinis und der islamisch-republikanischen Partei für die Verteidigung des Islam und die These der stellvertretenden Herrschaft der Geistlichkeit, die ihre Tendenz für die Sicherung und Aufrechterhaltung der Stellung und besonderen Rechte der Geistlichkeit zeigt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, welche objektive Rolle diese Strömungen in der jetzigen Situation des Klassenkampfes im Iran spielen sowie

- 1) Der Erdölminister Moinefar hat neulich in einem Interview gesagt: "Bis jetzt haben fast sämtliche Gesetzesentwürfe, die vom Revolutionsrat erlassen wurden, auch die Zustimmung des Imam gefunden, und es hat bis jetzt kein einziges Mal den Fall gegeben, daß der Imam diese Entwürfe ablehnte."

die Klasseninteressen, die hinter den religiösen Auseinandersetzung verborgen sind, in Vergessenheit geraten lassen.

Die objektiven Realitäten und die gesellschaftlich-politische Situation im Iran beweisen bestens, daß alles, was unter dem religiösen Deckmantel passiert, ein Klassenkampf um bestimmte Klasseninteressen ist und nicht ein Kampf, der über diesen steht.

Die islamisch-republikanische Partei ist trotz ihres religiösen Deckmantels und ihrer Tendenz zur Sicherung ihrer Schichtinteressen und trotz der Teilnahme und entscheidenden Rolle in ihrer Führung überall, ob in Fabriken oder auf dem Land und ob auf der politischen oder wirtschaftlichen Szene ein Mitstreiter der Bourgeoisie. Ihre objektive Klassenfunktion ist die Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie.

Die Organe wie Komitees und die Garde der Pasdaran sind mehrheitlich unter der Kontrolle der islamisch-republikanischen Partei, während die Armee, die Polizei und Gendarmerie hauptsächlich von den Parteien der "liberalen Bourgeoisie" oder den direkten Marionetten des Imperialismus beherrscht werden.

Der Gegensatz zwischen der Armee und der Garde der Pasdaran und auf ähnliche Weise der Gegensatz zwischen den Komitees und der Polizei sind andere reale Abbilder der Widersprüche zwischen der liberalen Fraktion und der Fraktion der islamisch-republikanischen Partei. Auf der anderen Seite sind die internen Gegensätze zwischen Komitees und Pasdaran Zeichen für die vorhandenen Gegensätze innerhalb der Geistlichkeit. Trotz der genannten Gegensätze und trotz ihrer verschiedenen Tendenzen sind diese Organe in ihrem Charakter und ihren Praktiken bürgerlicher Natur, weil das "Kompromißorgan" im Grunde genommen ein Organ der Unterdrückung und der Klassenherrschaft der Bourgeoisie im allgemeinen und der mittleren Bourgeoisie im besonderen ist. Die Klassenorientierung dieser Organe im Klassenkampf und die Politik, die diese Organe beherrscht, sind deutliche Zeichen dafür.

Kurzum, es sind die genannten Organe, die trotz ihrer verschiedenen Gegensätze und trotz fehlender gegenseitiger Organisation auf Grund des Charakters des "Kompromißorgans" sowie der Herrschaft der Bourgeoisie, ungeachtet der Wider-

sprüche innerhalb dieses Organs (die von den Revolutionären in ihrer praktischen Politik genutzt werden müssen) überall und nebeneinander die Arbeiterklasse, die Bauern und die Kleinbourgeoisie unseres Landes unterdrücken. Doch diese Machthebel der jetzigen Herrschaftsmacht beschränken sich nicht nur auf die militärischen Organe. Diese Herrschaftsmacht verfügt darüberhinaus auch über andere Organe wie den Revolutionsrat, die Ministerien, die Behörden, die Gefängnisse, die Gerichte usw. Auch in diesen Organen dominiert die Macht der bürgerlichen Flügel. Im Vergleich mit den Liberalen sind die Führer der islamisch-republikanischen Partei in den verschiedenen Organen der Herrschaftsmacht am stärksten vertreten. Die islamisch-republikanische Partei und ihre Satelliten (die kämpfende Geistlichkeit¹⁾, die Revolutionärfrauenbewegung, die Organisation Fadjae Islam und Maktab al hadi usw.) haben nicht nur im Revolutionsrat und in der Regierung, sondern auch in den meisten Ministerien, islamischen Gerichten, Gefängnissen, Komitees und Pasdaran die höchsten Posten und Positionen mit und neben den "Liberalen" für sich in Anspruch genommen.

Die islamisch-republikanische Partei beeinflusst die Organisation der Modjahedin der islamischen Revolution über ihren Gründer Djalaleddin Farsi. Diese Strömung ordnet sich der Politik der islamisch-republikanischen Partei unter. Durch die Organisation der Modjahedin der islamischen Revolution (die sich aus 7 kleineren religiösen Gruppen zusammensetzt, die in den letzten Tagen des Schahregimes hier und da aktiv waren) mobilisiert die islamisch-republikanische Partei die Falange-Gruppen sowie die Schlägertrupps für den Angriff auf Demonstrationen, Kundgebungen usw. Die Organisation der Modjahedin der islamischen Revolution ist trotz ihrer kleinbürgerlichen Zusammensetzung praktisch im Dienst der Politik und der Ziele der Anführer der IRP.

1) Die Verschärfung der internen Widersprüche innerhalb der "kämpfenden Geistlichkeit" führte dazu, daß sich ein Teil davon allmählich von der IRP gelöst hat und zu Danisadr tendiert. Dieser Widerspruch trat in dem Moment ganz offen in Erscheinung, als die kämpfende Geistlichkeit während der Parlamentswahlen gegen den Entwurf der IRP unter dem Motto "die große Koalition" protestierte. In diesem Zusammenhang sind auch die Briefe der Ayatollahs Morvarid und Khosroschahi zu nennen.

Die IRP übt ihren Einfluß in der Garde der Pasdaran hauptsächlich über diese Organisation aus.

Die bourgeois-liberalen Strömungen haben in den alten Organen des Staates wie in der Armee und insbesondere in der Bürokratie Einfluß. Man kann sie in Formationen wie der Freiheitsbewegung, Danisadr und seine Anhänger sowie in der iranischen Nationalfront wiederfinden. Um die Herrschaft über die Staatsorgane und die Sicherung ihrer Vorherrschaft sowie die Besetzung von empfindlichen Staatsposten rivalisieren diese Strömungen mit der IRP. Die Parteien und Strömungen der liberalen Bourgeoisie als politische Vertreter der mittleren Bourgeoisie sind in einer Union mit einem Teil der Vertreter der Großbourgeoisie gegen die "Sonderrechte" der IRP im Regierungsapparat sowie gegen eine "übermäßige" Stützung auf die Religion bei der Mobilisierung der Massen. Sie fordern eine bürgerliche Art der Trennung von Staat und Religion, und daher opponieren sie öffentlich aber beschränkt gegen den Paragraphen über die stellvertretende Herrschaft der Geistlichkeit in der Verfassung. Der Wahlsieg Danisadrs und die Anordnungen des Imam für seine allseitige Unterstützung bedeuten für sie einen Erfolg. Die Schläge der IRP im Exekutivrat und bei der Verfassung beantworteten sie mit dem Gegenschlag der Wahl Danisadrs zum Staatspräsidenten, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzenden des Revolutionärsrats. Obwohl Danisadr Mitglied keiner der bekannten bürgerlich-liberalen Organisationen und Parteien ist, ist er dennoch auf Grund seiner Politik und Taktiken dem liberalen Spektrum zuzuordnen. Außerdem herrschen zwischen den Parteien und Gruppen der "Liberalen" einerseits und der Führungselite der IRP andererseits als zwei Fraktionen der Bourgeoisie über die Methoden der Machtausübung des Regimes der bürgerlichen Diktatur sowie der Unterdrückung von Millionen Ausgebeuteten der Massen, die sich jeden Tag in größerem Ausmaß zum Kampf erheben, tiefgreifende Differenzen. Z.B. ist der Unterschied in der Politik des Überfalls auf Kurdistan ein Spiegelbild der Differenz über die Unterdrückungsmethoden. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Flügeln ist also ein Widerspruch zwischen den Machtausübungs- und Unterdrückungsmethoden und nicht bezüglich der Herrschaft über die Massen und ihre Unterdrückung. In dem Moment, wo sich die Klassenkämpfe des

Proletariats und der revolutionären Kräfte verschärfen, schieben diese zwei Fraktionen ihre Differenzen beiseite und ersetzen sie durch eine Aktionseinheit und völlige Übereinstimmung über die Unterdrückung dieser Kämpfe. Die dritte Strömung (wenn man sie überhaupt eine einheitliche Strömung nennen kann) setzt sich aus Elementen zusammen, die der Großbourgeoisie angehören und die Schule des Imperialismus besucht haben. Diese Elemente haben in mehreren Staatsorganen Einfluß und in manchen Fällen die höchsten Staatsämter für sich in Anspruch genommen. Außer in der Armee sind in der Staatsbürokratie Elemente wie Ghotbzadeh, Yazdi, Tschamran, Madani, Sadegh Tabatabai usw. die reaktionärsten und konterrevolutionärsten Kreise, die vom imperialistischen Finanzkapital abhängig sind. So sieht die Zusammensetzung der Gruppierungen der Bourgeoisie aus, die nach dem Aufstand und Sturz des Pahlavi-Regimes die staatlichen Schlüsselpositionen besetzt haben. Das Spektrum der Elemente und Kreise der traditionellen Kleinbourgeoisie im Iran ist in der politischen Herrschaftsmacht erstens: in den meisten Fällen durch höchstens zweitrangige Positionen in der staatlichen Macht vertreten und zweitens, was wichtiger ist: sie haben die Hegemonie und Politik verschiedener Flügel der Bourgeoisie akzeptiert. In dieser Situation sind sie nicht in der Lage, die wahren und historischen Interessen der Kleinbourgeoisie zu verteidigen, und im Prozeß der Entwicklung des Klassenkampfes wird diese Trennung vollkommen und in allen Bereichen vollzogen. Im besten Fall wird sie, wie Lenin sagt, nur einige Zugeständnisse der Bourgeoisie zugunsten der "obersten" und "zahlenmäßig kleinen Schicht" der Kleinbourgeoisie erzielen! Die Bourgeoisie der Widersprüche und der internen Situation des Staates zeigt uns, daß dieser Staat einen bürgerlichen Charakter hat und die Sicherung der Interessen der Bourgeoisie im Rahmen der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse anstrebt. Auf Grund solcher Analyse der Herrschaftsmacht, die der Realität des Klassenkampfes und der einjährigen Praxis des Staates entspricht, kann von einer Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft keine Rede mehr sein. Doch scheint es, daß weder der Charakter der wichtigsten Organe der Herrschaftsmacht sowie ihre Klassenzusammensetzung noch die einjährige Praxis die Augen vieler "Genossen" für

die Einsicht der Realität des Klassenkampfes und des jetzigen politischen und gesellschaftlichen Lebens öffnen konnten. Solche Genossen haben immer noch nicht aus den Erfahrungen des Klassenkampfes des Proletariats gelernt. Wir müssen darauf hinweisen, daß der eigentliche Fehler der Genossen nicht darin besteht, daß sie in ihre Analyse über die politische Herrschaftsmacht eine Strömung mit einem kleinbürgerlichen Ursprung einbeziehen, ganz im Gegenteil. Eine objektive Betrachtung der herrschenden Widersprüche innerhalb der Herrschaftsmacht zeugt für diese Realität. Diese unsere Genossen werden mit Recht wegen ihrer opportunistischen Tendenz kritisiert, weil sie 1. die jetzige Herrschaftsmacht als ein "Kompromißorgan" zwischen der Bourgeoisie und den Vertretern der Kleinbourgeoisie leugnen und 2. weil sie der Kleinbourgeoisie eine vorherrschende Rolle zuschreiben und als Resultat dieser Betrachtungsweise die dominierende Politik in der Herrschaftsmacht als kleinbürgerlich und antiimperialistisch, mit anderen Worten als "revolutionär-demokratisch" bewerten. Die zwei genannten Punkte sind unvermeidbare Ergebnisse der herrschenden Politik und Denkweise in der Organisation bei der Analyse der Widersprüche und der Klassenzusammensetzung des Regimes der islamischen Republik. X

Die Geschichte der Massen- und Klassenkämpfe im letzten Jahr und die Rolle des Staates dabei beweist die allgemeinen Ansichten Lenins in der besonderen Erfahrung unserer Gesellschaft, als er sagte:

"Jeder hat natürlich beobachtet, wie die Kleinbesitzer sich abrackern, wie sie danach streben "aufzusteigen", um richtige Unternehmer, "solide" Unternehmer zu werden, zur Bourgeoisie emporzusteigen, Solange der Kapitalismus herrscht, gibt es für die Kleinbesitzer keinen anderen Ausweg: entweder selbst zu Kapitalisten werden (doch das ist im besten Falle einem von hundert Kleinbesitzern möglich) oder zum ruinierten Kleinbesitzer, zum Halbproletarier, und dann zum Proletarier werden. Ebenso ist es in der Politik: Die kleinbürgerliche Demokratie, besonders ihre Führerschaft, strebt der Bourgeoisie nach. Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie verströmen ihre Massen mit Versprechungen und Betrugungen über die Möglichkeit einer Verständigung mit den Großkapitalisten; im besten Fall erreichen sie auf ganz kurze Zeit von den Kapitalisten geringfügige Zugeständnisse für eine kleine Oberschicht der werktätigen Massen,

aber in allem Entscheidenden, in allem Wichtigem war die kleinbürgerliche Demokratie stets im Schlepptau der Bourgeoisie, ihr ohnmächtiges Anhängsel, ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Finanzkönige. Die Erfahrung Englands und Frankreichs hat dies viele Male bestätigt. Die Erfahrung der russischen Revolution, wo sich die Ereignisse, besonders unter dem Einfluß des imperialistischen Krieges und der durch ihn hervorgerufenen überaus tiefgehenden Krise, mit ungewöhnlicher Schnelligkeit entwickelt haben, diese Erfahrung vom Februar bis Juli 1917 hat die alte marxistische Wahrheit von der schwankenden Haltung des Kleinbürgertums außerordentlich klar und anschaulich bestätigt." (W.I. Lenin: Die Lehren der Revolution. a.a.O., S.240)

Doch wie Marx betonte, sind die unlösbaren Probleme der Theorie nur durch die Weiterentwicklung des Klassenkampfes zu lösen. Nun beweist die Entwicklung des Klassenkampfes im Iran die Wichtigkeit der herrschenden Ansichten in unserer Organisation mit überzeugender Kraft. Wir hoffen, daß alle wahren Genossen unserer Organisation so rasch wie möglich die jetzt in der Organisation herrschende Politik bloßstellen. Andernfalls werden die kommenden revolutionären Generationen diese Politik als einen unbewußten Verrat an der iranischen Arbeiterklasse sowie an den iranischen Völkern bewerten.

X Es muß darauf hingewiesen werden, daß es zu dieser Zeit noch keine Spaltung in der Organisation gab. (Anmerkung der Übersetzer)

DRITTES KAPITEL

Die Botschaftsfrage

Die Analyse und Bewertung der jetzigen Situation, die Analyse der Botschaftsbesetzung und die Entlarvungskampagne der "Studenten, die der Linie des Imam folgen" ist von besonderer Bedeutung. Manchen Genossen fehlt die Fähigkeit einer wissenschaftlichen und objektiven Analyse der herrschenden Situation in der Bewegung sowie die richtige Einschätzung des Charakters der Staatsmacht und ihrer Praktiken. Sie sehen in der Besetzung der amerikanischen Botschaft und ihren Folgen einen Beweis für den antiimperialistischen und kleinbürgerlichen Charakter der jetzigen Machthaber sowie die entscheidende Rollo der Kleinbourgeoisie.¹⁾ Im Hinblick auf eine solche Ansicht entstand eine Wende in der Politik der Organisation, die u.a. auch die Unterstützung der "führenden Rolle der Kleinbourgeoisie in der politischen Machtausübung" beinhaltet. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft, die Geiselnahme des Botschaftspersonals und die Entlarvungskampagne der Studenten gegen einige "liberale" Elemente unter den Machthabern liegen darin begründet, daß die Kleinbourgeoisie die führende Kraft unter den Machthabern sei, so argumentieren manche unserer Genossen. Diese Meinung scheint "wissenschaftlich" und für einen Laien annehmbar zu sein. Sie ignoriert aber den wesentlichen Punkt, nämlich den Kompromiß zwischen den Wortführern der wohlhabenden Kleinbourgeoisie und der Bourgeoisie, den Klassencharakter der Staatsmacht, die politische Vorherrschaft der Vertreter der Bourgeoisie in bezug auf Festigung der gesellschaftlichen Herrschaft der Bourgeoisie und die Restauration der Institutionen und Organe der Diktatur der Bourgeoisie.

1) Zum Beispiel lesen wir im Artikel "Kritik des Arbeiterwegs": "Die Geistlichkeit in der Herrschaftsmacht (die die Schlüsselpositionen besetzt hat) verfügt über einen Klassenrückhalt, und das, was die Genossen vom "Arbeiterweg" 'Differenzen' zwischen den drei Kräften, die den Herrschaftsblock bilden, nennen, ist nichts anderes als der Klassenkampf. ... Der Inhalt dessen, was die Genossen 'Differenzen' nennen, stellt einen Klassengegensatz sowie einen Klassenkampf dar. Es ist ein Kampf zwischen der Kleinbourgeoisie einerseits und der Allianz der Monopol-Bourgeoisie und der Nichtmonopol-Bourgeoisie andererseits." (Kritik des "Arbeiterwegs", S. 5-14)

Diese Ansicht berücksichtigt den Klasseninhalt des antiimperialistischen Kampfes nicht. Sie ist nicht in der Lage, in einer konkreten gesellschaftlichen Entwicklung, in einer bestimmten politischen Situation und bei der Entwicklung des Klassenkampfes über Charakter und Formen des antiimperialistischen Kampfes Erkenntnisse zu gewinnen.

In der heutigen historischen Weltlage und im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die die Polarisierung der Klassen im Iran beinhaltet, ist ein wahrer antiimperialistischer Kampf von dem Kampf gegen die abhängige Bourgeoisie untrennbar. Mit anderen Worten, der Kampf gegen den Imperialismus ist auf der Grundlage des Kampfes gegen die abhängige Bourgeoisie am effektivsten zu führen. Dies ist die Dialektik des Zusammenhangs zwischen der imperialistischen Herrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Macht der Bourgeoisie in ihrer ganzen Kompliziertheit. Ein antiimperialistischer Kampf hat nur dann einen wahren revolutionären Wert, wenn er in der abhängigen Bourgeoisie den unmittelbaren Feind sieht. Die Geschichte der Länder mit einem abhängigen kapitalistischen System zeigt, daß jede grundsätzliche Änderung der Beziehungen dieser Länder zu den imperialistischen Ländern ohne einen ernsthaften Kampf gegen die politische und gesellschaftliche Herrschaft der abhängigen Bourgeoisie unmöglich ist. Anders ausgedrückt, ein antiimperialistischer Kampf, der nicht die Vernichtung der politischen und gesellschaftlichen Herrschaft der abhängigen Bourgeoisie beinhaltet und keine grundsätzliche Änderung im materiellen Leben der Massen zum Ziel hat, kann bestenfalls den antiimperialistischen Kampf der revolutionären Kräfte beschleunigen. Denn dieser Kampf kann, auch wenn die Führer ihren "guten Willen" zeigen wollen, im Endeffekt keinen klaren Ausblick und keine qualitativen Veränderungen in den Beziehungen zwischen den vom Imperialismus beherrschten Ländern und dem Imperialismus herbeiführen. Diese Genossen vergessen genau den wichtigsten Punkt. Sie haben den Unterschied zwischen dem gesellschaftlichen und Klassencharakter des antiimperialistischen Kampfes der Kleinbourgeoisie und dem, was nach der Geiselnahme in den Beziehungen zwischen den Regierungen Irans und der USA zustande gekommen ist, nicht begriffen. Diese Tatsache führte dazu, daß in Kar Artikel gedruckt wurden, die nichts anderes waren

als inhaltlose und sogar verfälschende Wortspieleereien. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß es hier nicht darum geht, ob die Botschaftsbesetzung einen antiimperialistischen Schritt darstellt oder nicht. Wir haben stets die heterogene Zusammensetzung des Kompromißorgans sowie die Widersprüche zwischen den Führern der islamisch-republikanischen Partei und dem "liberalen" Flügel betont. Dabei haben wir darauf hingewiesen, daß, obwohl die Vertreter der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie mit den Vertretern der Bourgeoisie einen Kompromiß eingegangen sind, um an der Staatsmacht beteiligt zu werden und somit praktisch der allgemeinen Politik der Bourgeoisie folgen, dies dennoch nicht bedeutet, daß sie sich zu direkten Vertretern der Bourgeoisie gemacht haben. Trotz ihrer Allianz gibt es zwischen ihnen Widersprüche, die hier und da durch unterschiedliche politische Entscheidungen in Erscheinung treten, z.B. in der Imperialismus-Frage und speziell, wenn es um den US-Imperialismus geht. Doch das Grundproblem, das unsere Genossen in diesem Fall nicht berücksichtigen, oder das zu berücksichtigen sie nicht fähig sind, ist die Tatsache, daß in der jetzigen Machtkonstellation die Einheit der Vertreter der Kleinbourgeoisie mit beiden Flügeln der Bourgeoisie dominiert und nicht der Kampf zwischen ihnen. Wir haben immer wieder betont und betonen es noch einmal, daß wir nicht der Meinung sind, es gäbe keinen Kampf zwischen den Vertretern der Kleinbourgeoisie und verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie. Dies ist nur ein Teil und nicht die ganze Wirklichkeit. Ein anderer Aspekt, nämlich die einjährige Praxis des "Kompromißorgans" und die konkrete Analyse der Beziehungen innerhalb des "Kompromißorgans" zeigt die Dominanz ihrer Einheit, und genau dieser Faktor bestimmt die allgemeine Politik der jetzigen Herrschaftsmacht. Das eigentliche Problem dieser Genossen besteht darin, daß sie ihre Analysen auf der metaphysischen Methode aufbauen. Sie betrachten nur die Ereignisse, ohne diese Phänomene im Zusammenhang und in einer dialektischen Beziehung zu sehen. Sie sehen die Einzelteile eines Phänomens nicht im Zusammenhang mit dem Ganzen, sie sehen den Baum, ohne in der Lage zu sein, den Wald zu sehen. Grad, Stärke und Intensität des "antiimperialistischen" Kampfes der Führer der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie, darunter Khomeini, sind ein Spiegelbild ihres

Kampfes gegen die abhängige Bourgeoisie und ihre Vertreter im "Kompromißorgan". Das ist der einzige Maßstab, diesen Kampf zu beurteilen und nicht die Besetzung der amerikanischen Botschaft, die in einer Form und Situation zustandekam, die wir näher beschreiben werden.

Wir sollten immer daran denken, daß die Kunst eines Kämpfers der Avantgarde darin besteht, die Widersprüche und Klüfte innerhalb der gegnerischen Front zu erkennen und im höchsten Maße davon zu profitieren. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft war eine vorübergehende Folge der internen Widersprüche innerhalb des "Kompromißorgans", die der Druck der Massen und der Basis verursacht hatte. Wir müßten diese Situation im Dienste der Stärkung der antiimperialistischen Volksbewegung bestmöglichst nutzen, anstatt in einen kindlichen Optimismus zu verfallen, indem wir behaupten, die Kleinbourgeoisie spiele in der Herrschaftsmacht eine dominierende Rolle.

Genau in diesem Punkt wird die Nichtigkeit der Behauptungen mancher Genossen offensichtlich, die in der Botschaftsbesetzung die "Dominanz der Kleinbourgeoisie" innerhalb der Herrschaftsmacht sehen.

Wenn die Staatsmacht überwiegend von der Kleinbourgeoisie getragen wird, so muß die herrschende Politik in den Organen der Staatsmacht kleinbürgerlich sein. Warum begnügt sich dennoch die Kleinbourgeoisie mit der Botschaftsbesetzung¹⁾ und einem Propagandakrieg, statt die Macht der Bourgeoisie zu zerschlagen und der Bourgeoisie und dem Imperialismus

1) Die Genossen schreiben selbst in "Kritik des Arbeiterwegs": "Wir sind der Überzeugung, daß bei Abwesenheit des Proletariats die kleinbürgerliche Herrschaft nach einem gnadenlosen Kampf gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus zusammenbrechen und die kleinbürgerliche Revolution eine Niederlage erleiden würde" ("Kritik des Arbeiterwegs", S. 32) (wahrscheinlich sind diese Genossen der Überzeugung, daß in Anwesenheit des Proletariats die kleinbürgerliche Revolution nicht zu einer Niederlage, sondern zum Sozialismus führen würde). Und so sieht der "gnadenlose" Kampf gegen die Bourgeoisie aus!!!

ernsthaft¹⁾ entgegenzutreten?

Eine Frage, die außerdem auftaucht, betrifft den Inhalt und das Ziel der Entlarvungen und der Propaganda-"Kampagne". Die Entlarvungskampagnen haben in jeder Stufe der Entwicklung des Klassenkampfes einen bestimmten Inhalt, einen bestimmten Stellenwert und ein bestimmtes Ziel. In der Phase vor der Machtübernahme dient die Entlarvungskampagne der Verschärfung des Klassenkampfes, der Bloßstellung der herrschenden Klasse, der Steigerung des Klassenbewußtseins und dem Marsch zur Ergreifung der politischen Macht. Nach der politischen Machtergreifung verfügt die Klasse, die den Staat stützt, über stärkere, effektvollere und autorisiertere Mittel, um ihre Klasseninteressen zu sichern. In dieser Phase ändern sich die Formen, der Inhalt, das Ziel, der Stellenwert und die Rolle der Entlarvungskampagne. In diesem Fall dient die Entlarvungskampagne hauptsächlich praktischen Maßnahmen (mit Gewalt oder gewaltfrei) zur Festigung der Klassenherrschaft und zur Sicherung der Klasseninteressen und dem Vorantreiben der Ziele der Klasse. Wenn unsere Genossen behaupten, daß die "Kleinbourgeoisie in der Herrschaftsmacht dominiere", obwohl sich die Kleinbourgeoisie mit Entlarvungsaktionen und Propagandakrieg begnügt, dann zeigen sie nur ihre Unfähigkeit, die Rolle und die Bedeutung der Propaganda- und Entlarvungskampagne in verschiedenen Stufen des Klassenkampfes marxistisch zu erklären. Sie verwechseln das Wort mit der Tat und liefern sich selbst dem Subjektivismus aus. Wollte die Führung gegen den Imperialismus und die abhängige Bourgeoisie einen konsequenten Kampf führen, so hätte sie

1) Die Zeitung "Die islamische Revolution" schreibt in einem Artikel am 29. Aban 1358 (November 1979): "Es wäre gut, wenn die Beziehung zwischen Iran und den machtgeliebigen USA sich auf die Botschaften und auf die Erledigung der konsularischen Routinearbeiten für die jeweiligen Staatsangehörigen beschränken würde. Wäre es so gewesen, so brauchte man diese Beziehung nicht abzubreaken." In der Tat zeigt dieses Organ der Bourgeoisie, daß sie die Frage objektiver begriff als unsere Genossen. Natürlich bezieht die Zeitung von Herrn Banisadr diese Stellungnahme gegenüber der islamisch-republikanischen Partei, nur um zu beweisen, daß diese Partei keine antiimperialistische Partei ist, deshalb schreibt sie im Anschluß an das obengenannte Zitat weiter: "Aber solche Leute denken erst nach dem Ereignis, d.h. nachdem die Bevölkerung die Initiative ergriff und handelte, daran, etwas zu tun."

es nicht nötig, die Botschaft zu besetzen.¹⁾ Sie hätte es auch nicht nötig, eine Entlarvungskampagne gegen die "Liberalen" zu starten, um sie aus der Regierung zu entfernen. Es war genau diese Führung, die Bazargan mit der Regierung beauftragt hatte. Eine Führung mit einer solchen Autorität hätte es nicht nötig, sich der Taktik der Botschaftsbesetzung zu bedienen, um ihn absetzen und dadurch mit dem sogenannten Kampf gegen die "Liberalen" und den Imperialismus beginnen zu können.²⁾ Bazargan war nicht von den Massen gewählt, sondern von der Führung ausgewählt. Er stand mit Unterstützung und Befürwortung durch die Führung monatelang an der Spitze der provisorischen Regierung und blieb eins der wichtigsten Mitglieder des Revolutionsrats.

Warum erträgt die Führung die Vertreter der Bourgeoisie, stellt sie an die Spitze der staatlichen Machtorgane, stimmt ihrer Politik zu, obwohl dieselbe Führung die Unterdrückung der Volksmassen des Proletariats, der Bauern und der anderen Werktätigen sowie der unterdrückten kurdischen und turkmenischen Völker u.a. konsequent vorantreibt und auf ihrer feindseligen Haltung gegenüber den Vertretern der radikalen Kleinbourgeoisie (Volksmodjahedin usw.) beharrt? Auf diese Frage kann es nur zwei Antworten geben: Entweder ist diese Führung selbst machtlos oder sie ist mit der Bourgeoisie einen Kompromiß eingegangen. Wenn diese Führung über keine Macht verfügt, wie können diese Genossen ihre Behauptung, die Kleinbourgeoisie sei im "Kompromißorgan" die dominieren-

1) In ihrem Leitartikel am 14. Aban 1358 (November 1979) schreibt die "Islamische Revolution": "Die Regierung untersteht der Revolutionsführung; die Tore für offizielle Maßnahmen sind also offen. Wenn die allgemeine Unzufriedenheit über die amerikanische Politik so groß ist, hätte die Regierung die Beziehung abbrechen können und alle notwendigen Schritte im In- und Ausland unternehmen können. Solange die Botschaft noch nicht geschlossen worden ist, befürwortet die Regierung, daß die Beziehungen mit den USA nicht abgebrochen werden. ... Diese Tatsache zeigt, daß zwischen der Außenpolitik der Regierung und den Forderungen der Öffentlichkeit keine Übereinstimmung besteht. ... Nun erhebt sich die Frage, wenn die Außenpolitik der Regierung nicht akzeptabel ist, warum wird nicht direkt gehandelt, um dies zu ändern?" Eine berechnete Frage!

2) Natürlich blieb Bazargan im Revolutionsrat, d.h. tatsächlich blieb er im hauptsächlichen Machtzentrum und wurde nicht abgesetzt.

de Macht, beweisen? Und wenn sie mit der Bourgeoisie einen Kompromiß eingegangen ist, was bedeutet dann ihr "konsequenter Kampf gegen den Imperialismus"? Genossen! Diese Fragen sind leicht zu beantworten, da die Tatsachen für sich sprechen. Die Unklarheit ist woanders verwurzelt, u. zw. in unseren Auffassungen der Ideologie, zu der wir uns bekennen sowie in unseren Stellungnahmen zum Klassenkampf. Ihr seid diejenigen, die ihre Augen aufmachen müssen, sehen müssen und dem "Klassenkampf glauben müssen"; ihr seid diejenigen, die diese glänzenden Worte Lenins vergessen haben:

"Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die INTERESSEN dieser oder jener Klassen zu suchen. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten überhäupelt werden, solange sie nicht begreifen, daß sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klassen behauptet. Um aber den Widerstand dieser Klassen zu brechen, gibt es NUR EIN Mittel: innerhalb der uns umgebenden Gesellschaft selbst Kräfte zu finden, aufzuklären und zum Kampf zu organisieren, die imstande - und infolge ihrer gesellschaftlichen Lage GEMÜTIGT sind, die Kraft zu bilden, die das Alte hinwegzufugen und das Neue zu schaffen vermag." (U.I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Berlin 1979, Band I, S. 81/82.)

Jetzt wollen wir sehen, was die Eroberung der Botschaft war und wie sie zustandekam. Die Eroberung der amerikanischen Botschaft ist einerseits das Ergebnis der Verschärfung des Klassenkampfes und der Ausbreitung der antiimperialistischen

Kämpfe in der Gesellschaft, die Abkehr der Massen von der Herrschaftsmacht und ihrer Führung und andererseits ein Ergebnis der internen Widersprüche im "Kompromißorgan". Als die neu an die Macht gekommenen unmittelbar nach dem Aufstand mit der Restauration der Organe und Institutionen und Verhältnisse der Bourgeoisie begannen, fingen die Menschen an, an den neuen Machthebern zu zweifeln. Allmählich erkannten die Massen, daß die sogenannte provisorische Revolutionsregierung nicht in der Lage war, ihre wahren Forderungen und Bedürfnisse zu erfüllen. Diese Regierung hat nicht die Zerschlagung der herrschenden Verhältnisse, sondern den Wiederaufbau des alten Systems der Unterdrückung

und Ausbeutung in einer islamischen Hülle im Sinn. Sie versucht, die Errungenschaften des Aufstandes und des Massenkampfes mit Füßen zu treten. Der Aufstand steigerte das Bewußtsein der Massen. Sie sahen ihre wirkliche Macht in dem Sturz des Regimes. Sie schufen ihre Organe, wenn auch unvollständig, sie waren nicht bereit, ihre Ziele und Forderungen so leicht zurückzustellen. Tag für Tag intensivierten die Massen ihren Kampf und breiteten ihn aus. Die Wirtschaftskrise und ihre Fortdauer machte den Menschen das Leben schwer. Eine Welle von Massenstreiks und Massenprotesten gegen die Politik der Herrschaftsmacht, gegen die Nichterfüllung der wahren Forderungen der Massen brach aus. Demonstrationen und der Sitzstreik der Arbeitslosen, der Streik der Belegschaften verschiedener Fabriken, die Kämpfe der Völker für die Erlangung ihrer Rechte, die Bewegung der Bauern für die Enteignung der Großgrundbesitzer, die direkten und indirekten Maßnahmen der Massen für die Erfüllung ihrer Forderungen und die Besetzung der Hotels durch Studenten und mittellose Menschen der Städte usw. sind Anzeichen dafür, daß der Klassenkampf im Begriff stand, neue Ausmaße und Stärke anzunehmen. Die Führung verbreitete jeden Tag neue Anordnungen, die Massen von Streiks und Demonstrationen abzuhalten (Beschuß der Todesstrafe für die Enteignung von Großgrundbesitzern, Strafmaßnahmen gegen streikende Arbeiter usw.). Die Massen, die einsahen, daß ihre Forderungen nicht erfüllt würden und die Versprechen der Führung leere Worte geblieben waren, beachteten nicht mehr die Warnungen der Führung. Der Druck der Massen verschärfte die Krise und die Auseinandersetzung zwischen den "Oberen".

Dem brutalen Überfall auf das kurdische Volk und der Erklärung des heiligen Kriegs gegen die Kurden traten die Massen mit einem heroischen Widerstand, der zu einer Niederlage der Machthaber führte, entgegen. Die Angriffe gegen die revolutionären Errungenschaften der Massen, gegen die politischen Freiheiten und gegen die freie Presse, gegen die Büros und Zentralstellen der revolutionären und fortschrittlichen Organisationen usw. schwächten den Einfluß und die

Autorität der Führung gegenüber den Massen.¹⁾ Die gleichgültige Haltung der Massen oder sogar ihr Protest²⁾ gegen die Errichtung eines Expertenrates, dessen Sitzungen einer Komödie ähnelten, die Nichtteilnahme an den Wahlen der Stadträte usw. waren auch Anzeichen für die Abkehr der Massen von der Führung und die Schwächung der Autorität dieser Führung.

Eine Führung, die die Forderungen der Massen mißachtete und dafür dem kurdischen Volk den offenen Krieg erklärte, eine Führung, die sich die Unterdrückung der revolutionären Kräfte und Massenkämpfe zum Ziel setzte, eine Führung, die die Massenmedien mißbrauchte, um die Parole "Es gibt nur eine Partei und das ist die Partei Gottes" zu verbreiten und die Pasdaran und Armee aufforderte, die revolutionären Massen des kurdischen Volkes binnen 48 Stunden zu liquidieren. Sie war aber nicht in der Lage, ihre Unterdrückungspolitik gegen den tapferen Widerstand des kurdischen Volkes und gegen die Massenkämpfe durchzusetzen. So mußte sie einen Rückzieher

1) Sani schrieb in seiner Rücktrittserklärung an die Führung vom 7. Aban 1358 (November 1979): "Mit aller Deutlichkeit kann man sehen, daß die Handlungsweisen der herrschenden Institutionen, "des Revolutionsrats" und "der Regierung" (diese beiden Institutionen stützen sich auf die Vollmacht des Imam und auf die stellvertretende Herrschaft der Geistlichkeit und handeln auch dementsprechend) so sind, daß für die Realisierung der Ziele der Revolution sowie für die Festigung der islamischen Regierung nicht die Geschwindigkeit erreicht wurde, die notwendig ist. Was in bezug auf die Aufteilung der Machtpositionen und in bezug auf die Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen passiert, führt zu Passivität derjenigen, die wirklich an die Revolution glauben. Es führt zu einer allgemeinen Unzufriedenheit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Revolution (daß die Zahl der Teilnehmer an den Wahlen der Stadträte im Vergleich mit der Zahl der Teilnehmer an den Wahlen zum Expertenrat sowie an der Volksbefragung über die islamische Republik so enorm gesunken ist, macht diese Tatsache deutlich)."

2) Hojatolleslam Hascheminejad sagte in seiner Rede am 10. Aban 58 (Nov. 79): "Der Expertenrat wurde einer unfreundlichen Haltung ausgesetzt. Die scharfe Kritik, die scharfen Attacken, Verleumdungen und Verhöhnungen, all dies wurde seitens...."

machen.¹⁾ Die Unterdrückungskräfte in Kurdistan standen unmittelbar vor einer Niederlage durch das kurdische Volk. Die Herrschenden mußten die am Krieg beteiligten Kräfte als Verhandlungspartner akzeptieren. Die Führung, die bis zum vorhergehenden Tag Ezzedin und Ghassemlou als Verderbenstifter auf der Erde und die Kommunisten als die Kinder Satans bezeichnete, die demokratische Partei Kurdistans für aufgelöst erklärte und die Vernichtung ihrer Anhänger forderte, mußte nun diesem Rückzieher zustimmen.

Die Herrschaftsmacht war gezwungen, unter dem Druck der Massenkämpfe nachzugeben und der Aufnahme von Verhandlungen mit der "illegalen" demokratischen Partei, "Ezzeddin, dem Verderbenstifter" und den "Kindern Satans" zuzustimmen. Wie konnte diese Führung sich vor den Massen rechtfertigen? Wie konnten die Massen vergessen, was diese Führung bis zum vorhergehenden Tag gesagt hatte? Zwar mußte die Herrschaftsmacht unter dem Druck der Massen einigen ihrer Forderungen nachkommen; sie wollte jedoch diesen Rückzieher als ein "Geschenk" der Führung an die Massen darstellen.

Die Führung wurde auf einmal "einsichtig" und "antiimperialistisch". Sie schickte dem kurdischen Volk Grußbotschaften. Diese Maßnahme diente dazu, einerseits den Rückzieher der Herrschenden zu rechtfertigen und andererseits den Einfluß und die Autorität der Führung zu stärken und somit den Kampf der Massen auf die schiefe Bahn zu lenken. Sie ebnete auch den Weg für die Durchführung eines Volksbegehrens über die bekannte Verfassung, die zuvor im Expertenrat verabschiedet worden war.

1) Dieser Rückzug war deutlich vorauszusehen. In der Broschüre über Kurdistan, die seitens der Minderheit dem Plenum vorgelegt wurde, lesen wir: "In der jetzigen Situation werden wir parallel zum bewaffneten Kampf in Kurdistan die politischen Kämpfe in den anderen Gebieten verschärfen. Wir werden in den anderen Gebieten die politische Unterstützung des kurdischen Volkes in allen möglichen Formen auf die Tagesordnung setzen, in allen möglichsten richtig vorantreiben, um das objektive Kräfteverhältnis der Klassen zugunsten des Volkes zu ändern, so ist es wahrscheinlich, daß die Herrschaftsmacht einen Rückzug einleitet und einem demokratischen Frieden zustimmt. Dies würde einen sehr wichtigen politischen Sieg für das Volk bedeuten und in einem solchen Fall sowie in der demokratischen Atmosphäre, die durch die Massen der Herrschaftsmacht aufgezwungen wird, werden günstige Voraussetzungen für die Organisation der Arbeiterklasse und der Massen geschaffen, (über die Kurdenfrage, S. 10)

In dieser Situation des Klassenkampfes, der unerwarteten Schwächung des Einflusses der Führung und Verschärfung der Widersprüche zwischen verschiedenen Flügeln des "Kompromißorgans" wurde die Besetzung der amerikanischen Botschaft geplant und durchgeführt. Nun betrachten wir die Situation verschiedener Flügel innerhalb des "Kompromißorgans" und ihre Widersprüche.

Die Politik des "Kompromißorgans", die Methoden der Durchführung dieser Politik sowie die Machtansprüche auf die Beherrschung des "Kompromißorgans" waren von Anfang an Grundlage harter Auseinandersetzungen zwischen beiden Flügeln der Bourgeoisie, den Wortführern der mittleren Bourgeoisie, der "Freiheitsbewegung" und der "Nationalen Front" einerseits und der islamisch-republikanischen Partei andererseits. Diese beiden Flügel, die das Ziel der völligen Restauration des abhängigen kapitalistischen Systems, seiner Institutionen und Organe verfolgen, die die Interessen der mittleren Bourgeoisie sichern wollen, sind sich in ihren politischen Praktiken und Taktiken nicht einig. Der "liberale" Flügel z.B. beharrt auf der Trennung von Staat und Religion und Nichteinmischung der Geistlichkeit in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Er will durch eine sogenannte liberale Politik den Wiederaufbau des abhängigen kapitalistischen Systems ermöglichen. Der andere Flügel, dessen Wortführer sich in der islamisch-republikanischen Partei zusammengeschlossen haben, bedient sich der Politik der Härte und Unterdrückung; er versucht, das gesamte politische und kulturelle Leben der Gesellschaft durch eine religiöse Autorität zu verhüllen. Er fordert die Beteiligung der Geistlichkeit an der Wirtschaft und Politik des Landes. Die Vertreter der IRP vertreten die Meinung, daß ein gesellschaftlicher Überbau, der sich auf die islamische Ideologie bezieht, der einzige erstrebenswerte Überbau einer kapitalistischen Gesellschaft sei.¹⁾

1) Die Widersprüche zwischen der IRP und Nehsate Azadi sind z.T. ähnlich den Widersprüchen zwischen Klerikalen und Liberalen in Rußland. Die Liberalen und Klerikalen waren zwei Flügel der Bourgeoisie in Rußland. Lenin schreibt in dem Artikel "Die Liberalen und die Klerikalen": "Trubezkoi und die anderen Liberalen stehen in ihrem Kampf gegen den Klerikalismus auf einem undemokratischen Standpunkt. Unter der Flagge der Nichtteilnahme der Geistlichkeit am politischen Kampf betreiben sie nur ihre mehr versteckte (und darum →

Zwischen diesen Fraktionen der Bourgeoisie entstehen Differenzen, sobald es um die Maßnahmen geht, die den Wiederaufbau des abhängigen kapitalistischen Systems sowie eine rasche Überwindung der jetzigen Krise ermöglichen sollen. Diese Widersprüche kristallisierten sich insbesondere zwischen Revolutionsrat (in dem die IRP dominiert) und der Regierung Bazargan (in der die "Liberalen" dominierten) heraus. Um diese Widersprüche zu vermindern, wurde beschlossen, daß

→ viel gefährlichere) Teilnahme. ... Wir sind nicht gegen die Teilnahme der Geistlichkeit am Wahlkampf, an der Duma u.dgl. m., sondern AUSSCHLIESSLICH gegen die mittelalterlichen Privilegien der Geistlichkeit. Wir fürchten den Klerikalismus nicht, ... Die Geistlichkeit beteiligte sich an der Politik stets VERSTECKT; für das Volk wird es nur von Nutzen sein, und zwar von großem Nutzen, wenn die Geistlichkeit an der Politik OFFEN teilnimmt.

(Wl. Lenin: Die Liberalen und die Klerikalen. Lenin Werke, Band 18, Berlin 1974, S.217)

"Der Begriff des Klerikalismus - Der Klerikalismus ist eine gesellschaftlich-politische Strömung in den kapitalistischen Ländern, die versucht, die Position der Kirche und der Religion in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu stärken. Auf Grund seiner objektiven Klassenrolle dient der Klerikalismus der Festigung der bürgerlichen Herrschaft sowie der Hinderung des proletarischen Volkes an der Aufnahme und Aneignung kommunistischer Weltanschauung und Ideen. Der Klerikalismus übt seinen Einfluß am meisten in Frankreich, Italien, Westdeutschland, Österreich und Spanien und einigen lateinamerikanischen Ländern aus. Der Einflußzuwachs des Klerikalismus in der heutigen Situation ist auf die allgemeine Krise des Kapitalismus zurückzuführen. Die enorme Aktivität des Klerikalismus spiegelt sich darin wider, daß der oberste Teil der kirchlichen Hierarchie durch die allseitige Unterstützung der Monopole einen weitverbreiteten Apparat für die Verdummung der Gesellschaft betreibt. Er versucht, die Möglichkeit der "Verchristlichung" des Kapitalismus zu erwecken, die dann manche rückständigen Teile der Bevölkerung begeistert, die meistens in den religiösen Institutionen die Verteidiger ihrer Pseudointeressen sehen. Der Klerikalismus gründet seine eigenen Parteien, Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Jugend- und Frauenorganisationen und sonstigen Massenorganisationen, um den Einfluß der Kirche bei den Massen zu stärken und damit die revolutionäre Aktivität der Arbeiterklasse zu schwächen. Er versucht, das proletarische Volk zu spalten, seine Moral zu schwächen und seine Einheit in den Klassenorganisationen zu verhindern. Die Kirchenfürsten versuchen, während sie sich dieser Organisationen bedienen, die kapitalistische Ausbeutung ideologisch zu rechtfertigen und die reaktionären Ideen des "gesellschaftlichen Friedens" zu verteidigen...."

(Judin-Rosenthal, Philosophisches Wörterbuch. Progress-Verlag. eigene Übersetzung)

beide Lager sowohl im Revolutionsrat als auch in der Regierung vertreten sein sollten. Doch auch dieser Beschluß konnte die Widersprüche nicht vermindern. Unmittelbar vor dem Angriff auf Kurdistan und vor der Unterdrückung des kurdischen Volkes traten diese Widersprüche offen in Erscheinung. Bazargan verschwieг nicht seine Unzufriedenheit über den plötzlichen Marsch und Angriff auf Kurdistan. Er war aber nur mit Methoden der IRP und mancher Vertreter der Großbourgeoisie in Kurdistan nicht einverstanden, denn auch er befürwortete die Unterdrückung demokratischer Rechte und der demokratischen Volksbewegung. Auch er befürwortete die totale Kontrolle von Armees und Pasdaran über Kurdistan. Er vortrat jedoch die Ansicht, daß man besser beraten sei, unter den gegebenen Umständen "mildere" Methoden und eine Politik der langsamen Schritte zu betreiben. Die Niederlage der Herrschaftsmacht in Kurdistan nutzten die "Liberalen", um die Wortführer der IRP dafür verantwortlich zu machen und sie auf die irrationale Politik dieser Partei zurückzuführen. Sie versuchten dabei, ihre Position innerhalb des "Kompromißorgans" möglichst zu festigen, neue Positionen zu erkämpfen, um dadurch den Prozeß der Restauration der Organe der Bourgeoisie nach ihrem "bourgeois-liberalen" Konzept zu beschleunigen. In dieser Situation wurde auch Ayatollah Schariat Madari gegen die IRP aktiv und versuchte, seine Position als unabhängiger Religionsführer zu festigen. Der Flügel, dessen Wortführer die IRP war, mußte mitansehen, wie die "Liberalen" immer stärker wurden. Er wartete eine günstige Gelegenheit ab, um den "Liberalen" einen Schlag zu versetzen und die eigene Position wieder zu stärken. Die Niederlage der Unterdrückungskräfte in Kurdistan und somit die Niederlage der Herrschaftsmacht einerseits und die Propagierung eines gerechten Friedens durch die revolutionären Kräfte sowie die breite Unterstützung der Widerstandsbebewegung des kurdischen Volkes durch die Bevölkerung anderer Gebiete andererseits, führten zu manchen vorübergehenden und beschränkten Rückzähern der Herrschaftsmacht. Inzwischen ergriffen die "Liberalen" die Initiative, mit Vertretern des kurdischen Volkes Friedensverhandlungen zu führen und somit auch ihre eigene Position zu festigen.

Bezargan und sein Kabinett näherten sich schleunigst den USA,

um das abhängige Wirtschaftssystem wiederaufzubauen. Nach dem Krieg in Kurdistan hielten sie die Gelegenheit für günstig, öffentlich für eine engere Beziehung zu den USA Stellung zu beziehen. Sie gingen soweit, daß Bazargan mit Brzezinski zusammentraf. Dieses Treffen nahm die IRP zum Anlaß, gestützt auf die herrschende antiimperialistische (besser gesagt antiamerikanische) Einstellung der Massen, eine großangelegte Kampagne gegen ihre Konkurrenten einzuleiten.¹⁾

Manche Vertreter der Kleinbourgeoisie, die in den staatlichen Organen nur unbedeutende Posten bekleideten und somit einen sehr schwachen Flügel bildeten, lauerten auf eine Situation, in der sie die Widersprüche der beiden Hauptflügel der Bourgeoisie und die Lage der Führung, die unter dem Druck der Massen stand, zu ihren eigenen Gunsten ausnutzen

- 1) Über dieses Treffen schrieb die Zeitung "Islamische Republik" am Sonntag, dem 13. Aban 58 (November 1979): "Sie, Herr Bazargan, haben sich als Ministerpräsident der provisorischen Revolutionsregierung in Algerien mit Brzezinski und sprachen mit ihm. In einer Situation, in der wir dabei sind, jede ungerechte Beziehung und jede Sklavenbeziehung mit den Weltverschlingern zu brechen, kann das Volk mit Recht nicht begreifen, worin die Notwendigkeit eines solchen Treffens besteht."
- Die "Islamische Republik", die in einer solchen Form das Zusammentreffen Bazargans mit Brzezinski attackiert, hat vergessen, daß Beheschti, einer der Führer dieser Partei, am Tag zuvor in einem Interview auf die Frage, ob er im Zeitabschnitt des Aufstandes mit Muiyser Kontakte gehabt hätte, antwortete: "Hier muß ich zwei Sachen erklären: erstens, nein, mit dieser Person hatte ich keine Kontakte, zweitens, wenn man kumpft, nimmt man mit dem Feind Kontakte auf. Der Kontakt an sich ist nichts Schlimmes. Man muß nur sehen, was man bei diesem Kontakt gesagt hat und welche Position man vertreten hat. So möchte ich grundsätzlich sagen, daß solche Auffassungen in unserer Gesellschaft abgeschafft werden sollten. Unsere Gesellschaft muß soweit reif sein, daß, wenn die Verantwortlichen eines Kampfes und diejenigen, die im Kampf aktiv wirken, mit dem Feind sprechen wollen und damit die Ansichten des Feindes durch diese Gespräche entdecken und mit geistiger Kraft dem Feind begegnen und ihn schwächen, man ihnen freie Hand lassen sollte, damit sie diese Faktoren zugunsten der Revolution nutzen können." Hier kann man den Charakter der Gegensätze zwischen dieser Partei und den "Liberalen" sowie ihre Lärmerei gegen Bazargan und die Ziele dieser Kampagne deutlich erkennen.

konnten.¹⁾

Nun war eine Gelegenheit da, wo diese Kräfte die Zustimmung der Führung finden konnten. Eine Führung, die auf Grund der

- 1) Die Ansicht Beheschtis in diesem Fall war: "Die gläubige Jugend konnte es nicht mehr aushalten und hat aus Protest die amerikanische Botschaft besetzt." In ihrem Leitartikel am 14. Aban 1358 (November 1979) schreibt die "Islamische Revolution": "Die Regierung untersteht der Revolutionsführung. Die Tore für offizielle Maßnahmen sind also offen. Wenn die allgemeine Unzufriedenheit über die amerikanische Politik so groß ist, hätte die Regierung die Beziehung abbrechen können und alle notwendigen Schritte im In- und Ausland unternehmen können. Solange die Botschaft noch nicht geschlossen worden ist, d.h. solange die Regierung befürwortet, daß die Beziehungen mit den USA nicht abgebrochen werden und die Regierung die Sicherheit der Botschaft garantieren will, ist die Besetzung der amerikanischen Botschaft zumindest ein Zeichen der Unfähigkeit der provisorischen Regierung, für die Sicherheit sogar in der Hauptstadt zu garantieren, was verheerende Folgen haben wird."

Diese Tatsache zeigt, daß es zwischen der Außenpolitik der Regierung und den Forderungen der Öffentlichkeit keine Übereinstimmung gibt, denn man kann nicht sagen, daß die Regierung über dieses Verhaben informiert war und ihm zugestimmt hat. Das Fernseh- und Rundfunk-Interview der Vertreter der Studenten macht auch deutlich, daß die Besetzung der Botschaft eine Art Protest gegen die Außenpolitik der Regierung besonders im Zusammenhang mit den USA darstellt. Nun erhebt sich die Frage, wenn die Außenpolitik der Regierung nicht akzeptabel ist, warum wird nicht direkt gehandelt, um sie zu ändern?

... Nach der Besetzung des Hotels und der amerikanischen Botschaft scheint es, daß die Studenten neue Entscheidungszentren errichtet haben. Wie kann man nun die anderen davon abhalten? Wenn den eigenen Leuten erlaubt wird, Entscheidungszentren zu errichten, wie kann man die Opposition davon abhalten, außer durch Gewaltanwendung? Wenn Gewalt angewendet wird, dann wird sich dies nicht auf die "nicht eigenen" Entscheidungszentren beschränken, sondern auch die "eigenen" Entscheidungszentren werden davon betroffen sein."

Dieselbe Zeitung schrieb am 15. Aban 1358 in ihrem Leitartikel: "Die Wahrheit ist, daß die Besetzung der amerikanischen Botschaft nicht die Aktion einer kleinen Gruppe für ein bestimmtes Ziel darstellt, sondern sie ist der Ausdruck des Protests einer ganzen Nation."

In diesem Zusammenhang sagte Musawi-Khoeini: "... Als ich hier ankam, war die Botschaft schon unter der Kontrolle der Studenten. Da ich sie kannte und wußte, daß sie hundertprozentig der Linie des Imam folgten und keiner Gruppe oder Organisation angehörten, schloß ich mich ihnen an und werde bis an das Ende der Aktion hier bleiben."

Reise des Schah in die USA in "Anti-Schah" und "Anti-Carter" Gefühlsausbrüche geraten war, um dadurch ihre geschwächte Position wieder stärken und ihre Niederlage bei den Wahlen der Stadträte sowie den Skandal um den "Expertenrat" wettmachen zu können. Die Führung stimmte der Botschaftsbesetzung zu, um den Klassenkampf¹⁾ eindämmen und ihre sogenannte Verfassungsvorlage durchsetzen zu können. Die Wortführer der IRP eiferten auch der Führung nach, um ihre Position, die in Gefahr geraten war, zu retten.²⁾

- 1) Am 26. Aban 1358 (November 1979) gab der Revolutionsrat bekannt: "Vom heutigen Tage an ist jeder Sitzstreik und jede Geiselnahme und jeder grundlose Streik als eine konterrevolutionäre Tat anzusehen, und es wird scharf dagegen reagiert."
- 2) Die Zeitung "Islamische Republik" schrieb am 12. Aban 58 in einem Artikel über die Besetzung des Hotels durch die Studenten in für diese Zeitung charakteristischen Worten für die Ausnutzung der Emotionen der Massen: "... Auf Grund der Unfähigkeit der Regierung in dieser Hinsicht mußte man diese Aktion der Studenten als eine Volkswarnung bezeichnen, die einen Sturm der unterdrückten Massen zur Folge haben könnte. In Anbetracht der obengenannten Punkte könnte eine objektive Betrachtung der Aktion der Studenten und ihrer Ursachen dazu führen, daß viele Sorgen, die dadurch entstanden sind, einer positiven Analyse der Sache Platz machen werden. Aus dieser Sicht können wir die unvermeidbaren zukünftigen Auseinandersetzungen erkennen, und wenn wir nicht sofort handeln, werden die Errungenschaften der islamischen Revolution schwerwiegende Schläge hinnehmen müssen. Was tun? In dieser Phase müssen wir, statt in erster Linie an den Mißbrauch durch Verschwörer in Ost und West zu denken, an die Beweggründe dieser Aktion, an ihren positiven Effekt und an ihre Notwendigkeit glauben. Nur dadurch werden wir in der Lage sein, die Situation zu kontrollieren, ohne der Konterrevolution Zeit zu lassen; diese Beweggründe und diese Aktion werden wir für die Verwirklichung der Ziele der islamischen Revolution benutzen. ... Es entspricht der Wahrheit, daß, wenn die islamischen Kräfte nicht in der Lage sein sollten, die Führung über alle gerechten Aktionen solcher Art zu übernehmen und wenn diese Führung von Verschwörern übernommen würde, würde diesen Kräften nichts anderes übrigbleiben, als den Zufällen zu folgen und vielleicht auch in falsche Positionen und Stellungnahmen gezogen zu werden." (Hervorhebungen von den Herausgebern). In diesem Artikel werden die "unvermeidbaren Auseinandersetzungen" betont, sowie die Benutzung der Bewegung der Massen für die Verwirklichung der Ziele der IRP verdeutlicht. Es ist nötig, einen Punkt zu nennen, um die Position der IRP klarzustellen. Am 10. Aban 58 gab es eine Demonstration. Diese Demonstration sollte zur amerikanischen Botschaft führen. Doch die IRP brachte die Demonstration mit Hilfe verschiedener Alibis zum Schusch-Platz. Dagegen protestierte

Unmittelbar nach der Botschaftsbesetzung stürzte das Kabinett Bazargan; die ganze "Schuld" wurde ihm zugeschrieben. Die IRP benutzte das Treffen zwischen Bazargan und Brzezinski als Propagandawaffe gegen ihn. Sie konnte durch eine schein-"antimperialistische Haltung" ihre Position im "Kompromißorgan" und im Revolutionsrat wieder auf- und ausbauen. Diese Entwicklung und Machtübernahme durch den Revolutionsrat war, im Gegensatz zur Vorstellung mancher Genossen, nicht auf die "Dominanz der Kleinbourgeoisie in der Herrschaftsmacht", sondern auf den Charakter der jetzigen Herrschaftsmacht, die Dominanz des IRP-Flügels gegenüber den "Liberalen" zurückzuführen. Genau in dieser Zeit sah sich die Herrschaftsmacht gezwungen, einige Forderungen der Massen zu erfüllen. Unter dem Druck der Basis konnte auch die Kleinbourgeoisie einige "Zugeständnisse" von der Bourgeoisie erhalten.¹⁾ Die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte konnten die entstandene antiimperialistische (besser gesagt antiamerikanische) Atmosphäre nutzen, um die wahre Bedeutung und das eigentliche Wesen eines antiimperialistischen Kampfes der Massen zu erklären und diesen Kampf zu intensivieren. Die Tatsache, daß durch die Ausweitung des antiimperialistischen Kampfes nicht nur die kompromißbereite traditionelle Kleinbourgeoisie, sondern auch die Vertreter der Bourgeoisie und sogar die wohlbekannten Diener des Imperialismus von einem antiimperialistischen Kampf reden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei um eine bloße Wortspielerei handelt, die den Charakter und die Klassennatur der Parteien und Vertreter der Bourgeoisie verbergen sollte. Die jetzige

→ sogar die Zeitung "Islamische Revolution". Sie schrieb am 11. Aban auf ihrer Titelseite in großen Buchstaben: "Warum wurde die Route der Demonstration geändert?" Während dieser Demonstration wurde eine Resolution verlesen; in dieser Resolution werden die Schüler und Studenten wie folgt angesprochen: "3. Wir rufen die lieben und revolutionären Schüler und Studenten auf, die Augen offen zu halten und solchen Verschwörungen fern zu bleiben und durch Hotelbesetzungen und Straßendemonstrationen nicht in die Falle dieser schmutzigen Verschwörungen zu geraten sondern das höfliche Gesicht dieser Verschwörer zu entlarven und ihre gerechten Forderungen in einer durchdachten Form zu stellen."

- 1) Siehe den Abschnitt "Die Wirtschaftspolitik des 'Kompromißorgans'".

Situation im Iran beweist abermals die Worte Lenins:

"Die Erfahrungen der bürgerlichen und gutsherrlichen Regierungen der ganzen Welt haben zwei Methoden der Niederhaltung des Volks gezeitigt. Die erste ist die der Gewalt. ... eine andere Methode... ist die Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen (sprich antiimperialistische Pose), der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen, der Erhaltung des Wichtigen.
(W.I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Ausgewählte Werke in drei Bänden. Band II, S. 57, Berlin 1979)

Doch das eigentliche Problem ist nicht die Frage, welcher Methode sich die herrschenden Parteien sowie der Staat bedienen. Die eigentliche Frage ist die, was der Staat tut (die Herrschaftsmacht) und warum er es tut? Der offene Krieg der herrschenden gegen die unterdrückten Völker ist ein Versuch, den Klassenkampf einzudämmen. Die Maßnahmen der Herrschenden gegen revolutionäre Organisationen, indem sie diese Organisationen verbieten, das Verbot von Arbeiter- und Massendemonstrationen und Streiks, die Angriffe auf echte Organisationen der Arbeiter, Bauern und anderer Werktätiger sind als Antwort zu verstehen, die die Herrschaftsmacht auf die Entwicklung des Klassenkampfes weiß. Aus diesem Grund stellt die jetzige Herrschaftsmacht das eigentliche Hindernis bei der Entwicklung des Klassenkampfes dar; deshalb ist diese Entwicklung ohne eine klare Stellungnahme gegen diese Herrschaftsmacht sowie ihre Zerstörung undenkbar.

All diejenigen, die in dieser Herrschaftsmacht die Macht der Kleinbourgeoisie sehen, deren Herz für einen "nationalen Staat" schlägt, stehen unmittelbar vor Kapitulation und Ergebenheit vor der Bourgeoisie. Sie halten die Fahne der "Revolution der Kleinbourgeoisie" und des "Staates der Kleinbourgeoisie" hoch, um ihre Abkehr von einem wahren revolutionären Kampf zu verdecken. Diese Leute, die Legalität und "Öffentlichkeitsarbeit" so begehren, entsenden Grußbotschaften an die Unterdrücker des Volkes. Diese Tendenz hat ein Zusammenleben mit dem Staat im Sinn, anstatt die Staatsapparate zu zerstören zu wollen. So bedienen sich diese Leute der Methode der opportunistischen Provokation; sie propagieren in Wirklichkeit nur den friedlichen Übergang.

Die Analyse der Verfassung

Eine der Quellen, die uns den wahren Charakter der jetzigen bürgerlichen Herrschaftsmacht aufzeigen kann, ist die Verfassung der islamischen Republik. Auch in diesem Abschnitt versuchen wir, denjenigen, die behaupten, daß in der jetzigen Herrschaftsmacht die Kleinbourgeoisie dominiere, zu zeigen, daß die Verfassung der islamischen Republik einen bürgerlichen Charakter aufweist. Diese Verfassung soll als Garant und Schutz für die abhängigen kapitalistischen Verhältnisse dienen.

Nach jeder Revolution versuchen die herrschenden Klassen, die Siege, die sie errungen haben, zu festigen, sie zu verherrlichen und durch Gesetze geltend zu machen. Sie versuchen, ihre Interessen und ihren Willen in einem juristischen System mit gesetzlichen Maßstäben festzuschreiben, um dadurch jegliche Mißachtung dieser Maßstäbe, die den Stempel des Gesetzes tragen, als Mißachtung des öffentlichen Willens darzustellen. Die Gesetze sind einerseits das Spiegelbild der Produktionsverhältnisse und ihrer Grundlage, d.h. der Eigentumsverhältnisse und andererseits ein Garant und Schutz für die existierenden Eigentumsverhältnisse und -formen. Mit einem Wort, das Wesen und der Charakter der Verfassung sind von der Wirtschaftsordnung der Gesellschaft und von den Interessen der herrschenden Klasse abhängig. Dabei ist die Verfassung (das Grundgesetz), die den weiteren Gesetzen als Grundlage dient, das deutlichste Bild des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systems sowie des Willens der herrschenden Klasse. So müssen wir sehen, welches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und welche Klassenherrschaft die Verfassung der islamischen Republik, d.h. die Verfassung, die nach dem Sturz des Schah-Regimes vom sogenannten Expertenrat verabschiedet wurde, verteidigt. Wir müssen sehen, welche sozialen Verhältnisse diese Verfassung garantiert, kurzum, die Interessen und den Willen welcher Klasse sie vertritt. Ist die jetzige Verfassung tatsächlich eine Manifestation der Wünsche und Ziele der Kleinbourgeoisie und der Volksmassen, wie einige behaupten, daß die jetzige Herrschaftsmacht kleinbürgerlich und zu bewundern sei; ist die Verfassung eine Errungenschaft der "siegreichen Volksrevolution" oder

umgekehrt ein Zeichen ihrer Niederlage? Und schließlich, ist diese Verfassung eine Manifestation der Forderungen der Volksmassen und eine Garantie für die Errungenschaften des blutigen Aufstandes der Volksmassen sowie ihrer demokratischen und antiimperialistischen Kämpfe oder ein "legales" Manifest der Klasseninteressen der Bourgeoisie?

Bevor wir die Verfassung analysieren, müssen wir sehen, unter welchen Bedingungen diese Verfassung verabschiedet wurde. Darüberhinaus müssen wir den Stand des Klassenkampfes, die Führung der Bewegung und die Situation der Bourgeoisie in Betracht ziehen. Diejenigen, die die Phänomene getrennt von den auf sie einwirkenden Situationen analysieren und im Grunde genommen die Phänomene metaphysisch betrachten, werden auch bei der Analyse der Verfassung unlösbare Widersprüche finden. Sie glauben, daß jedes bürgerliche Gesetz in jeder Situation und ohne Berücksichtigung der Kräfte der Gesellschaftsklassen und ohne Berücksichtigung der Situation der Massenbewegung usw. ein vollkommenes und ideales Gesetz der Bourgeoisie sein kann. Diese Genossen, die statt des dialektischen Materialismus dem mechanischen Materialismus folgen, berücksichtigen die obengenannten Voraussetzungen und Situationen sowie die Gesamtheit der Verfassung und das System, das die Bestandteile dieser Verfassung in Zusammenhang bringt, nicht. Für sie gilt jeder Paragraph, der die Bourgeoisie und die herrschenden Verhältnisse nicht offen bejaht und die Forderungen der Massen einigermaßen beinhaltet, als ein Zeichen dafür, daß diese Verfassung kleinbürgerlich ist. Damit wollen sie auch ihre abweichlerische These über den kleinbürgerlichen Charakter der Herrschaftsmacht rechtfertigen. Sie können nicht begreifen, daß der Stand des Klassenkampfes, die Situation der Kleinbourgeoisie, die historischen Bedingungen und andere Faktoren es bewirken, daß die Bourgeoisie manchmal den Massen nur zum Schein und provisorisch Vorteile gewährt, um die Massenbewegung einzudämmen, um sich eine Verschnaufpause zu gönnen, um ihre Situation, die durch den Aufstand der Massen ins Wanken geraten war, wieder festigen zu können. Sobald sie die Festigung ihrer Situation erreicht hat, macht sie diese Vorteile Schritte für Schritt und einen nach dem anderen durch "gesetzliche" Knüppel wieder rückgängig. Sie gehen mit ihrer volkstümlichen Argumentation so weit, daß sie Wörter

wie "Abschaffung der Ausbeutung, des Kolonialismus und des Despotismus" als ein Zeichen des kleinbürgerlichen Idealismus bezeichnen und sie für Beispiele der kleinbürgerlichen Prägung der Verfassung halten. Diese Genossen beachten nicht einmal die einfache Tatsache, daß die Bourgeoisie stets alles mögliche tut, verdeckte Formen der Unterdrückung und Ausbeutung der Massen anzuwenden. Als es um den Paragraphen 110 zwischen einem Teil der mittleren Bourgeoisie, die als Liberale bezeichnet worden sind, und dem Flügel der Befürworter der stellvertretenden Herrschaft der Geistlichkeit zu Meinungsverschiedenheiten kam, begründeten es diese Genossen damit, daß die stellvertretende Herrschaft der Geistlichkeit das Spiegelbild der traditionalistischen Kleinbourgeoisie sei und aus diesem Grund von den "Liberalen" nicht akzeptiert werde. Diese Genossen sind auf Grund solcher Auffassungen nicht fähig zu analysieren, wie Leute wie Tschamran, Yazdi, Ghotbzadeh, Beheshti, Rafsandjani usw., die hartnäckig die stellvertretende Herrschaft der Geistlichkeit verteidigen, gleichzeitig als Beschützer der kapitalistischen Ordnung gelten und mit allen Mitteln die Restauration der bürgerlichen Institutionen, Organe und Verhältnisse vorantreiben. Diese Genossen können nicht begreifen, daß diese Verteidiger der stellvertretenden Herrschaft der Geistlichkeit die Vertreter und Wortführer der Bourgeoisie in der neuen Situation sind, wobei diese neue Situation ein Ergebnis des Klassenkampfes darstellt. Aus diesem Grund ist es notwendig, zuerst zu analysieren, unter welchen Bedingungen die Verfassung verabschiedet worden ist.

Der erste Punkt, den wir berücksichtigen müssen und der in den vorangegangenen Abschnitten ausführlich erläutert wurde, ist die Tatsache, daß die Volksmassen trotz der kompromißlerischen Haltung der Führung der Bewegung ihren konsequenten und bedingungslosen Kampf fortsetzten. Durch ihren bewaffneten Aufstand haben sie das Regime gestürzt, ihre eigenen und besonderen Institutionen und Organe, auch wenn sie die Form der kleinsten Zellen hatten, gegründet, die Institutionen und Organe der Bourgeoisie zum Teil ernsthaft zerstört und viele Pläne und Rechnungen der Bourgeoisie und der kompromißbereiten Vertreter der Kleinbourgeoisie zum Scheitern gebracht. Trotz des Fehlens der revolutionären Avantgarde und

trotz der Akzeptierung der kompromißbereiten Führung durch die Massen mußte die herrschende Clique den Stand des Kampfes und der Forderungen, die jetzt bewaffnet waren und die herrschenden Verhältnisse angegriffen hatten, berücksichtigen. So mußte die Bourgeoisie im Prozeß des Entwurfs und der Verabschiedung der "Verfassung" die aktuelle Situation berücksichtigen, sich formell der herrschenden Atmosphäre anpassen, um ihre Interessen in Zukunft sichern zu können.

Der zweite Punkt, den wir berücksichtigen müssen, ist die Tatsache, daß die Verfassung einen Kompromiß zwischen einigen Flügeln der Bourgeoisie und den Vertretern der wohlhabenden traditionellen Kleinbourgeoisie wiedergibt. Ein Kompromiß, der die Aufrechterhaltung und Festigung der herrschenden Verhältnisse beinhaltet und die Vertreter der Kleinbourgeoisie in Parasiten und Gefolgschaft der Bourgeoisie verwandelt. Die Zusagen der Bourgeoisie an die Kleinbourgeoisie, die sich natürlich auf den Rahmen von bürgerlichen Reformen beschränkten, hatte zur Folge, daß die Vertreter der Kleinbourgeoisie für die Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse eintraten. Auf der anderen Seite verfolgte die Geistlichkeit, die sich als Vertreter der Kleinbourgeoisie an die Spitze der Bewegung gesetzt hatte, ihre eigenen Zunft- und Schichtinteressen. Als Geistliche verteidigten sie die Interessen der Geistlichkeit sowie ihre Sonderstellung.

Der dritte Punkt, den wir berücksichtigen müssen, ist, daß die Bourgeoisie einerseits gegenüber der Kraft der Massen nicht Stand halten konnte.; andererseits war sie mit einer Kraft einen Kompromiß eingegangen, die eine Massenunterstützung genoß. Deshalb mußte sie dieser Kraft Vorteile gewähren und sich bestimmten Bedingungen beugen, um weiter existieren zu können. Außerdem stellte auch die Kleinbourgeoisie keine einheitliche Kraft dar. In dieser Schicht herrschten Meinungsdivergenzen und Gruppierungen, die als objektive Realität im Prozeß des Entwurfs und der Verabschiedung des "Gesetzes" ein Spiegelbild für den Klassenkompromiß finden.

So ist die Verfassung in ihrer Gesamtheit der gemeinsame Nenner aller Widersprüche und Meinungsdivergenzen sowie Kompromisse der Schichten und Klassen, der im Endeffekt der Bourgeoisie zugute kommt, d.h. daß die Aufrechterhaltung des ab-

hängigen kapitalistischen Systems mit einigen formellen Mäßigungen und die Unterstützung des bürgerlichen Eigentums in der Verfassung verankert wurde. Obwohl im Bereich der Politik und der Kultur über die Rolle und die Stellung der Religion und andere Probleme, die mit dem gesellschaftlichen Überbau zu tun haben, Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche bestehen, die auch in der Verfassung wiederzufinden sind, war dennoch auf Grund der herrschenden Situation, die wir kurz geschildert haben, für die Bourgeoisie wichtig, auf einer "gesetzlichen" Garantie für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse zu beharren und die Lösung der Probleme des gesellschaftlichen Überbaus und die Anpassung des Überbaus an den von der Bourgeoisie gewünschten Unterbau abzuwarten, bis die Situation der Bourgeoisie gefestigt wird. Genau das war der Trick der Bourgeoisie, die viele, darunter auch manche Genossen von uns, in Verwirrung brachte. In der Verfassung sind zahlreiche Paragraphen zu finden, die offen das bürgerliche Eigentum, das den jetzigen abhängigen kapitalistischen Verhältnissen als Grundlage dient, für heilig und respektwürdig erklären. In Paragraph 47 der Verfassung steht:

"Das Privateigentum, das auf legitimen Weg erworben wurde, wird respektiert. Die Vorschrift hierfür bestimmt das Gesetz."

Dieser Paragraph der Verfassung macht offenkundig, daß in der islamischen Republik das Privateigentum im allgemeinen und auf Grund der herrschenden Verhältnisse als heilig, legal und respektwürdig gilt. Das, was in diesem Paragraphen das Privateigentum genannt wird, ist - in Anbetracht der Gesamtheit der Paragraphen der Verfassung - nichts anderes als Privateigentum in bezug auf die Produktionsmittel, dem keine Grenzen gesetzt sind und dessen "Legalität" betont wird; doch wer soll über diese Legalität entscheiden bzw. die Grenzen dieser Legalität festlegen? Der Begriff legal in der Verfassung soll als Deckmantel für das Wesen des Kapitals dienen; dadurch soll das Kapital für heilig erklärt werden, um es vor dem Angriff der Massen schützen zu können. Wenn die religiösen Führer in ihren Interviews offen erklären, daß niemand den Besitz und das Eigentum, das auf legalen Weg zustande gekommen ist, antasten darf und unter illegalem Reichtum Zins und Raub verstanden werden, wird ihre Absicht bei

der Betonung der Legalität des Eigentums deutlich. Nur die Opportunisten versuchen, hinter dem Wort "legal" die Interessen der Kleinbourgeoisie zu finden.

Die einjährige Erfahrung nach dem Aufstand hat denjenigen, die Augen zum Sehen und Ohren zum Hören haben, deutlich gezeigt, was hinter der Legalität von Eigentum und Reichtum steckt, die in der Verfassung betont wird. Die Kapitalisten beuten die Arbeiter durch ihre riesigen Kapitalmengen aus und diese Legalität des Kapitals soll als Bajonett zur Unterdrückung der Arbeiter dienen.

Der Begriff "Zins" wird im Banksystem abgeschafft und durch den Begriff "Verarbeitungsgebühr" ersetzt. Ist das nicht der religiöse Deckmantel für den Schutz des Kapitals? Kann man eigentlich so naiv sein, daß man die Legalität, die durch Beheshti, der an der Spitze des Expertenrates steht und sie bei der Verabschiedung der Verfassung betont hat, die von Bazargan und Banisadr realisiert wird, nicht begreifen kann? In diesem Paragraphen der Verfassung wird die Festlegung von Maßstäben für das Eigentumsrecht der Zukunft überlassen, deutlicher gesagt, ist die Festlegung dieser Maßstäbe der Bourgeoisie überlassen. Im Paragraph 46 der Verfassung wurde durch die Verwendung des Begriffs "erlaubt" das Eigentumsrecht auf das durch Arbeit erworbene Vermögen betont. Im Paragraph 22 finden wir denselben Paragraphen, der in der Verfassung jedes kapitalistischen Landes das Eigentum für heilig und unantastbar erklärt, d.h. im Klartext, daß das "Hab und Gut" der Personen nicht angetastet werden darf. Im Paragraph 44 werden noch einmal das bürgerliche Privateigentum und die Sicherung der Interessen der Kapitalisten betont. In der gesamten Verfassung kann man keinen einzigen Paragraphen finden, der das Eigentumsrecht einschränkt oder die kleinbürgerlichen Eigentumsformen betont. Normalerweise werden in einer Verfassung, die von der Kleinbourgeoisie entworfen und verabschiedet wird und den Interessen der Kleinbourgeoisie dienen soll, gewisse Einschränkungen für das Großeigentum vorgesehen. Eine solche Verfassung proklamiert dann die Form des Eigentums sowie das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem deutlich und klar. Die Verfassung Algeriens proklamiert den kleinbürgerlichen Sozialismus als das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Algeriens und betont die "Sozialisierung" (natürlich kleinbürgerlich!) der Pro-

Nun mügen diejenigen, die behaupten, daß in der Herrschaftsmacht die Kleinbourgeoisie dominiere, bei der Beantwortung dieser Frage den Paragraphen 44 der Verfassung zu Hilfe rufen, in dem von einem staatlichen Wirtschaftssektor die Rede ist; sie wollen uns weismachen, daß die Kleinbourgeoisie durch diesen Paragraphen der Verfassung ihren Stempel aufgedrückt hat. Doch genau in diesem Paragraphen wird der bürgerliche Charakter der von diesen Genossen behaupteten Ordnung sowie die Aufrechterhaltung des abhängigen Kapitalismus durch diese Ordnung deutlich. Im selben Paragraphen wird das bürgerliche Privateigentum offen unterstützt. Die offene Unterstützung des bürgerlichen Privateigentums wird durch den abhängigen staatlichen kapitalistischen Sektor ergänzt. In diesem Paragraphen werden drei Sektoren, nämlich der Privatsektor, die Kooperativen und der staatlich-wirtschaftliche Sektor betont. Der staatliche Sektor wird folgendermaßen definiert:

"Der öffentliche Sektor besteht aus allen Großindustrien, Grundstoffindustrien, dem Außenhandel, großen Bergbauunternehmen, dem Bank- und Versicherungswesen, der Energieerzeugung, den Stauwerken und großen Wasserversorgungsnetzen, Radio und Fernsehen, Post, Telegraf, Telefon, Luftfahrt, Schifffahrt, Straßen, Eisenbahn und ähnlichen Bereichen, die öffentliches Eigentum sind und in der Verfügungsgewalt des Staates stehen."

Die Berücksichtigung dessen, was in diesem Paragraph über den staatlichen Sektor gesagt wird, die Berücksichtigung der herrschenden Verhältnisse sowie die deutliche Unterstützung des Privaten Sektors im selben Paragraphen, die Rolle des staatlichen Sektors in einer abhängigen Wirtschaft, die über die Gesellschaft herrschende Wirtschaftskrise und das Entwicklungsstadium des Kapitalismus usw. mögen den Verdacht erwecken, daß der genannte Paragraph der Stempel der Kleinbourgeoisie in der Verfassung sei! Man sollte vor allem berücksichtigen, daß in der Situation der Herrschaft der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse der staatliche Wirtschaftssektor nichts anderes ist als der abhängige Staatskapitalismus, der eindeutig der Bourgeoisie dient. In der Vergangenheit war auch ein Großteil des Sektors, der hier öffentlicher Sektor genannt wird, ein Bestandteil des Staatskapitalismus und eine der Haupteinnahmequellen der Bourgeoisie. In den abhängigen Ländern wie in unserem Land spielt der staatliche Sektor eine sehr große Rolle bei der

duktionsmittel (Abschnitt 13 der algerischen Verfassung). Angenommen es hätte in der Verfassung der islamischen Republik keine Paragraphen gegeben, die die bürgerliche Eigentumsform verteidigen würden und durch Schönredereien und Zick-Zack-Formulierungen den Leser nicht abzulenken versucht hätten, so gäbe es dennoch keinen Zweifel daran, daß diese Verfassung von ihrem Wesen her eine bürgerliche Verfassung ist. Denn wenn in einer Verfassung die Unantastbarkeit des Eigentums betont wird, ohne zu erklären, welche Form des Eigentums gemeint ist, wenn an keiner Stelle die Sicherung der Interessen der Kleinbourgeoisie direkt betont wird, kann dieses Schweigen nichts anderes bedeuten als die Sicherung und Verteidigung des abhängigen kapitalistischen Systems. Die Genossen, die die Meinung vertraten, daß in der jetzigen Herrschaftsmacht die Kleinbourgeoisie dominiere, daß die nationale und demokratische Revolution gesiegt hätte, daß die Verfassung den Willen der Kleinbourgeoisie herauskristallisiere, müssen folgende Frage offen und klar beantworten: Wie kommt es, daß diese Kleinbourgeoisie, die antiimperialistisch gesinnt ist, keinen Schritt unternommen hat, die Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen, wie kommt es, daß sie keine Einschränkungen gegen Grundeigentum angeordnet hat, sondern es garantiert und für heilig erklärt?

Es muß darauf hingewiesen werden, auch wenn die Kleinbourgeoisie von ihrem Wesen her nicht antikapitalistisch ist, so ist sie doch gegen den Imperialismus und gegen das abhängige Großkapital.

Hier geht es nicht darum, ob die Kleinbourgeoisie in der Lage ist, die Abhängigkeitsverhältnisse abzuschaffen und eine Umwälzung der Gesellschaft in diesem Sinn herbeizuführen oder nicht. Denn die Antwort auf diese Frage ist für einen Marxisten von vornherein deutlich und sehr kurz: "Mit Sicherheit nein." Doch diejenigen, die das Gegenteil dieser marxistischen Ansicht vertreten, müssen nun antworten, was diese "machthabende" Kleinbourgeoisie, die in der Herrschaftsmacht "dominiert" für die Abschaffung der Abhängigkeitsverhältnisse sowie für die Einschränkung des bürgerlichen Grundeigentums unternommen und wo sie dies in der Verfassung betont hat?

Zirkulation des Kapitals und der Waren, bei der Verteilung des Mehrwerts und bei der Schaffung der Voraussetzungen für die riesigen Profiteinnahmen der Bourgeoisie. Auch heute kann die Verstaatlichung einiger Industriebetriebe keinen anderen Inhalt aufweisen.

Im Zusammenhang mit dem staatlichen Sektor müssen wir noch auf die über die Gesellschaft herrschende Krise hinweisen. Selbst wenn in den imperialistischen Ländern die Gesellschaft von einer Krise heimgesucht wird, werden manche Industriebetriebe oder andere Institutionen des privaten Sektors verstaatlicht, um den Kapitalismus zu retten. In der jetzigen Weltsituation ist aus bestimmten Gründen, die wir in diesem Buch nicht ausführlich behandeln, die Rolle des Staates in der Wirtschaft viel größer geworden, und die imperialistischen Staaten beherrschen direkt manche Wirtschaftsbereiche. Sie verteilen den dadurch entstandenen Mehrwert auf die Kapitalisten.

Auch in unserer Gesellschaft hatte die akute Wirtschaftskrise der Bourgeoisie keinen anderen Ausweg gelassen als die Verstaatlichung mancher Bereiche der Wirtschaft. Dies galt auch für die Banken. Bevor die Verfassung verabschiedet wurde, hat die Regierung Bazargan - an dessen bürgerlichem Charakter heute niemand Zweifel hat - die Banken und manche Industriezweige für verstaatlicht erklärt, um den Bankrott der Banken und des kapitalistischen Systems zu verhindern. So kann man aus der Erwähnung des staatlichen Wirtschaftssektors in der Verfassung, der in Wahrheit nichts anderes ist als der abhängige staatskapitalistische Sektor, nicht schließen, daß die Kleinbourgeoisie der Verfassung ihren Stempel aufgedrückt hat. Jetzt, wo der wirtschaftliche Grundbau der islamischen Republik und ihr Gesellschafts- und Wirtschaftssystem erkennbar sind, sollten Begriffe wie "Ablehnung jeder Art von Unterdrückung und Ausbeutung, Beherrschen und sich beherrschen lassen" und der Grund, warum diese Begriffe benutzt werden, den Genossen klar geworden sein. Daß solche vielversprechenden Sätze nicht die Ideale der Kleinbourgeoisie manifestieren sollen, sondern einzig und allein

als Deckmantel für die bürgerliche Herrschaft und Ausbeutung sowie für die Verdummung der Massen dienen. Wenn in einer Verfassung, die die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, d.h. das Grundelement des bürgerlichen Daseins schützt, die die Ausbeutung und Unterdrückung verteidigt, die Ablehnung der Unterdrückung erwähnt wird, so ist das nichts anderes als wenn die Bourgeoisie den Werktätigen einen Tisch dockt, auf dem kein Essen sondern nur Salz und Pfeffer stehen. Wenn die Verfasser der Verfassung die Situation der Massenbewegung und den Stand des Klassenkampfes nicht im Auge gehabt und die Verfassung nicht mit solchen Sätzen geschmückt hätten, sondern ihren reaktionären Inhalt nackt und offen vorlegen würden, dann hätte die Bourgeoisie mit Sicherheit nicht so leicht ihre Ziele erreichen können. Nun wollen wir uns den Teilen der Verfassung zuwenden, in denen irgendwie die antiimperialistischen Forderungen und Wünsche der Volksmassen zur Sprache gekommen sind. Im Abschnitt 5 des dritten Paragraphen der Verfassung wird gesagt, daß der Regierung der islamischen Republik die Aufgabe übertragen wird, sich um die "Völlige Beseitigung des Kolonialismus und die Verhinderung des Einflusses der ausländischen Mächte" zu bemühen. Im Abschnitt 8 des Paragraphen 43 ist für die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes die "Verhinderung der Fremdherrschaft über die Wirtschaft des Landes" erwähnt worden. In Paragraph 81 wird dieses Thema konkreter behandelt; hier lesen wir:

"Ausnahmslos verboten ist die Erteilung von Konzessionen an Ausländer zur Gründung von Gesellschaften und Einrichtungen im Bereich des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft, des Bergbaus und des Dienstleistungssektors."

Nach unserer Auffassung spiegeln diese Paragraphen der Verfassung, deren Erwähnung auf Grund des Drucks des Volkes und seiner antiimperialistischen Kampfmoral unerlässlich war, keineswegs den wirklichen Inhalt des antiimperialistischen Kampfes der Massen wider. In bezug auf die Abschnitte 5 des Paragraphen 3 und 1 des Paragraphen 43 genügt es, darauf hinzuweisen, daß auf Grund der Sicherung und Verteidigung des abhängigen kapitalistischen Systems weder der Kolonialismus und der "Einfluß der ausländischen Mächte" zu beseitigen, noch "die Fremdherrschaft über die Wirtschaft" abzuschaffen sind. Über den Paragraphen 81, der sich an-

geblich konkreter und entschlossener mit der Herrschaft über das Wirtschaftsleben auseinandersetzt, brauchen wir nur zu sagen, daß die kleinste Erkenntnis über die Wirtschaftsfragen sowie über die Praktiken des Imperialismus und der internationalen Monopole in der heutigen Situation jeden Hinweis darauf überflüssig macht, daß die Ära des "Rechts" und der "Rechtsgewährungen" längst der Vergangenheit angehört. Wenn die Wirtschaft unserer Gesellschaft heute vom kapitalistischen Weltssystem total abhängig ist, erübrigt sich die Frage der Rechtsgewährung. Im Fall eines abhängigen Wirtschaftssystems stützen sich die internationalen Monopole nicht auf "Rechtsgewährungen", sondern sie sichern ihre Herrschaft gestützt auf die herrschenden Verhältnisse und über die abhängige private oder staatliche Bourgeoisie, plündern somit die Bodenschätze und nationalen Reichtümer und beuten die werktätigen Massen aus. Sie brauchen sich keine Rechte zu holen, denn die herrschenden Verhältnisse gewähren ihnen von vornherein diese Rechte. Heute wie damals können wir beobachten, wie die imperialistischen Monopole mit der Beteiligung des Staates und einheimischer Kapitalisten unser Land und unser Volk ausbeuten und ausplündern.

Diese Tatsachen waren den Verfassern der Verfassung auch bekannt; das läßt sich durch andere Paragraphen der Verfassung belegen. Z.B. liest man in Paragraph 153:

"Abkommen jeder Art, die zu einer Ausübung von Fremdherrschaft auf die natürlichen Ressourcen, die Wirtschaft, die Kultur, die Armee und andere Bereiche des Landes führen, sind untersagt."

Dieser Paragraph scheint fortschrittlich zu sein. Er ist einer der Paragraphen, die unter dem Druck der Volksmassen und auf Grund kleinbürgerlicher Tendenzen im "Exportenrat" beschlossen worden sind, doch eine genauere Betrachtung dieses Paragraphen macht uns deutlich, daß er der Schließung von Verträgen mit den Imperialisten grundsätzlich zustimmt, vorausgesetzt sie würden nicht zur Herrschaft der Fremden führen. Nun, wer soll entscheiden, ob diese Verträge zur Fremdherrschaft führen oder nicht? Dieselbe bürgerliche Regierung und dasselbe bürgerliche Parlament. Weiter erklären die Paragraphen 80 und 82 die Aufnahme von Auslandskrediten sowie die Anstellung ausländischer Berater aus jedem

Land für zulässig, diesen braucht nur das bürgerliche Parlament zuzustimmen. Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Form und der herrschenden Verhältnisse sowie der von der Herrschaftsmacht befürworteten Politik des "weder östlich noch westlich, islamische Republik" läßt uns gleich einleuchten, welche Länder für die Kreditaufnahme und die Anstellung von Beratern sowie die Schließung von Verträgen in Frage kommen. Das ist die "antiimperialistische" Qualität und der Charakter der Verfassung der islamischen Republik, die die Vertreter der These, die Herrschaftsmacht und die Verfassung seien kleinbürgerlich, verteidigen. Nun sehen wir, ob die jetzige Verfassung den demokratischen Inhalt der Kämpfe der Volksmassen widerspiegelt oder nicht. In der jetzigen Phase der Revolution besteht der Inhalt der Kämpfe des Volkes aus zwei Komponenten, nämlich der demokratischen und der antiimperialistischen Komponente. Diese zwei Komponenten sind voneinander nicht zu trennen, und die konsequente Führung des antiimperialistischen Kampfes, seine Vertiefung und Verwirklichung ist ohne den Kampf um die demokratischen Rechte und politischen Freiheiten nicht möglich. Doch in der Verfassung werden die gesamten demokratischen Rechte sowie die politischen Freiheiten des Volkes entweder durch Wenn-und-aber-Sätze oder durch den Islam eingeschränkt. Es ist daher nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß die jetzige Verfassung zu den undemokratischsten bürgerlichen Verfassungen zählt. Diese Einschränkungen zeigen in aller Deutlichkeit die Absurdität der Ansicht derer, die die jetzige Herrschaftsmacht hauptsächlich kleinbürgerlich verstehen wollen und die Verfassung als die Willensverkündung der Kleinbourgeoisie bezeichnen. Kann eine Herrschaftsmacht, die in der jetzigen Situation den Volksmassen alle Rechte und Freiheiten vorenthält, demokratisch und antiimperialistisch sein? In welchem Land, in dem die Kleinbourgeoisie die Herrschaftsmacht übernommen hat, werden die Rechte und Freiheiten der Volksmassen so mit Füßen getreten? In der Verfassung der islamischen Republik werden nicht nur dem Proletariat die Rechte und Freiheiten genommen, sondern es gilt dies auch für die Kleinbourgeoisie. Man kann kaum jemanden finden, dem das undemokratische Wesen der Verfassung nicht einleuch-

tet; das geben selbst die Verteidiger und Bewunderer der jetzigen Herrschaftsmacht zu. Dieses Thema ist oft genug der Kritikgegenstand verschiedener Schriften gewesen, deshalb begnügen wir uns hier mit der Erwähnung einiger Paragraphen der Verfassung. Schon bei der Wahl des "Expertenrates" und durch verschiedene Hindernisse bei der Wahl der wirklichen Volksvertreter wurde jedem klar, wie die demokratischen Rechte und politischen Freiheiten der Volksmassen in der Verfassung berücksichtigt werden würden. Diese Hindernisse und Einschränkungen waren so groß, daß nicht einmal die wirklichen Vertreter der Kleinbourgeoisie im Expertenrat vertreten waren. So hat eine bestimmte Gruppe die Verfassung entworfen. In einer solchen Verfassung wird von Anfang an dem Volk das Selbstbestimmungsrecht genommen und durch eine Fülle von leeren Begriffen und Versprechungen, die der Volksverdummung dienen sollen, die Herrschaft der Bourgeoisie praktisch und gesetzlich gesichert. In allen Verfassungen, die durch die Kleinbourgeoisie verabschiedet worden sind, ist die Volksherrschaft betont, wobei diese Herrschaft meistens durch die Volksräte (natürlich unter der Hegemonie der Kleinbourgeoisie) verwirklicht werden soll. Deutliche Beispiele in diesem Zusammenhang sind Algerien, Libyen usw. Die Verfassung der islamischen Republik aber nimmt durch den Paragraphen 56 dem Volk das Herrschaftsrecht ausdrücklich ab. Dieses Recht hat laut Verfassung die göttliche und überirdische Kraft inne, und schließlich, da auf Erden bestimmte Klassen die Herrschaftsmacht ausüben, wird in dieser Verfassung in einer verdeckten Form die Herrschaftsmacht der herrschenden Klasse, nämlich der Bourgeoisie, gesichert. Deshalb werden in der Verfassung die Räte als Entscheidungsorgane zu Kontrollorganen abqualifiziert. Z.B. während in Paragraph 7 nur zum Schein die Räte als "Entscheidungs- und Verwaltungsorgane des Landes" genannt werden, sind in den Paragraphen 100 und 101 die Räte ausdrücklich nur Kontrollorgane, die die Aufgabe der Überwachung erfüllen sollen, und in Paragraph 104 nehmen sie die Form von "Organen für Zusammenarbeit" an. So bleiben die Entscheidungs- und Ausführungsorgane weiterhin in den Händen der Bourgeoisie und ihrer Vertreter. In Abschnitt 7 des Paragraphen 3 überträgt die Verfassung der Regierung der islamischen Republik die Auf-

gabe, die islamische Republik zu verwirklichen, "die politischen und gesellschaftlichen Freiheiten im Rahmen der Verfassung" zu sichern, d.h. Freiheiten im Rahmen einer Verfassung, die sie Schritt für Schritt ablehnt. Weitere Einschränkungen und Maßstäbe für diese Einschränkungen werden durch die bürgerliche Regierung und zukünftige Gesetze festgelegt.

Durch diese Verfassung werden die demokratischen Grundrechte der Werktätigen, die Rechte der Frauen usw. mit Füßen getreten. In der Verfassung ist weder vom Recht auf Arbeit, Streikrecht und unabhängigen Parteien und Gewerkschaften die Rede, noch wird die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen und Männer betont, noch die Rechte der Völker anerkannt. Nun sehen wir, wie die Rechte und Freiheiten, die einerseits anerkannt worden sind, andererseits eingeschränkt und beschnitten werden. In Paragraph 23 steht über die Meinungsfreiheit:

"Die Inquisition der Gedanken ist verboten; niemand darf nur auf Grund seiner Meinung angegriffen und bestraft werden."

1. Eine Studie der Verfassung macht uns deutlich, daß sie von ihrer Natur her ein Instrument der Inquisition darstellt, da jedes Recht und jegliche Freiheit nur im Rahmen der Verfassung und der Beachtung islamischer Maßstäbe gewährleistet ist. 2. In diesem Paragraphen wird nicht einmal verbal das Recht auf Meinungsfreiheit anerkannt; wir lesen: "Niemand darf nur auf Grund seiner Meinung angegriffen und bestraft werden." Man achte auf "nur auf Grund". Eine deutlichere Inquisition und ein Verbot der Meinungsfreiheit ist nicht möglich. Rufen wir die Vergangenheit in Erinnerung, wo selbst das Schah-Regime und sein Polizeiverteilung und SAVAK-Apparat niemanden nur auf Grund seiner Meinung angegriffen und zur Rechenschaft gezogen hat, sondern die Propaganda, Agitation und Verteidigung sowie Veröffentlichung einer Meinung mit brutalster Unterdrückung und Folterungen beantwortet wurde. In der Verfassung wird das Wort "nur" betont, um die Schranken der Meinungsfreiheit und ihre Sicherheit vor Angriffen und Bestrafungen offenzulegen. In der algerischen Verfassung hingegen gibt es denselben Paragraphen in folgender Form: "Die Meinungs- und Religionsfreiheit sind unantastbar." (Para-

graph 53)¹⁾.

In Bezug auf die Pressefreiheit gibt es diese Einschränkungen in aller Deutlichkeit. In Paragraph 24 lesen wir:

"Die Meinungsfreiheit in Publikation und Presse wird gewährleistet, es sei denn, die Grundlagen des Islam und die Rechte der Öffentlichkeit werden beeinträchtigt. Einzelheiten regelt das Gesetz."

Durch diesen Paragraphen wird die Pressefreiheit grundsätzlich außer Kraft gesetzt; jede Veröffentlichung, jeder wissenschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Artikel kann mit dem Vorwurf antiislamisch verboten werden. In diesem Zusammenhang gab es bis jetzt mehrere deutliche Beispiele. Sobald die Paragraphen der Verfassung über die Presse verabschiedet waren, wurden viele fortschrittliche Presseorgane verboten. Doch in diesem Paragraphen wird der Bourgeoisie noch das Recht erteilt, in Zukunft durch neue und konkretere Gesetze die Pressefreiheit ausführlicher einzuschränken, deshalb wird zum Schluß dieses Paragraphen gesagt, daß "Einzelheiten regelt das Gesetz". Auch in anderen Paragraphen ist die Inquisition und Zensur auf Anordnung des Gesetzes erlaubt. In Paragraph 25 steht:

"Das Kontrollieren und Nichtzustellen der Briefe, das Aufzeichnen und Enthüllen der Telefongespräche, das Veröffentlichung der telex- und telegrafischen Mitteilungen, die Zensur telegrafischer Mitteilungen, ihre Nichtweiterleitung und ihre Nichtzustellung sowie das Abhören und jede Art Nachforschungen sind verboten; Ausnahmen regelt das Gesetz."

Nun beobachten wir tagtäglich, wie die Ausnahmen in der Verfassung als absolut geltende Paragraphen benutzt werden. In Bezug auf die Freiheit der Parteien und Versammlungen gelten dieselben Einschränkungen. (In Paragraph 26 wird mit der Auflage "Unter der Bedingung..." die Freiheit von Parteien, Vereinigungen, politischen und beruflichen Vereinen gewährleistet. ("Parteien, Verbände, politische und berufliche Vereine, islamische Vereine und Vereine der anerkannten religiösen Minderheiten sind frei, vorausgesetzt,

1) In dieser Studie nehmen wir bewußt die algerische Verfassung als Maßstab und nicht die Verfassungen der volkdemokratischen Republiken. Damit wollen wir die sogenannte kleinbürgerliche (!) Verfassung der islamischen Republik mit einer wirklichen kleinbürgerlichen Verfassung vergleichen.

daß sie die Grundlagen der Unabhängigkeit, Freiheit, nationalen Einheit, die islamischen Prinzipien und die Grundlagen der Islamischen Republik nicht verletzen.") Der Gebrauch von bekannten bürgerlichen Wörtern und Begriffen wie "nationale Einheit", "islamische Prinzipien", "Freiheit" und "Grundlagen der Islamischen Republik" usw. als Auflagen für diesen Paragraphen hat in Wirklichkeit nichts anderes zum Ziel, als die fortschrittlichen Parteien und Organisationen einzuschränken. Gestützt auf diesen Paragraphen wurden die Kämpfe der Völker mit der Unabhängigkeit des Landes für unvereinbar erklärt und ihre fortschrittlichen Parteien und Organisationen verboten. Genau so werden die Aktivitäten der fortschrittlichen Parteien und Organisationen als beeinträchtigend für die nationale Einheit erklärt, und mit der Begründung, die fortschrittlichen Parteien, Organisationen und Vereinigungen beeinträchtigen die islamischen Grundsätze und die Grundlagen der islamischen Republik, werden sie verboten. Die Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit wird genauso eingeschränkt.

In Paragraph 27 lesen wir:

"Das Veranstellen von Versammlungen und Demonstrationenmärschen, ohne das Tragen von Waffen ist frei, vorausgesetzt, diese verletzen nicht die islamischen Grundsätze."

Nun, welche Versammlung und Demonstration fortschrittlicher Kräfte kann nicht, gestützt auf die Verfassung und mit der Begründung, sie Beeinträchtigt die islamischen Grundsätze, verboten werden?

Denselben Paragraphen findet man in der algerischen Verfassung in folgender Form:

"Die Rede- und Versammlungsfreiheiten sind gewährleistet. Diese Freiheiten dürfen nicht die Grundsätze der sozialistischen Revolution beeinträchtigen."

In diesem Paragraphen der algerischen Verfassung gibt es auch, während die Rede- und Versammlungsfreiheiten gewährleistet sind, eine Einschränkung; allerdings ist diese Einschränkung auf die Wahrnehmung der Interessen des Volkes und auf den Kampf gegen die reaktionären Kräfte bedacht. In diesem Paragraphen bleibt denjenigen die Rede- und Versammlungsfreiheit verwehrt, die die Revolution des algerischen Volkes beeinträchtigen wollen. Kurzum, überall, wo

in der Verfassung der islamischen Republik die politischen und demokratischen Freiheiten gewährleistet sind, werden sie gleichzeitig durch irgendwelche Auflagen eingeschränkt. Marx schreibt darüber: "die Freiheit wird zwar gewährleistet, aber mit der Bemerkung: 'außer in Fällen, die das Gesetz bestimmt oder bestimmen wird.'" ¹⁾

Dies ist der antidemokratische Charakter der Verfassung der islamischen Republik.

Nun wenden wir uns dem anderen Teil der Verfassung, nämlich der "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" (welayat-e-faghih) zu.

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir erläutert, daß die Geistlichkeit, die die Führung der Bewegung übernahm, über ihre Klasseninteressen hinaus auch bestimmte Zunft-Schicht-Interessen hatte. Diese Eigeninteressen der Geistlichkeit, die sich in der These der "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" herauskristallisierten, sollten auch ihren Platz in der Verfassung finden. Dies brachte natürlich politische Gegensätze mit sich, deren Gründe in den Sonderrechten der Geistlichkeit zu finden sind. Besonders werden diese Gegensätze dann deutlich, wenn in der Verfassung die Dominanz der Geistlichkeit durch die Paragraphen über die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" betont wird.

Doch trotz dieser Gegensätze ist die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten", so wie sie in der Verfassung verankert wurde, lediglich der Ausdruck der formellen Herrschaft der religiösen Macht über die politische Macht der Bourgeoisie. In einer bürgerlichen Gesellschaft ist es auf Grund des Fehlens einer organischen Bindung zwischen der Religion und der Politik sowie auf Grund der Realitäten des kapitalistischen Systems nicht möglich, daß die Geistlichkeit als die dominierende politische Macht über die Gesellschaft herrscht; so stellt sie sich als eine abhängige Macht in den Dienst der Bourgeoisie.

Auch in unserer Gesellschaft bedeutet das, was in der Verfassung, insbesondere in Paragraph 110 als "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" und Macht der Gelehrten

1) Karl Marx: Die Verfassung der französischen Republik.

betont wird, in der Tat nichts anderes als eine formelle Macht, da trotz der führenden Rolle der Geistlichkeit während des Aufstandes die Bourgeoisie die wirkliche Macht an sich riß. Die Illusionen der Geistlichkeit zerbrachen also in der Welt der Wirklichkeit, und die wirkliche Macht blieb somit weiterhin in den Händen der Bourgeoisie. Gleich in den ersten Tagen nach dem Aufstand waren wir Zeugen, wie die Geistlichkeit die Macht direkt den Vertretern der Bourgeoisie übertrug oder die Geistlichen, die die Spitzenpositionen besetzten, sich in den Dienst der Bourgeoisie stellten. Natürlich soll das nicht heißen, daß sich die Gegensätze, die die Praktiken der Anhänger der "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelahrten" für die Zusammenkoppelung von Religion und Politik verursachen, nicht bemerkbar machen. Die Frage ist nur, warum verteidigt ein Flügel der Herrschaftsmacht, der sich eifrig an der Restauration der kapitalistischen Verhältnisse sowie am Wiederaufbau der Machtorgane der Bourgeoisie beteiligte, so energisch die "Führungsbefugnis der islamischen Geistlichkeit"? Wir meinen hier in erster Linie die Wortführer der islamisch-republikanischen Partei, die im "Revolutionsrat" die Mehrheit stellt. Wir sind der Meinung, daß dieser Flügel der Herrschaftsmacht versucht, als ein Teil der Vertreter der mittleren Bourgeoisie, durch die offene Zusammenkoppelung von Religion und Politik einen religiösen, ideologischen und politischen Überbau zu schaffen, der ihrer Meinung nach den idealen Überbau für die abhängige kapitalistische Gesellschaft Irans darstellen würde. Dieser Flügel der Bourgeoisie fordert im Gegensatz zum sogenannten liberalen Flügel, der eine Trennung zwischen Religion und Politik anstrebt, die offene Zusammenkoppelung von Religion und Politik, sowie die Herrschaft der Religion über alle sozialen, kulturellen und politischen Lebensbereiche der Gesellschaft. Aus diesem Grund verteidigt dieser Flügel konsequent die Verfassung und die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelahrten". Wenn es hier und da so aussieht, als ob die Geistlichkeit die politische Macht ausübt - zum Beispiel der "Revolutionsrat" und Geistliche wie Beheschti, Rafsandjani, Ardabili, Khamnei usw. - so ist das nur eine Täuschung, denn in Wirklichkeit wird in den Organen und Institutionen des Regimes, auch wenn Geistliche an der Spitze stehen, die

politische Macht eines der Flügel der Bourgeoisie ausgeübt, der die Restauration des gesamten kapitalistischen Systems verwirklichen will. So behält die Bourgeoisie die wirkliche Macht, sowohl während die politischen Vertreter der Bourgeoisie an der Spitze der entscheidend wichtigen Institutionen und Organe stehen, wie Danisadr als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, als auch wenn die islamisch-republikanische Partei und der "Revolutionsrat" ihre Macht ausüben. Aus diesem Grund halten wir die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelahrten" und ihre Verankerung in der Verfassung für eine Offenbarung der formellen Herrschaft der Geistlichkeit und der Gelehrten und sind der Auffassung, daß die eigentliche und wirkliche Macht in den Händen der Bourgeoisie liegt.

Manche unserer Genossen, die die internen Widersprüche der Bourgeoisie, ihre Politik und Taktiken in bezug auf die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse nicht richtig begreifen können, sehen im jetzigen Regime das Machtmonopol der Geistlichkeit und in der Verfassung den Ausdruck des Willens und der Interessen der Geistlichkeit und keine Herauskristallisierung der materiellen Verhältnisse und der Klassenherrschaft, während wir gesehen haben, daß die Verfassung, trotz ihrer internen Widersprüche über die konkrete Verteidigung der abhängigen kapitalistischen Verhältnisse hinaus, im Grunde eine Widerspiegelung der politischen Macht der Bourgeoisie ist.

Auf der anderen Seite können die Genossen, die die Meinung vertreten, in der Herrschaftsmacht dominiere die Kleinbourgeoisie und die Verfassung und die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelahrten" seien das Spiegelbild der Interessen und Ideale der traditionalistischen Kleinbourgeoisie, nicht begreifen, daß die Verfassung das abhängige kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem garantiert. Die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelahrten" als ein rechtlich-politisches System legt keinen besonderen Wirtschaftsplan vor, der die Interessen der Kleinbourgeoisie sichern könnte, und wie wir sehen, kann dieses System nicht die politische Herrschaft der Kleinbourgeoisie gewährleisten.

Man kann sagen, daß es denkbar ist, daß die traditionelle

Kleinbourgeoisie auf Grund ihrer langwierigen Verbundenheit mit der Religion und der Geistlichkeit die Verwirklichung ihrer Illusionen in der "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" sieht; daß sie denkt, so könnte sie die "gute alte Zeit" wiedererleben, doch die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" kann auf keinen Fall der Ausdruck der realen und wahren Interessen der Kleinbourgeoisie sein.

Wir schließen aus all diesen Ausführungen, daß sich die Zwietracht zwischen der formellen und wirklichen Macht, der Widerspruch zwischen der politischen und der religiösen Macht, der Widerspruch zwischen zwei großen Fraktionen der Bourgeoisie und andere Überbau-Widersprüche in der Verfassung niedergeschlagen haben. Diese Widersprüche wurden bis jetzt unter dem Druck der materiellen Bedingungen und unter dem Druck der herrschenden bürgerlichen Verhältnisse und in der Konfrontation mit den harten Realitäten stets zugunsten der Bourgeoisie und ihrer allseitigen Herrschaft gelöst. Dieser Prozeß wird sich solange fortsetzen, bis der politische Überbau den wirklichen herrschenden Verhältnissen entspricht. Die religiöse Macht soll sich voll und ganz in den Dienst der politischen Macht der Bourgeoisie stellen, und die Dogmen der Geistlichkeit sollen allmählich nicht zugunsten der Kleinbourgeoisie, sondern zugunsten der Bourgeoisie geschliffen und gebrochen werden. Bis jetzt ist es auch so gewesen. In diesem Kapitel haben wir versucht, uns auf einige Paragraphen der Verfassung zu beziehen, um zu zeigen, daß diese Paragraphen und Gesetze, entgegen den Vorstellungen mancher Genossen, nicht den antiimperialistischen demokratischen Inhalt der Kämpfe der Volksmassen beinhalten. Diese Gesetze haben bürgerlichen Charakter. Wenn es auch unter Berücksichtigung der jetzigen Situation der Gesellschaft, des Drucks der Massen und der schwachen Tendenzen der Kleinbourgeoisie in der Herrschaftsmacht manche Paragraphen in der Verfassung gibt, denen bedingt zuzustimmen ist, so bedeuten diese Ausnahmen keineswegs eine Charakterverschiebung der Verfassung vom bürgerlichen zum kleinbürgerlichen. Außerdem ist die jetzige Herrschaftsmacht ein Produkt des Klassenkompromisses zwischen den Vertretern der Kleinbourgeoisie und der Bourgeoisie, deshalb sind die Gesetze, die

- 103 -
dieser Herrschaftsmacht dienen und sie schützen sollten, auch ein Produkt dieses Klassenkompromisses. Es erhebt sich nun die Frage, wer in der Aktiengesellschaft der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie der Hauptaktionär ist?

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir gezeigt, daß in der jetzigen Herrschaftsmacht die Bourgeoisie die dominierende Macht stellt. Nun müssen die Genossen, die behaupten, daß in der Zusammensetzung der Herrschaftsmacht oder im "Kompromißorgan" die Kleinbourgeoisie dominiere, dieses auch beweisen.

Kurzes Studium des geistigen Entwicklungsprozesses von BANISADR und seine Klassenzugehörigkeit

Die Gedanken von Banisadr, wie sie in seinem Buch "Göttlich-einheitliche Wirtschaft" formuliert worden sind, sprechen für seine Zugehörigkeit zur Kleinbourgeoisie. Seine heutigen Ansichten entsprechen jedoch nicht mehr denen, die im Buch stehen.

Nach dem Massehaufstand (Bahman-Aufstand) wurde Banisadr als Theoretiker und Wirtschaftspolitiker der islamischen Republik dem Volk vorgestellt. Er durchlief eine steile Karriere und besetzte wichtige staatliche Positionen. Heute ist er Präsident der islamischen Republik. Wenn wir den Inhalt seiner Reden und Interviews, die er als Präsident gemacht hat, mit den Ansichten vergleichen, die er in seinem Buch formulierte, so stellen wir Unterschiede fest. Während seine Ansichten im Buch ihn als einen Denker der Kleinbourgeoisie darstellen, sehen wir in ihm unter den Bedingungen der herrschenden Klassenkämpfe einen treuen Vertreter der liberalen Bourgeoisie. Er versucht, durch reformistische Vorschläge die wirtschaftliche, politische Krise der Gesellschaft zu mindern und gegebenenfalls zu lösen. Dieses Urteil basiert auf den Fakten, die unten aufgezählt werden:

Beim Studium seines Buches "Göttlich-einheitliche Wirtschaft" denkt man automatisch an Herrn Dühring und an das von Engels geschriebene Buch "Anti-Dühring". Banisadr geht bei der Analyse der Entwicklung der Gesellschaft und beim Herausfinden des Ursprungs der Entwicklung menschlicher Gesellschaft denselben Weg wie Dühring. Hier ist Banisadr auch noch von der religiösen Ideologie geprägt, was ihn von Dühring unterscheidet. Banisadr ist das Duplikat des deutschen Dühring, den Engels in seinem bekannten Werk "Anti-Dühring" so weit bloßstellte und dessen Theorien er so widerlegte, daß er sich nie wieder wissenschaftlich behaupten konnte. Aber der Präsident der islamischen Republik bediente sich beim Verfassen seines Buches "Göttlich-einheitliche Wirtschaft", besonders wenn er über wirtschaftliche Probleme spricht; der veralteten Argumentation Dührings. Er glaubt an die Theorie der Faktoren. Er sagt,

bei den gesellschaftlichen Umwälzungen spielen verschiedene wirtschaftliche und politische Faktoren eine Rolle, aber die Gewalt steht über allen diesen Faktoren, d.h. daß im Endeffekt die militärische Macht in der Geschichte und im Entwicklungsprozeß der Gesellschaft für die politische und wirtschaftliche Macht bestimmend ist. Nach Meinung des iranischen Herrn Dühring sind die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und geographischen Faktoren wichtige und wirksame Komponenten des gesellschaftlichen Lebens. Alle diese genannten Faktoren spielen in bestimmten Situationen mehr oder weniger die gleiche Rolle, aber der historische Ursprung dieser Faktoren ist nichts anderes als die Gewalt oder die militärische Macht. Er kann nicht begreifen, daß die militärische Macht (in technischer, organisatorischer und taktischer Hinsicht) selbst von einem bestimmten Grad der Entwicklung der Produktivkräfte und folglich von bestimmten historischen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion abhängt. Er konnte oder wollte seiner Klassenzugehörigkeit wegen nie die Frage von Engels beantworten, die an Dühring gestellt war, nämlich warum überhaupt das Phänomen der militärischen Macht in der Geschichte besteht und worin sie historisch begründet ist. In seinem Buch bekämpft Banisadr aufs schärfste das von imperialistischen Monopolen abhängige Kapital und daß sie wie Wirtschaftskönige in den abhängigen Ländern ihre Macht ausüben und den Kleinproduzenten keinen Spielraum auf dem freien Markt gewähren. Er setzt den kapitalistischen Entwicklungsweg dem sozialistischen vom Wesen her gleich und lehnt beide Wege ab. Er sagt, daß das heutige abhängige kapitalistische System die Legalisierung der Existenz des abhängigen Kapitals ist. Im Sozialismus sieht er das gleiche System, mit dem Unterschied, daß im letzteren der Staat der Eigentümer der Produktionsmittel ist, d.h. daß es sich um einen Staatskapitalismus handelt. Hier legt er den Grundstein seiner Doktrin mit der Bezeichnung "Kampf gegen die Supermächte, in erster Linie gegen die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion".

Für Herrn Banisadr gibt es noch einen "dritten" Weg, nämlich weder östlich noch westlich, sondern, wie er seinen Weg anpreist, eine "Göttlich-einheitliche und islamische Wirt-

schaft"! In einem solchen Wirtschaftssystem hat jedes Mitglied der Gesellschaft die Möglichkeit, das zu besitzen, was es durch seine Arbeit erworben hat; so entwickelt jedes Mitglied der Gesellschaft seine persönlichen Begabungen und somit entsteht die göttliche Ordnung. Also muß das Kapital der Kapitalisten beschlagnahmt und verstaatlicht werden. Die Verwaltung dieser Reichtümer sollte dann der göttlichen Regierung und dem Gottesvertreter auf Erden, d.h. dem "IMAM" übergeben werden. Er verwendet in seinem Buch den Ausdruck "IMAM" und nicht "Faghih" ("der Gelehrte", Anm. der Übersetzer): Der Imam muß vor allem vom Volk gewählt werden; das ist dasselbe, was von den "Volksmodjahedin" vertreten wird. Mit dieser Formulierung hat Banisadr seine kleinbürgerliche Auffassung von Demokratie zum Ausdruck gebracht und der Politik der Religion gegenüber den Vorzug gegeben. Heute ist er von dieser Linie abgewichen und vertritt die Linie des "Burgeois-liberalismus".

Er plädiert in seinem Buch für die Auflösung der abhängigen und volksfeindlichen Armee und begründet dies folgendermaßen: Im "tagut"-Regime¹⁾ konnten das Großkapital und das Regime nur durch den Einsatz solch einer Armee, die vom Kolonialismus unterstützt wurde, weiter existieren. Er schreibt weiter: "Nicht allein zur Vernichtung des Pahlawi-Regimes, sondern auch für die Vernichtung der Großkapitalisten, die die Stütze des "tagut"-Regimes sind, ist die Abschaffung der volksfeindlichen Armee und der Aufbau der Volksarmee notwendig." Eine solche Armee, die den Charakter einer freiwilligen Armee hat, ersetzt die Armee, die aus Berufssoldaten besteht. Solange es eine Armee aus Berufssoldaten gibt, wird die "tagut"-Ordnung der Gesellschaft weiterbestehen und werden die "Klassen" weiter existieren. Aber die Volksarmee mit einem Verteidigungscharakter würde uns zu einer "Göttlich-einheitlichen Gesellschaft" führen!

Banisadr zeigt in seinem Buch das Gesicht eines Proudhoisten. Während er genau wie die utopischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts in Europa das "Privateigentum" heiligt und oftmals betont, fordert er die utopische Verwirklichung der "Göttlich-einheitlichen Gesellschaft".

1) "tagut" = Teufel, Satan. Hier ist das Schah-Regime gemeint. (Anm. der Übersetzer)

Seine religiösen Überzeugungen sind in seinem Buch sehr schwach vertreten und dienen lediglich als Deckmantel seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ansichten. Er widersetzt sich entschieden der Konzentration der Wirtschaftsmacht in der Hand einer Minderheit der Gesellschaft und schreibt:

"Sobald sich also die wirtschaftliche Macht in bestimmten Händen konzentriert, das bedeutet das Zustandekommen eines wirtschaftlichen Monopols, wird die Möglichkeit der menschlichen Selbstverwirklichung als Arbeitender schwinden. Unabhängig von der Form einer solchen Konzentration, ob durch den Staat (wie es im Iran vor und nach dem Islam immer gewesen war) oder durch die Kapitalisten oder durch die Vermittlung der Feudalhorren, werden Inhalt und Wirklichkeit dieser Konzentration dieselben sein. Sobald dem Menschen das Entscheidungsrecht, seine Arbeit selbst zu wählen, genommen wird, entpuppt sich jede Art des Eigentums als Lüge."
(Göttlich-einheitliche Wirtschaft, Seite 90)

Wie wir zeigten, ist für Banisadr, genauso wie für jeden anderen Kleinbürger, das Privateigentum ein "Tabu". So in seinem Buch Seite 114: "Für die Menschen muß es das Eigentumsrecht geben, heute, morgen und bis zum jüngsten Tag."

Der ganze Wunsch und der ganze Traum Banisadrs, wie er es in seinem Buch zum Ausdruck bringt, ist die Aufrechterhaltung des privaten Kleineigentums, das natürlich nach Meinung dieses Idealisten-Professors ewig bleiben soll und zwar, wie er sagt, nicht zum Zweck von "mehr Produktion für mehr Konsum", sondern für die Schaffung von Grundsteinen, die dem Menschen das "Freiwerden" und "Bewußtsein" ermöglichen! Nach seiner Theorie ist die "Gewalt" der Ursprung des Großeigentums und der Kampf dagegen ein Kampf für den Islam und für Gott, während das private Kleineigentum ein Zeichen der "islamischen Gerechtigkeit" darstellt und seine Festigung und Stabilisierung eine Annäherung an Gott und an den Propheten bedeutet. Im genannten Buch behauptet Banisadr, ein konsequenter Verfechter des "Gesetzes" zu sein. Er sieht im auf Gewalt "basierenden" Großeigentum die Ursachen der Beziehungen zwischen den Kolonialisten und Imperialisten und den unterdrückten Ländern. Hierüber schreibt er:

"Die islamische Eigentumstheorie betrachtet Gott als den absoluten Eigentümer. Genauso wie die Verwirklichung des Menschen nur in Bezug auf die Absolutheit Gottes möglich ist, ist die Verwirklichung des Eigentumsrechts des Menschen auf seine Arbeit ohne den Bezug auf die Tatsache, daß Gott der absolute Eigentümer ist, unmöglich. Denn sonst wird die Gewalt zum Grundstein der Beziehungen. Bei solchen Beziehungen verlieren die Herrschenden und die Beherrschten ihre Freiheit; sie werden selbstentfremdet. Die gesamte menschliche Gesellschaft kann nur dann Gott ersetzen, wenn eine relative Sicherung des Rechts auf Arbeit und Initiative für jeden einzelnen Menschen, ohne Ausnahme und überall gewährleistet ist. Der Imam organisiert die Beziehung zwischen den Einzelnen und der Gesellschaft."
(ebenda Seite 297)

Nun wollen wir uns nicht länger mit seinen vergangenen Positionen befassen, sondern wir wollen jetzt seine Praktiken und Klassenpositionen im Zeitabschnitt nach dem Aufstand und nach der Übernahme von höchsten Ministerposten und insbesondere nach der Übernahme des Amtes des Staatspräsidenten durch ihn analysieren. In seinen Interviews und Reden nach dem Aufstand zeigt Banisadr seine Klassenwandlung. Der Kampf gegen das abhängige einheimische Kapital wird von ihm nicht mehr erwähnt; er akzeptiert sogar praktisch die direkte Präsenz des imperialistischen Kapitals im Iran. In seinen neuen Funktionen weist er aus seiner liberalen Position heraus auf die Notwendigkeit der politischen Freiheiten (Redefreiheit, Pressefreiheit, usw.) hin und verkündet indirekt seine Gegnerschaft zur "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten". Nach seiner Teilnahme am "Expertenrat" wurden seine bürgerlichen Positionen deutlicher. Sein Demokratieverständnis bekam nun völlig eine liberale Farbe. Für ihn war der antiimperialistische Kampf im Grunde nichts anderes als der Kampf gegen die kommunistische Gefahr und gegen den sowjetischen "Sozialimperialismus". Seine Gegenpositionen zur Verfassung beziehen sich nicht auf den wirtschaftlichen Inhalt, sondern auf die politischen Freiheiten. Er scheint seine Ansichten in seinem Buch "Göttlich-einheitliche Wirtschaft" total vergessen zu haben. Am 17.8.1358 (8.11.1979) sagte er in einem Interview: "Wenn nach der Verabschiedung der Verfassung keine Garantie für die freie Auseinandersetzung der Meinungen der Menschen und keine Möglichkeit der freien Wahlen

- 175 -
gegeben sein sollte, werde ich das Amt des Staatspräsidenten niederlegen." Doch diese Drohungen gehörten mehr zu seiner Taktik, einer Taktik, deren er sich für die Sicherung seiner Karriere und für die Erreichung einer gesellschaftlichen Position als "Demokrat" bediente. Am 21.8.1358 (12.11.1979) übernahm er außer den bisherigen Posten (Mitglied des Revolutionsrats, Finanz- und Wirtschaftsminister) auch das Außenministerium. In dieser Zeit wurde Banisadr in den falangistischen Kreisen und in der "Islamisch-republikanischen Partei" als ein Gegner der "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" bekannt. Doch in Anbetracht der anstehenden Wahlen des Staatspräsidenten wich er clever den Fragen der Journalisten darüber (Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten) aus. Er wollte sich als Gleichgewichtspunkt aller Kräfte hinstellen, deshalb hatte er, um die Stimmen mancher Teile der Geistlichkeit, der Liberalen, der Demokraten und sogar der Kommunisten zu gewinnen, keine deutliche Antwort auf diese Frage gegeben. Es schien, daß er sowohl für die "Führungsbefugnis der islamischen Rechtsgelehrten" war, als auch dagegen. Wie wir bereits erwähnt haben, hatte Banisadr längst seine feindliche Haltung gegenüber den Kommunisten und "Rußland" durch den Gebrauch von Bezeichnungen wie "die Stalinisten", "Anhänger der russischen Sozialimperialismus" und durch die Parole "weder östlich noch westlich" mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck gebracht. In seiner Funktion als Wirtschafts- und Finanzminister versuchte Banisadr, das konfuse und bankrotte Bankensystem des Iran zu reorganisieren während im Land eine tiefgreifende Wirtschaftskrise herrschte. Während dieses Prozesses führte er sogar, unter dem Druck der Massenkämpfe und ihrer Forderungen sowie unter dem Druck des Wohnungsproblems, das seit langem einen krisenerzeugenden Faktor darstellte, einige Reformen ein. Unter dem Motto "Abschaffung des Geldzinses" und für die Stärkung der Illusion über die Nationalisierung der Banken, gewährte er der Kleinbourgeoisie kleinere Kredite mit einem Zinssatz von 4 %. Diese Kredite sollten Überwiegend in Bereichen wie Wohnungsbau und kleinen landwirtschaftlichen Betrieben investiert werden. Das niedrige Volumen dieser

Kredite einerseits und der Andrang breiterer Schichten der Kleinbourgeoisie, diese Kredite zu bekommen, führte bis auf weiteres zum Stopp dieses Entwurfs.¹⁾ Das Agrarprogramm Banisadrs ist auf Grund seiner unterstützenden Haltung gegenüber den Großgrundbesitzern ein liberalen Agrarprogramm. Ein Blick auf das vom Revolutionsrat beschlossene Agrarprogramm und die Methode seiner Ausführung beweist diese Tatsache. (Auf eine geheime Anordnung hin wurde dieses Programm zunächst stillgelegt). Lenin schreibt im Jahre 1905 über einen sehr lehrreichen Sachverhalt:

"Für den wichtigsten und gefährlichsten Punkt des liberalen Programms halten wir aber den Punkt über die "öffentlich-staatlichen Schiedskommissionen". Die Art der Durchführung der Agrarumgestaltung ist von ungeheurer Bedeutung, denn gerade von der Art der Durchführung wird es konkret und real abhängen, einen wie ernsthaften Charakter die Umgestaltung haben wird. Den Volkstümeln haben wir es zu verdanken, wenn wir aus alter Gewohnheit auch in dieser Frage (wie in vielen anderen) das Hauptaugenmerk auf den ökonomischen Gewinn richten und die politische Seite der Sache ignorieren oder unterschätzen. Dieser Standpunkt, für einen Kleinbürger natürlich, für einen "Bauern" verständlich, ist für einen Sozialdemokraten absolut unzulässig. Einem Sozialdemokraten ist die Umgruppierung in den Klassen oder in den Kategorien der Besitzer und Eigentümer gleichgültig, wenn diese Umgruppierung nicht von einem politischen Gewinn begleitet ist, der den Klassenkampf des Proletariats erleichtert. Vom Standpunkt der kleinbürgerlichen Schwärmer sind alle möglichen Projekte über "ausgleichende Bodennutzung" usw. wichtig. Vom Standpunkt des Sozialdemokraten sind solche Projekte müßige und schädliche Denkübungen, die das gesellschaftliche Bewußtsein von den realen Bedingungen der realen demokratischen Errungenschaften ablenken. Die Sozialdemokraten werden niemals vergessen, daß die herrschenden Klassen stets und überall bestrebt sind, die Werktätigen durch ökonomische Almosen zu spalten und zu demoralisieren. Auf dem Gebiet der Agrarumgestaltungen ist diese Politik für sie besonders leicht und wird von ihnen besonders geschickt betrieben. Um so bestimmter und entschiedener müssen wir auf der GRUNDLEGENDEN Forderung unseres Agrarprogramms bestehen: auf der Gründung von revolutionären Bauernkomitees, die selber wirklich grundlegende (nicht etwa im Sinn der Gutsbesitzer "grundlegende") Agrarumgestaltungen vornehmen würden. Sonst wird sich jede Agrarreform unvermeidlich und unausbleiblich in einen neuen Betrug verwandeln, in eine neue Falle, wie die berühmte "Reform" des Jahres 1861. Die "öffentlich (?) -staatlichen Schiedskommissionen" aber sind doch eine direkte Vorbereitung der Falle! Unter "Öffentlichkeit" verstehen wir die Gutsbesitzer, unter "Staat" die Beamten. "Öffentlich-staatliche Kommission" heißt also Kommission DER GUTSBESITZER UND BEAMTEN und weiter nichts." (W.I. Lenin: Das Agrarprogramm der Liberalen. Lenin-Werke, Band 8, Berlin 1975, S. 315/316)

¹⁾ Näheres dazu ist im Abschnitt "Die Wirtschaftspolitik des Kompromißorgans" erläutert worden.

Sind eigentlich die Genossen, die für die rechte Politik der Organisation verantwortlich sind, auf diese Falle der Liberalen gefaßt? Kann die siebenköpfige Kommission für die Durchführung der vom Revolutionsrat beschlossenen liberalen Reform in der Tat anders sein als jene "Kommission der Gutsbesitzer und Beamten"? Müssen wir in der Zeitung "Kar", die auch als Organ der Guerillaorganisation der Volksefedayin gilt, diese Maßnahmen schmeichelnd begrüßen und sagen: "Den Bauern die Schulden zu erlassen, ihnen zinslose Kredite zu gewähren, ihnen Düngemittel, Saatgut und Maschinen zur Verfügung zu stellen und zwar durch die Regierung und über die Räte und Gewerkschaften, führt nicht nur zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Ertrags in unserem Land, sondern auch zur raschen Ebnung des Weges für weitere Dinge. Heute wurde der Flügel der Herrschaftsmacht, der während des vergangenen Jahres die Großgrundbesitzer und reaktionären Feudalherren sowie ihre Söldner bewaffnet hatte, durch den Druck der Bauernbewegung zum Rückzug gezwungen."¹⁾ Deutlicher geht es nicht. Für den Verfasser des zitierten Satzes liegt der Wert der Räte einzig und allein in der "Erhöhung des landwirtschaftlichen Ertrags", weiter nichts. Der Stellenwert der Räte für den Fortgang des Klassenkampfes auf dem Land bedeutet ihm nichts. Solche Genossen sind in keiner Weise fähig zu begreifen, daß die neue Bauernbewegung Tag für Tag stärker wird. Genossen, die sich wie politische Analphabeten den Taktiken und Tricks Banisadrs fügen, propagieren nun folgendes: "Auch informierte Kreise, die der kommunistischen Partei Frankreichs angehören, vertreten die Ansicht, daß Banisadr ein radikaler Sozialist sei. Mehr wissen wir darüber nicht. Banisadr versucht mehr als Khomeini und andere, die Dogmen, auf die sich die Kleinbourgeoisie stützt, zu brechen und sich mehr als andere auf den wirklichen Klassenkampf der Kleinbourgeoisie zu stützen; besonders wenn man die Entwürfe über

1) Siehe dazu den Artikel "Nach einem Jahr Kampf der Bauernräte wurde endlich das Gesetz über die Landreform verabschiedet", Kar Nr. 49

die Nationalisierung der Banken in Betracht zieht...¹⁾
Die zitierten Sätze benötigen keine weiteren Verdeutlichungen und Kommentare.

Im Gerangel zwischen verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie um die Sicherung ihrer Herrschaft über den Reglerungsapparat, das während der Geiselnahme der Angehörigen der amerikanischen Botschaft und bei der Frage der Auslieferung des Schah seinen Höhepunkt erreichte, wurde der Platz Banisadr in den Reihen der Liberalen mehr denn je deutlich. In diesem Zusammenhang hatte er die meisten Auseinandersetzungen mit dem Flügel der islamisch-republikanischen Partei, der die Besetzung der Botschaft und die Entlarvung der Liberalen durch die "Studenten, die der Linie des Imams folgten" opportunistisch ausnutzte. Er hat in einem offenen Brief am 22.8.1358 (13.11.1979), den er an Kurt Waldheim geschrieben hatte, Amerika aus einer liberalen Position heraus verurteilt. Auch in seiner Botschaft an die Bevölkerung Europas über die Auslieferung des Schah, hat Banisadr seine politischen Tendenzen zur Einigung mit den europäischen Imperialisten sowie mit dem japanischen Imperialismus gezeigt. Der Ausbau der "wirtschaftlichen Beziehungen" mit den genannten imperialistischen Ländern, die als treue Verbündete des US-Imperialismus gelten, der Kauf von Waffen und militärischen Ausrüstungen in diesen Ländern und nicht zuletzt die Losung "mit aller Kraft unterstützen wir die Bewegung in Afghanistan" als die Hauptachse der iranischen Außenpolitik in der Region, zeigen die Übereinstimmung zwischen ihm und dem Imperialismus. Er versucht, mit voller Kraft die antiimperialistische Bewegung des Volkes gegen den US-Imperialismus einzudämmen und sie gegen die Sowjetunion umzukanalisieren. Seine Linie in der Außenpolitik ist eine exakte Widerspiegelung seiner innenpolitischen Linie. Die Strategie Banisadr im letztgenannten Punkt sieht folgendermaßen aus: Die Ausnutzung der Mobilisierungskraft der Geistlichkeit und in erster Linie Khomeinis, Organisation und Einsatz aller Arten von Gewaltmitteln der Herrschaftsmacht zur Unterdrückung

¹⁾ zitiert aus dem Vortragstext über "Einige Bemerkungen über die Herrschaftskaste, über den Faschismus..." am Samstag, 4.10.1358 (25.12.1979), Seite 19.

der kommunistischen Organisationen und zur Isolierung ant imperialistischer und demokratischer Strömungen wie der Organisation der Volksmodjahedin durch Gewährleistung einiger vorübergehender Vorteile an sie. Das erste Ziel Banisadr ist das Massaker und die Unterdrückung gegen die Volksbewegungen unter dem Deckmantel der Eindämmung des Einflusses der "russischen Supermacht". Auf diesem Wege ist er sich genähestens über die Rolle der Militärs im Staat bewußt. Deshalb hatte er als ersten Schritt nach der Übernahme des Amtes des Staatspräsidenten die allseitige Reorganisation der Armee und anderer Unterdrückungsapparate des Regimes vorgenommen. Außerdem steht die Einführung einer bürgerlichen Sicherheit für die Eindämmung der Wirtschaftskrise als eine Notwendigkeit für die Steigerung der Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft und für die Befreiung der Wirtschaft von der Flaute, aber begleitet von Inflation, bei ihm ganz oben auf der Tagesordnung. Er ist sich der Bedürfnisse des abhängigen kapitalistischen Systems bestens bewußt. Als ein sachverständiger Bourgeois-Liberaler legt er für die Leitung der staatlichen Branchen auf den "Sachverstand" viel Wert. Er versucht, die islamisch-republikanische Partei, die "die ganze Arbeit mehr denn je durcheinander bringt", einzuschränken. Er betrachtet die Geistlichkeit mit politischer Maßstäben und nicht mit religiösen. Nach seiner Meinung muß auch die Geistlichkeit genau wie alle anderen in bezug auf die Einnischung in die Staatsgeschäfte ihre "Grenzen" kennen. Im Regime der islamischen Republik müsse die Verteilung der Ämter und die Bestimmung des Grades der Autorität unter Berücksichtigung demokratischer Prinzipien zwischen den Herrschenden erfolgen. Die Geistlichkeit müsse ihre Sonderrechte im Staat vergessen und sich mehr und mehr den Wirklichkeiten des abhängigen kapitalistischen Systems anpassen. Andernfalls würde das Gespenst des internationalen Kommunismus vortreten. So sieht die Logik Banisadr aus. Nun ist er mehr besorgt über die Zukunft der Beziehungen zwischen dem Staatspräsidenten und der Exekutive einerseits und dem Parlament andererseits. Die Sorge Banisadr ist eine wirkliche Sorge, denn in Anbetracht der Ergebnisse der Parlamentswahlen gewinnt die islamisch-

republikanische Partei eine viel stärkere Position.
Die islamisch-republikanische Partei bereitet sich auf
eine Kraftprobe mit den "Liberalen" vor. Der Konstellation
des Parlaments nach werden wir Zeugen für neue Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Strömungen im
Rahmen der Verfassung sein.

"Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der MACHT IM STAATE. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gear- teten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen."

(W.I. Lenin: Über die Doppel- herrschaft)



Übersetzt und herausgegeben von der
Iranischen Studentenorganisation - Sympa-
thisanten der Guerillaorganisation der
Volksfedayin Irans in der Bundesrepublik
Deutschland und West-Berlin